

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

1981 · Teil I

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), Jean Bouvier (Frankreich), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSSR), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (UVR), Z. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR), J. Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Ingrid Parpart (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Siegfried Epperlein, Renate Günther (Redakteur), Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar (Redakteur), Hans Müller, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Waldtraut Schmidt, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann, Ingrid Thümmeler (Redaktionssekretär)

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Ingrid Parpart (Leiter), Siegfried Epperlein, Hermann Lehmann, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Jörg Roesler

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1981 · TEIL I

Jürgen Kuczynski

Jean Bouvier

Günter Lauth

Jürgen Holt

LITERATURZEICHEN

Ulrich Bentzen

Vladimir Lenin

Josef Waisel

Redaktionen

VERLAG AKADEMIE-VERLAG, BERLIN, 1981



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1981

Redaktionsschluß: 15. 6. 1980

Anschrift der Redaktion:

1080 Berlin, Zimmerstraße 94

Erschienen in Akademie-Verlag, DDR-1080 Berlin, Leipziger Straße 3—4

© Akademie-Verlag Berlin 1981

Lizenznummer: 202 · 100/97/81

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 5820 Bad Langensalza

Bestellnummer: 7538246 (2103/81/1) · LSV 0305

Printed in GDR

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Jürgen Kuczynski	Die Dämonen Wissenschaft und Technik	7
Manfred Braun	Zur Entwicklung der Theorie von den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus in den fünfziger Jahren	A 123 815261221 15
Jörg Roesler	Werkzeugmaschinenbau und sozialistische Industrialisierung in der DDR, Beschäftigte und Lohnentwicklung	31
Joachim Lehmann	Probleme der Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit Landmaschinen und Geräten im zweiten Weltkrieg	BA 350 55
Jean Bouvier	Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen Banken und Industrie bei der kapitalistischen Expansion Frankreichs nach außen in den Jahren von 1880 bis 1914	CH 730 1223 1781201 79
Günter Lewin	Chinesische Arbeiter in den Goldbergwerken des Transvaal 1904 bis 1910	E 428 423 491 87
Jürgen Hell	Die Sklaverei im brasilianischen Minen-Komplex (1700 bis 1808)	G 938/434 107

LITERATURKRITIK

Ulrich Bentzien	Forschungen in der Magdeburger Börde, initiiert von Volkskundlern (Landwirtschaft und Kapitalismus; Hainer Plaul, Landarbeiterleben im 19. Jahrhundert)	125
Vlastislav Lacina	Die Zuckerindustrie in den Böhmischem Ländern in der Epoche der Industriellen Revolution (František Dudek, Vývoj cukrovarnického průmyslu v českých zemích do roku 1872)	133
Józef Wolski	Zur hellenistischen Epoche im Orient (Heinz Kreißig, Wirtschaft und Gesellschaft im Seleukidenreich)	137
Annotationen		141

FORSCHUNGSBERICHTE

Wolfgang Mühlfriedel	Die Industrie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Ein Bericht über Stand und Probleme der Forschungen zur Industriegeschichte	BL 206 151
----------------------	---	---------------

BETRIEBSGESCHICHTE

- Hans Radandt Gedanken zur Disziplin Betriebsgeschichte anhand der Entwicklung in der DDR 8L 135 173

QUELLEN UND MATERIALIEN

- Marguerite Kuczynski Ein unbekannter Brief Turgots, Erstmals veröffentlicht anlässlich der 200. Wiederkehr seines Todestages am 18. März 1981 181

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

- Jörg Roesler Die revolutionär-demokratische Umgestaltung und Wiederherstellung der Volkswirtschaft in den sozialistischen Ländern Europas (1944/45 bis 1948/49) (12. bis 15. Mai 1980 in Berlin) 193
- Veronika Siedt Thüringer Industrie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (5. Juni 1980 in Jena) 199
- Hagen Fischer Zu den Beziehungen zwischen Stadt und Land im Alten Orient und in der Antike (17. bis 19. März 1980 in Sellin/Rügen) 203

BIBLIOGRAPHIE

- Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther) 211
- Autorenverzeichnis 221
- Содержание, Contents, Contenu, Sumario 222

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Die Dämonen Wissenschaft und Technik

von Jürgen Kuczynski

Im später folgenden handeln wir von den Dämonen Wissenschaft und Technik - ohne Anführungsstriche! von Wissenschaft nur, soweit sie vermittels Technik auf die Realität einwirkt. Selbstverständlich handelt es sich nicht um Wissenschaft und Technik an sich, die es in der Praxis nicht gibt, da sie niemals an sich, sondern nur in einer bestimmten Gesellschaftsformation realisiert auftreten, also stets auch von den Eigenarten der jeweiligen Gesellschaftsformation bestimmt sind.

In einer berühmten Passage am Ende seines Artikels für die "New-York Daily Tribune" vom 8. August 1853 über "Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien" bemerkt Marx zur Rolle der Produktivkräfte, zur Rolle von Wissenschaft und Technik und zu ihren gesellschaftlichen Auswirkungen: "Die bürgerliche Periode der Geschichte hat die materielle Grundlage einer neuen Welt zu schaffen: einerseits den auf der gegenseitigen Abhängigkeit der Völker beruhenden Weltverkehr und die hierfür erforderlichen Verkehrsmittel, andererseits die Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte und die Umwandlung der materiellen Produktion in wissenschaftliche Beherrschung der Naturkräfte.

Bürgerliche Industrie und bürgerlicher Handel schaffen diese materiellen Bedingungen einer neuen Welt in der gleichen Weise, wie geologische Revolutionen die Oberfläche der Erde geschaffen haben. Erst wenn eine große soziale Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte, gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der am weitesten fortgeschrittenen Völker unterworfen hat, erst dann wird der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte."¹

In dieser Zeit und auch noch in den folgenden Jahrzehnten spielte die steigende Produktivität, spielten Wissenschaft und Technik noch eine fortschrittliche Rolle im Kapitalismus - bei schweren Opfern der Arbeiterklasse wie der Bauern und zahlreicher anderer Schichten der Werktätigen, in den Kolonien auf Kosten ganzer Völker bzw. Stämme.

Gewaltig waren die historischen Fortschritte, die der Kapitalismus gebracht hat. Erfahrung, Wissenschaft und Technik schufen die Maschine, die wieder die industrielle Arbeiterklasse schuf - die industrielle Arbeiterklasse, die der Hegemon auf dem Wege zur sozialistischen Gesellschaft ist und bereits in einem großen Teil der Welt die Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft gelegt hat und diese heute aufbaut. Der Kapitalismus hat auch die betriebliche, nationale und internationale Arbeitsteilung auf ein hohes Niveau gehoben.

1 Marx/Engels, Werke, Bd. 9, Berlin 1960, S. 226,

Die kapitalistische Gesellschaftsformation hat also Großartiges für den Fortschritt der Menschheit gerade durch die Entwicklung von Wissenschaft und Technik geleistet - aber nur unter furchtbaren Opfern der Werktätigen.

Unter diesen Umständen stieg die Achtung, stieg die Anerkennung für die Rolle von Wissenschaft und Technik in der Gesellschaft, Und diese Achtung und Anerkennung wurden von den fortschrittlichen Teilen der Arbeiterklasse übernommen. Sie stiegen noch weiter in den sozialistischen Ländern. Sagte am Beginn der bürgerlichen Entwicklung der große englische Wissenschaftler Francis Bacon Knowledge is power, Wissen ist Macht, so erweiterte Wilhelm Liebknecht in einer berühmten Rede diesen Spruch zu: "Wissen ist Macht - Macht ist Wissen."

1. Die Atombombe - Die "Dämonen Wissenschaft und Technik"

Immer hat es zu allen Zeiten in den letzten zweieinhalbtausend Jahren Mystiker oder Irrationalisten anderer Art gegeben, die sich gegen die Wissenschaft gewandt haben. In der kapitalistischen Gesellschaft mit ihren großen wissenschaftlichen und technischen Erfolgen war ihre Zahl bis vor kurzem nur klein, und sie hatten keinen größeren Einfluß in der Gesellschaft.

Das hat sich seit dem zweiten Weltkrieg, präziser, seit der Atombombe geändert. Selbst unter den Wissenschaftlern sind Zweifel an der prinzipiellen gesellschaftlichen Nützlichkeit von Wissenschaft und Technik aufgetreten. Robert Jungk endet sein 1956 erschienenes Buch über die Atomforscher so:

"Hinter der neuzeitlichen Naturwissenschaft stand bisher der ' stolze Wille, die Natur zu beherrschen' /Pauli/, eine Haltung, die vor allem in Bacons Ausspruch ' knowledge is power' /Wissen ist Macht/ ihren Ausdruck gefunden hat. Heute aber hört man weit öfter: ' Wissen ist leider Macht'. Dem Forscher ist ' vor seiner Gottähnlichkeit bange' geworden, und er bekennt sich gegenüber den ' unbeantwortbaren Geheimnissen des Universums, die unbeantwortet bleiben sollen', zur ' Demut des Intellekts' /Feynman/. In der Epoche, die in der Entwicklung der ' absoluten Waffen' einen Höhepunkt erreichte, wurde der Fortschritt fast allgemein dem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt gleichgesetzt, nun aber erklärt ein hervorragender Physiker: ' Der Raum, in dem sich der Mensch als geistiges Wesen entwickelt, hat mehr Dimensionen als die eine, in der er sich während der letzten Jahrhunderte ausgebreitet hat.' /Heisenberg/

Die neue Bescheidenheit wuchs wie die unmenschlichen und übermenschlichen Waffen zuerst am Baum der Atomforschung. Denn aus dem Studium der atomaren Welt gewannen die theoretischen Physiker die längst von den Religionen verkündete, nun aber auch wissenschaftlich nachweisbare Erkenntnis von der Begrenztheit menschlichen Beobachtungs- und Urteilsvermögens. So stammt die Atombombe, in deren Gewalt die Maßlosigkeit des modernen Menschen ihren deutlichsten Ausdruck fand, aus der gleichen Wurzel wie die neue auf kernphysikalischen Daten beruhende Philosophie des Maßes.

Als H. G. Wells 1946 kurz vor seinem Tod den Zusammenbruch des wissenschaftlichen Fortschrittsglaubens erlebte, meinte er verkünden zu können, der Mensch sei am ' Ende seiner Möglichkeiten' angelangt und fast unvermeidlich zum Untergang bestimmt. Vermutlich ist er jedoch nur am ' Ende einer Möglichkeit' angelangt.

Wohin der Weg nun führen könnte, hat der einst in der ' Familie' der Atomforscher als Zweifler bekannte Wolfgang Pauli angedeutet. 1932 in Kopenhagen war er der ' Mephisto' im ' Faust'. 1955 aber hatte dieser scharfe Geist sein Blick-

feld so sehr erweitert, daß er zum beredten Schilderer eines lang vernachlässigten 'inneren Heilsweges' wurde und zum Abschluß eines Vortrages über 'Wissenschaft und abendländisches Denken' erklärte: 'Entgegen der seit dem siebzehnten Jahrhundert strengen Einteilung der Tätigkeiten des menschlichen Geistes in getrennte Gebiete halte ich die Vorstellung vom Ziel einer Überwindung der Gegensätze, zu der auch eine das rationale Verstehen wie das mystische Einheitserlebnis umfassende Synthese gehört, für den ausgesprochenen oder unausgesprochenen Mythos unserer eigenen, heutigen Zeit.'

Kann die 'neue Bescheidenheit', gepaart mit der Wiederanerkennung eines inneren Heilsweges, auf kommende Jahrhunderte einen ähnlich starken Einfluß ausüben wie der nunmehr als verhängnisvoll erkannte Geist der Hybris?

Der Chronist wagt nicht zu prophezeien. Er will nur schildern und damit zu jenem großen Gespräch beitragen, das vielleicht einmal eine Zukunft ohne Furcht vorbereiten kann."²

Natürlich haben alle großen Philosophen des Bürgertums, haben insbesondere auch wir Marxisten niemals gemeint, daß man die Welt nur mit dem Verstand, nur mit Hilfe der Wissenschaft erfassen kann. Wir wissen, welche Rolle Erfahrung und Kunst bei der Aneignung der Welt spielen. Aber niemals haben wir der Wissenschaft auf ihrem spezifischen Weg der Erfassung der Welt Grenzen setzen wollen, die, wie etwa die Civitas-Gesellschaft in der BRD vorschlägt, die Wissenschaft zumindest auf einzelnen Gebieten der Forschung einschränken.

Nicht gering ist auch die Zahl derjenigen heute in der Welt des Kapitals, die der Wissenschaft ganz allgemein mißtrauen und offen gegen die "Dämonen Wissenschaft und Technik" auftreten.

2. Janusgesicht von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus?

Unbestreitbar ist natürlich, daß die Wissenschaft in Verbindung mit der Technik heute überall in der Welt in eine Teilkrise geraten ist. Auch ein führender marxistischer Theoretiker der Deutschen Kommunistischen Partei in der BRD, J. Schleifstein, erklärt zum Beispiel: "Wenn Jungk, Traube, Duve und andere eine Technik fordern, 'die sich mehr nach dem Menschen und der Umwelt richtet als - wie bis jetzt - nach quantitativer Effizienz und Profitrate' (R. Jungk), wenn sie eine Technik verlangen, die eine Befriedigung bei der Arbeit schafft, die kontrollierbar ist, die die natürlichen Ressourcen schont und die Umwelt möglichst wenig beeinträchtigt, oder wenn sie Technik mit niedrigem Energiebedarf und die Anwendung des Recycling, d. h. der natürlichen Stoffkreisläufe, fordern, kann man ihnen durchaus zustimmen."³ Dabei geht es um Probleme, die natürlich auch die sozialistischen wie die Entwicklungsländer betreffen und die zwar auch die Wissenschaft, vor allem aber wohl die Technologie angehen.

Weit ernster ist die Tatsache, daß überall in der Welt Wissenschaft und Technik zu einem beachtlichen Teil in den Dienst der Erfindung und Konstruktion von Menschen vernichtenden Waffen gespannt sind - zu Aggressionszwecken in der Welt des Kapitals, zu Verteidigungszwecken in der Welt des Sozialismus -, so daß

² Jungk, Robert, Heller als tausend Sonnen, 2. Aufl., Bern 1957, S. 342 f.

³ Unsere Zeit, Wochenendausgabe, Düsseldorf, 16. 5. 1980.

wir auch in den sozialistischen Ländern noch von dem Ziel entfernt sind, das für die sozialistische Gesellschaft beinhaltet, daß "die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind".⁴

Es ist diese Notwendigkeit, einen großen Teil des wissenschaftlichen und technischen Potentials auf die Rüstung zur Verteidigung des Sozialismus, zur Verteidigung der Zukunft der Menschheit verwenden zu müssen, die die Freiheit der Wissenschaft und Technik im Sozialismus heute noch beeinträchtigen muß, die Freiheit, sich ganz "einer stets sich erweiternden Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft" zu widmen, dabei auch der Vermeidung von Umweltschäden, der Sicherung der natürlichen Stoffkreisläufe usw. die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken. Nicht zum wenigsten auch darum führen wir in den sozialistischen Ländern einen so intensiven Kampf für die Abrüstung.

All diese hier besprochenen Probleme sind dem Sozialismus als solchem fremd. Sie tauchen auf, weil die Welt noch nicht sozialistisch ist, weil der Kapitalismus noch stark genug ist, uns solche Probleme aufzudrängen. Wir wissen darum, und solches Wissen trägt nur dazu bei, unseren Kampf gegen das Monopolkapital zu intensivieren.

Aber das galt mehr oder weniger auch vor 15 und vor 30 Jahren und für die Sowjetunion vom ersten Tage ihrer Existenz an. Das, worauf es heute ankommt, ist, zu untersuchen, ob die Rolle von Wissenschaft und Technik sich nicht in der letzten Zeit geändert hat. Wenn Schleifstein in dem schon zitierten Artikel schreibt: "Der technische und wissenschaftliche Fortschritt im Kapitalismus trägt unvermeidlich ein Janusgesicht. Ausbeutung des Arbeiters und der Natur als Basis der kapitalistischen Produktion, das sind die Ursachen technischer und wissenschaftlicher Fehlentwicklungen und des Mißbrauchs, und aus ihnen läßt sich vernünftigerweise keine Technik- und Wissenschaftsfeindschaft, sondern nur Kapitalismusfeindschaft ableiten. Deshalb wurden die Klassiker des Marxismus nicht müde zu wiederholen, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt, die Umwandlung der materiellen Produktion in wissenschaftliche Beherrschung der Naturkräfte, erst bei bewußter gesellschaftlicher Kontrolle der Produktion aufhören werde, 'jenem heidnischen Götzen zu gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte'." - so muß man meiner Ansicht nach fragen, ob das heute noch gilt, ob "der technische und wissenschaftliche Fortschritt im Kapitalismus" heute tatsächlich noch "unvermeidlich ein Janusgesicht trägt" - ein Janusgesicht, dessen Blicke sowohl auf das Glück wie auf das Unglück der Menschen in seiner Gesellschaft gerichtet ist. Meiner Ansicht nach kann man das nicht mehr sagen, meiner Ansicht nach hat der technische und wissenschaftliche Fortschritt im Kapitalismus heute nur noch ein Gesicht, in dem höchstens noch gewissermaßen zufällig ein Auge gelegentlich dem Glück der Menschen zublinzelt.

4 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 260.

3. Der Imperialismus "auf der ganzen Linie reaktionär"

Die Welt des Monopolkapitals befindet sich heute in einer Krise, in der Wissenschaft und Technik nicht nur zu einem beachtlichen Teil der Rüstung dienen, sondern auch Arbeitslosigkeit und andere schlimme Übel für die Werktätigen bedeuten, ohne noch gesellschaftlichen Fortschritt in irgendeiner Richtung zu bringen. Die Arbeiterklasse, der Hegemon in die Zukunft des Sozialismus, wächst in den imperialistischen Ländern nicht mehr an Zahl, der materielle Lebensstandard stagniert oder sinkt seit einem Jahrzehnt in einer zunehmenden Anzahl von Ländern. Wissenschaft und Technik sind zu Dämonen (ohne Anführungsstriche) geworden.

Wirklich? Verfällt diese Auffassung nicht in den alten Fehler der Maschinenstürmer, über die Marx schrieb: "Der Kampf zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter beginnt mit dem Kapitalverhältnis selbst. Er tobt fort während der ganzen Manufakturperiode. Aber erst seit der Einführung der Maschinerie bekämpft der Arbeiter das Arbeitsmittel selbst, die materielle Existenzweise des Kapitals. Er revoltiert gegen diese bestimmte Form des Produktionsmittels als die materielle Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise.

Ziemlich ganz Europa erlebte während des 17. Jahrhunderts Arbeiterrevolten gegen die sog. Bandmühle (auch Schnurmühle oder Mühlenstuhl genannt), eine Maschine zum Weben von Bändern und Borten. Ende des ersten Drittels des 17. Jahrhunderts erlag eine Windsägemühle, von einem Holländer in der Nähe Londons angelegt, vor Pöbelexzessen. Noch Anfang des 18. Jahrhunderts überwandten durch Wasser getriebene Sägemaschinen in England nur mühsam den parlamentarisch unterstützten Volkswiderstand. Als Everet 1758 die erste vom Wasser getriebene Maschine zum Wollscheren erbaut hatte, wurde sie von 100 000 außer Arbeit gesetzten Menschen in Brand gesteckt. Gegen die scribbling mills und Kardiermaschinen Arkwrights petitionierten 50 000 Arbeiter, die bisher vom Wollkratzen gelebt, beim Parlament. Die massenhafte Zerstörung von Maschinen in den englischen Manufakturdistrikten während der ersten 15 Jahre des 19. Jahrhunderts, namentlich infolge der Ausbeutung des Dampfwebstuhls, bot, unter dem Namen der Ludditenbewegung, der Antijakobiner-Regierung eines Sidmouth, Castlereagh usw. den Vorwand zu reaktionärsten Gewaltschritten. Es bedarf Zeit und Erfahrung, bevor der Arbeiter die Maschinerie von ihrer kapitalistischen Anwendung unterscheiden und daher seine Angriffe vom materiellen Produktionsmittel selbst auf dessen gesellschaftliche Exploitationsform übertragen lernt."⁵

Natürlich unterscheiden auch wir ganz scharf zwischen Wissenschaft und Technik auf der einen und ihrer gesellschaftlichen Verwendungsform auf der anderen Seite. Aber zur Zeit der Einführung der Maschinen gab es nur eine Form ihrer Verwendung, die kapitalistische. Heute aber gibt es zwei Hauptformen der Verwendung von Wissenschaft und Technik: die kapitalistische und die sozialistische. Der Fortschritt des Maschinenbaus und durch ihn der gesellschaftliche Fortschritt waren unauflöslich mit dem Kapitalismus verbunden, der Fortschritt von Wissenschaft und Technik heute kann durchaus der sozialistischen Gesellschaft überlassen werden, die allein heute den gesellschaftlichen Fortschritt bringt. Wir brauchen nicht mehr die Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus, die so furchtbare Opfer von den Werktätigen fordert und die Menschheit mit dem furchtbarsten aller Kriege bedroht, da der Kapitalismus heute rein reaktionär ist.

5 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: ebenda, Bd. 23, Berlin 1962, S. 451 f.

Also muß man die Herrschaft des Kapitals stürzen? Natürlich, diese alte Forderung der Arbeiterklasse gilt heute mehr denn je.

Aber heute, unter den Bedingungen der Fortentwicklung von Wissenschaft und Technik in den sozialistischen Ländern, können wir auch schon vor dem Sturz der Herrschaft des Monopolkapitals gegen die die Werktätigen im allgemeinen schädigende Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik auftreten, um nicht nur den unvermeidlichen Schaden, den sie bringen, einzudämmen, sondern um überhaupt ihre menschenfeindliche Entwicklung zu verhindern suchen.

Niemand, der den Menschen wohlwill, bestreitet das heute auf dem Gebiet der Entwicklung von Wissenschaft und Technik in der Kriegsindustrie.

Wie aber ist es, wenn in anderen Industrien "unmoderne" Betriebe geschlossen und die Arbeiter auf die Straße geworfen werden? Stehen wir hinter den Arbeitern, die sich solcher Betriebe bemächtigen und sie selber weiter führen oder durch Besetzung der Betriebe zumindest ihre Weiterführung unter alter Regie erzwingen? Ja, wir stehen hinter ihnen. Wie ist es, wenn Arbeiter oder Angestellte sich gegen die Einführung modernster Technik, die ihre Arbeitsfunktionen degradiert, wehren? Ja, wir stehen hinter ihnen. Wir nennen sie nicht Maschinenstürmer. Wir sagen ihnen auch nicht nur: Kämpft für eine sozialistische Gesellschaft, und alle Eure Probleme werden gelöst sein! Wir sagen ihnen vielmehr auch: Euer Kampf heute und hier gegen den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ist voll berechtigt und hat unsere volle Unterstützung.

Der Imperialismus ist heute in der Tat "auf der ganzen Linie reaktionär" geworden. Auch der wissenschaftlich-technische Fortschritt im Kapitalismus ist heute reaktionär geworden, es handelt sich nur noch um "Fortschritt", Fortschritt in Anführungsstrichen, denn er ist schädlich und überflüssig geworden.

Mit so viel Recht formulierte Erich Honecker auf der Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen am 25. Januar 1980: "Eigentlich dazu berufen, die Arbeit der Menschen noch fruchtbarer zu machen, ihr Schöpferturn zu entwickeln und die Arbeitsbedingungen immer menschlicher zu gestalten, erscheint der moderne wissenschaftlich-technische Fortschritt in den kapitalistischen Ländern als 'Furie', als 'Dämon Technik', als 'Arbeitsplatzkiller', als Feind der Menschen, der im Massenumfang Arbeiter und Angestellte 'freisetzt', auf die Straße wirft, die Qualifikation ganzer Berufsgruppen und Betriebsbereiche entwertet, zugleich die Ausbeutung derer, die im Produktionsprozeß verbleiben, noch härter intensiviert und die Leistungsfähigkeit der Menschen rascher ruiniert. Die chronische Massenarbeitslosigkeit und die ständige Infragestellung der Beschäftigung für Millionen und aber Millionen Werktätige sind gegenwärtig die schwerste soziale Folge der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter kapitalistischen Bedingungen."⁶

Schon seit einem Jahrhundert bedarf die Menschheit nicht mehr des Kapitalismus, erst recht nicht mehr seit 1917. Heute aber bedarf sie auch nicht mehr seiner kleinen taktischen Vorwärtsschritte auf einzelnen Gebieten, die in der Bilanz nur neues Unglück für die Menschen bringen.

Wer immer sich gegen den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der Welt des Monopolkapitals wendet, hat recht. Wenn er sich gegen Wissenschaft und Technik "an sich" wendet, so ist das natürlich falsch. Aber es gibt Fehler von viel größerer praktischer Bedeutung. Denn er kämpft ja in der Welt des Kapitals, und dort gilt es, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Interesse von Millionen, die durch ihn zur Arbeitslosigkeit verurteilt werden, die durch

6 Honecker, Erich, Die nächsten Aufgaben der Partei bei der Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitag der SED, Berlin 1980, S. 25.

ihn in Hektik und Stress arbeiten müssen, die durch ihn zu Computer-Bürokraten werden, aufzuhalten, ja soweit wie möglich zu verhindern. Und auf einem Gebiet gilt es, ihn im Interesse aller Menschen sofort völlig einzustellen, damit auch wir ihn einstellen können: auf dem Rüstungsgebiet.

(Man wird vielleicht einwenden, daß auf einigen Gebieten der wissenschaftlich-technische Fortschritt im Kapitalismus doch auch gesellschaftlichen Fortschritt bringt - etwa auf dem der Medizin, des Gesundheitswesens. Darauf muß man antworten: Es gibt kein Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, dessen sich nicht der Industrie-Militärkomplex bemächtigen kann und wird, das er nicht seinen menscheitsvernichtenden Plänen unterordnen will. Darum ist man durchaus berechtigt, so allgemein zu formulieren, wie wir es getan haben. Die Fäulnis des kapitalistischen Systems im Stadium des Imperialismus ist so alles durchdringend geworden, daß unsere Feststellungen in ihrer Allgemeinheit durchaus berechtigt sind.)

4. Unsere Verantwortung

Unter diesen Umständen ist natürlich unsere Verpflichtung, in den sozialistischen Ländern den wissenschaftlich-technischen Fortschritt schneller und mit größerer Schöpferkraft als bisher voranzutreiben, um so größer. Wir sind es, die heute vor der Geschichte die Verantwortung für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt tragen, weil er nur noch unter sozialistischen Verhältnissen gesellschaftlichen Fortschritt, Glück dem einzelnen und der Gemeinschaft, der er angehört, bringen kann.

Lenin schrieb 1919 in "Die große Initiative": "Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlagende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus hat eine Arbeitsproduktivität geschaffen, wie sie unter dem Feudalismus unbekannt war. Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft. Das ist ein sehr schwieriges und sehr langwieriges Werk, aber man hat damit begonnen, und das eben ist das allerwichtigste."⁷

Nur erst, wenn diese Leninsche Forderung von uns erfüllt ist, haben wir die erste große schöpferische Aufgabe der sozialistischen Gesellschaft im Klassenkampf mit dem Kapitalismus erfüllt und nicht nur die Schädlichkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter dem Kapitalismus aufgezeigt, nicht nur nachgewiesen, unter wie den Menschen wohltätigen Bedingungen er unter sozialistischen Verhältnissen vor sich geht, sondern daß er unter diesen Bedingungen auch schneller voranschreitet.

⁷ Lenin, W. I., Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 416 f.

Zur Entwicklung der Theorie von den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus in den fünfziger Jahren⁺

von Manfred Braun

In der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation werden die Erzeugnisse als Waren produziert, wird der Austausch der Tätigkeiten über Ware-Geld-Beziehungen vermittelt. Entscheidende Plankennziffern, wie Warenproduktion, Nettoprodukt, Gewinn, Rentabilität, Kosten, Arbeitsproduktivität und andere, werden in Geldform bestimmt bzw. errechnet, wobei die Preise als Geldausdruck der Wertgröße im Mittelpunkt stehen. Mit Geldgrößen werden wesentliche Wirkungsbedingungen der ökonomischen Gesetze fixiert. Sie bilden somit Elemente des Funktionsmechanismus der sozialistischen Wirtschaft und beeinflussen entscheidend den Wirkungsgrad des Intensivierungsprozesses.

Es ist deshalb ganz natürlich, daß von den Ökonomen der sozialistischen Länder in der Vergangenheit viel Forschungsarbeit im Hinblick auf die Nutzung der Ware-Geld-Beziehungen geleistet wurde, spielt doch "bei der weiteren Vervollkommnung der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung ... die bewußte Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen eine große Rolle".¹

Den aktuellen Stand der Erforschung der Ware-Geld-Beziehungen kann man nicht einschätzen, ohne den historischen Prozeß der Herausbildung und Entwicklung dieses theoretischen Problemkreises zu studieren. In diesem Zusammenhang verweist der sowjetische Theoriehistoriker Trifonow auf einen bedeutsamen Aspekt: "Ohne zu übertreiben, kann man sagen, daß vom Stand und von der Gründlichkeit der Ausarbeitung der Kategorien der Warenproduktion und der Wirkungsweise ihrer Gesetze im Sozialismus das wissenschaftliche Niveau der politischen Ökonomie des Sozialismus abhängt."²

Gegenwärtig liegen sowjetische Arbeiten vor, in denen mehr oder weniger tief und detailliert die historische Entwicklung der Auffassungen über die Ware-Geld-Beziehungen und das Wertgesetz im Sozialismus in der UdSSR in den zwanziger und dreißiger Jahren beschrieben wird.³ Deshalb braucht an dieser Stelle nicht

+ Eine weitere Arbeit, die die Entwicklung der Theorie von den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus in den sechziger Jahren behandelt, erscheint vom gleichen Autor in einem der folgenden Bände des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte.

1 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S. 36.

2 Geschichte der Politischen Ökonomie des Sozialismus. Grundrisse, Berlin 1973, S. 18.

3 Vgl. Bogomazov, G. G., Marksizm-leninizm i problemy tovarnodeneznyh otnosenij v period stroitel'stva socializma v SSSR, Leningrad 1974; Malafeev, A. N., Prošloe i nastojaščee teorii tovarnogo proizvodstva pri socializme, Moskau 1975.

ausführlich auf diesen Zeitraum eingegangen zu werden. Untersucht werden soll vor allem die Entwicklung der Theorie von den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus in der DDR. Dabei soll versucht werden, durchgängig zwei Aspekte im Auge zu behalten:

Erstens ist an der Theorie von den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus unter dem ständigen Druck neuer Tatsachen, Prozesse und Entwicklungen auch in der DDR gearbeitet worden. Folglich kann die Theoriegeschichte der Ware-Geld-Beziehungen nur in Kenntnis der Entwicklung der gesellschaftlichen, der ökonomischen und im engen Kontakt mit diesen betrieben werden.

Zweitens konnten die Wirtschaftswissenschaftler, als im Jahre 1945 der Weg des antifaschistisch-demokratischen und später des sozialistischen Aufbaus beschritten wurde, die Erfahrungen und Erkenntnisse der Sowjetökonomen auf dem Gebiet der Ware-Geld-Beziehungen dank der brüderlichen Unterstützung durch die Sowjetunion nutzen. Heute arbeiten die Ökonomen der DDR und der UdSSR gemeinsam an der Vervollkommnung der Theorie der Ware-Geld-Beziehungen. Dabei stützen sie sich in vielen Fragen auf die Erfahrungen der KPdSU und auf die Erkenntnisse sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler. Da das so war, ist und auch in Zukunft so sein wird, soll durchgehend versucht werden zu zeigen, welche sowjetischen ökonomischen Anschauungen zum untersuchten Problem die politische Ökonomie des Sozialismus in der DDR theoriebestimmend beeinflussen.

Von Anfang an ließ sich die SED von der Erkenntnis leiten, daß die Wertkategorien und die Ware-Geld-Beziehungen ein wichtiges Instrument beim Aufbau einer von Ausbeutung freien Gesellschaftsordnung sind.⁴ Beispielsweise war eine wichtige Forderung auf dem Vereinigungsparteitag der SED "die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische".⁵ Obwohl im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Ausarbeitung der Wirtschaftspolitik der Partei wichtige Aussagen zu den Ware-Geld-Beziehungen getroffen wurden (Stabilisierung des Preisniveaus, Verminderung des Geldumlaufs, Formulierung von Prinzipien einer neuen Kreditpolitik, Bildung eines Direktorfonds und anderes),⁶ gab es nur wenig allgemeingültige theoretische Ausarbeitungen von den Politökonomen der DDR über den Charakter der Warenproduktion, die Bedeutung der Ware-Geld-Kategorien sowie die Rolle und Stellung des Wertgesetzes in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Das hatte mehrere Ursachen, objektive wie subjektive. Anfang der fünfziger Jahre bildete das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln und die kleine Warenproduktion noch die sozialökonomische Grundlage für die Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der DDR. Damit entsprach dem relativ unreifen Charakter der sozialistischen Produktionsverhältnisse der ebenfalls relativ unreife Stand der theoretischen Forschungen zu den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus. Es gab zu diesem Zeitpunkt auch erst sehr wenige

4 Hentschel, Manfred/Richter, Horst, Die Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen in der Wirtschaftspolitik der SED, in: Partei, Tradition, Wissenschaft, Berlin 1976, S. 120 - 138.

5 Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1955, S. 58.

6 Vgl. ebenda, S. 27 ff.

fachlich und politisch qualifizierte marxistisch-leninistische Politökonominnen in der DDR. Noch weniger konnten die russischsprachige wirtschaftswissenschaftliche Literatur im Original lesen.⁷

In diesem Zusammenhang stellt sich die theoriehistorische Frage: Von welchen vorgefundenen politökonomischen Vorstellungen über die Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus konnte die ökonomische Wissenschaft in der DDR im Prozeß ihrer Entstehung ausgehen?

Der Beginn des Erkenntnisprozesses über die Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus zeigte, daß die Politökonominnen der DDR zunächst an den theoretischen Überlegungen von Marx, Engels und Lenin, an deutschen Übersetzungen von Arbeiten sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler, Arbeiten Stalins und einige von ihnen an aus der Sowjetunion mitgebrachten Vorlesungsmitschriften anknüpfen.

Eva Altmann, Fritz Behrens, Gunther Kohlmeier, Jürgen Kuczynski, Alfred Lemmnitz, Robert Naumann, Fred Oelßner, Otto Reinhold und andere,⁸ die in jener Zeit publizistisch sehr wirksam waren, standen in der vordersten Reihe der Ökonomen, die die genannten Hinweise der SED entsprechend in ihrer Arbeit umsetzten und wesentliche Beiträge zur Entwicklung der Erkenntnisse über die Ware-Geld-Beziehungen, ihre Kategorien und das Wertgesetz im Sozialismus vorlegten. Ihr methodologischer Ausgangspunkt beim Herangehen an die Ware-Geld-Beziehungen und das Wertgesetz im Sozialismus in den fünfziger Jahren war folgender: Die Ware-Geld-Beziehungen sind "reale ökonomische Erscheinungen", die aber nicht zum Wesen der sozialistischen Produktionsweise gehören. Die Existenz der Warenproduktion wurde vielmehr in sehr eingeschränktem Sinne anerkannt. Dementsprechend wurde die Wirkung des Wertgesetzes sehr eng gesehen, praktisch auf eine eigenständige Wirkung der Wertkategorien als ökonomischer Hebel neben dem Plan beschränkt.

Das politökonomische Denken über die Ware-Geld-Beziehungen in der DDR konnte sich keineswegs von Anfang an auf das theoretische Erbe der Klassiker stützen, mußten doch die Ideen von Marx, Engels und Lenin zunächst zugänglich gemacht werden.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe wurde in den ersten Jahren unserer Republik eine große Arbeit geleistet. So wurden im Hoch- und Fachschulwesen der DDR in diesem Zeitraum tiefgreifende Umgestaltungen durchgeführt. Das betraf den Inhalt des Hoch- und Fachschulstudiums, die Forschung und nicht zuletzt eine beispiel-

7 Vgl. Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Grundriß, Berlin 1974, S. 597.

8 Vgl. z. B. Altmann, Eva, Einige alte Probleme der politischen Ökonomie in neuem Zusammenhang, in: Arbeit, Nr. 8/1948, S. 242 - 245; Lemmnitz, Alfred, Charakter und Rolle der Warenproduktion und des Wertgesetzes in der Wirtschaft der DDR, in: Einheit, Sonderheft 1952, S. 1234 - 1241; Luck, Herbert, Karl Marx und Friedrich Engels über das Wertverhältnis in seiner allgemeinen Form, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 3/1952/53, S. 153 - 166; Oelßner, Fred, Die Werttheorie und unsere Preispolitik, in: Einheit, Nr. 12/1955, S. 1172 - 1184; Kohlmeier, Gunther, Einige Fragen der planmäßigen Ausnutzung der Wertformen und des Wertgesetzes in der Periode des Übergangs zum Sozialismus, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 3/1956, S. 445 - 463.

lose Erweiterung der materiellen und personellen Kapazitäten. Die vom ersten Parteitag nach der Gründung der DDR konzipierte Neuordnung der Hochschul- ausbildung betraf vor allem die Lehre des Marxismus-Leninismus. Neue Hoch- schuleinrichtungen, wie zum Beispiel die gesellschaftswissenschaftliche Fakul- tät an der Karl-Marx-Universität, an der Behrens die erste Vorlesung über marxistisch-leninistische politische Ökonomie hielt,⁹ und die Hochschule für Planökonomie, an der Kohlmeier Vorlesungen über politische Ökonomie des So- zialismus hielt,¹⁰ wurden gegründet. Auch bei der weiteren Entwicklung unse- res Hochschulwesens konnten die sowjetischen Erfahrungen ausgenutzt werden. In ihren Arbeiten stützten sich Ökonomen wie Naumann und Oelßner und andere auf ihre aus der Sowjetunion mitgebrachten Vorlesungsschriften oder aber wie beispielsweise Kohlmeier auf in der Zentralen Antifa-Schule erworbene Kenntnis- se über politische Ökonomie des Sozialismus.

Eine weitere wichtige Grundlage für ihre Überlegungen war der redaktionelle Artikel "Einige Fragen des Unterrichts in der politischen Ökonomie", der 1943 in der Zeitschrift "Unter dem Banner des Marxismus" erschien und einen Wen- depunkt in den Diskussionen zu den Ware-Geld-Beziehungen und zum Wertge- setz im Sozialismus darstellte. "Die Vorstellung, daß das Wertgesetz im Sozia- lismus keinerlei Rolle spielt, widerspricht im Grunde genommen dem gesam- ten Geist der marxistisch-leninistischen Ökonomie."¹¹

Großen Einfluß auf die Forschungen der DDR-Ökonomen hatten aber vor allem solche Beiträge sowjetischer Ökonomen, die in der DDR in deutscher Überset- zung vorlagen. Beispielsweise knüpften DDR-Ökonomen an die von dem sowje- tischen Ökonomen A. Wosnessenski in seinem 1949 in der DDR erschienenen Buch "Die Kriegswirtschaft der UdSSR in der Periode des Vaterländischen Krie- ges" geäußerten Gedanken zu einigen Problemen des Wertes, darunter auch zur Rolle des Gewinns und der Rentabilität, an.¹²

9 Vgl. Handel, Günter, Die Rolle des Franz-Mehring-Instituts bei der Veran- kerung des Marxismus-Leninismus an der Karl-Marx-Universität, in: Wis- senschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 5/1974, S. 337 - 358; Niemann, Hans, Zur Entwick- lung des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums an der Karl-Marx- Universität, in: ebenda, S. 359 - 368; Handel, Günter, Das Franz-Mehring- Institut als zentrale Ausbildungsstätte für Lehrkräfte im marxistisch-lenini- stischen Grundlagenstudium (1950 - 1961), in: ebenda, S. 369 - 390.

10 Vgl. Zur Entwicklung der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Ber- lin, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin, Nr. 4/1975.

11 Einige Fragen des Unterrichts in der politischen Ökonomie. Redaktioneller Artikel, abgedr. in: Beiträge zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1975, S. 282 ff., 290.

12 Vgl. Wosnessenski, A., Die Kriegswirtschaft der UdSSR in der Periode des Vaterländischen Krieges, Berlin 1949.

Die große Mehrheit der DDR-Ökonomen¹³ berief sich in starkem Maße auf Stalins Schrift "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR",¹⁴ in der er unter anderem zum Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, zur Warenproduktion und zum Wertgesetz Stellung nahm. Er begründete den objektiven Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und erkannte das Wertgesetz als ökonomisches Gesetz des Sozialismus an. Stalin führte aus, daß das Wertgesetz "besteht und wirkt. Dort, wo es Waren und Warenproduktion gibt, muß es auch das Wertgesetz geben."¹⁵ Schließlich schätzte er ein: "Schlimm ist nicht, daß das Wertgesetz bei uns auf die Produktion einwirkt. Schlimm ist, daß unsere Wissenschaftler und Planer, mit wenigen Ausnahmen, die Wirkungen des Wertgesetzes schlecht erkennen, sie nicht studieren und es nicht verstehen, sie in ihren Berechnungen zu berücksichtigen."¹⁶

Stalin hatte diesen Standpunkt vor allem im Ergebnis der Diskussion mit den führenden Ökonomen der UdSSR formuliert und begründet. Die Erkenntnisfortschritte waren deutlich, aber er vertrat falsche Auffassungen, die vor allem die Wirkungsweise des Wertgesetzes im Sozialismus betrafen. Das betraf solche Positionen wie die Einschränkung des Wirkungsbereiches des Wertgesetzes auf das gesellschaftliche Eigentum und die Verneinung der Rolle des Wertgesetzes bei der Preisbildung für Produktionsmittel, darunter auch für landwirtschaftliche Rohstoffe.

Maßgeblichen Einfluß auf DDR-Ökonomen hatte das 1955 erschienene sowjetische Lehrbuch der Politischen Ökonomie. Es stellte einen Markstein des Erkenntnisprozesses auch über die Ware-Geld-Beziehungen und das Wertgesetz im Sozialismus dar. Ausgehend von der Begründung der Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus, wird in diesem Werk festgestellt: "Im Sozialismus ist die Warenproduktion keine gewöhnliche, sondern eine Warenproduktion besonderer Art."¹⁷ Daraus wird abgeleitet: "Sofern im Sozialismus die Warenproduktion und die Warenzirkulation bestehen, ist auch das Wertgesetz weiterhin wirksam."¹⁸

13 Eine besondere Rolle spielten diese Fragen auf einer theoretischen Konferenz des ZK der SED am 13. Dezember 1952, die sich mit der Bedeutung dieser Arbeit für die Lösung der Aufgaben der Übergangsperiode und für die Entwicklung einer wissenschaftlich begründeten Wirtschaftspolitik befaßte. Vgl. Oelßner, Fred, Eine neue Etappe der marxistischen politischen Ökonomie, Berlin 1953. - Hier und in den nachfolgenden Veröffentlichungen wurden im breiteren Rahmen Fragen der Ware-Geld-Beziehungen und der Rolle des Wertgesetzes im Sozialismus diskutiert. Vgl. auch Luck, Herbert, Die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus durch die Arbeit Stalins "Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR" und ihre Bedeutung für den Fortschritt der Wissenschaft, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Sonderheft 1952/53, S. 3 - 23.

14 Stalin, J. W., Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1952.

15 Ebenda, S. 20.

16 Ebenda, S. 21.

17 Politische Ökonomie. Lehrbuch, Berlin 1955, S. 502.

18 Ebenda, S. 506.

Die Anerkennung von Warenproduktion und Wertgesetz im Sozialismus in diesem Lehrbuch war für die politische Ökonomie des Sozialismus ein großer Erkenntnisfortschritt, wenn auch die Wirkungsweise und der Wirkungsbereich stark eingeeengt dargestellt wurden. "Der Wirkungsbereich des Wertgesetzes erstreckt sich im Sozialismus vor allem auf die Warenzirkulation, auf den Austausch von Waren - vor allem von Gegenständen des persönlichen Bedarfs,"¹⁹

Entscheidend für den Entwicklungsprozeß der politischen Ökonomie des Sozialismus war jedoch die theoretische Verallgemeinerung der praktischen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus, nach der das "Wertgesetz ... bei der planmäßigen Führung der Volkswirtschaft ausgenutzt werden muß."²⁰ So war das sowjetische Lehrbuch ein entscheidender Beitrag zur Herausbildung einer einheitlichen, wissenschaftlich begründeten Theorie der Ware-Geld-Beziehungen und des Wertgesetzes im Sozialismus. Die in diesem Werk dargelegten Verallgemeinerungen wurden in den folgenden Jahren zum Ausgangspunkt weiterer theoretischer Arbeiten auch in der DDR.

Welche Knotenpunkte gab es in der Theorie der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus in der DDR, wie, in welchem Umfang und auf welche Weise haben die Politökonomien das Vorgefundene entsprechend den Anforderungen der realen ökonomischen Verhältnisse in der DDR umgeformt und weiterentwickelt? Wichtige Marksteine für die Entwicklung der Theorie von den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus in der DDR und hier besonders von Problemen der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der wissenschaftlich begründeten Preispolitik in den fünfziger Jahren waren die 6., 21. und 32. ZK-Tagung der SED (1951, 1954, 1957) sowie die 2. Parteikonferenz der SED.

Das Verständnis für die vor allem auf diesen ZK-Tagungen der SED geforderte planmäßige Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen in der sozialistischen Wirtschaft hing wesentlich von der Klärung der Ursachen der Warenproduktion, ihrer Besonderheiten und spezifischen Merkmale ab, das heißt die Frage der Klärung der neuen Merkmale der Warenproduktion im Sozialismus als einer Form der unmittelbar gesellschaftlichen Produktion, ohne daß die Produkte menschlicher Arbeit aufhören, Waren, echte Waren zu sein, das Geld, echtes Geld und nicht nur Rechengeld.

Die meisten DDR-Ökonomen hoben in den fünfziger Jahren vor allem drei Ursachen für ein Weiterbestehen der Warenproduktion im Sozialismus hervor²¹:

1. den Stand der Produktivkräfte, der es unmöglich macht, die Verteilung nach den Bedürfnissen anzuwenden, und demzufolge die Notwendigkeit, nach der Leistung zu verteilen und dazu die Arbeit zu erfassen;
2. die Ungleichartigkeit der Arbeit und besonders die erheblichen Unterschiede zwischen der körperlichen und der geistigen Arbeit, die es unmöglich machen, die Arbeit in natürlichen Einheiten, das heißt in Arbeitsstunden, zu erfassen;
3. die Existenz von zwei Formen sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln: Volkseigentum und genossenschaftliches Eigentum.

19 Ebenda, S. 508.

20 Ebenda, S. 513.

21 Vgl. Oelßner, Fred, Über das Wirken objektiver ökonomischer Gesetze in der Wirtschaft der DDR, in: Einheit, Nr. 10/1954, S. 931; Lemnitz, Alfred, a. a. O., S. 1235 - 1236; Kohlmeier, Gunther, Das sozialistische Finanzsystem, Berlin 1952, S. 17.

Die Einstellung zu den Ursachen der Warenproduktion im Sozialismus prägte wiederum wesentlich die Diskussion zur Kategorie Ware im Sozialismus. So führte die falsche Voraussetzung, nach der bei Existenz genossenschaftlichen Eigentums Warenbeziehungen einzig und allein auf die Sphäre der Beziehungen zwischen staatlicher Industrie und kollektiver landwirtschaftlicher Produktion zutrafen, zu folgender Argumentationskette im Hinblick auf die Ware: Da die in der sozialistischen Industrie erzeugten Produktionsmittel nicht an jeden "verkauft" werden können, weil der Staat als Eigentümer dieser Produktionsmittel sie auf seine Betriebe verteilt, verlieren die Produktionsmittel ihren Warencharakter. Bei ihrer "Verteilung" vollzieht sich nach Ansicht von Kurt Frenzel und Günter Mieth kein Eigentümerwechsel. Werden hingegen die Erzeugnisse der sozialistischen Industrie über den Außenhandel verkauft, so sind sie nach Meinung der beiden Autoren wieder Waren. Innerhalb des Landes behalten die Produktionsmittel die äußere Hülle der Waren nur zum Zwecke der Kalkulation bei.²²

Kurt Frenzel, Günter Mieth, aber auch Günter Schneider und Arthur Bordag²³ stützten sich bei ihren Aussagen auf Lenin, der nach Einführung der Neuen Ökonomischen Politik im Frühjahr 1921 darauf aufmerksam gemacht hatte: "... das staatliche Produkt, das Produkt der sozialistischen Fabrik, das gegen bäuerliche Lebensmittelprodukte ausgetauscht wird, ist keine Ware im Sinne der politischen Ökonomie, jedenfalls nicht nur Ware, nicht mehr Ware, hört auf, Ware zu sein".²⁴

Die Art und Weise der Wiedergabe von Äußerungen Lenins durch diese Wirtschaftswissenschaftler zeigt, daß einige von ihnen Zitate losgelöst von der konkret-historischen Situation auswählten, um ihre eigenen theoretischen Aussagen zu stützen.

Andererseits verdeutlichen solche Äußerungen Lenins unter Berücksichtigung der historischen Umstände, durch die Lenin zu diesen Schlußfolgerungen gelangte, die historische Tragweite und die prinzipielle Gültigkeit der von ihm zu den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus getroffenen Aussagen. Der historische Entwicklungsweg der Theoriebildung zur Frage der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus in der DDR ist eindeutig von den prognostischen Hinweisen Lenins geprägt. So hieß es in seinem in der "Prawda" vom 18. Oktober 1921 veröffentlichten Artikel "Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution": "Nicht auf Grund des Enthusiasmus unmittelbar, sondern mit Hilfe des aus der großen Revolution geborenen Enthusiasmus, auf Grund des persönlichen Interesses, der persönlichen Interessiertheit, der wirtschaftlichen Rechnungsführung bemüht euch, zuerst feste Stege zu bauen, die in einem kleinbäuerlichen Land über den Staatskapitalismus zum Sozialismus führen; sonst werdet ihr nicht zum Kommunismus gelangen, sonst werdet ihr die Millionen und aber Millio-

22 Vgl. Frenzel, Kurt/Mieth, Günter, Zum Doppelcharakter der Arbeit im Sozialismus, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden, Nr. 1/1957, S. 140; dieselben, Zu einigen Fragen der Warenproduktion im Sozialismus, in: ebenda, Nr. 1/1958/59, S. 235 f.

23 Vgl. z. B. Bordag, Artur/Schneider, Günter, Die objektiven Grundlagen der Wirtschaftlichen Rechnungsführung, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 8/1959, S. 1226 ff.

24 Lenin, W. I., Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen, Entwurf, in: Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 401.

nen Menschen nicht zum Kommunismus führen. So hat es uns das Leben gelehrt. So hat es uns der objektive Entwicklungsgang der Revolution gelehrt."²⁵

Diese und andere Bemerkungen Lenins verdeutlichen einmal mehr das Erfordernis, die Orientierungen der Klassiker in ihrer schöpferischen Anwendung auf die Bedingungen in der DDR als Ausgangspunkt der Theorienbildung der politischen Ökonomie des Sozialismus zu nutzen.

Die Behauptung, daß nur ein Teil der in der sozialistischen Gesellschaft produzierten Produkte Waren sind, ein anderer und großer Teil keine Ware sind, sondern nur "Warenhülle" annehmen, bedeutete einen ernsthaften Schritt zurück. Sie zerstörte die Einheit des Prozesses der sozialistischen Reproduktion.

Die Trennung der Produktion und die Teilung in Waren- und Nichtwarensphäre förderte die Entstehung der Konzeption über die Unterschiede in der Natur und der Rolle des Geldes, das in diesen Sphären fungiert.

In den fünfziger Jahren beschäftigten sich einige DDR-Ökonomen, vor allem Kohlmei und Lemmnitz, mit der Erforschung der außerordentlich komplizierten und vielseitigen Kategorie Geld,²⁶ Zwischen den Ökonomen der Sowjetunion und der DDR herrschte Einigkeit darüber, daß das Geld im Sozialismus einen neuen vom Kapitalismus grundsätzlich verschiedenen gesellschaftlichen Charakter erhält. Lemmnitz und Kohlmei stellten sich die Aufgabe, diesen neuen Inhalt des Geldes herauszuarbeiten. Während Kohlmei in diesem Zusammenhang auf die wichtige Frage nach den Ursachen der Geldwirtschaft in der sozialistischen Gesellschaft einging, die er in dem Bestehen zweier Formen des sozialistischen Produktionsmitteleigentums sah,²⁷ ging es Lemmnitz in seiner Arbeit darum, zu erklären, welche Geldbewegungen stattfinden. Hierzu ging er näher auf die Marxschen Kategorien des ideellen und reellen Geldes ein und zog folgende Schlußfolgerungen:

- Je größer "der Wirkungsbereich des Geldes als ideelles Maß der Werte beziehungsweise ideelles Rechengeld", desto größer "der Wirkungsbereich des Gesetzes der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft als objektiver Regulator der sozialistischen Produktion und Verteilung"
- "Je größer dagegen der Wirkungsbereich des reellen Geldes, desto größer der Wirkungsbereich des Wertgesetzes als Regulator der Produktion und Zirkulation"
- Je größer die Wirksamkeit des Gesetzes der planmäßig proportionalen Entwicklung ist, um so geringer wird der Einfluß des Wertgesetzes sein.²⁸

Mitte der fünfziger Jahre legte Kohlmei eine Arbeit vor, die einen wichtigen Fortschritt bei der Entwicklung geldtheoretischen Denkens in der DDR darstellte. Kohlmei blieb in seiner Arbeit nicht beim allgemeinen Wesen des Geldes, bei seinen allgemeinen Eigenschaften und Funktionen stehen; er versuchte auch, das gesellschaftlich spezifische Wesen des Geldes im Sozialismus aufzudecken,

25 Derselbe, Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 38.

26 Vgl. Kohlmei, Gunther, Das Geldsystem der DDR, Berlin 1956; Lemmnitz, Alfred, Das Geld und die Funktionen des Geldes im Sozialismus, Berlin 1955.

27 Vgl. Kohlmei, Gunther, Einige Fragen der planmäßigen Ausnutzung der Wertformen und des Wertgesetzes in der Periode des Übergangs zum Sozialismus, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 3/1956, S. 460.

28 Lemmnitz, Alfred, Das Geld und die Funktionen des Geldes ..., a. a. O., S. 79.

Kohlmeiy stellte den sozialistischen Charakter der Geldwirtschaft in der DDR in den Vordergrund. Er verwies darauf, daß die DDR beim Aufbau und der Festigung des neuen Geldsystems fest auf die Unterstützung der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder rechnen konnte und daß die Erfahrungen der Sowjetunion zum schnellen Aufbau der neuen Geldwirtschaft in der DDR führten. Er schrieb: "Die Wirtschaftsplanung ist eine unumstößliche Bedingung für die dauerhafte Stabilität unseres neuen Geldsystems. Ohne Planung der Produktion keine Planung der Zirkulation (und umgekehrt), keine Planung der bargeldlosen Verrechnungen und des Bargeldumlaufes."²⁹

Auch die Fragen des Handels - sowohl des Binnen- wie des Außenhandels - nahmen in der Entwicklung der Theorie von den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus einen wichtigen Platz ein,

Ausgangspunkt der politökonomischen Diskussionen zu diesem Problemkreis in jenen Jahren waren Stalins Gedanken zur Warenzirkulation. Er hatte einerseits festgestellt, daß, solange "die zwei grundlegenden Produktionssektoren bestehen bleiben, ... Warenproduktion und Warenzirkulation als notwendiges und sehr nützliches Element im System unserer Volkswirtschaft in Kraft bleiben" müssen,³⁰ Andererseits hatte er behauptet, daß die Erweiterung des Wirkungsbereiches der Warenzirkulation "unsere Entwicklung zum Kommunismus nur hemmen kann" und darüber hinaus "die Warenzirkulation mit der Perspektive des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus unvereinbar" sei.³¹

Die letztgenannte Feststellung trug dazu bei, daß viele Ökonomen sowohl in der UdSSR als auch in der DDR den sozialistischen Handel als Ausdruck der Distributionsverhältnisse betrachteten und die Ansicht vertraten, daß unter den Bedingungen des entfalteten Aufbaus des Kommunismus jeder Unterschied zwischen Verteilung und Austausch verschwinde. In diesem Entwicklungsstadium müsse der Handel aufhören, Ausdruck der Austauschbeziehungen zu sein, und zu einer Form der Konsumgüterverteilung werden.³²

Die Mehrheit der Ökonomen begrenzte den Handel auf den Konsumgüterbereich. Die Erfassung landwirtschaftlicher Produkte galt im Unterschied zum Handel als besondere Art der Warenzirkulation. Die Realisierung der Produktionsmittel innerhalb des staatlichen Sektors zählte man nicht zum Warenaustausch, da sie im politökonomischen Sinne nicht als Waren galten. Unter diesen Bedingungen gingen die meisten Ökonomen nicht auf das Wesen so wichtiger Kategorien des Handels wie Markt, Angebot und Nachfrage, das Realisierungsproblem und andere ein, sondern gaben nur eine formale Interpretation.

Mit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems stellten sich für die Politökonomien der Sowjetunion und der DDR Probleme der Außenwirtschaftsbeziehungen, der Optimierung der Wechselwirkungen zwischen Volkswirtschaft und Außenwirtschaft, der rationellen Gestaltung des Verhältnisses von zentralen und dezentralen außenwirtschaftlichen Entscheidungen als bedeutsame Fragen für längere Zeit.³³

29 Kohlmeiy, Gunther, Das Geldsystem der DDR, a. a. O., S. 39.

30 Stalin, J. W., a. a. O., S. 17.

31 Ebenda, S. 92 f.

32 Lopatkin, V., Rol' sovetskoy torgovli v socialističeskom vosproizvodstve, Moskau 1956.

33 Vgl. Kohlmeiy, Gunther, Zur Entwicklung der Theorie vom sozialistischen Außenhandel, in: 60 Jahre politische Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1979, S. 99 - 104, auf die sich diese Ausführungen stützen.

Da der sowjetische Außenhandel bis in die ersten Nachkriegsjahre hinein vorwiegend komplementäre Funktionen zu erfüllen hatte (Ergänzung der Binnenproduktion, Unterstützung des industriellen Aufbaus durch Maschinenimporte, Bezahlung dieser Einfuhren mit Rohstoffexporten), führten diese historisch begründeten Außenhandelsfunktionen zu einseitigen Formulierungen der allgemeinen Aufgaben des sozialistischen Außenhandels. So wurde beispielsweise im Lehrbuch "Politische Ökonomie", das 1954 in der UdSSR herausgegeben wurde, formuliert, daß der Außenhandel "als eine zusätzliche Quelle von Ressourcen für die Entfaltung der Produktion" diene.³⁴

Danach rückten dann die substitutiven Aufgaben des Außenhandels wie auch die Probleme seiner Optimierung und seiner Verflechtung mit der Produktion in den Mittelpunkt der Diskussion. An diesen Fragen waren zunächst besonders die kleineren sozialistischen Länder, wie die DDR, interessiert.

So fand Ende der fünfziger Jahre in der ČSSR unter Beteiligung der anderen sozialistischen Länder die erste Konferenz über die Rentabilität des Außenhandels in der sozialistischen Volkswirtschaft statt. In der DDR erschienen in jenen Jahren zahlreiche Beiträge zu dieser Frage. Mit dem schnellen Erkenntniszuwachs zu diesen Problemen war die Integration des Theorems von den komparativen Außenhandelsvorteilen in die Theorie der internationalen Werte und des sozialistischen Außenhandels verbunden. Korrespondierend zur theoretischen Arbeit, wurden entsprechende staatliche Regelungen eingeführt.

Da es über diese und jene Fragen zu den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus unter DDR-Ökonomen erhebliche theoretische Unklarheiten gab, gewannen stellenweise feindliche Konzeptionen der bürgerlichen Ökonomie sowie des Revisionismus an Boden.

Revisionistische Erscheinungen hatten auch in Artikeln von Fritz Behrens und Arne Benary ihren Ausdruck gefunden. Mit dem Anspruch, wirksamere Methoden der Leitung der Volkswirtschaft, der Einbeziehung der Werktätigen in die Leitungs- und Planungsprozesse, der Entwicklung ihres Schöpferturns und der Steigerung der Arbeitsproduktivität vorzuschlagen, stellten sie letztlich die Notwendigkeit der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei und der zentralen staatlichen Planung in Frage und versuchten, diese durch eine "Lenkung der Spontaneität" zu ersetzen.³⁵

Sie behaupteten, daß sich die ökonomischen Gesetze auch im Sozialismus ihren Weg selbst, durch das spontane Handeln der Menschen bahnen. Der sozialistische Staat schaffe nur die Bedingungen für das Wirken des Wertgesetzes, welches dann automatisch zum Gleichgewicht führe.³⁶

Diesen Aspekt der revisionistischen Konstruktion eines ständigen Gegensatzes von Spontaneität und Bewußtheit analysierte Helmut Richter, der insbesondere den inneren Zusammenhang der Verfälschung von Grundthesen des historischen Materialismus über das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit mit den revisionistischen Forderungen nach einer Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR aufzeigte. Richter stellte hierzu fest: "... wenn man davon ausgeht, daß

34 Politische Ökonomie, a. a. O., S. 685.

35 Vgl. Behrens, Fritz, Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3, Sonderheft 1957, S. 105 - 140; Benary, Arne, Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: ebenda, S. 62 - 94.

36 Vgl. Behrens, Fritz, a. a. O.; Benary, Arne, a. a. O.

bewußte Leitung und schöpferische Aktivität der Massen einen Gegensatz darstellen, die staatliche zentrale Leitung die Initiative der Werktätigen einengt, demzufolge die erste Voraussetzung für die Förderung der Initiative die Entfaltung der Spontaneität ist, die Spontaneität sich aber nur am unmittelbaren materiellen Interesse entzünden kann, dann muß man dazu kommen, das Wertgesetz, die Marktgesetze spontan wirken zu lassen, um über den Preismechanismus, die Entlohnung nach dem Gewinn, die Selbstverwaltung der Betriebe und das Zentralbanksystem die Wirtschaft leiten zu wollen."37

Die Forderung nach Abbau der zentralen staatlichen Planung, nach Einführung der Selbstverwaltung der Betriebe, nach einem "Marktsozialismus" basierten theoretisch vor allem auf dem Unverständnis der marxistisch-leninistischen Grundanschauungen zu den Wechselbeziehungen von Politik und Ökonomie in der Übergangsperiode, zur Rolle und zum Wirkungsbereich des Wertgesetzes im Sozialismus sowie zur Beziehung von Spontaneität und Bewußtheit in der sozialistischen Gesellschaft. Die 30. Tagung des ZK der SED setzte sich Anfang des Jahres 1957 mit solchen Auffassungen auseinander und wies nach, daß diese in schroffem Gegensatz zum Marxismus-Leninismus standen und auf eine Preisgabe, ja Liquidierung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR hinausliefen. Die 30. Tagung zerschlug die revisionistischen Konzeptionen und begründete die neuen Aufgaben auf ideologischem Gebiet im Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Die Forderung nach theoretisch tieferer Durchdringung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, des Wertgesetzes und der Preisbildung nahmen dabei einen vorrangigen Platz ein.

Stalins Arbeit "Neue Verhältnisse - neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus" und die Arbeit des sowjetischen Ökonomen W. P. Djatschenko über "Das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung als Methode der sozialistischen Wirtschaftsführung" bildeten die theoretische Grundlage für die Diskussionen und die praktische Arbeit zu den Fragen der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der DDR. Djatschenko unternahm als einer der ersten sowjetischen Ökonomen den Versuch, die wirtschaftliche Rechnungsführung umfassend zu analysieren. Dabei ging er von der Notwendigkeit des Sparsamkeitsprinzips, der Senkung der Kosten und der Erhöhung der Rentabilität aus, um so die Akkumulationskraft in der sozialistischen Volkswirtschaft zu heben. Djatschenko charakterisierte die wirtschaftliche Rechnungsführung als Hauptmethode der sozialistischen Wirtschaftsführung.38

Diese Auffassungen stellten das Messen des Arbeitsaufwandes und seine Senkung unter Ausnutzung des Wertgesetzes in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Rechnungsführung.

Im Zusammenhang mit der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und ihrer Festigung in den volkseigenen Betrieben der DDR gaben diese Ausführungen den Wirtschaftswissenschaftlern unserer Republik starke Impulse. So erschienen in der DDR in Auswertung der Beschlüsse über den ersten Fünfjahresplan, insbesondere aber nach dem 6. und nach dem 21. Plenum des ZK der SED

37 Richter, Helmut, Wertgesetz und Spontaneität in der Übergangsperiode, in: ebenda, S. 56.

38 Djatschenko, W. P., Das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung als Methode der sozialistischen Wirtschaftsführung, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswiss. Beiträge, Nr. 2/1951.

(1951 und 1954), eine ganze Reihe richtungsweisender Arbeiten zu Fragen der wirtschaftlichen Rechnungsführung.³⁹

Oelßner lenkte in seiner Arbeit die Aufmerksamkeit auf die Rentabilität, die er als das Ziel der wirtschaftlichen Rechnungsführung betrachtete. Interessant waren in diesem Zusammenhang vor allem seine Ausführungen zur Definition der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Er wies darauf hin, daß dieser Begriff von den sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlern übernommen wurde und daß es schwierig war, einen deutschen Ausdruck zu finden, der dem Inhalt dieses Begriffes wirklich entsprach. Zunächst wurde er mit "Wirtschaftlichkeit", "Eigenwirtschaftlichkeit" oder "Rentabilität" übersetzt. Oelßner wandte sich gegen alle diese Begriffe, die er als sehr verschwommen bezeichnete. Schließlich wurde der Terminus "wirtschaftliche Rechnungsführung" festgelegt.

Die Unklarheiten bei der Begriffsbildung waren zum Teil auf Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten über das Wesen dieser Kategorie zurückzuführen. Oelßner sah das Wesen der wirtschaftlichen Rechnungsführung darin: "Die Anwendung des Wertgesetzes ist nicht möglich ohne eine genaue Kalkulation der Selbstkosten. Diese ist das Kernstück der wirtschaftlichen Rechnungsführung."⁴⁰

Oelßner forderte die tiefere Durchdringung des Wesens und der Rolle des Wertgesetzes. Das geschah seiner Meinung nach durch die Herausarbeitung folgenden Umstandes: "Auf dem Verständnis dieses Unterschiedes (zwischen der Anwendung des Wertgesetzes in der volkseigenen Wirtschaft und seine Wirkung in der kapitalistischen Warenproduktion - M. B.), auf dem Verständnis des unmittelbar gesellschaftlichen Charakters der Arbeit in unserer volkseigenen Wirtschaft beruht die bewußte Anwendung des Wertgesetzes durch das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung."⁴¹

Für ihn war das die Voraussetzung für eine umfassende Charakterisierung der Normen, der Rolle des Geldes, der Preise, der Kalkulation der Selbstkosten, der Buchführung und anderer Seiten der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Mit diesem Herangehen trug er dazu bei, daß allmählich eine Geringschätzung der Kostensenkung und der Rentabilitätssteigerung überwunden wurde.⁴²

Die erkenntnistheoretischen Wurzeln eines geringschätzigen Herangehens an die Probleme der wirtschaftlichen Rechnungsführung sind in der seinerzeit üblichen Auffassung des Wertgesetzes als eines Instrumentes zur Messung und Kontrolle des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes zu suchen. Da die realen Ursachen für das Weiterbestehen der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus noch nicht erkannt wurden, wurde auch die stimulierende Funktion des Wertgesetzes und der wirtschaftlichen Rechnungsführung noch nicht gesehen.

Eine Reihe von Arbeiten sowjetischer Autoren zur wirtschaftlichen Rechnungsführung übten nachhaltigen Einfluß auf die Theoriediskussion in der DDR bis Ende der fünfziger Jahre aus. So deutete S. K. Tatur in seinem sich besonders an die Wirtschaftspraktiker wendenden Buch die ökonomische Hebelwirkung der

39 Beispielsweise die Arbeiten von Oelßner, Fred, Über die wirtschaftliche Rechnungsführung, Berlin 1952; Naumann, Robert, Das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Sowjetunion, Berlin 1952; Weinberger, Bernd, Das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung und seine Anwendung, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Nr. 3/1952, S. 121.

40 Oelßner, Fred, Über die wirtschaftliche Rechnungsführung, a. a. O., S. 12, 41 Ebenda, S. 18.

42 Ebenda.

wirtschaftlichen Rechnungsführung bereits an, Aber er hob vor allem das Kalkulieren und Kontrollieren hervor.⁴³

Die sowjetische Ökonomin A. Worobjowa bezeichnete in ihrer Arbeit die wirtschaftliche Rechnungsführung als Methode der planmäßigen Leitung und Verwaltung der sozialistischen Betriebe: "Die spezifische Besonderheit dieser Methode besteht darin, daß sie auf der Ausnutzung des Wertgesetzes basiert, das in der sozialistischen Produktion wirksam ist."⁴⁴

Worobjowa, die in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der materiellen Interessiertheit hinwies, ging auf das Wechselverhältnis zwischen Planung und wirtschaftlicher Rechnungsführung ein. Sie zeigte, daß die wirtschaftliche Rechnungsführung nicht nur der Erfüllung des Planes dienen muß, sondern daß für eine bessere Wirkung der wirtschaftlichen Rechnungsführung auch die Planung und Leitung der Produktion, der Selbstkosten, der Preise usw. verbessert werden müssen.⁴⁵

Einen gewissen Abschluß der Diskussion über die wirtschaftliche Rechnungsführung bildeten die Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften in der DDR im Jahre 1955, auf der sich Oelßner in seinem Hauptreferat auch mit diesen Fragen beschäftigt hatte, sowie eine Arbeit von Arthur Bordag, die insofern über andere Untersuchungen hinausging, als sie die Zusammenhänge im System der wirtschaftlichen Rechnungsführung aufzeigte. So stellte Bordag fest: "Die wirtschaftliche Rechnungsführung beruht auf der Ausnutzung der Möglichkeiten, die die ökonomischen Gesetze des Sozialismus bieten. Sie verlangt deren bewußte Ausnutzung im Interesse der Gesellschaft und bedient sich dabei eines Komplexes von ökonomischen und organisatorischen Hebeln, die zusammengekommen dahin wirken, daß die wirtschaftliche Rechnungsführung zur Hauptmethode der Leitung der sozialistischen Betriebe wird. Nicht die Einzelheit dieser oder jener Maßnahme verbürgt eine wirtschaftliche Rechnungsführung im Betrieb oder im Produktionszweig. Nur die komplexe Anwendung und Einhaltung aller Hebel führt die wirtschaftliche Rechnungsführung zum Erfolg, zur Sicherung und Steigerung der Rentabilität unserer volkseigenen Betriebe."⁴⁶

Seit Mitte der fünfziger Jahre wurde auch von den Politökonomern der DDR das Wirken des Wertgesetzes in untrennbarem Zusammenhang mit dem Prozeß der Preisbildung untersucht. Wenn auch noch der Wirkungsbereich der Warenproduktion und damit der des Wertgesetzes vor allem auf die Warenzirkulation, auf den Austausch von Waren des persönlichen Bedarfs eingeschränkt wurde oder vom Wertgesetz als 'Regulator' gesprochen wurde, widmeten die DDR-Ökonomen - in enger Anlehnung an in der Sowjetunion geführte Diskussionen - im Zusammenhang mit der Frage nach den Grundprinzipien der Bestimmung der Rentabilität der Industriebetriebe, dem Problem der Selbstkosten, den Fragen, welche Funktion der Preis auszuüben hat, wie sich das Niveau der Preise für Produktionsmittel auf das Verhältnis von Selbstkosten und Gewinn in den Preisen der Konsumgüter auswirkt, in welchem Verhältnis die Preise der Produktions-

43 Tatur, S. K., Wirtschaftliche Rechnungsführung und Rentabilität des Betriebes, Berlin 1953.

44 Worobjowa, A., Fragen der weiteren Festigung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, in: Neue Zeit, Nr. 18/1953, S. 2201.

45 Ebenda, S. 2202.

46 Bordag, Arthur, Wirtschaftliche Rechnungsführung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Hochschule Dresden, Nr. 1/1956, S. 556.

mittel zu denen der Konsumtionsmittel stehen, auch den Fragen der Überprüfung der Preise und der Preisbildung Aufmerksamkeit, In diesem Zusammenhang wurden einige Konzeptionen der Preisbildung formuliert, die eine unterschiedliche Begründung hatten und unterschiedliche Empfehlungen zur Überprüfung der Preise gaben. Das war vor allem darauf zurückzuführen, daß die Politökonomien bei der Beantwortung der Frage, was unter gesellschaftlich notwendigem Arbeitsaufwand zu verstehen sei, keine übereinstimmenden Auffassungen erzielten. In jenen Jahren wurden in der politischen Ökonomie des Sozialismus zwei Preisbildungskonzeptionen vertreten⁴⁷: die "Wertbasiskonzeption" und die "Durchschnittswertbasiskonzeption". Gerade für das bessere Verständnis heutiger Diskussionen ist die Kenntnis der wichtigsten Preisbildungskonzeptionen dieses Zeitraumes, ihrer Hauptvertreter, ihrer Vor- und Nachteile von Bedeutung.

W. Münch, G. Dhem und H. Rößler in der DDR⁴⁸ sowie W. Baturjew, L. M. Gatowsky, K. W. Ostrowitjanow, J. A. Kronrod und S. G. Strumilin in der Sowjetunion⁴⁹ waren Anhänger der "Wertkonzeption". Sie sprachen sich für die Berechnung der Preise nach folgender Formel aus:

$$P_i = K_i + L_i + r' \cdot L_i$$

P_i = Preis der i-ten Ware

K_i = Wert der materiellen Aufwendungen für die Produktion der i-ten Ware

L_i = Arbeitslohn, der für die Produktion der i-ten Ware aufgewandt wird

r' = Reineinkommen, das in den Preis proportional zum Arbeitslohn einbezogen wird.

Das Hauptanliegen der "Wertkonzeption" bestand darin, die Preise so weit wie möglich dem Wert anzunähern. Strumilin stellte hierzu fest: "Die vollständige Messung der lebendigen und vergegenständlichten Arbeit ist heute schon voll erfüllbar. Sie bringt uns dicht an die Erkenntnis des realen Wertes aller durch uns geschaffenen Güter. Gleichzeitig ist es möglich, den Umfang der tatsächlichen Abweichung der Preise vom Wert in unserer Planung zu bestimmen. Wenn unsere Buchführung den Wert nicht berücksichtigt, kennt sie auch das Maß dieser Abweichung nicht."⁵⁰

47 Vgl. hierzu die sehr gelungene Darstellung von Manevič, V. E., Razvitie teorii planovogo cenoobrazovanija v sovetskoj ekonomičeskoj literature, Moskau 1975.

48 Vgl. Münch, Werner, Der Charakter und die Rolle des Wertgesetzes im Sozialismus, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Gesellschafts- und sprachwiss., Reihe, Nr. 5/1952/53, S. 418; Dhem, Günter, Probleme der Preisbildung im Sozialismus. Zu einem Artikel von Professor Dr. Alfred Lemnitz, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 1/1959, S. 74, 82.

49 Besonders Strumilin erwarb sich um die Weiterentwicklung der Preistheorie große Verdienste. Er untersuchte erstmals das Problem der Berücksichtigung der Gebrauchswerteigenschaften gleicher und gegenseitig austauschbarer Erzeugnisse für die Preisbildung und Fragen des Einflusses des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Veränderung der Preise und des Aufwandes. (Vgl. Strumilin, S. G., Zakon stoimosti i izmenenie obščestvennyh izderžek proizvodstva v socialističeskom chozjajstve, in: Planovoe chozjajstvo, Nr. 2/1957.)

50 Ebenda, S. 41.

Die Ökonomen, die sich gegen die "Wertkonzeption" in der Preisbildung wandten, zeigten, daß die Bestimmung des Gewinns proportional zum Arbeitslohn die Zweige mit niedriger organischer Zusammensetzung der Fonds und einem großen Anteil manueller Arbeit in eine privilegierte Lage versetzen würde.

Der sowjetische Ökonom D. D. Kondraschew wies darauf hin, daß der sozialistischen Gesellschaft die "Wertkonstruktion" des Preises fremd ist, weil eine solche Konstruktion von der Elementarform des Preises ausgeht, aber nur in der einfachen Warenproduktion besteht, in der die Aufwendungen an lebendiger Arbeit, zumeist Handarbeit, den größten Teil des Preises bildeten. Eine solche mechanische Übertragung der Preisform aus der Vergangenheit auf die Bedingungen der sozialistischen Volkswirtschaft geht bewußt oder unbewußt davon aus, daß die sozialistische Warenproduktion mit der auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Warenproduktion identisch sei. "In einem solchen Fall", schrieb Kondraschew, "wäre der Gewinn in hohem Maße eine Prämie für technische Rückständigkeit."⁵¹

Eine Reihe von Ökonomen schlug vor, die Preisbildung zu überprüfen. Hans Wemmer und Günter Mieth in der DDR⁵² sowie D. D. Kondraschew und A. G. Swerew in der UdSSR⁵³ sprachen sich für ein einheitliches Normativ der Rentabilität als Verhältnis des Gewinns zu den Selbstkosten aus. Ihrer Meinung nach kann zwar die Rentabilität der einzelnen Zweige in Abhängigkeit von den konkreten Bedingungen variiert werden, letztendlich muß sie aber zu einem einheitlichen volkswirtschaftlichen Normativ führen. Ihre Preisbildungsformel lautete:

$$P_i = K_i + L_i + (K_i + L_i) \cdot f.$$

f = Rentabilitätsrate für die Volkswirtschaft; insgesamt errechnet als Verhältnis des Reineinkommens zu den Selbstkosten.

L. I. Maisenberg gehörte zu den Ökonomen, die sich für eine Differenzierung aussprachen. Er schlug vor, die Rentabilität proportional zu den Selbstkosten und in Abhängigkeit vom vorgesehenen Wachstumstempo der Grund- und Umlauf-fonds in den einzelnen Volkswirtschaftszweigen festzulegen.⁵⁴

Kondraschew wandte sich gegen eine solche Differenzierung, weil der so festgelegte Preis die realen Aufwendungen für die erweiterte Reproduktion überdecken würde, ohne eine Garantie dafür zu bieten, daß diese adäquat dem Mehrprodukt seien, das in diesem Zweig geschaffen wurde. "Wenn wir dieser Konzeption folgten, würden wir nie die für die Entwicklung unserer Ökonomie so wichtige Frage klären, ob der Zweig seine Aufwendungen deckt, ob er sich auf eigene oder auf Kosten anderer Zweige entwickelt."⁵⁵

51 Kondrašev, D. D., *Cena i stoimost' v socialističeskom chozjajstve*, Moskau 1963, S. 86 - 88.

52 Vgl. Wemmer, Hans, Zu einigen Kategorien der Warenproduktion, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Nr. 2/1957, S. 244 f.; Mieth, Günter, Die Dynamik von Wert und Preis im Sozialismus, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List"*, Dresden, Nr. 6/1957/58, S. 917 ff.

53 Vgl. Kondrašev, D. D., a. a. O., S. 86 - 88.

54 Vgl. Maisenberg, L., *Cenoobrazovanie v narodnom chozjajstve SSSR*, Moskau 1953, S. 28.

55 Kondrašev, D. D., a. a. O., S. 88.

Kondraschew schlug deshalb vor, für die gesamte Volkswirtschaft einheitlich einen normativen Koeffizienten der Rentabilität zu den Selbstkosten festzulegen.⁵⁶ Die Summe der zweidurchschnittlichen Selbstkosten und des Gewinns, der proportional zu den Selbstkosten nach einem einheitlichen volkswirtschaftlichen normativen Koeffizienten festgelegt wurde, bezeichnete Kondraschew als "Durchschnittswert", das heißt als Wert, "durchschnittlich" in Abhängigkeit von den angewandten Produktionsmitteln. Von daher hat diese Konzeption auch ihren Namen: Preisfestlegung nach dem Durchschnittswert.

Eine auf dieser Grundlage vorgenommene Preisbildung würde nach Ansicht ihrer Anhänger den wissenschaftlich-technischen Fortschritt stimulieren und die Ökonomie des Aufwands an lebendiger Arbeit unterstützen.

Die zum Teil fehlende theoretische Klarheit in der Werttheorie und bei den Fragen der Preisbildung hatte negativen Einfluß auf die praktische Preisbildung, auf die Lösung beispielsweise solcher Probleme wie das der Messung von Aufwand und Ertrag. Sie führten zu volkswirtschaftlichen Verlusten und zu Mängeln im Handel. Zugleich brachten die Diskussionen über die wirtschaftliche Rechnungsführung und über die Preisbildungskonzeptionen eine weitere wichtige Erkenntnis: Die Geschichte lehrt, daß Grundfragen, die das Kategoriensystem der politischen Ökonomie des Sozialismus - in diesem Falle Ware, Wert, Preis, *Selbstkosten*, *wirtschaftliche Rechnungsführung* - betreffen, sofort mit Beginn des sozialistischen Aufbaus ihren Anspruch auf Lösung anmeldeten. Es ist daher als geschichtliche Notwendigkeit und nicht als Zufall zu werten, wenn viele der die Wirtschaftswissenschaftler in der DDR heute bewegenden theoretischen Fragen bereits in den fünfziger Jahren auftraten.

56 Ebenda, S. 98.

Werkzeugmaschinenbau und sozialistische Industrialisierung in der DDR
Beschäftigte und Lohnentwicklung

von Jörg Roesler

1. Der erste Fünfjahrplan
 - 1.1. Das Wachstum der Beschäftigtenzahl
 - 1.2. Die Entwicklung des Durchschnittslohnes
2. Der zweite Fünfjahrplan
 - 2.1. Das Wachstum der Beschäftigtenzahl
 - 2.2. Die Entwicklung des Durchschnittslohnes
3. Schlußfolgerungen

Im Unterschied zu Veröffentlichungen über die Produktionsentwicklung und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der DDR während der fünfziger Jahre werden Fragen des Wachstums und der Struktur der Arbeiterklasse in der DDR im Verlauf der Übergangsperiode seit Jahren bewußt mit der Wiederherstellungsperiode und der sozialistischen Industrialisierung in Zusammenhang gebracht.¹ Dabei wird - ungeachtet unterschiedlicher Auffassungen über Einzelfragen, betreffend Besonderheiten der Sozialstruktur der Arbeiterklasse² - die sozialisti-

- 1 Vgl. Dittrich, Gottfried, Die bewußte, planmäßige Gestaltung einiger Prozesse der sozialistischen Entwicklung der Arbeiterklasse in der DDR (1948/49 bis 1955), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 11, Berlin 1974, S. 169 ff.; Hübner, Peter, Zu den Auswirkungen des Auf- und Ausbaus von Industriekapazitäten in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus auf die soziale Struktur der Arbeiterklasse in der DDR, in: Die DDR in der Übergangsperiode, Berlin 1979, S. 196 ff.
- 2 Es handelt sich vor allem um das Problem, in welchem Maße die Arbeiterklasse der DDR aus sich selbst heraus weiterwuchs bzw. in welchem Maße Vertreter anderer Klassen und Schichten im Verlaufe des sozialistischen Aufbaus in sie integriert wurden. (Hübner, Peter, a. a. O., S. 202 f.; Dittrich, Gottfried, Quantitatives Wachstum und Strukturveränderungen der Arbeiterklasse der DDR als planmäßig gestaltete Prozesse /Ende der vierziger bis Anfang der sechziger Jahre/, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 2/1976, S. 245 f.; Cerny, Jochen, Die Herausbildung sozialistischer Kollektive und Arbeiterpersönlichkeiten beim Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost /EKO/ 1950 - 1952, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 17, Berlin 1977, S. 428 ff.)

sche Industrialisierung zumindest für die Periode des ersten Fünfjahrplanes als ein die Entwicklung der Arbeiterklasse prägendes Moment anerkannt.³

Die makroökonomischen Untersuchungen von Dittrich und Hübner - in erfreulichem Maße konkret - geben im einzelnen Auskunft über die quantitative Entwicklung der Arbeiterklasse, ihre Verteilung auf Wirtschafts- und Industriezweige sowie Regionen, "deren Analyse nicht nur eine notwendige Ergänzung, sondern in bestimmtem Sinne auch Grundlage der Untersuchung qualitativer Entwicklungen, Veränderungen des Profils der Arbeiterklasse ist".⁴

Demgegenüber bestehen hinsichtlich der inneren Struktur der Arbeiterklasse in den fünfziger Jahren noch Forschungslücken, teilweise hervorgerufen durch eine ungünstige Quellsituation.⁵ Durchgehend und für die gesamte DDR wurden bisher der Anteil der Frauen und Jugendlichen sowie die Verteilung der Arbeiter und Angestellten auf die Wirtschaftszweige nach Eigentumsformen analysiert.

Die folgende Industriezweiguntersuchung will zur Ergänzung und Vertiefung der Kenntnisse über Beschäftigtendynamik und -struktur unter den Bedingungen der sozialistischen Industrialisierung beitragen. Versuche, auf diesem Gebiet durch mikroökonomische Untersuchungen zu weiteren Erkenntnissen zu gelangen, wurden in der Wirtschaftsgeschichte bereits mehrfach unternommen. Pionierarbeit hat Horst Handke mit einer 1971 veröffentlichten Studie über die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur in der Chemieindustrie geleistet.⁶

Im vorliegenden Beitrag geht es jedoch nicht nur und nicht vordergründig um das Nachzeichnen der Wandlungen innerhalb einzelner Beschäftigtenkategorien im Ergebnis der sozialökonomischen und wirtschaftlichen Veränderungen während der sozialistischen Industrialisierung. Hier gilt der planmäßigen Gestaltung dieses sozialen Entwicklungsprozesses durch die Partei der Arbeiterklasse und die Staatsorgane der DDR besonderes Interesse.

Bereits 1974 hat Dittrich darauf hingewiesen, "welche grundsätzliche Bedeutung die staatliche Wirtschaftsplanung und insbesondere der planmäßige Aufbau der sozialistischen Industrie für das Wachstum der Arbeiterklasse insgesamt, ... hat. Sie ist ... das Hauptsteuerungsinstrument bei der bewußten und planmäßigen Leitung und Organisierung der quantitativen wie auch vieler qualitativer Wachstumsprozesse der Arbeiterklasse durch die Organe der sozialistischen

3 Vgl. Hübner, Peter, a. a. O., S. 208 ff.; Dittrich, Gottfried, Die bewußte, planmäßige Gestaltung ..., a. a. O., S. 180.

4 Dittrich, Gottfried, Die bewußte, planmäßige Gestaltung ..., a. a. O., S. 172.

5 Zum Forschungsstand generell vgl. Dittrich, Gottfried, Die bewußte, planmäßige Gestaltung ..., a. a. O., S. 171; derselbe, Quantitatives Wachstum ..., a. a. O., S. 245. - Hinsichtlich der Quellen für die Analyse der inneren Struktur der Arbeiterklasse äußert er sich wie folgt: "Ein differenziertes Bild ist durchgängig nur schwer zu gewinnen, da die Statistik nur von Zeit zu Zeit Arbeiter und Angestellte getrennt ausweist, in der Regel lediglich die Produktionsarbeiter aus der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten heraushebt." (Derselbe, Die bewußte, planmäßige Gestaltung ..., a. a. O., S. 174.) Auch neuere Veröffentlichungen haben an dieser Situation nichts geändert. (Vgl. Zur Entwicklung der Klassen und Schichten in der DDR, Berlin 1977, S. 22 ff.; Hübner, Peter, a. a. O., S. 209 ff.)

6 Handke, Horst, Die Entwicklung der Beschäftigtenstrukturen in der chemischen Industrie der DDR unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1955 bis 1963, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 4, S. 11 ff.

Staatsmacht.⁷ Dittrich charakterisierte die Situation auf diesem Gebiet während der fünfziger Jahre als "Kampf zwischen Bewußtheit und Spontaneität in der Gesellschaftsentwicklung während der Übergangsperiode, zwischen langfristiger Planung, Leitung und Organisierung des quantitativen Wachstums der Arbeiterklasse bzw. einzelner, ihrer Zweigstruktur entsprechender Gruppen auf der einen und den spontanen Wirkungen des Klassenkampfes, des Zustrums in die Stadt, der materiellen Stimulierung usw. auf der anderen Seite ..."⁸ Dittrich bemühte sich, über den Soll-Ist-Vergleich auf der Basis der Fünfjahrpläne zu konkreten Aussagen zu gelangen.⁹ Jedoch liegen über das geplante Wachstum und die angestrebten Strukturveränderungen nach Dittrichs eigenen Aussagen für die fünfziger Jahre kaum Angaben vor.¹⁰

Es wäre nun denkbar, anstelle der fehlenden makroökonomischen Daten auf der Grundlage mikroökonomischer Unterlagen zu genaueren Aussagen zu gelangen. Jedoch sind über die fünfziger Jahre in den Archiven der Betriebe und Kombinate kaum noch verwertbare Quellen für den Soll-Ist-Vergleich vorhanden. Im vorliegenden Beitrag mußte deshalb zur Ermittlung des Verhältnisses von Spontaneität und Bewußtheit bei der Entwicklung der Arbeiterklasse im Werkzeugmaschinenbau ein anderer Weg eingeschlagen werden:

Es wurden für den mikroökonomischen Bereich

1. die verbalen Zielstellungen (Anforderungen der Perspektivpläne) mit der Entwicklung im Realisierungszeitraum verglichen und
2. aus der geplanten und tatsächlichen Produktionszunahme im Werkzeugmaschinenbau Rückschlüsse bezüglich der Anforderungen an das Wachstum der Beschäftigten und seine Realisierung gezogen.

Die Arbeitskräfteentwicklung wurde in der DDR seit Beginn des ersten Fünfjahresplanes komplex geplant, das heißt, es bestand eine Abstimmung zwischen materieller und finanzieller Planung,¹¹ zwischen Lohnfonds- und Arbeitskräfteplanung.¹² Dittrich gelangt deshalb ganz richtig zu der Feststellung: "Die Lohnpolitik gehörte ... zu jenem Instrumentarium bewußter Leitung der Klassenentwicklung, mit dessen Hilfe die Grundprozesse des Wachstums der Arbeiterklasse

7 Dittrich, Gottfried, Die bewußte, planmäßige Gestaltung ..., a. a. O., S. 176 f.

8 Ebenda, S. 184.

9 Ebenda, S. 183.

10 Derselbe, Quantitatives Wachstum ..., a. a. O., S. 244.

11 Vgl. Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1978, S. 65. - Im Untersuchungszeitraum (1950 - 1959) befaßten sich folgende zentrale wirtschaftsleitende Organe mit der materiellen und finanziellen Planung der Arbeitskräfte:
- Ministerium für Arbeit (1950 - 1954), Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung (1954 - 1958), Komitee für Arbeit und Löhne (ab 1958)
- Staatliche Plankommission (Fachbereich Arbeitskräfte u. Finanzen).
Das Komitee für Arbeit und Löhne war Organ der Staatlichen Plankommission.

12 Vgl. z. B. Ordnung und Planung zum Volkswirtschaftsplan 1953, o. O. Juni 1952. - Der Planteil Arbeitskräfte enthielt vier Abschnitte:

1. Arbeitskräfte, Produktivität und Lohn,
2. Berufsausbildung,
3. Arbeitsschutz und öffentliches Sozialwesen,
4. Betriebliches Sozialwesen.

gelenkt wurden.¹³ Konsequenz hat er deshalb auch die sich aus dem Lohngefüge ergebenden Hebel zur Verteilung der Arbeitskräfte auf die Industriezweige in seine Untersuchungen mit einbezogen. Dabei beschränkt sich Dittrich auf die Darstellung der Differenzen zwischen den Arbeiter- und Angestelltenlöhnen im volkseigenen und privaten Sektor der Volkswirtschaft.¹⁴ Selbstverständlich existierten derartige "lohnpolitische Anreize" auch innerhalb des sozialistischen Sektors, auch zwischen verschiedenen Industriezweigen. Unter dem Aspekt der planmäßigen Entwicklung von Zweig-Arbeitskräftestrukturen wurde darauf in wirtschaftshistorischen Publikationen jedoch noch nicht Bezug genommen.¹⁵ Deshalb wird der Lohnentwicklung in der folgenden mikroökonomischen Untersuchung neben dem Wachstum und der Struktur der Beschäftigten besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Mit dem Werkzeugmaschinenbau wurde ein Zweig zum Untersuchungsgegenstand gewählt, dem Partei und Regierung während beider Fünfjahrpläne besondere Aufmerksamkeit widmeten, weil er ein Teil des Schwermaschinenbaus war. Der Werkzeugmaschinenbau gehörte - auch vom Standpunkt der Zunahme der Beschäftigten - zu den vorrangig zu entwickelnden Industriezweigen.¹⁶ Die Zielstellungen für die Arbeitskräfteentwicklung im Werkzeugmaschinenbau lassen sich daher recht gut aus den Produktionsaufgaben ableiten.

1. Der erste Fünfjahrplan

1.1. Das Wachstum der Beschäftigtenzahl

Der erste Fünfjahrplan sah - verglichen mit späteren Perspektivplanzeiträumen - eine verhältnismäßig rasche Zunahme der Beschäftigten in der Industrie, und zwar auf 119 Prozent vor.¹⁷ Für einen vorrangig zu entwickelnden Zweig wie den Werkzeugmaschinenbau¹⁸ waren unter den Bedingungen der vorwiegend

13 Dittrich, Gottfried, Die bewußte, planmäßige Gestaltung ..., a. a. O., S. 201.

14 Ebenda, S. 200 f.

15 Auch Hübner, der die industrielle Zweigstruktur der Arbeiterklasse speziell untersucht, klammert dieses Moment aus seinen Überlegungen aus. (Hübner, Peter, a. a. O., S. 209 ff.)

16 Vgl. dazu Dittrich, Gottfried, Quantitatives Wachstum ..., a. a. O., S. 251; Hübner, Peter, a. a. O., S. 209 ff.

17 Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951 - 1955), in: Unser Fünfjahrplan des friedlichen Aufbaus, o. O. o. J., S. 53.

18 Die Aussagen beziehen sich auf die 34 Betriebe des Werkzeugmaschinenbaus, die bereits untersucht wurden in der Arbeit von Roesler, Jörg, Werkzeugmaschinenbau und sozialistische Industrialisierung in der DDR. Tempo, Dynamik und Struktur des Produktionswachstums, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1980, T. 4, und deren Anteil an der Gesamtproduktion des Werkzeugmaschinenbaus 1958 bei 81,7 % lag.

extensiv erweiterten Reproduktion¹⁹ überdurchschnittliche Zuwachsraten zu erwarten.

Tabelle 1

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Werkzeugmaschinenbau während des ersten Fünfjahrplanes im Vergleich zur Industrie insgesamt (1951 bis 1955)⁺

Jahr	Werkzeugmaschinenbau		Industrie insgesamt		Vorrangiges Wachstum des Werkzeugmaschinenbaus Industrie insgesamt = 100
	Index 1950 = 100	jährliches Wachstum in %	Index 1950 = 100	jährliches Wachstum in %	
1951	137,0	37,0	105,6	5,6	660
1952	165,0	19,5	112,7	6,8	290
1953	170,0	3,8	119,0	5,5	70
1954	171,5	0,9	121,5	2,2	40
1955	171,5	0,0	121,1	- 0,3	.
Ø 1951/55		11,4		3,9	290

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1978, Berlin 1978, S. 16.

Die Beschäftigtenzahl wuchs im Werkzeugmaschinenbau tatsächlich fast dreimal so schnell wie in der Industrie insgesamt. Dieser Durchschnittswert resultiert fast ausschließlich aus der raschen Zunahme der Anzahl von Arbeitern und Angestellten während der ersten Jahre des Fünfjahrplanes. Die schnelle Erhöhung der Werkzeugmaschinenproduktion bereitete die Ausweitung von Produktion und Beschäftigtenzahlen in anderen Bereichen des Maschinenbaus und der Industrie insgesamt vor. Von 1953 bis 1955 weisen dagegen die Indexzahlen ein Zurückbleiben der Herstellung von Werkzeugmaschinen hinter der Industrieproduktion aus. Es handelte sich bis zu einem gewissen Grade um eine von Anfang

19 Müller und Reißig waren es, die als erste in einer wirtschaftshistorischen Publikation das Wirtschaftswachstum während des ersten Fünfjahrplanes als überwiegend extensiv charakterisierten. Sie schrieben: "Diese Form der erweiterten Reproduktion, die in der politischen Ökonomie als extensiv bezeichnet wird, war in der Zeit des ersten Fünfjahrplanes die vorherrschende. Sie erfolgte durch die Zuführung neuer Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß und ist in allen jenen Industriezweigen, Werken und Kombinen, die neu erbaut oder erweitert wurden, verkörpert." (Müller, Hans/Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR, Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968, S. 215.) Zur Einschätzung des Reproduktionstyps der Industrie der DDR in den fünfziger Jahren vgl. auch Roesler, Jörg, Intensivierung und DDR-Geschichte, Forschungsbericht zur Entwicklung der extensiv und intensiv erweiterten Reproduktion in der Geschichte der DDR, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 20, Berlin 1979, S. 340 ff. - Extensives Wachstum prägte auch die sozialistische Industrialisierung der volksdemokratischen Staaten, Vgl. dazu Roesler, Jörg, Die DDR und die sozialistische Industrialisierung in den RGW-Ländern Mittel- und Südosteuropas (fünfziger Jahre), in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 23/1, Berlin 1979, S. 41 ff.

an geplante Rücknahme des Wachstumstempos in jenen Bereichen der Schwerindustrie, die aus Gründen der Proportionalität der Wirtschaft zu Beginn des Fünfjahrplanes besonders gefördert werden mußten. Weitaus stärker wirkte aber die veränderte Bedarfssituation. Der Übergang zum Neuen Kurs in der DDR und ähnliche auf die Steigerung der Konsumgüterproduktion gerichtete Maßnahmen in anderen sozialistischen Ländern führten seit 1953 zu einer raschen Sättigung des Absatzmarktes mit schweren Werkzeugmaschinen. Produktionseinstellungen und -umstellungen waren die Folge.²⁰ Seit 1954 stagnierte deshalb die Beschäftigtenzahl in diesem Industriezweig.

Der Werkzeugmaschinenbau war nicht der einzige von Exportproblemen betroffene Bereich des Maschinenbaus.²¹ Der Rückgang der Maschinenausfuhr war zweifellos eine wesentliche Ursache für das negative Wachstum der Gesamtbeschäftigtenzahl in der Industrie während des letzten Jahres des ersten Fünfjahrplanes.²²

Über die Quellen, aus denen der Werkzeugmaschinenbau während der ersten Hälfte der fünfziger Jahre weitere Beschäftigte bezog, schreibt Tomm: "Als Quellen des Zugangs für den Ersatz und Zusatzbedarf an Arbeitskräften waren in dieser Periode hauptsächlich die Schulabgänger, die Hausfrauen und die Arbeitssuchenden vorhanden."²³ Für den Werkzeugmaschinenbau liegen nur hinsichtlich der natürlichen Bevölkerungsgruppen (Männer, Frauen und Jugendliche) für eine quantitative Analyse verwertbare Angaben vor. Die Jugendlichen haben an der Zunahme der Produktionsarbeiter im Werkzeugmaschinenbau einen größeren Anteil gehabt als im Durchschnitt der Industrie insgesamt. Das ergibt bereits ein Vergleich der Entwicklung der Lehrlingszahl.

Bedingt durch den hohen Facharbeiteranteil im Werkzeugmaschinenbau, war während des ersten Fünfjahrplanes die Sicherung eines qualifizierten Nachwuchses für den in den meisten Betrieben zwar über die Wirren der Kriegs- und Nachkriegszeit erhalten gebliebenen²⁴, nunmehr aber überalterten Facharbeiterstamm eine Aufgabe von erstrangiger Bedeutung. Traditionell erfolgte die Lehrlingsausbildung in den Betrieben des Industriezweiges selbst. Ausbildungskapazitäten waren vorhanden und mußten zielstrebig ausgelastet werden. Von

20 Vgl. Roesler, Jörg, Werkzeugmaschinenbau und sozialistische Industrialisierung in der DDR, a. a. O.

21 Vgl. derselbe, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 15; vgl. auch Kalies, Walter, Entwicklung unseres Außenhandels im ersten Fünfjahrplan, in: Statistische Praxis, Nr. 8/1956, S. 112.

22 Gleichzeitig stieg die Beschäftigtenzahl in der Leichtindustrie, in der der Nachholebedarf noch beträchtlich war. Da in diesem Wirtschaftsbereich der Anteil der Privatbetriebe relativ hoch lag, nahm die Beschäftigtenzahl im privatkapitalistischen Sektor zu, während sie in den sozialistischen Betrieben zurückging. Dieser "produktionsseitige" Hintergrund sollte nicht vergessen werden, wenn am Beispiel des Jahres 1955 auf "Bestrebungen eines Teils der kapitalistischen Unternehmer und der kleinen Warenproduzenten zur Vergrößerung ihrer Betriebe" hingewiesen wird. (Zur Entwicklung der Klassen und Schichten in der DDR, a. a. O., S. 27.)

23 Tomm, Alfred, Unsere Arbeitskräftelage - ein Erbe zweier imperialistischer Kriege, in: Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden: VzS), Nr. 1/1958, S. 10 f.

24 Zentrales Staatsarchiv (im folgenden: ZStA), SÖ Nr. 55.

Tabelle 2

Entwicklung der Anzahl der Lehrlinge und ihres Anteils an den Beschäftigten im Werkzeugmaschinenbau und in der volkseigenen Industrie insgesamt während des ersten Fünfjahrplanes (1950 bis 1955)⁺

Jahr	Anzahl der Lehrlinge		Anteil der Lehrlinge an der Gesamtzahl der Beschäftigten	
	Werkzeug- maschinen- bau Index	volkseigene Industrie insgesamt Index	Werkzeug- maschinen- bau in %	volkseigene Industrie insgesamt in %
1950	100	100	14,2	7,8
1951	155,3	149,2	16,2	10,2
1952	174,1	169,9	15,1	10,5
1953	174,7	161,0	14,6	9,2
1954	149,8	141,3	12,4	7,7
1955	108,7	121,1	9,0	6,4

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 111, 116.

1950 bis 1953 erhöhte sich die Zahl der Lehrlinge um drei Viertel. Auf diese Weise wurde entsprechend den Anforderungen des ersten Fünfjahrplanes²⁵ eine rasche Verjüngung des Facharbeiterstammes eingeleitet. Der dann folgende absolute und anteilmäßige Rückgang der Lehrlingszahl in den Jahren 1954 und 1955 war Ausdruck eines in einigen Ausbildungsberufen des Werkzeugmaschinenbaus entstandenen Überschusses an Jungfacharbeitern.²⁶ Er rührte daher, daß während des ersten Fünfjahrplanes die Ausbildung nach den vorhandenen Ausbildungskapazitäten organisiert wurde und noch nicht nach dem volkswirtschaftlichen Bedarf.²⁷ Die "überzähligen" Jungfacharbeiter mußten teils vorübergehend in niedrigeren Lohngruppen beschäftigt werden, teils eine nicht ihrem Ausbildungsberuf entsprechende Tätigkeit ausüben.²⁸

Vergleicht man die Ausbildung des Facharbeiternachwuchses im Werkzeugmaschinenbau mit der in der DDR-Industrie insgesamt, so ergibt sich im ersteren - bezogen auf alle Beschäftigten - wie erwartet ein höherer Lehrlingsanteil. Seit 1953 ging in der Industrie wie im Werkzeugmaschinenbau die Zahl der Lehrlinge absolut zurück. Das war teilweise Ausdruck des Nachrückens der geburtenschwächeren Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge ins Lehrlingsalter,²⁹ teilweise aber

25 Das Gesetz über den Fünfjahrplan verfügte: "Zur Vermeidung eines größeren Mangels an Arbeitskräften, insbesondere Facharbeitern, müssen Maßnahmen ergriffen werden, um für die Volkswirtschaft die benötigten Kader an Arbeitern, Technikern und Ingenieuren bereitzustellen ..." (Gesetz über den Fünfjahrplan, a. a. O., S. 53.)

26 ZStA, SÖ Nr. 55.

27 Tomm, Alfred, Die Entwicklung der Beschäftigten und der Löhne im ersten Fünfjahrplan, in: Statistische Praxis, Nr. 7/1956, S. 90.

28 ZStA, SÖ Nr. 37.

29 Tomm, Alfred, Unsere Arbeitskräftelage, a. a. O., S. 10 f.

auch Ausdruck dessen, daß der während der Kriegs- und in den Nachkriegsjahren entstandene Nachholebedarf bis zum Ende des ersten Fünfjahrplanes bereits einigermaßen abgedeckt werden konnte.

Spielte die Entwicklung der Lehrlingszahl für die erweiterte Reproduktion im Werkzeugmaschinenbau eine größere Rolle als in der Industrie insgesamt, so spielte der Zustrom von weiblichen Beschäftigten eine untergeordnete. Der Werkzeugmaschinenbau gehörte traditionell zu der Gruppe von Industriezweigen mit niedrigem Anteil weiblicher Beschäftigter. Eine Mitte 1956 vorgenommene Klassifizierung ordnete ihn in dieser Hinsicht der gleichen Gruppe zu wie Braunkohlenwerke, Walzwerke, Schiffbau, Gießereien und Schmieden.³⁰

Der relativ niedrige Frauenanteil blieb auch während des ersten Fünfjahrplanes grundsätzlich erhalten.

Tabelle 3

Entwicklung der Anzahl der Frauen und ihres Anteils an den Beschäftigten im Werkzeugmaschinenbau während des ersten Fünfjahrplanes im Vergleich zur sozialistischen Industrie insgesamt (1950 bis 1955)⁺

Jahr	Beschäftigte Index	Frauen Index	Anteil der Frauen an den Beschäftigten	
			Werkzeugma- schinenbau in %	sozialistische Industrie insgesamt in %
1950	100	100	14,5	32,4
1951	137	132,3	14,0	35,1
1952	165	180,7	16,0	36,8
1953	170	208,8	17,3	36,8
1954	171,5	201,2	17,0	37,8
1955	171,5	201,1	17,0	38,7

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1960/61, Berlin 1961, S. 193.

Ein bemerkenswertes Ansteigen des Frauenanteils im Werkzeugmaschinenbau weisen lediglich die Jahre 1952 bis 1953 auf, in denen auch die Beschäftigten außerhalb des Produktions- und technischen Bereiches überdurchschnittlich zunahmen, so daß der größte Teil der zusätzlich im Werkzeugmaschinenbau eingestellten Frauen wahrscheinlich dort seinen Arbeitsplatz gefunden hat. Innerhalb des Produktions- und technischen Bereiches dürfte der Anteil der weiblichen Beschäftigten weiterhin niedrig gewesen sein - einerseits wegen der körperlich schweren Arbeit, andererseits wegen der unzureichenden Qualifikation der Frauen, die im Werkzeugmaschinenbau wie in der gesamten Industrie im

³⁰ Vgl. Küster, F./Knopp, R./Bendrath, S., Die Arbeiter und Angestellten in der Industrie und ihre Durchschnittslöhne, in: VzS, Nr. 4/1957, S. 124.

Vergleich zu der der Männer noch recht niedrig war,³¹ Die überdurchschnittlich hohen Anforderungen an die Qualifikation im Werkzeugmaschinenbau führten dazu, daß dort der Frauenanteil seit 1953 faktisch stagnierte - im Unterschied zur Industrie, wo er weiter anwuchs.

Inwieweit die Arbeitssuchenden für die Auffüllung der Beschäftigtenzahl im Werkzeugmaschinenbau Anfang der fünfziger Jahre eine Rolle spielten, läßt sich nicht feststellen, Folgt man Dittrich, der über die Qualifikation der Arbeitslosen im Lande Sachsen - in dem das Zentrum des Werkzeugmaschinenbaus lag - Angaben macht,³² dann dürften die Arbeitssuchenden beim Wachsen der Arbeitskräftezahl im Werkzeugmaschinenbau kaum eine Rolle gespielt haben.

Die rasche Zunahme der Beschäftigtenzahl im Werkzeugmaschinenbau war verbunden mit Verschiebungen zwischen den einzelnen sozialen Beschäftigtengruppen.³³

Angesichts der außerordentlichen Dynamik der Beschäftigtenentwicklung im Werkzeugmaschinenbau während des ersten Fünfjahrplanes sind die diesbezüglichen Strukturveränderungen gering. Gegenüber 1950 lag 1955 der Anteil der Produktionsarbeiter und der Techniker um 0,5 Prozent höher, war der Anteil der "übrigen Beschäftigten" um 1,0 Prozent zurückgegangen. Interessanter ist der jährliche Vergleich. In den Jahren der raschen Kapazitätserweiterung im Werkzeugmaschinenbau (1951 bis 1952) ging der Anteil der Produktionsarbeiter merklich zurück; der Prozentsatz der übrigen Beschäftigten erhöhte sich beträchtlich. Diese Gruppe war heterogen zusammengesetzt. Zu den "übrigen Beschäftigten" gehörten im Werkzeugmaschinenbau die "Wirtschaftler und das (sonstige) Verwaltungspersonal",³⁴ der Betriebsschutz und das übrige Hilfs- und Betreuungspersonal³⁵ sowie das nichtindustrielle Personal (in Be-

31 Ende 1956 lag der das Qualifikationsniveau widerspiegelnde mittlere Lohngruppenkoeffizient für Produktionsarbeiter in der sozialistischen Industrie insgesamt bei 4,57, für weibliche Beschäftigte bei 3,39. Für den Werkzeugmaschinenbau betrug er 5,2, das heißt, die in der Industrie beschäftigten Frauen verfügten nicht über die ausreichende Qualifikation, um in größerem Umfang in den Produktionsabteilungen der Werkzeugmaschinenbaubetriebe beschäftigt zu werden. (Küster, F./Knopp, R./Bendrath, S., a. a. O., S. 125.)

32 Dittrich zitiert aus einer Analyse von Ende 1951, in der es u. a. heißt: "Bei den männlichen Arbeitssuchenden handelt es sich im wesentlichen um kaufmännische und Verwaltungsberufe, gewerbliche Hilfsberufe und um Personen ohne nähere Berufsangabe ..." (Dittrich, Gottfried, Die bewußte, planmäßige Gestaltung ..., a. a. O., S. 189.)

33 Die Industrie- und Betriebsstatistik der DDR erfaßte bis 1963 neben der Kategorie der Produktionsarbeiter verschiedene Gruppen, die nicht unmittelbar mit der Herstellung von Erzeugnissen beschäftigt waren. Dazu gehörten technisches Personal, Wirtschaftler und Verwaltungspersonal, Hilfs- und Betreuungspersonal und nichtindustrielles Personal. Handke kritisierte diese Untergliederung, da sie "keine klare Abgrenzung zwischen Arbeitern und Angestellten und im Grunde genommen auch nicht zwischen innerhalb und außerhalb der Produktion Tätigen" erlaubt. (Handke, Horst, a. a. O., S. 17.) Arbeiter und Angestellte wurden durch die Industrie- und Betriebsstatistik nicht gesondert erfaßt, obwohl in der allgemeinen Statistik der Einheitsbegriff "Arbeiter und Angestellte" Verwendung fand.

34 Im folgenden als Wirtschafts- und Verwaltungspersonal bezeichnet.

35 Im folgenden als Hilfspersonal bezeichnet.

Tabelle 4

Entwicklung der sozialen Beschäftigtenstruktur im Werkzeugmaschinenbau während des ersten Fünfjahrplanes im Vergleich zur sozialistischen Industrie (1950 bis 1955)⁺
(in Prozent)

Jahr	Produktions- arbeiter		Technisches Personal		Übrige Beschäftigte		Darunter	
	Werk- zeug- maschi- nenbau	In- du- strie insge- samt	Werk- zeug- maschi- nenbau	In- du- strie insge- samt	Werk- zeug- maschi- nenbau	In- du- strie insge- samt	Wirt- schaft- ler und (sonsti- ges) Verwal- tungs- perso- nal	Hilfs- perso- nal
1950	68,5	70,8	13,5	5,6	18,0	23,6	6,6	5,5
1951	67,0	68,3	13,5	6,0	19,5	25,4	6,9	5,3
1952	65,5	67,1	13,5	6,4	21,0	26,5	7,5	6,0
1953	68,0	66,7	13,3	6,6	18,7	26,7	8,1	6,0
1954	71,5	65,8	13,2	6,6	15,3	27,6	8,5	7,5
1955	69,0	67,5	14,0	6,6	17,0	25,9	8,4	6,0

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; Tomm, Alfred, Unsere Arbeitskräftelage - ein Erbe zweier imperialistischer Kriege, in: Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 1/1958, S. 13; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1960/61, Berlin 1961, S. 193,

triebsküchen, Kulturhäusern, Gesundheitseinrichtungen und betrieblichen Weiterbildungsstätten Beschäftigte). Die "übrigen Beschäftigten" lassen sich für den Untersuchungszeitraum im Werkzeugmaschinenbau mit Ausnahme des Hilfspersonals nicht weiter aufschlüsseln. Die größte Gruppe der "übrigen Beschäftigten" bildeten im Werkzeugmaschinenbau wie in der Industrie insgesamt das Wirtschafts- und Verwaltungspersonal. Dazu liegen nur Angaben über die Gesamtindustrie vor. Sie weisen eine eindeutig steigende Tendenz aus. Das Anwachsen dieser Beschäftigtengruppe - hauptsächlich in den Jahren 1951 und 1952 - beruhte vor allem auf dem erhöhten Personalbedarf, der sich durch die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung (1951 in den direktgeleiteten, 1952 in allen zentralgeleiteten Betrieben) ergab.³⁶ Das neue Rechnungswesen führte zu einer Zunahme der betrieblichen Buchungsarbeiten, die - weil zu ihrer Mechanisierung keine Mittel zur Verfügung standen - einen größeren Arbeitskräftebedarf in den Rechnungsabteilungen nach sich zogen. Gleichzeitig erforderte die Verlagerung des Schwerpunktes der Planungstätigkeit von den Vereinigungen

³⁶ Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 67 ff.

Volkseigener Betriebe (VVB) auf die Betriebe eine Erhöhung der Anzahl der Beschäftigten in den Planungsabteilungen, Eine weitere zahlenmäßige Stärkung des Wirtschafts- und Verwaltungspersonals resultierte aus dem Auf- und Ausbau der Abteilungen Arbeit und Absatz in den Werken,³⁷

Es besteht alle Veranlassung, die gleiche Entwicklung und die gleichen Ergebnisse auch für den Werkzeugmaschinenbau anzunehmen. Jedoch ist der Anteil des Wirtschafts- und Verwaltungspersonals in den 34 untersuchten Betrieben dieses Zweiges von vornherein höher anzusetzen. Das hängt damit zusammen, daß die Mehrzahl dieser Mittel- und Großbetriebe als D-Betriebe³⁸ von Anfang an stärker in die volkswirtschaftliche Planung und wirtschaftliche Rechnungsführung einbezogen waren.

Der beachtliche Rückgang der "übrigen Beschäftigten" im Werkzeugmaschinenbau in der zweiten Hälfte des ersten Fünfjahrplanes dürfte auch und gerade das Wirtschafts- und Verwaltungspersonal betroffen haben. Selbst unter Ausklammerung des Umstrukturierungsjahres 1954, dessen "extreme" Ergebnisse bereits 1955 wieder korrigiert wurden, bleibt doch ein eindeutiger Trend zur Verringerung des Anteils dieser Beschäftigtengruppe (der sich übrigens auch im zweiten Fünfjahrplan fortsetzte), Diese für einen Produktivitätsanstieg erfreuliche und auch von der Arbeitskräfteplanung angestrebte Entwicklung ließ den Produktionsarbeiteranteil im Werkzeugmaschinenbau ab 1953 (wieder) ansteigen - ein Prozeß, der in der Industrie insgesamt erst 1955 einsetzte.³⁹ Ob die für die Jahre 1954 und 1955 zu verzeichnende Verlangsamung der Wachstumsraten der Produktion und die Abnahme des Wirtschafts- und Verwaltungspersonals⁴⁰ zusammenhängen, ist nicht klar, wäre aber zweifellos einer genaueren Untersuchung wert. Relativ unberührt von diesen Entwicklungen blieb der Anteil des technischen Personals⁴¹ im Werkzeugmaschinenbau. Er mußte bei diesem für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts so bedeutungsvollen Zweig beachtlich höher liegen als im Durchschnitt der Industrie insgesamt. Während sich der Prozentsatz des technischen Personals in der gesamten Industrie aber im Laufe des ersten Fünfjahrplanes deutlich erhöhte, stagnierte er im Werkzeugmaschinenbau zwischen 1950 und 1954. Hier spielte weniger ein "Nachholen" der übrigen Zweige, als eine Unterschätzung der Forschung und der Entwicklung durch die auf die tägliche Produktionserfüllung bei technischer nicht so anspruchsvollen schweren Werkzeugmaschinen orientierte Leitungstätigkeit im Zweig eine Rolle.⁴² Das bereits 1954 sichtbar werdende neue Produktionsprofil - Herstellung von vor allem technisch hochwertigen Werkzeug-

37 Ebenda, S. 35 ff., 41 ff.

38 D-Betriebe = Direktbetriebe, das heißt unmittelbar durch die Ministerien und nicht über VVB angeleitete Betriebe. (Vgl. Roesler, Jörg, Organisationsstruktur und Wirtschaftsentwicklung. Zur Geschichte der Organisationsstruktur der Industrie in sozialistischen Ländern 1917 bis 1975, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 1, S. 24 f.)

39 Vgl. derselbe, Zur Charakteristik der ökonomischen Ergebnisse in der Industrie der DDR im ersten Fünfjahrplan (1951 bis 1955), in: ebenda 1976, T. 3, S. 48.

40 ZStA, SÖ Nr. 37. - Die anteilige Entwicklung des Hilfspersonals wird im Abschnitt 2.1. kommentiert.

41 Zum technischen Personal wurden sämtliche Diplomingenieure, Diplomwirtschaftler, Ingenieure, Techniker und Meister gezählt. (ZStA, SÖ Nr. 55.)

42 Darauf wird ausführlich in einer weiteren Arbeit zum Thema Werkzeugmaschinenbau und sozialistische Industrialisierung eingegangen, die sich mit Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts beschäftigt und ebenfalls im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte erscheinen wird.

maschinen - verlangte eine Verstärkung des Forschungs- und Entwicklungspotentials im Werkzeugmaschinenbau, für das von der Regierung der DDR in den letzten Jahren des ersten Fünfjahrplanes beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt wurden.⁴³

1. 2. Die Entwicklung des Durchschnittslohnes

Die vorrangige Versorgung der Schwerpunktzweige und -betriebe mit Material und Investmitteln mußte, sollte sie sich in einem höheren Produktionswachstum niederschlagen, von einem überdurchschnittlichen Zustrom von Arbeitskräften begleitet sein. Sieht man von den bis zum Beginn des Zweijahresplanes vorgenommenen Zwangseinweisungen ehemaliger aktiver Nazis in die materielle Produktion⁴⁴ ab, dann konnte die Lenkung der Arbeitskräfte in bestimmte Industriezweige überwiegend nur durch lohnpolitische Anreize erfolgen.⁴⁵ Entsprechende Festlegungen traf die Regierung der DDR in Vorbereitung des ersten Fünfjahrplanes. Die Grundzüge dieses Lohnsystems umriß Walter Ulbricht auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950, "Das Lohngefüge muß prinzipiell so gestaltet werden, daß in den lebenswichtigen Industrien die Löhne am höchsten sind, einmal weil die Arbeit am schwersten ist oder eine besonders hohe Fachkenntnis erfordert, aber auch deshalb, um durch höhere Löhne einen Anreiz zu geben, damit in diesen Industrien die Zahl der Arbeitskräfte erhöht werden kann. Deshalb schlagen wir vor, ein solches Lohngefüge zu schaffen, in dem die Höhe der Löhne entsprechend der Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige festgelegt wird. Die Unterschiede der Löhne in den einzelnen Industriezweigen sind zugunsten der schweren und qualifizierten Arbeiten zu vergrößern, so daß das Durchschnittsverhältnis der untersten zur obersten Lohngruppe in allen Wirtschaftszweigen 1 : 2 sein wird."⁴⁶

Einen Überblick über die Realisierung dieser lohnpolitischen Konzeption der Partei der Arbeiterklasse im Werkzeugmaschinenbau gibt Tabelle 5.

Der Durchschnittslohn im Werkzeugmaschinenbau war von Jahr zu Jahr gestiegen. Noch weit mehr stieg er allerdings im Verhältnis zur Lohnentwicklung in der Gesamtindustrie. Tabelle 5 weist für das letzte Jahr des Zweijahresplanes einen beträchtlich über dem Durchschnitt der Gesamtindustrie liegenden Lohn der Produktionsarbeiter im Werkzeugmaschinenbau aus. Dieser Vorsprung wurde in den Jahren 1951 bis 1953 noch weiter ausgebaut. Er verringerte sich erst 1954/55 wieder, als die wirtschaftspolitische Bedeutung des Werkzeugmaschinenbaus vorübergehend zurückgegangen und kein vorrangiges Wachstum mehr vorgesehen war.

Die Durchschnittslohnentwicklung war Resultat der Neuordnung des Lohngefüges im Herbst 1950, der von der Regierung beschlossenen Lohnerhöhungen für Facharbeiter in volkswirtschaftlich wichtigen Zweigen (Kohle, Metallurgie, Maschi-

43 Vgl. Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 195.

44 Hübner, Peter, a. a. O., S. 202.

45 Fachlich und politisch erfahrene Arbeiter wurden auch unmittelbar durch die Partei der Arbeiterklasse in Schwerpunktbereiche der Volkswirtschaft entsandt. Vgl. dazu Cerny, Jochen, a. a. O., S. 430 f.

46 Ulbricht, Walter, Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft, Berlin 1950, S. 20.

Tabelle 5

Durchschnittslöhne der Produktionsarbeiter im Werkzeugmaschinenbau während des ersten Fünfjahrplanes im Vergleich zur Gesamtindustrie (1950 bis 1955)⁺

Jahr	Werkzeugma- schinenbau	Gesamtin- dustrie	Verhältnis des Durchschnitts- lohnes von Werkzeugmaschi- nenbau und Gesamtindustrie Industrie = 100
	Index	Index	
1950	100	100	117,3
1951	115,5	112,6	120,3
1952	125,9	119,4	123,6
1953	139,7	129,1	127,0
1954	151,7	143,3	124,3
1955	155,2	147,9	123,1

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; ebenda, E-1-St Nr. 0102.

nenbau und anderen) im Juli 1952, der Tarifloohnerhöhungen im August 1953 für un-
gelernte und angelernte Arbeiter (Lohngruppe I - IV) im August 1953 und im Juni
1954 für Facharbeiter in Wirtschaftszweigen, für die im Jahre 1952 keine Lohn-
erhöhungen erfolgt waren.⁴⁷ Die beiden erstgenannten Maßnahmen begünstigten
den Werkzeugmaschinenbau; die beiden letztgenannten näherten den Durchschnitts-
lohn der Gesamtindustrie dem Lohnniveau der Schwerindustrie und damit dem
des Werkzeugmaschinenbaus wieder an. Diese gesetzlichen Regelungen spiegeln
sich in Spalte 3 der Tabelle 5 deutlich wider.

Einen gewissen, wenn auch nicht entscheidenden Einfluß auf dieses Verhältnis
erlangte die Entwicklung der Normerfüllung. Sie war für die in den Anfangsjah-
ren der sozialistischen Industrialisierung rasch wachsende Zahl von Leistungs-
lohnempfängern eine zusätzliche Quelle der Erhöhung des Durchschnittslohnes.

Tabelle 6

Die Entwicklung der Lohnarten im Werkzeugmaschinenbau⁺ während des ersten
Fünfjahrplanes im Vergleich zur sozialistischen Industrie insgesamt (1951 bis
1955)⁺⁺

(Anteil in Prozent)

Stand 31.12.	Werkzeugmaschinenbau			Sozialistische Industrie insgesamt Leistungslohn
	Leistungs- lohn	Prämien- zeitlohn	Zeit- lohn	
1951	55	-	45	59,6
1952	62	-	38	64,1
1953	67	8	25	66,6
1954	67	10,5	22,5	70,8
1955	67	11	22	71,2

+ = Hier 41 Betriebe der Hauptverwaltung Werkzeugmaschinenbau.

++ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 55; ebenda, E-1-St Nr. 0101.

47 Tomm, Alfred, Die Entwicklung der Beschäftigten ..., a. a. O., S. 110.

Sowohl der Anteil als auch die Tendenz der in Tabelle 5 ausgewiesenen Differenz zum Durchschnittslohn in der sozialistischen Industrie insgesamt waren zu gering, als daß sie die Relation der Durchschnittslöhne im Werkzeugmaschinenbau und in der Industrie insgesamt in dieser Hinsicht hätten beeinflussen können. Anders wirkte der Grad der Normerfüllung,

Tabelle 7

Entwicklung der Normerfüllung im Werkzeugmaschinenbau während des ersten Fünfjahrplanes (1950 bis 1955)⁺
(in Prozent)

Jahr	Durchschnittliche Normerfüllung	Anteil der Stücklohnempfänger mit einer Normerfüllung über 200 %	Anteil der TAN ⁺⁺ an der Vorgabezeit
1950	118	0,0	2,5
1951	132	0,4	1,5
1952	134	4,4	4,5
1953	137	3,5	6,5
1954	140	6,5	8,0
1955	145	5,2	10,0

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; ebenda, E-1-St Nr. 0101.
++ Technische Arbeitsnormen.

Die Entwicklung der Normerfüllung war in den fünfziger Jahren weniger durch den realen Produktivitätsanstieg als durch die Differenz zwischen der tatsächlichen Leistung des Arbeiters und der (zu niedrig festgesetzten) Norm bestimmt.⁴⁸ Der Anteil der realen, das heißt dem Stand der Technik, der Organisation der Produktion und der Arbeit sowie der Qualifikation der Werk tätigen entsprechenden technischen Arbeitsnormen war noch gering und ließ relativ großen Spielraum für "weiche" Normen, eine leicht zu erlangende Normübererfüllung und eine nicht dem Leistungszuwachs entsprechende Zunahme des sogenannten Mehrleistungslohnes.⁴⁹ Das traf in besonderem Maße im Maschinenbau zu. Die Vielzahl der dort in verhältnismäßig geringer Stückzahl hergestellten Erzeugnisse erschwerte die Fixierung von Normen beträchtlich. Die im Werkzeugmaschinenbau in dieser Hinsicht seit 1952 erzielten Fortschritte blieben bescheiden. Es war deshalb nicht verwunderlich, wenn die Normübererfüllung im Industriezweig auch am Ende des Fünfjahrplanes noch beträchtlich (um 33 Prozent) über dem Durchschnitt der Gesamtindustrie lag.⁵⁰ Das bedeutete aber, daß bei annähernd gleichem Anteil von Leistungslohnen wie im Durchschnitt der Gesamtindustrie der höhere Durchschnittslohn des Werkzeugmaschinenbaus auch Ergebnis spontaner Entwicklungen war, die 1951 bis 1953 den durch die lohnpolitischen Rege-

48 Ebenda, S. 111.

49 Die Hauptbestandteile des Arbeitslohnes waren in den fünfziger Jahren Grundlohn, Mehrleistungslohn für Normübererfüllung (bei Leistungslohnempfänger), Mehrleistungsprämien (für Zeitlohnempfänger) und Zusatzlohn (Zuschläge für Arbeiterschwernis, Überstunden usw.).

50 ZStA, E-1-St Nr. 0101.

lungen planmäßig festgelegten Vorsprung des Werkzeugmaschinenbaus gegenüber dem Durchschnitt der Industrie insgesamt ausweiteten und die Wiederannäherung beider in den zwei letzten Jahren des Fünfjahrplanes bremsten.

2. Der zweite Fünfjahrplan

2.1. Das Wachstum der Beschäftigtenzahl

Über die im zweiten Fünfjahrplan festgelegten Zielstellungen der Arbeitskräfteentwicklung schreibt Dittrich: "Die von der 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 verabschiedete Direktive des zweiten Fünfjahrplanes (1956 - 1960) enthielt keine Kontrollziffern für die Arbeitskräfteplanung, sondern rückte ausschließlich die Steigerung der Arbeitsproduktivität als Hauptweg zur Vergrößerung des Produktionsausstoßes in den Vordergrund ... Doch spielten ... Fragen der Berufsausbildung zur Sicherung der Erweiterung des Facharbeiternachwuchses, der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung, der Ausbildung sowie des Einsatzes von Fach- und Hochschulkadern, der Lohnentwicklung, Frauenqualifizierung u. a. eine erhebliche Rolle, so daß aus dem Fehlen von Kontrollziffern für den langfristigen Arbeitskräftezuwachs keineswegs abzuleiten ist, die Perspektivplanung hätte zu dieser Zeit die planmäßige Entwicklung der Arbeiterklasse ausgeklammert oder das quantitative Wachstum der Arbeiterklasse wäre von Mitte der 50er Jahre an spontan verlaufen."⁵¹

Das im Januar 1958 verabschiedete Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan bestimmte präziser: "Die Erfüllung der Produktions- und Leistungsaufgaben des zweiten Fünfjahrplanes ist im wesentlichen mit gleichbleibender Beschäftigtenzahl zu erreichen."⁵² Galt diese Festlegung auch für den Werkzeugmaschinenbau, für den im Interesse der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts eine vorrangige Entwicklung vorgesehen war?

Die Belegschaften der 41 hier untersuchten Werkzeugmaschinenbetriebe wuchsen nicht mehr so rasch wie während des ersten Fünfjahrplanes. Jedoch blieb das Wachstumstempo trotz der besonders während der Anfangsjahre der Perspektivplanperiode bestehende Arbeitskräfteverknappung⁵³ sehr hoch. Dementsprechend war der Abstand zwischen den mittleren Zuwachsraten im Werkzeugmaschinenbau und der Gesamtindustrie größer als während der ersten Hälfte der fünfziger Jahre.

Wie im ersten Fünfjahrplan gingen Vorrangigkeit des Wachstums und Vorziehen des Fünfjahrplanzuwachses auf die ersten Jahre des Perspektivplanzeitraumes Hand in Hand. Aber auch in den Jahren nach dem Produktionsschub von 1956 und 1957 stieg die Beschäftigtenzahl im Werkzeugmaschinenbau noch doppelt so schnell wie im Durchschnitt der Gesamtindustrie.

51 Dittrich, Gottfried, *Quantitatives Wachstum ...*, a. a. O., S. 244. (Unterstreichung von mir - J. R.)

52 Gesetz über den 2. Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1956 - 1960, in: GBl. I 1958, S. 53.

53 Hübner, Peter, a. a. O., S. 212.

Tabelle 8

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Werkzeugmaschinenbau während des zweiten Fünfjahrplanes im Vergleich zur Gesamtindustrie (1956 bis 1959)⁺

Jahr	Werkzeugmaschinenbau		Gesamtindustrie		Vorrangiges Wachstum des Werkzeugmaschinenbaus Industrie insgesamt = 100
	Index 1955 = 100	jährliches Wachstum in %	Index 1955 = 100	jährliches Wachstum in %	
1956	113,6	13,6	100,8	0,8	1 700
1957	129,9	14,3	104,8	3,9	370
1958	135,2	4,1	106,7	1,8	230
1959	140,7	4,1	108,8	2,0	210
Ø 1956/59		8,9		2,1	420
Ø 1951/59		10,3		3,1	330

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1978, Berlin 1978, S. 16.

Nachdem die Arbeitslosigkeit beseitigt war⁵⁴ und die durch die Kriegsfolgen in der Nachkriegszeit ausgelösten Wanderungsbewegungen aufgehört hatten⁵⁵, wuchsen im Verlaufe des ersten Fünfjahrplanes die Beschäftigtenzahlen in der Industrie vor allem durch eine Vergrößerung der Anzahl von Jugendlichen und Frauen. In der Direktive des zweiten Fünfjahrplanes war deren Entwicklung und Qualifizierung besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die Lehrlingsausbildung im Werkzeugmaschinenbau ging den anderen Industriezweigen wie bereits während des ersten Fünfjahrplanes voran.

Während die Anzahl der Lehrlinge in der Gesamtindustrie bei beträchtlich sinkender Zahl von Schulabgängern⁵⁶ - der Geburtenausfall der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre wurde spürbar⁵⁷ - allmählich zurückging, stieg sie im Werkzeugmaschinenbau ununterbrochen und in hohem Tempo an.

Hinsichtlich der weiblichen Beschäftigten bestehen weniger Parallelen zu der Zeit des ersten Fünfjahrplanes: Ihre Zahl nahm nur geringfügig schneller zu als die der männlichen; folglich blieb der Anteil der Ersteren im wesentlichen auf dem Stand von 1950.

54 Dittrich, Gottfried, Die bewußte, planmäßige Gestaltung ..., a. a. O., S. 188.

55 Hübner, Peter, a. a. O., S. 206 ff.

56 Tomm, Alfred, Unsere Arbeitskräftelage ..., a. a. O., S. 10.

57 Vgl. Lungwitz, Kurt, Die Bevölkerungsbewegung in der DDR und der BRD zwischen 1945 und 1970 - eine komparative Untersuchung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 1, S. 63 ff.

Tabelle 9

Entwicklung der Anzahl der Lehrlinge und ihres Anteils an den Beschäftigten im Werkzeugmaschinenbau während des zweiten Fünfjahrplanes im Vergleich zur volkseigenen Industrie insgesamt (1955 bis 1959)⁺

Jahr	Anzahl der Lehrlinge		Anteil der Lehrlinge an der Beschäftigtenzahl	
	Werkzeug- maschinen- bau Index 1955 = 100	volkseigene Industrie insgesamt	Werkzeug- maschinen- bau in %	volkseigene Industrie insgesamt in %
1955	100	100	9,0	6,4
1956	113,6	97,0	9,0	5,8
1957	129,9	91,7	9,0	5,3
1958	142,7	87,6	9,5	5,3
1959	156,4	87,2	10,0	5,2

⁺ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1957, Berlin 1958; ebenda 1963, S. 180.

Tabelle 10

Entwicklung der Anzahl der Frauen und ihres Anteils an den Beschäftigten im Werkzeugmaschinenbau während des zweiten Fünfjahrplanes im Vergleich zur sozialistischen Industrie insgesamt (1955 bis 1959)⁺

Jahr	Beschäftigte	Frauen	Anteil der Frauen	
	Index	Index	Werkzeug- maschinen- bau in %	sozialistische Industrie insgesamt in %
1955	100	100	17,0	38,7
1956	113,6	106,9	16,0	39,1
1957	129,9	133,7	17,5	39,9
1958	135,2	136,8	17,2	39,8
1959	140,7	144,0	17,4	40,3

⁺ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1960/61, Berlin 1961, S. 193.

Für diese dem Trend in der Industrie insgesamt nicht entsprechende Entwicklung gibt es folgende Erklärung:

1. Obwohl der Werkzeugmaschinenbau in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre stärker zur Mechanisierung und Automatisierung beitrug als während des ersten Fünfjahrplanes, stieg der Technisierungsgrad seiner eigenen Anlagen

nur relativ langsam⁵⁸, so daß die schwere körperliche Arbeit weiterhin ein Hemmnis für eine Beschäftigung von Frauen in den Produktionsabteilungen war.

2. Anfang der fünfziger Jahre hatte die rasche Entwicklung des Wirtschafts- und Verwaltungspersonals und anderer Gruppen der "übrigen Beschäftigten" die Erhöhung des Frauenanteils begünstigt, im Werkzeugmaschinenbau war die zweite Hälfte der fünfziger Jahre jedoch durch eine anteilmäßige Verringerung der "übrigen Beschäftigten" gekennzeichnet (vgl. Tabelle 11).
3. Die im Vergleich zur übrigen Industrie für die Steigerung des Anteils der weiblichen Beschäftigten ungünstige Qualifikations- und Lohnstruktur im Werkzeugmaschinenbau hatte sich gegenüber der ersten Hälfte der fünfziger Jahre prinzipiell nicht verändert.⁵⁹

Während bei der Entwicklung der sozialen Beschäftigtenstruktur in der Periode des ersten Fünfjahrplanes zum Teil gegensätzliche Bewegungen zu beobachten waren, wies der Werkzeugmaschinenbau in dieser Hinsicht während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre einen kontinuierlichen Verlauf auf.

Tabelle 11

Entwicklung der sozialen Beschäftigtenstruktur im Werkzeugmaschinenbau während des zweiten Fünfjahrplanes im Vergleich zur sozialistischen Industrie insgesamt (1955 bis 1959)⁺
(Anteil in Prozent)

Jahr	Produktions- arbeiter		Technisches Personal		Übrige Beschäftigte		Darunter		
	Werk- zeug- maschi- nenbau	In- du- strie insge- samt	Werk- zeug- maschi- nenbau	In- du- strie insge- samt	Werk- zeug- maschi- nenbau	In- du- strie insge- samt	Wirt- schaft- ler und Verwal- tungs- perso- nal	Indu- strie insge- samt	Werk- zeug- maschi- nenbau
1955	69,0	67,5	14,0	6,6	17,0	25,9	8,4		6,0
1956	69,0	68,4	15,4	6,8	15,6	24,8	8,3		6,0
1957	68,9	67,5	16,5	7,0	14,6	25,5	8,3		6,0
1958	68,8	67,5	17,5	.	13,7	.	.		5,8
1959	68,7	67,2	18,0	.	13,3	.	.		5,6

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; Tomm, Alfred, Unsere Arbeitskräftefrage - ein Erbe zweier imperialistischer Kriege, in: Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 1/1958, S. 13; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1960/61, Berlin 1961, S. 193.

58 Darauf wird ausführlicher in der bereits angekündigten Arbeit zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Werkzeugmaschinenbau eingegangen.

59 Vgl. Küster, F./Knopp, R./Bendrath, S., a. a. O., S. 125.

Der Anteil der Produktionsarbeiter blieb etwa gleich - wie übrigens auch im Durchschnitt der Industrie insgesamt, Die Zunahme des Anteils, den das technische Personal an der Beschäftigtenzahl hatte, war Konsequenz der verstärkt betriebenen Forschungsarbeiten und der größeren Anforderungen an das technische Wissen in der Leitung des unmittelbaren Produktionsprozesses. Das für den Werkzeugmaschinenbau vorliegende Zahlenmaterial erlaubt keine weitere Untergliederung des "technischen Personals" nach Strukturgruppen, Lediglich für 1958 ist bekannt, daß 5,6 Prozent aller Beschäftigten der Konstruktion und Entwicklung zugeordnet waren, Genau 4,5 Prozent aller Beschäftigten im Werkzeugmaschinenbau arbeiteten in den betrieblichen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.⁶⁰ Im Werkzeugmaschinenbau lag nicht nur der Anteil des technischen Personals höher als in der Gesamtindustrie, sondern auch das Entwicklungstempo war größer. Der Rückgang der übrigen Beschäftigten war fast so groß wie die anteilige Zunahme des technischen Personals. Beim Hilfspersonal deutete sich 1958/59 eine Trendumkehr im Vergleich zum Beginn der fünfziger Jahre an. Damals hatte sich die überdurchschnittlich rasche Zunahme des Hilfspersonals mit Notwendigkeit aus dem Anwachsen der Produktion und damit des innerbetrieblichen Transports einerseits und dem gleichbleibend geringen Mechanisierungsgrad der Transportarbeiten andererseits ergeben. Am Ende des ersten Fünfjahrplanes wurde der betriebliche Transport im Werkzeugmaschinenbau noch überwiegend mit der Hand vorgenommen. Für den Einsatz von produktiven Transportgeräten, wie Gabelstaplern, Elektrokarren, Paletten bzw. Behältern, fehlten noch die - völlig auf den Produktionsbereich konzentrierten - Investitionsmittel.⁶¹ Die tatsächlich für Transport- und Ladearbeiten verausgabten Arbeitsstunden lagen höher als aus dem ausgewiesenen Anteil des Hilfspersonals ersichtlich, da viele Produktionsarbeiter zeitweise für Lade- und Transportarbeiten eingesetzt werden mußten.⁶² Im Verlaufe des zweiten Fünfjahrplanes konnte auch in diesem Bereich investiert werden⁶³, was zur Einsparung von Arbeitskräften führte.

Hauptursache des Rückgangs der "übrigen Beschäftigten" dürfte jedoch die relative Abnahme des Wirtschafts- und Verwaltungspersonals gewesen sein. Allerdings läßt sich diese Entwicklung für die Industrie insgesamt, soweit statistische Angaben verfügbar sind, nur andeutungsweise erkennen. Hier wirkten sich zweifellos die mit der Vereinfachung der Planung verbundene Kennziffernreduzierung⁶⁴ und die im Ergebnis der Umgestaltung der wirtschaftlichen Rechnungsführung 1955 zu verzeichnende Verringerung der administrativen Leitungstätigkeit⁶⁵ aus. Im Werkzeugmaschinenbau mußten die positiven Auswirkungen dieser Maßnahmen stärker sein als in der Gesamtindustrie; denn erstens war er als Schwerpunktzweig stärker als andere zentralgeleitet worden, und zweitens betraf die Kennziffern- und damit Berichtsreduzierung den Maschinenbau stärker als andere Industriezweige.⁶⁶ Die besondere Förderung, die der sozialistische Staat dem Werkzeugmaschinenbau angedeihen ließ, widerspiegelte sich auch in der Lohnentwicklung.

60 ZStA, SÖ Nr. 37.

61 Ebenda, SÖ Nr. 55.

62 Ebenda, SÖ Nr. 37.

63 Ebenda.

64 Vgl. dazu Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 152 ff.

65 Vgl. dazu derselbe, Die Lenkung des betrieblichen Akkumulationsprozesses durch den sozialistischen Staat in der DDR (1956 bis 1962), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979, T. 3, S. 16 ff.

66 Derselbe, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 153.

2.2. Die Entwicklung des Durchschnittslohnes

Während des zweiten Fünfjahrplanes galt die zu Beginn der sozialistischen Industrialisierung ausgearbeitete lohnpolitische Konzeption weiter. Auch für den Werkzeugmaschinenbau, der erneut - wenn auch aus nicht ganz den gleichen Gründen wie Anfang der fünfziger Jahre - Schwerpunktzweig war⁶⁷, wurden keine neuen lohnpolitischen Regelungen eingeführt. Der Durchschnittslohn stieg auch während des zweiten Fünfjahrplanes kontinuierlich an, jedoch in geringem Tempo als während des ersten Fünfjahrplanes.

Tabelle 12

Durchschnittslöhne der Produktionsarbeiter im Werkzeugmaschinenbau während des zweiten Fünfjahrplanes im Vergleich zur Gesamtindustrie (1955 bis 1959)⁺

Jahr	Werkzeugmaschinenbau	Industrie insgesamt	Verhältnis des Durchschnittslohnes im Werkzeugmaschinenbau zur Gesamtindustrie Industrie = 100
	Index	Index	
1955	100	100	123,1
1956	102,2	103,4	121,7
1957	103,3	107,4	118,4
1958	105,6	110,8	117,2
1959	112,2	114,9	120,2

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; ebenda, E-1-St Nr. 0102.

Das am Ende des ersten Fünfjahrplanes im Vergleich zur Gesamtindustrie erzielte Lohnniveau konnte der Werkzeugmaschinenbau während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre nicht ganz halten, denn der Durchschnittslohn stieg 1956 bis 1958 nicht so rasch wie in der Industrie insgesamt. Die vorrangige Entwicklung des Werkzeugmaschinenbaus war damit nicht vollständig abgesichert. Worauf war das zurückzuführen?

Im Unterschied zum ersten Fünfjahrplan, in dem lohnpolitische Regelungen die Durchschnittslohnentwicklung entscheidend mitbestimmten, vollzog sie sich im Werkzeugmaschinenbau während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre vor allem über die Normerfüllung.

Zu Beginn des zweiten Fünfjahrplanes wurde im Werkzeugmaschinenbau ein Durchbruch bei der Aufstellung technischer Arbeitsnormen (TAN) erzielt. Dadurch konnte 1956 die Normübererfüllung in sehr engen Grenzen gehalten werden, was übrigens auch für die gesamte Industrie galt. Im Jahre 1957 gelang das nicht. Nach einer nochmaligen Bremsung des Tempos 1958 nahm die Normübererfüllung im Werkzeugmaschinenbau 1959 wieder rasch zu. Der Anteil der TAN hatte sich seit 1956 nicht mehr verbessert. Insgesamt stieg die Normerfüllung im Werkzeugmaschinenbau rascher als im Durchschnitt der gesamten Industrie.

⁶⁷ Vgl. Roesler, Jörg, Werkzeugmaschinenbau und sozialistische Industrialisierung in der DDR, a. a. O.

Tabelle 13

Entwicklung der Normerfüllung im Werkzeugmaschinenbau während des zweiten Fünfjahrplanes im Vergleich zur volkseigenen zentralgeleiteten Industrie (1955 bis 1959)⁺
(in Prozent)

Jahr	Durchschnittliche Normerfüllung		Anteil der Stücklohnempfänger mit einer Normerfüllung von über 200 %	
	Werkzeugmaschinenbau	Industrie	Werkzeugmaschinenbau	Industrie
1955	145	.	5,2	.
1956	149	135,1	8,6	2,6
1957	164	144,1	16,2	6,3
1958	167	148,1	17,6	7,5
1959	174	152,4		10,6

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, E-1 Nr. 0101; ebenda, SÖ Nr. 37.

Sie wurde damit eine wesentliche Hilfe für die Aufrechterhaltung des "Lohnstatus" des Werkzeugmaschinenbaus; denn in den Jahren geringerer Normübererfüllung war das relative Lohnniveau im Werkzeugmaschinenbau am ehesten "bedroht", Trotzdem blieb die "Normenschaukel" ein zufälliges, ein spontanes Moment, das im Lohngefüge des Werkzeugmaschinenbaus sowie in der Lohnrelation zwischen dem Werkzeugmaschinenbau und anderen Maschinenbauzweigen zu beträchtlichen Widersprüchen führte.

Die Zeitlohnempfänger erhielten zum Beispiel bei gleicher Art der Arbeit und bei gleicher Qualifikation gegenüber den Leistungslohnempfängern einen um 20 Prozent geringeren Lohn.⁶⁸ Um diese ungerechtfertigte Differenz nicht noch größer werden zu lassen, wurden Zeitlohnempfänger oftmals in höhere Lohngruppen eingestuft, als ihnen ihrer Qualifikation und Tätigkeit nach zugekommen wäre. Weitere Methoden des "Lohnausgleichs" waren die Zahlung von Erschwernis- und sonstigen Zuschlägen an Zeitlohnempfänger ohne ausreichende Begründung⁶⁹ bzw. die Reduzierung des Anteils der Leistungslohnempfänger. Disproportionen im Lohngefüge des Werkzeugmaschinenbaus traten ferner dadurch auf, daß in den mittleren Lohngruppen die Normerfüllung und damit der Anteil des Mehrleistungslohnes am höchsten war und mehr als in den nächsthöheren Lohngruppen verdient wurde,⁷⁰ Dadurch wurde das Leistungsprinzip, nach dessen Anforderungen das Tariflohnsystem aufgebaut worden war, verfälscht. Um offensichtlichen Verletzungen des Leistungsprinzips begegnen zu

68 Küster, F./Knopp, R./Bendrath, S., a. a. O., S. 127.

69 Haacke, Wolfgang/Jonas, Freia, Tarifliche und effektive Entlohnung der Produktionsarbeiter in der zentralgeleiteten Industrie, in: VzS, Nr. 1/1958, S. 19.

70 Ebenda, S. 17.

können, erfolgten Korrekturen am tatsächlichen Verdienst unter anderem durch Rückstufungen von Leistungslohnempfängern.⁷¹

Im Ergebnis spontaner Entwicklungen und ihrer Eindämmung durch ebenso spontane Korrekturen sank der Anteil des Grundlohnes am Effektivlohn während des zweiten Fünfjahrplanes ständig ab. Bereits 1957 betrug der Anteil des Tariflohnes, der entsprechend den Festlegungen der 3. Parteikonferenz vom Juni 1956 das lohnpolitische Hauptsteuerungsinstrument in der Periode der sozialistischen Industrialisierung sein sollte, im Industriezweig Werkzeugmaschinenbau nur noch 60,2 Prozent des effektiven Stundenlohnes. Dabei bildete der Werkzeugmaschinenbau keine Ausnahme. Die Extremwerte in der Gesamtindustrie lagen bei 44,1 Prozent (Leichtmaschinenbau) und 73,8 Prozent (Steinkohle).⁷² Wenn angesichts dieser Verhältnisse der Industriezweig Werkzeugmaschinenbau seine Stellung in der Lohnskala bis 1957 mit einem neunten Rang beim Effektivlohn gegenüber seinem siebenten Platz im Tariflohnsystem annähernd wahren konnte und die lohnpolitischen Anreize den Zustrom der Arbeitskräfte zum Werkzeugmaschinenbau wie vorgesehen auch während des zweiten Fünfjahrplanes begünstigten, so war das mehr glückliche Fügung als Ergebnis planmäßiger Lohnpolitik.⁷³

3. Schlußfolgerungen

Die vorliegende Untersuchung erlaubt für die Charakterisierung der Verhältnisse von geplanter und spontaner Arbeitskräfteentwicklung im Werkzeugmaschinenbau einige wichtige Aussagen:

Bezüglich der Anzahl der Beschäftigten herrschte generell und auch für einzelne Jahre eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen Ausbau der Produktionskapazitäten und Wachstum der Beschäftigten und damit (wahrscheinlich) auch zwischen der geplanten Zunahme der Beschäftigten und dem realisierten Wachstum. Selbst während des zweiten Fünfjahrplanes, einer Periode der Arbeitskräfteverknappung, konnte die Zahl der Beschäftigten im Werkzeugmaschinenbau wie geplant rasch anwachsen und auf diese Weise sein vorrangiger Ausbau mit extensiven Methoden personell abgesichert werden. Zum kontinuierlichen Zufluß von Arbeitskräften im Werkzeugmaschinenbau trugen ganz wesentlich die im Industriezweig ausreichend vorhandenen Betriebsberufsschulen bei.

Nicht ganz so erfolgreich wurde im Werkzeugmaschinenbau die Steuerung der Beschäftigtenstruktur gehandhabt. Generell strebte die Planung eine Beibehaltung oder Erhöhung des Anteils der Produktionsarbeiter, eine anteilige Steigerung des technischen Personals sowie eine Verringerung des Anteils der "übrigen Beschäftigten" an.⁷⁴ In den ersten Jahren des Fünfjahrplanes verschoben sich die Proportionen zwischen den Beschäftigtengruppen jedoch nicht entsprechend dieser Forderung. Bezüglich des Wirtschafts- und Verwaltungspersonals

71 ZStA, SÖ Nr. 37. - Zwischen 1955 und 1957 stieg der Lohngruppenkoeffizient im Werkzeugmaschinenbau noch von 5,1 auf 5,3 an, ging dann aber bis 1959 auf 5,1 zurück.

72 Haacke, Wolfgang/Jonas, *Frei*, a. a. O., S. 16.

73 Ebenda. - So fiel z. B. der Steinkohlenbergbau vom 1. auf den 5. Platz zurück, der Leichtmaschinenbau rückte vom 35. auf den 1. Platz vor.

74 Die Planung und Bilanzierung der Arbeitskräfte in den Bezirken und Kreisen, Berlin 1956, S. 46 f.

trat vorübergehend die paradoxe Situation ein, daß die Erhöhung der Planmäßigkeit in der Produktion (durch stärkere Eingliederung der Betriebe in den Planungsprozeß, durch Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung) in der Beschäftigtenstruktur zu Abweichungen vom Plan führte. Während des zweiten Fünfjahrplanes entsprach die Beschäftigtenstruktur im Werkzeugmaschinenbau dagegen den Vorstellungen der Planer.

Die Erhöhung des Frauenanteils beeinflusste im Werkzeugmaschinenbau die Zunahme der Beschäftigtenzahl während der fünfziger Jahre nicht wesentlich, ⁷⁵ Relativ schwere körperliche Arbeit, gute Verdienstmöglichkeiten und nicht zuletzt die Tradition bewirkten, daß die Arbeitsplätze in den Produktionsabteilungen der Betriebe auch weiterhin fast ausschließlich Männern vorbehalten blieben.

Als Quelle für den Zuwachs an neuen Belegschaftsmitgliedern spielte dagegen die Ausbildung Jugendlicher im Werkzeugmaschinenbau eine überdurchschnittlich große Rolle.

Auf den Durchschnittslohn blieben im Unterschied zum Beschäftigtenwachstum während der gesamten fünfziger Jahre spontane Entwicklungen von Einfluß. Ebenso wie in der Gesamtindustrie lief während des ersten und zweiten Fünfjahrplanes im Werkzeugmaschinenbau die tatsächliche der geplanten Lohnentwicklung davon. Eine befriedigende Lösung dieses Problems war erst nach Schließung der offenen Grenze zu Westberlin am 13. August 1961 möglich und erfolgte während des Produktionsaufgebots durch die Arbeiter selbst. ⁷⁶ Dagegen entsprach der aus dem Gefälle zwischen dem Durchschnittslohn des Werkzeugmaschinenbaus und dem in der Industrie insgesamt resultierende lohnpolitische Anreiz für den Zustrom neuer Arbeitskräfte in den Werkzeugmaschinenbau 1951 bis 1953 völlig, in den folgenden Jahren noch annähernd den Zielen der zentralen Arbeitskräftelenkung. Allerdings wurde die Größe dieses Anreizes während des zweiten Fünfjahrplanes zunehmend Resultat spontaner Lohnentwicklungen. Die für den Werkzeugmaschinenbau zu konstatierende weitgehende Übereinstimmung von geplanter und tatsächlicher Relation war deshalb mehr zufällig und traf für viele andere Industriezweige nicht (mehr) zu.

Die Analyse des Werkzeugmaschinenbaus bestätigt generell:
Die Arbeiterklasse der DDR lernte in der Periode der sozialistischen Industrialisierung nicht nur das Entwicklungstempo sowie die strukturellen Umgestaltungen in der Produktion zu beherrschen, sondern gelangte dank der konsequenten Führung durch ihre Partei und dank der wachsenden Qualifizierung der Organe der sozialistischen Staatsmacht auch zunehmend in die Lage, die sich aus den wirtschaftspolitischen Erfordernissen ergebenden - dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse entsprechenden - Veränderungen im Wachstum und in der Struktur der Beschäftigten planmäßig zu vollziehen.

75 Der erste Fünfjahrplan hatte für die volkseigene Industrie insgesamt eine Steigerung des Frauenanteils von 27 auf 39 % vorgesehen. (Gesetz über den Fünfjahrplan, a. a. O., S. 54.)

76 Vgl. dazu Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 270, 314. - Für den Werkzeugmaschinenbau ist kein Soll-Ist-Vergleich möglich. Die überplanmäßige Steigerung des Durchschnittslohnes läßt sich jedoch an der generellen Einhaltung der geplanten Relation des Durchschnittslohnes zwischen Werkzeugmaschinenbau und Industrie erkennen.

Dittrichs eingangszitierte, hauptsächlich auf das generelle Wachstum der Arbeiterklasse in der Periode der sozialistischen Industrialisierung und auf die Entwicklungstendenz der natürlichen sowie der Eigentumsstruktur bezogene Einschätzung für die fünfziger Jahre: "Die Spontaneität der gesellschaftlichen Entwicklung, bereits am Ende der 40er Jahre nicht mehr bestimmend, wurde zunehmend eingeschränkt und beherrscht,"⁷⁷ kann für den Werkzeugmaschinenbau allerdings voll nur bezüglich der Beschäftigtendynamik und -struktur bestätigt werden. Dittrichs Einschätzung trifft jedoch in der Übergangsperiode offensichtlich noch nicht auf die Lohnplanung und -stimulierung im Werkzeugmaschinenbau zu,

Dittrichs grundsätzliche Feststellung, daß der "Kampf zwischen Bewußtheit und Spontaneität in der Gesellschaftsentwicklung während der Übergangsperiode, zwischen langfristiger Planung, Leitung und Organisierung des quantitativen Wachstums der Arbeiterklasse bzw. einzelner, ihrer Zweigstruktur entsprechender Gruppen auf der einen und den spontanen Wirkungen des Klassenkampfes, des Zustroms in die Stadt, der materiellen Stimulierung usw. auf der anderen Seite,"⁷⁸ in den fünfziger Jahren die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und der Löhne prägte, konnte dagegen am Beispiel des Werkzeugmaschinenbaus eindrucksvoll bestätigt werden.

77 Dittrich, Gottfried, Quantitatives Wachstum ..., a. a. O., S. 257.

78 Derselbe, Die bewußte, planmäßige Gestaltung ..., a. a. O., S. 164.

Probleme der Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit Landmaschinen und Geräten im zweiten Weltkrieg

von Joachim Lehmann

Die agrarhistorische Forschung hat den Fragen der deutschen Agrargeschichte im zweiten Weltkrieg bislang relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Gründe hierfür sind vielfältig und kaum generalisierend zu fassen. Schwierigkeiten hinsichtlich der Quellenlage ergeben sich nur für den bürgerlichen Agrarhistoriker, der die Kontinuität imperialistischer, faschistischer Agrarpolitik während der Vorbereitung und Führung des verbrecherischen Krieges leugnen, abschwächen oder doch zumindest verhüllen will.

Die Zurückhaltung der bürgerlichen agrarhistorischen Literatur in der BRD bei der Untersuchung unseres Gegenstandes ist auffällig. Auffällig besonders im Vergleich zum Anwachsen von Publikationen, die sich mit der Frühphase faschistischer Agrarpolitik befassen, und zu einer großen Zahl von Veröffentlichungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des faschistischen Deutschlands.

Bezogen auf unser spezielles Thema, finden sich in den Memoiren des Monopolisten Hans Kehrl¹ Anmerkungen über die Situation bei Kriegsende, die einer Überprüfung nicht standhalten. Die entscheidend von seinem persönlichen Freund Herbert Backe, erst Staatssekretär und später Nachfolger des Reichsernährungsministers und Reichsbauernführers Richard Walther Darré, gelenkte Organisation der faschistischen Kriegsernährungswirtschaft ist für ihn nach wie vor "sachlich und personell mit Abstand die beste Organisation, die im Reich auf die Beine gestellt wurde".² Diese Beurteilung gleicht im wesentlichen seiner Einschätzung im Herbst des Jahres 1944, in der Kehrl, damals Chef des Planungsamtes der faschistischen Kriegswirtschaft, die deutsche Ernährungswirtschaft für "eine der gewaltigsten und erfolgreichsten Leistungen auf dem Gebiet der Wirtschaft in diesem Jahrhundert" hielt.³ In seinem Buch unternimmt Kehrl in apologetischer Absicht den Versuch, die Fiktion von der möglichen Realisierung eines umfassenden Landmaschinenbauprogramms um die Jahreswende 1944/45 aufrechtzuerhalten.

- 1 Kehrl, Hans, *Krisenmanager im Dritten Reich, 6 Jahre Frieden - 6 Jahre Krieg*, Düsseldorf 1973. - Zur generellen Einschätzung vgl. Eichholtz, Dietrich, *Manager des staatsmonopolistischen Kapitalismus*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1974, T. 3, S. 217 ff., und Zumpe, Lotte, *zwei Autobiographien und ihr Aussagewert für die Erforschung des deutschen Faschismus. Unter besonderer Berücksichtigung staatsmonopolistischer Aspekte*, in: ebenda 1979, T. 3, S. 137 ff.
- 2 Kehrl, Hans, a. a. O., S. 56.
- 3 Kehrl, Hans, *Dogma, Not und Freiheit. Planen und Lenken im totalen Krieg*, in: *Das Reich*, Nr. 43, 22. 10. 1944.

Der enge Mitarbeiter Backes und spätere Staatssekretär Hans-Joachim Riecke, der in dieser Funktion und auch als Vorsitzender des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft (RKTL) eng mit Kehrl kooperierte, behauptete 1953 in dem Sammelband "Bilanz des Zweiten Weltkrieges", daß eine Landmaschinen- und Geräteproduktion in großem Umfange bis 1943 und eine gesicherte Ersatzteilversorgung bis Kriegsende existiert habe.⁴ Angesichts solcher Stimmen erlangt die Darstellung der tatsächlichen Entwicklung des hier interessierenden Teilgebietes der Landwirtschaft im faschistischen Deutschland eine besondere Bedeutung. Sie ist darüber hinaus von außerordentlichem Interesse, weil im Ergebnis des verbrecherischen imperialistischen Krieges die Resultate der faschistischen Politik unmittelbaren Einfluß auf die Möglichkeiten des Neuaufbaus nach der Befreiung vom Faschismus, auf die Durchführung der demokratischen Bodenreform auf dem heutigen Territorium der DDR haben.

Die Anwendung der Maschinen in der Landwirtschaft, der Maschinenbesatz der einzelnen Betriebsgrößenklassen als Kriterium für die Bestimmung der Stellung der Betriebe im System der kapitalistischen Landwirtschaft ist von Lenin zu Beginn unseres Jahrhunderts auf der Grundlage des Vergleichs europäischer Statistiken eingehend analysiert worden.⁵ Er untersuchte die Auswirkungen kapitalistischer Maschinenanwendung, indem er besonders die Jahre 1882 und 1907 miteinander verglich, und wies deren nachteilige Folgen für die Kleinproduzenten nach.

In den letzten Jahren hat in der DDR das Problem des Maschinenbesatzes im Rahmen der weiteren Erforschung der sozialökonomischen Struktur des kapitalistischen Systems der deutschen Landwirtschaft besonders durch Berthold und von ihm initiierte Arbeiten Beachtung gefunden.⁶

Da die Quellen keine den Maschinenbesatz erfassende und nach Betriebsgrößenklassen unterscheidende Statistik für das Deutsche Reich während des zweiten Weltkrieges enthalten, kann die nachfolgende Darstellung nicht auf die konkreten Entwicklungen bei den einzelnen Betriebsgrößengruppen eingehen. Ihr Anliegen ist die Ermittlung der tatsächlichen Zuführung von Landtechnik und landwirtschaftlichen Geräten in die deutsche Landwirtschaft sowie die Kennzeichnung der Lage auf diesem wichtigen Teilgebiet der landwirtschaftlichen Produktionsmittel.

4 Riecke, Hans-Joachim, Ernährung und Landwirtschaft im Kriege, in: Bilanz des zweiten Weltkrieges, Oldenburg 1953, S. 343.

5 Lenin, W. I., Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft, in: Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 450 ff.

6 Berthold, Rudolf, Zur sozialökonomischen Struktur des kapitalistischen Systems der deutschen Landwirtschaft zwischen 1907 und 1925, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 3, S. 105 ff.; Baudis, Hans-Joachim, Die sozialökonomische Struktur der deutschen Landwirtschaft zwischen 1925 und 1939, Diplomarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin 1975. - Zur weiteren Klärung der konkreten Entwicklung werden z. Zt. von Jatzlauk in Rostock betriebene Untersuchungen für den Zeitraum 1925 bis 1939 und die demnächst erscheinende Arbeit von Pfahl/Wilke beitragen, die das Problem u. a. für den Zeitraum 1936 bis 1944 am Beispiel mecklenburgischen Großgrundbesitzes behandelt, Vgl. auch Bentzien, Ulrich, Landmaschinentechnik in Mecklenburg (1800 bis 1959), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 3, S. 54 ff.; Berthold, Rudolf, Die Entstehung der deutschen Landmaschinen- und Düngemittelindustrie zwischen 1850 und 1870, in: Studien zur Geschichte der Produktivkräfte, Berlin 1979, S. 245 ff.

In der deutschen Landwirtschaft fanden seit der Mitte des 19. Jahrhunderts Landmaschinen zunehmend Verwendung.⁷ Die Steigerung des Maschineneinsatzes in der Landwirtschaft vollzog sich quantitativ und qualitativ in mehreren, zum Teil durch den technischen Entwicklungsstand gekennzeichneten Etappen.

Voraussetzung hierfür war, daß die industrielle Entwicklung einen Stand erreichte, der die Bedingungen für die Konstruktion und Bereitstellung einer den jeweiligen Erfordernissen entsprechenden Agrotechnik schuf. Diesen Erfordernissen dienten die Intensivierungsbemühungen in der Landwirtschaft, primär der Anbau intensiver Kulturen. Die im Gefolge der Industrialisierung einsetzende Landflucht erhöhte die Forderungen an die Technisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft und ließ den Arbeitskräftebedarf mehr und mehr ansteigen. Eine zunehmende Einführung von Landtechnik ermöglichte zusammen mit anderen Maßnahmen, die in ihrer Bedeutung aber nicht ebensohoch zu bewerten sind, wie Schädlingsbekämpfung, Saatgutverbesserung und Einsatz von Düngemitteln, eine erhebliche Steigerung der Produktivität. So erzeugte in Deutschland 1938 eine Arbeitskraft auf 2,1 Hektar soviel wie 1880 2,7 Arbeitskräfte auf 4,9 Hektar⁸ Land oder leisteten drei Arbeitskräfte mit einem Mährescher bei der Getreideernte soviel wie 440 Handarbeiter.⁹

Eine besondere Rolle für die Ausrüstung der deutschen Landwirtschaft mit der erforderlichen Landtechnik spielte das 1928 vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ins Leben gerufene und weitgehend finanzierte Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft, dessen Hauptaufgabe darin bestand, der Lösung harrende landtechnische Probleme zu untersuchen und in ausgewählten Betrieben die erzielten Ergebnisse in die Praxis umzusetzen und zu erproben.¹⁰ Diese Einrichtung erwies sich als so effektiv, daß sie nach der Machtübertragung an den Faschismus 1933 im Gegensatz zu anderen Institutionen im agrarischen Bereich kaum Veränderungen unterworfen wurde und in ihrem Arbeitsgebiet legislative Maßnahmen im Hinblick auf die Kriegsvorbereitungen unnötig erschienen. Gerade die in Vorbereitung des Krieges vorangetriebenen Bemühungen um die Intensivierung der Landwirtschaft, um die Steigerung der inländischen Agrarproduktion mit dem Ziel einer weitgehenden Ernährungsautarkie erforderten im Interesse der deutschen Monopolbourgeoisie und der ihr dienenden faschistischen Agrarpolitiker eine wachsende Maschinenanwendung. In diesem Zusammenhang berechnete das RKTL bei verstärktem Einsatz von Drillmaschinen die Möglichkeit, Brot für 0,6 Millionen und Fleisch für 0,3 Millionen Menschen zusätzlich zu erzeugen. Die Zahlen für Erntemaschinen betragen 0,9 bzw. 0,6 Millionen, für das Reinigen und Beizen des Saatgutes 2,5 bzw. 1,3 Millionen.¹¹ Tatsächlich entwickelte sich der Maschinenbestand der deutschen Landwirtschaft vor dem Kriege in folgender Weise:

7 Vgl. zu den Grundzügen der Entwicklung Berthold, Rudolf/Klemm, Volker, Agrargeschichte. Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin 1978, S. 36 ff., 56 f., 135 ff.

8 Wochenberichte des Institutes für Konjunkturforschung, Nr. 44, 2. 11. 1938.

9 Vormfelde, K., Maschinen machen Geschichte der Landwirtschaft, in: Mitteilungen für die Landwirtschaft, Nr. 14/1941, S. 281.

10 Tornow, Werner, Chronik der Agrarpolitik und Agrarwirtschaft des Deutschen Reiches von 1933 - 1945. Berichte über Landwirtschaft, Hamburg/(West-)Berlin, Sonderheft 188, 1972, S. 58.

11 Die Technik in der Landwirtschaft, Nr. 6/1937, S. 14.

Tabelle 1

Landmaschinen in der deutschen Landwirtschaft
(in 1 000 Stück)

Maschinentyp	1925	1933	1939
Stationäre Motoren u. Dampfmaschinen	58,6	88,0	153,2
Traktoren u. selbstfahrende Maschinen	7,4	24,1	65,9
Drillmaschinen	508,9	614,2	717,9
Düngerstreuer	106,2	147,0	225,9
Mähmaschinen, Binder u. Grasmäher	1 023,1	1 308,0	1 582,5
Kartoffelroder	173,7	328,9	433,7
Dreschmaschinen mit mechanischem Antrieb	577,3	759,3	894,4
Strohpresen u. -binder	-	113,8	188,4

Quelle:

Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 410, S. 400 ff.; Bd. 459/3, S. 12 f.; Bd. 461/2, S. 2 ff.; Wirtschaft und Statistik, Nr. 3/1941, S. 54 f.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42, S. 108, zit. bei: Melzer, Rolf, Studien zur Agrarpolitik der faschistischen deutschen Imperialisten in Deutschland im System der Kriegsplanung und Kriegsführung 1933 bis 1941, phil. Diss. Rostock 1966, S. 207.

Trotz der deutlichen Steigerung¹² blieb das Niveau der technischen Ausrüstung, insbesondere im Vergleich zur Industrie, relativ niedrig und hinter den Erfordernissen zurück. Diese Situation, die sich vor allem durch die mit eindeutiger Priorität versehene Aufrüstung verschärft hatte, war derart evident, daß sie selbst von führenden faschistischen Agrarpolitikern wie Darré und Backe eingestanden werden mußte.¹³ Die Politik der hemmungslosen Aufrüstung verhinderte die Realisierung des technischen Fortschritts entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und den Notwendigkeiten der angestrebten Ernährungsautarkie.¹⁴

Zur Behebung des Dilemmas gab es Anstrengungen unterschiedlicher Art. Anfang 1937 erhielten landwirtschaftliche Betriebe im Rahmen des Vierjahresplanes vom Reichsernährungsministerium erstmals Zuschüsse in Form einer Reichsbeihilfe zur Förderung des Maschineneinsatzes.¹⁵ Im Februar 1938 erfolgte eine Preis-

12 Vgl. auch Zumpe, Lotte, Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin 1980, S. 282 = Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jh. bis 1945 in drei Bänden, hg. v. Helga Nussbaum u. Lotte Zumpe, Bd. 3.

13 Vgl. Rede Darrés auf dem VI. Reichsbauerntag, in: Nationalsozialistische Landpost, 2. 12. 1938; Backe, Herbert, Um die Nahrungsfreiheit Europas, Leipzig 1942, S. 196 ff.

14 Hoernle, Edwin, Der deutsche Faschismus zerstört die Landwirtschaft, in: Kommunistische Internationale, Nr. 2/1939, S. 178 ff., zit. bei: Melzer, Rolf, Studien zur Agrarpolitik der faschistischen deutschen Imperialisten in Deutschland im System der Kriegsplanung und Kriegsführung 1933 bis 1941, phil. Diss. Rostock 1966, S. 207.

15 Die Technik in der Landwirtschaft, Nr. 5/1939, S. 94; auch Zumpe, Lotte, Wirtschaft und Staat ..., a. a. O., S. 282.

senkung für Landmaschinen,¹⁶ die eine gewisse Steigerung des Inlandabsatzes zur Folge hatte.¹⁷ Allerdings wurden die verordneten Preissenkungen in der Regel nicht an den Verbrauch weitergegeben, sondern sie führten nur zur Erhöhung der Handelsspannen. Daraufhin kam es im Herbst 1938 zu Ergänzungserlassen.¹⁸ Eine massive Intervention der landmaschinenproduzierenden Industrie scheint eine erneute Berücksichtigung ihrer Interessen durch eine neue Preisverordnung am 23. Dezember 1939 herbeigeführt zu haben. Sie erfuhr eine Rechtfertigung mit einem Hinweis auf die Verordnung vom Februar 1938, deren Übergangscharakter betont wurde.¹⁹ In diesem Zusammenhang ist auch der Aspekt einer Eisenkontingentierung bemerkenswert. Im Rahmen der staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen des Vierjahresplanes führte die Forderung der Fachgruppe Landmaschinen nach 25 Prozent der für die gesamte Wirtschaftsgruppe Maschinenbau vorgesehenen Eisenmenge am 1. Januar 1938 zur Errichtung einer Kontingentsverteilungsstelle beim RKT. ²⁰ Der Vorsitzende des Reichskuratoriums, Riecke, drängte im Interesse einer Leistungssteigerung der Landmaschinenindustrie zudem auf eine Reduzierung der Einsatzgewichte, das heißt die Verringerung des Materialeinsatzes pro Maschine, bei der Produktion, ohne die Güte und Haltbarkeit der Produkte zu vermindern, auf eine zunehmende Typisierung und Normung, wobei er die führende Rolle der großen Firmen innerhalb der Branche unterstrich und das weite Zurückbleiben des Gros der Produzenten hervorhob.²¹ Diese mit drohendem Unterton versehene Feststellung präzisierete er ein knappes Jahr später. Die 474 Hersteller der Fachgruppe Landmaschinen wurden darauf hingewiesen, daß ein zu hohes Angebot durch eine zu große Zahl von Produzenten die notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen gefährde.²²

Für die weitere Einführung von Technik in der Landwirtschaft waren bei den faschistischen Agrartheoretikern neben dem Ausgangspunkt der Leistungssteigerung, die bei optimiertem Technikeinsatz relativ schnell möglich sein konnte, auch noch andere Gesichtspunkte maßgeblich, welche dem inhumanen Wesen des Faschismus und Militarismus entsprachen.²³ Es handelte sich hierbei um den Aspekt der "Erhöhung der Wehrkraft". Die zwangsläufige Erhöhung des techni-

16 Reichsgesetzblatt, 1938, T. I, S. 188; vgl. auch Tornow, Werner, a. a. O., S. 129; Zumppe, Lotte, Wirtschaft und Staat ..., a. a. O., S. 282.

17 Donecker, W., Werden und Ziele der Marktordnung für Landmaschinen, in: Die Technik in der Landwirtschaft, Nr. 3/1940, S. 35, gibt hier folgende Entwicklung des Gesamtinlandabsatzes der Landmaschinenindustrie ab Werk:

1935/36	300 Millionen RM
1937/38	385 Millionen RM
1938/39	480 Millionen RM.

In der Zeitschrift für Landmaschinen, Nr. 7-8/1939, Beilage: Die Landmaschinen, findet sich für 1937/38 zu 1938/39 nur eine Steigerung von 385 Millionen RM auf 420 Millionen RM.

18 Die Technik in der Landwirtschaft, Nr. 3/1940, S. 36; vgl. auch Mason, Timothy W., Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936 - 1939, Opladen 1975, S. 620; Bundesarchiv Koblenz, R 43 II, Bd. 528, Auszug aus dem Monatsbericht des Reichstreuhänders der Arbeit für Monat Januar und Februar 1938.

19 Hillmann, Walter, Die Marktordnung für Landmaschinen, in: Der Vierjahresplan, Nr. 9/1940, S. 374.

20 Die Technik in der Landwirtschaft, Nr. 7/1938, S. 112.

21 Ebenda, Nr. 5/1939, S. 90 f.

22 Ebenda, Nr. 3/1940, S. 34 f.

23 Von der Decken, Hans, Technik und Landwirtschaft, in: Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung, Neue Folge, Nr. 1-2/1941/42, S. 52.

schen Wissens der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, die es mit immer komplizierteren Maschinen zu tun hatten, sollte der ebenfalls immer mehr technisierten faschistischen Wehrmacht zugute kommen. Dabei war man sich der Zweischneidigkeit der Angelegenheit im Hinblick auf eine zusätzliche Motivation zur Landflucht durchaus bewußt.

Im Zusammenhang mit den während des Krieges ständig erhobenen Forderungen nach Aufrechterhaltung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion kam dem Einsatz landwirtschaftlicher Technik besondere Bedeutung zu.²⁴ Dies erklärt sich zum einen aus dem ständig steigenden Nahrungsmittelbedarf der Wehrmacht im Zuge des weiteren Ausbaus der faschistischen Armee vor allem nach den Niederlagen an der deutsch-sowjetischen Front 1941/42 sowie 1942/43. Zum anderen gab es aus der schwierigen Ernährungssituation entstandene Forderungen der faschistischen Agrarführung nach Erhöhung des Anbaus von Hackfrüchten und Ölfrüchten sowie verstärktem Zwischenfruchtanbau, die bei permanenten Arbeitskräfteproblemen ohne umfangreichen Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen nur unter größten Schwierigkeiten zu erfüllen waren. Die Notwendigkeit des Maschineneinsatzes bestand auch bei Gemüsekulturen, die ebenso wie Hack- und Ölfrüchte einen relativ hohen Nährstofftrag je Flächeneinheit erbringen konnten.

Durch den massenweisen Einsatz von ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen sowie die Mobilisierung zusätzlicher deutscher Arbeitskräfte blieb zwar insgesamt gesehen die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten während der gesamten Kriegszeit relativ konstant. Aber man erreichte nur einen quantitativen, keinesfalls einen qualitativen Ausgleich für die deutschen Fachkräfte, die durch den imperialistischen Krieg der Landwirtschaft entzogen wurden.²⁵

Alle Überlegungen der faschistischen Agrarführung hinsichtlich der Anwendung von Maschinen und deren Produktion sowie ihrer Einführung in die landwirtschaftliche Erzeugung hatten von der unumstößlichen Tatsache beschränkter Rohstoff- und Produktionskapazitäten für Landmaschinen im Kriege auszugehen. Backe ließ deshalb während des Krieges auf diesem Sektor kaum Neuentwicklungen vornehmen, sondern behielt das bestehende technische Niveau bei und orientierte darauf, "daß genügend Maschinen für die gesamte Landwirtschaft bereitgestellt werden, um die nötige Tiefenwirkung zu erzielen."²⁶

Deutliche Unterschiede in den Möglichkeiten für eine effektive Maschinenanwendung ergaben sich aus den unterschiedlichen Betriebsgrößen und -strukturen. Mittel- und kleinbäuerliche Betriebe waren gegenüber Großbetrieben stets benachteiligt, sowohl von den Kapitalvoraussetzungen als auch von den rationellen Anwendungsmöglichkeiten der Maschinen her.

24 Die weiteren Ausführungen folgen in wesentlichen Fragen dem Abschnitt 2.1. der Dissertation des Verfassers. Vgl. Lehmann, Joachim, Untersuchungen zur Agrarpolitik und Landwirtschaft im faschistischen Deutschland während des zweiten Weltkrieges (1942 - 1945), phil. Diss., A, Rostock 1977, S. 77 ff.

25 Vgl. zur Arbeitskräfteproblematik derselbe, Zum Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft (unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1942 - 1945), in: Wesen und Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus. Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus, Heft 1, Rostock 1974, S. 133 ff.; derselbe, Zur Mobilisierung deutscher Arbeitskräfte für die Landwirtschaft in den Jahren 1942 - 1945, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- u. sprachwiss. Reihe, Nr. 9/1974, S. 551 ff.

26 Backe, Herbert, a. a. O., S. 175.

Um den Erfordernissen wenigstens zum Teil gerecht zu werden, wurde versucht, die angestrebte Tiefenwirkung durch Serienproduktion bereits entwickelter und in der Praxis bewährter Maschinen zu erreichen. Hand in Hand mit der Aufnahme der Serienproduktion ging eine Typenbereinigung vor sich,²⁷ deren Effekt auch in der Freimachung von Kapazität für andere Produktionen bestand. Die möglichst umfassende Typisierung und Serienherstellung als Voraussetzung für eine erfolgreiche Mechanisierung, die Backe wiederholt gefordert hatte,²⁸ war bisher an der profitorientierten Konkurrenzsituation in der Landmaschinenindustrie gescheitert.

Bereits seit etwa Ende 1936 waren laufend Bemühungen um Normung und Typisierung unternommen worden. Der Propagierung des Leichtbaus waren im Zusammenhang mit der Serienfertigung bestimmte Erfolge beschieden, die durch die Rohstofflage begünstigt wurden. Eine Anordnung des Bevollmächtigten für Maschinenbau²⁹ von Anfang 1939 sollte auch die Entwicklung hinsichtlich der Normung beschleunigen. Allerdings wachten vor allem die marktbeherrschenden Unternehmen argwöhnisch darüber, daß ihre "unternehmerische Freiheit" im Zuge der Normierungsabsichten nicht angetastet wurde und bemühten sich, kleinere Konkurrenten unter Hinweis auf Erfordernisse des Krieges auszuschalten. Die Monopole reagierten auf die umfassenden Vereinfachungsmaßnahmen des staatlichen Lenkungsapparates in der Weise, daß sie konstatierten: "Entscheidend ist nicht staatliche Lenkung oder sondern und Unternehmerinitiative." Das Ziel, "die Bewegungsfreiheit der Unternehmer unter Erhöhung ihrer Selbstverantwortung zu fördern",³⁰ eröffnete zudem neue Möglichkeiten für einen Konzentrationsprozeß in der Branche. Die Redaktion der "Technik in der Landwirtschaft", des Organs der RKTL, stellte in einem Vorwort zu einem Artikel von Otto Sachs (Firma Lanz), in dem er die Behinderung des technischen Fortschritts durch die eingetretene Entwicklung leugnete, folgendes fest: "Die deutsche Landtechnik, bisher aufgelockert in ihrem Gefüge, sehr vielgestaltig, aber mit vielen Parallellinien, konzentriert sich unter der Wucht des Krieges. Konzentration aber bedeutet Verdichtung und Härte."³¹ Die Landmaschinenindustrie folgte damit dem allgemeinen Trend in der Kriegswirtschaft des faschistischen Deutschlands 1942/43.³²

Bei der absoluten Priorität der Kriegsproduktion mußte sich auf dem Gebiet der Erzeugung von Landmaschinen der weitere Kriegsverlauf, der eine verstärkte Rüstung erforderlich machte, in der Weise auswirken, daß nur noch "erfahrene

27 Der Vierjahresplan, Nr. 5/1942, S. 236. - Erwähnenswert ist, daß ausgerechnet Otto Sachs von der marktbeherrschenden Firma Lanz, gleichzeitig Leiter des Sonderausschusses Ernährungswirtschaftliches Gerät, besondere Verdienste um die Typenbereinigung bescheinigt wurden. Ein Zusammenhang zum Ausbau der Monopolstellung dieser Firma, die im Gegensatz zu kleineren Produzenten zur Serienfertigung weniger Typen bestens gerüstet war, erscheint logisch. (Zentrales Staatsarchiv Potsdam /im folgenden: ZStA/, Reichsernährungsministerium /im folgenden: REM/, Nr. 2009, Bl. 36, Material für Ehrenpromotion Otto Sachs, o. O. /September 1942/).

28 Backe, Herbert, Technik und Landwirtschaft, in: Odal, Nr. 4/1941, S. 257.

29 Die Technik in der Landwirtschaft, Nr. 7/1941, S. 128; ebenda, Nr. 9/1941, S. 170 ff.

30 Ebenda, Nr. 1/1943, S. 2.

31 Ebenda, Nr. 7/1943, S. 95.

32 Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 3: Der grundlegende Umschwung im Kriegsverlauf (November 1942 bis September 1943), Autorenkollektiv unter Leitung v. Wolfgang Schumann, Berlin 1979, S. 235 f.

Produzenten mit Service¹¹ im Geschäft blieben.³³ Die ökonomisch stärksten und einflußreichsten Produzenten hielten sich solange, bis die Zwänge der sich für den deutschen Imperialismus immer mehr zuspitzenden Lage wenn nicht die Einstellung, so doch zumindest die Umstellung der Produktion auf Rüstungsgüter erforderten.

Mit der Durchsetzung einer möglichst weitgehenden Serienproduktion zur Erhöhung des Produktionsausstoßes war gleichzeitig das Bemühen um Stabilisierung und Senkung der Anschaffungspreise verbunden, um mit diesem Stimulus die beabsichtigte Tiefenwirkung zu unterstützen.

Tabelle 2

Indexziffern der Preise für Landmaschinen und Geräte
(1927/28 - 1928/29 = 100)

1938/39	1939/40	1940/41	1941/42	1942/43	1943/44
79,9	80,2	81,7	82,2	82,8	82,9

Quelle:

Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944, hg. v. Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, München 1949, S. 461. - Berechnungsmethode siehe Wirtschaft und Statistik, Nr. 2/1937.

Diese Tabelle weist zu Beginn und in den ersten drei Jahren des Krieges einen gewissen Preisanstieg aus, der dann jedoch, offensichtlich im Ergebnis der geschilderten Anstrengungen, abflacht.

Weitere Angaben auf methodisch differierender Berechnungsgrundlage unter Berücksichtigung von Verbraucherpreisen ergeben folgendes Bild:

Tabelle 3

Indexziffern der Großhandelspreise für Landmaschinen und Ackergeräte
(1913 = 100)

1939	1940	1941	1942	1943	1944
101,5	101,5	101,4	101,3	101,0	101,0

Quelle:

Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944, S. 460. - Berechnungsmethode siehe Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, Nr. 4/1934; Nr. 1/1937, und Wirtschaft und Statistik 1935, S. 759; 1938, S. 232; 1939, S. 717.

Danach zeigt sich im ganzen Kriegsverlauf ein minimaler Preisabfall mit einer Stagnation gegen Kriegsende.

³³ Der Vierjahresplan, Nr. 5/1942, S. 236.

Die Zahlen für den Absatz landwirtschaftlicher Maschinen entwickelten sich in folgender Weise:

Tabelle 4

Jährlicher Absatz von Landmaschinen
(in Millionen Reichsmark)

1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944
465,256	542,785	491,047	504,875	493,027	459,177	263,075

Quelle:

The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy, o. O., 31. Oktober 1945, Anhang, S. 218, Tabelle 17.

Die Zahlen verdeutlichen den Abfall unmittelbar nach Kriegsbeginn, die relative Wirksamkeit eingeleiteter Maßnahmen während der ersten Kriegsjahre, welche auch im Zusammenhang mit dem geplanten Überfall auf die Sowjetunion 1941 und deren Ausplünderung zu sehen sind, sowie das unaufhaltsame Absinken 1944.

Die folgende prozentuale Berechnung erhärtet die getroffene Aussage.

Tabelle 5

Jährlicher Absatz von Landmaschinen
(in Prozent; 1939 = 100)

1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944
85,7	100	90,4	93,0	90,7	84,5	48,4

Quelle:

The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy, o. O., 31. Oktober 1945, Anhang, S. 219, Tabelle 18.

Die gesonderte Betrachtung der Entwicklung des Auslandsabsatzes von Landmaschinen ist unter dem Gesichtspunkt der effektiven Zuführung von landwirtschaftlichen Maschinen an die Landwirtschaft in Deutschland notwendig.

Da der Export vom Gesamtabsatz abzuziehen ist, sank also die tatsächliche Belieferung der deutschen Landwirtschaft noch schneller als der Gesamtabsatz an Landmaschinen.

Dieser Auslandsabsatz setzte sich zusammen aus Lieferungen an die Satellitenstaaten des faschistischen Deutschlands und aus Ausfuhren in die okkupierten Gebiete, um hier mit intensiverem Maschineneinsatz höhere landwirtschaftliche Produktion für die faschistische Kriegsmaschine zu erreichen. Bei den insgesamt beschränkten Ressourcen mußte ein derartiger Abzug auf Kosten der Lieferungen an die deutsche Landwirtschaft gehen und deren ohnehin schon nicht genügend gedeckten Bedarf noch weiter steigern.

Unter dem Zwang der vollen Ausnutzung aller im faschistischen Machtbereich liegenden landwirtschaftlichen Ressourcen, die mit dem siegreichen Vordringen der Sowjetarmee und im Ergebnis des Befreiungskampfes der Völker Südosteuropas immer mehr beschränkt wurden, scheint der Exportanteil jedoch relativ hoch ge-

Tabelle 6

Jährlicher Auslandsabsatz von Landmaschinen
(in Millionen Reichsmark)

1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944
40,9	42,5	32,0	56,8	103,9	-	37,3 ⁺
44	38	33	84	84	-	41,1 ⁺⁺

Quelle:

- + The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy, o. O., 31. Oktober 1945, Anhang, S. 220, Tabelle 20.
- ++ Statistical Handbook of Germany, Office of Military Government of Germany (US), Ministerial Collecting Centre, Economics Division, Fürstenhagen 1946, I. u. H. B. V. 1, für 1944 I. u. H. B. V. 6. - In diesem Zusammenhang muß vermerkt werden, daß offensichtlich wegen unterschiedlicher Provenienz der Angaben für "The Effects of Strategic Bombing ...", "Statistical Handbook of Germany" und "Statistisches Handbuch ..." Abweichungen in den Werten auftreten, die bei der gegebenen Quellenlage nicht verifizierbar sind. Besonders gravierend z. B. bei den Absatzzahlen, wo die "Effects" einen Rückgang auf rund die Hälfte, das "Handbook" nur einen auf rund Dreiviertel, bezogen jeweils auf 1939, angeben.

blieben zu sein, wie die Gegenüberstellung der Jahre 1938 und 1944 zeigt. Wenngleich die hohen Werte der Jahre 1941 und 1942 mit dem Höhepunkt der faschistischen Expansion nicht mehr erreicht wurden, blieb das Vorkriegsniveau annähernd erhalten.

Die erheblichen Einschränkungen im Landmaschinenbau werden durch den Vergleich der Absatzzahlen dieses Maschinenbauzweiges mit denen des Gesamtmaschinenbaus deutlich sichtbar. Für 1938 ergab sich eine Relation von 469,8 Millionen zu 4 931,9 Millionen Reichsmark. 1944 bestand ein Verhältnis von 306,4 Millionen zu 5 439,3 Millionen Reichsmark.³⁴ Unter Zugrundelegung dieser Angaben stand einer Steigerung des Gesamtmaschinenbauabsatzes von 10,3 Prozent einer Verringerung des Absatzes im Landmaschinenbau von fast 37 Prozent gegenüber. Der Anteil des Landmaschinenabsatzes am Gesamtmaschinenabsatz ging von 9,5 Prozent auf 5,2 Prozent zurück.

Eine Vorstellung von den Einschränkungen in der Produktionskapazität für Landmaschinen vermittelt ein Vergleich der Anzahl der Beschäftigten in der Landmaschinenindustrie der Jahre 1939 und 1944. Sie sank von 65 500 im Juli 1939 auf 37 100 im Januar 1944,³⁵ das heißt auf 56,6 Prozent des Standes von 1939. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß diese Zahl auch Beschäftigte einschließt, die nicht mehr ausschließlich mit der Fertigung von Landmaschinen befaßt waren. Hierin offenbart sich ebenfalls die Zurückdrängung der Interessen der Landwirtschaft.

Dieser Situation entsprachen auch die Gegebenheiten in Teilbereichen der Fertigung. Bedingt durch die Verluste von Produktionsstätten aufgrund der Luftangriffe,

34 Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944, hg. v. Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, München 1949, S. 285.

35 The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy, o. O., 31. Oktober 1945, Anhang, S. 222, Tabelle 23.

die Befreiung bislang okkupierter Gebiete und deren Ausfall als Rohstoffquelle, vor allem aber durch den Vorrang der Rüstungsproduktion kam es in den letzten beiden Kriegsjahren zu einem rapiden Absinken der Produktion von Landmaschinen. Im späten Frühjahr 1944 ergaben sich folgende Fertigungszahlen für die noch im reduzierten sogenannten "Kriegsbauprogramm" vorgesehenen Landmaschinen:

Tabelle 7

Fertigung von Landmaschinen
(in Tonnen)

Maschinentyp	Quartal			II/1944 im Vergleich zu I/1943 in %
	I/1943	IV/1943	II/1944	
Drillmaschinen	4 750	1 225	600	13
Dreschmaschinen	7 750	1 400	700	9
Vielfachgeräte	6 240	860	400	7
Grasmäher	10 000	7 000	1 500	15
Mähbinder	15 000	1 900	850	6
Kartoffelroder	9 400	1 000	500	5
Molkereimaschinen	2 672	1 500	750	29

Quelle:

Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichsernährungsministerium, Nr. 1 595/1, Bl. 25.

Die Fertigungszahlen sprechen eine eindeutige Sprache und sind relevanter als die Zuteilungskontingente für Eisen und Stahl an das Reichsernährungsministerium, da die mehr und mehr beschränkten Fertigungsmöglichkeiten der Industrie eine Verarbeitung selbst der eingeschränkten Zuteilungen nicht mehr zuließen. Die Fertigung blieb also noch hinter den Materialkontingenten zurück. Backe erklärte angesichts dieser Situation, auch nicht annähernd mehr in der Lage zu sein, durch Luftangriffe oder auf andere Art eintretende Verluste zu ersetzen.³⁶

Das Reichsernährungsministerium, das ständig und insbesondere unter dem Zwang der Ereignisse des letzten Kriegsjahres gegen die Kürzungen bei der Rohstoffzuteilung für Landtechnik opponierte, konnte bei dem von Kehrl geleiteten zuständigen Planungsamt nur minimale und ab Herbst 1944 überhaupt keine Ergebnisse mehr erzielen. Kehrl begründete seine Haltung mit dem Hinweis auf die Diskrepanz zwischen dem Auftragsbestand der verarbeitenden Industrie und deren Produktionsmöglichkeiten. Bei Neuaufträgen würde nur eine Erhöhung des Auftragsbestandes, jedoch in der Regel keine tatsächliche Bedarfsdeckung erreicht werden.³⁷

36 ZStA, REM, Nr. 1 595/1, Bl. 25, Backe am 13. 4. 1944 an die Zentrale Planung, das im Frühjahr 1942 gebildete zentrale staatsmonopolistische Regulierungsorgan in der faschistischen Kriegswirtschaft.

37 Ebenda, Bl. 48, Planungsamt an REM am 6. 2. 1945. - Schon Ende 1943 mußte Speer von Backe darauf aufmerksam gemacht werden, daß als Resultat umfassender Produktionsbeschränkungen "der größte Teil der Kapazität der Landmaschinenfabriken nunmehr für die Rüstung zur Verfügung steht" (ebenda, Bl. 68, Backe an Speer am 21. 10. 1943).

Für die Annahme, daß selbst die zugeteilten Materialkontingente nicht der tatsächlichen Belieferung der fertigenden Industrie entsprachen, gibt es Anhaltspunkte auf dem Gebiet der Handgeräte und Kleineisenwaren.

Tabelle 8

Eisen- und Stahlkontingent für ausgewählte landwirtschaftliche Bedarfsartikel (in Tonnen)

Artikel	Kontingente Quartal IV/1942 und I/1943	Lieferung ab 1.10.1942 bis 31.3.1943	Rückstand am 31.3.1943
Strohpressendraht	4 500	2 092,5	2 407,5
Kartoffelkörbe	2 500	1 385,2	1 114,8
Landwirtschaftliche Ketten	4 040	2 794,2	1 245,8
Schaufeln/Spaten	900	385,5	514,5
Gabeln	2 800	1 925,8	874,2
Sicheln	280	83,2	196,8
Sensen	900	650,4	249,6
Pflugschare	17 321	14 001,1	3 319,9
Eggenzinken	1 400	681,9	718,1
Maschinenersatzteile	889	454,3	434,7

Quelle:

Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichsernährungsministerium, Nr. 1 582, Bl. 167.

Das in allen Positionen zu konstatierende Zurückbleiben der Belieferung hinter dem zugeteilten Materialkontingent belegt auch für einen relativ frühen Zeitpunkt die oben getroffene Feststellung hinsichtlich der Diskrepanz zwischen Kontingent und Produktion.

Selbst der Verlust faschistisch besetzter Gebiete durch die Invasion an der Westfront, besonders aber durch die großen Erfolge der Sowjetarmee im Jahre 1944, der in wachsendem Maße die weitere Intensivierung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion erforderlich machte, veranlaßte das Planungsamt auch angesichts des begrenzten Potentials nicht zu einer anderen Haltung. Die sich immer mehr zuspitzende Lage erlaubte schließlich in den letzten Kriegsmonaten nur noch Notprogramme für einfachstes Gerät.

Die generell zu treffende Aussage, daß die mögliche Produktion entscheidend durch die Bereitstellung des Basismaterials Eisen und Stahl bestimmt wurde, erfährt auch keine wesentliche Beeinträchtigung durch die bereits erwähnten Bemühungen um Leichtbauweise, das heißt um die Reduzierung der Materialeinsatzgewichte für die einzelnen Maschinenarten und -typen. War die Fachgruppe Landmaschinenbau 1938 noch größter Eisenverbraucher der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau,³⁸ so hatte die Landmaschinenindustrie mit der Orientierung "leichter, besser, billiger!" bereits bis 1940 eine Reduzierung des Materialverbrauchs bei Eisen durchsetzen können.³⁹ Ein im Rahmen des Forschungsdienstes - einer

³⁸ Die Technik in der Landwirtschaft, Nr. 7/1938, S. 112.

³⁹ Zeitschrift für Landmaschinen, Nr. 10/1940.

im Mai 1935 gebildeten Reichsarbeitsgemeinschaft der Landwirtschaftswissenschaften - eingerichteter Arbeitskreis Landtechnik widmete sich ab 1941 ebenfalls diesem Problem.⁴⁰ Er stellte weitgehende Forderungen nach Schaffung einer staatlichen Reichsstelle für Landmaschinenforschung,⁴¹ die von Riecke energisch mit der Begründung zurückgewiesen wurden, daß die staatlichen Institute für die Grundlagen- und Sonderforschung zuständig seien und die Industrie für die praktische Nutzung und Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse zuständig sei, bei einer insgesamt orientierenden und regulierenden Funktion des RKTL.⁴² In dieser Haltung zeigte sich die fortschreitende Ausbildung des staatsmonopolistischen Mechanismus, die bereits skizzierte weitere Einschaltung der Unternehmen unter Nutzung des Apparates des Reichsernährungsministeriums, des Reichsnährstandes und des RKTL.

Die unmittelbaren Auswirkungen jener Entwicklung auf die Landmaschinenindustrie, insbesondere der Tätigkeit der Ausschüsse und Ringe in der Kriegswirtschaft, deren Aufgabe nicht zuletzt die "Beobachtung des Materialeinsatzes je Stück mit dem Ziel der Minderung der Einsatzgewichte"⁴³ war, sind aufgrund der Quellenlage nicht zu belegen. Es besteht jedoch Anlaß zu der Annahme, daß die Maßnahmen zur "Unterordnung der nicht zur Rüstungsindustrie zu rechnenden Industriezweige unter die Kontrolle des Großkapitals", die weitere staatsmonopolistische Konzentration, ausgedrückt in der Personalunion von Karl Lange, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau, Bevollmächtigter für Maschinenproduktion im Vierjahresplan und ab 1942 genereller Bevollmächtigter für die Maschinenproduktion, ihren Niederschlag durch die Kontrolle der Monopole über die Materialbewirtschaftung⁴⁴ auch für die Landmaschinenindustrie fanden.

Betrachtet man das Eisenkontingent für die Landwirtschaft im Kriegszeitraum, finden unter Berücksichtigung der erwähnten Tatsache, daß die Materialzuteilung an den landwirtschaftlichen Kontingenträger Reichsernährungsministerium mit zunehmender Kriegsdauer keinesfalls mehr der realen Produktion entsprechen konnte, die bisher getroffenen Feststellungen ihre Bestätigung.

Eine gewisse Aufstockung im Rahmen der Vorbereitung und während der ersten Phase des Überfalls auf die Sowjetunion unterbrach den Abbau der Kontingente. Diese Entwicklung endete 1942 und mündete in den permanenten Abbau bis Ende 1944, der sich 1945 mit Sicherheit fortsetzen mußte. Ende 1944 stand noch ein knappes Drittel der Mengen von 1939 zur Verfügung. In diesem Zusammenhang müssen bei der Bewertung die erhöhte Belastung und der daraus resultierende höhere Verschleiß unbedingt berücksichtigt werden.

40 Die Technik in der Landwirtschaft, Nr. 5/1941, S. 87.

41 Ebenda, Nr. 6/1943, S. 89 f.

42 Ebenda, Nr. 8/1943, S. 122.

43 Wagenführ, Rolf, Die deutsche Industrie im Kriege 1939 - 1945, 2. Aufl., Berlin 1963, S. 40. Vgl. auch Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), Autorenkollektiv unter Leitung v. Wolfgang Schumann u. Karl Drechsler, Berlin 1975, S. 20. - In diese Richtung drängte auch die Landmaschinenproduktion (ZStA, REM, Nr. 1 582, Bl. 146, Vermerk über eine Sitzung am 2. 3. 1943, betr. Eisenkontingente unter Vorsitz von Speer).

44 Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 3, a. a. O., S. 232 ff., hier die Kennzeichnung der grundsätzlichen Entwicklung im staatlichen Wirtschaftsapparat.

Tabelle 9

Landwirtschaftliche Eisenkontingente 1939 bis 1944

(Grundkontingent, enthaltend: Landmaschinen, Schlepper, ernährungswirtschaftliche Maschinen, Verpackung, Schmiedebedarf)

Quartal/Jahr	Menge in t	Quartal/Jahr	Menge in t
I/1939	200 000	I/1942	174 250
II/1939	200 000	II/1942	174 000
III/1939	200 000	III/1942	174 000
IV/1939	130 000	IV/1942	165 000
I/1940	149 500	I/1943	154 000
II/1940	154 000	II/1943	121 994
III/1940	153 350	III/1943	124 500
IV/1940	159 850	IV/1943	90 500
I/1941	169 830	I/1944	92 500
II/1941	197 000	II/1944	88 500
III/1941	187 000	III/1944	89 000
IV/1941	174 000	IV/1944	61 200

Quelle:

Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichsernährungsministerium, Nr. 1 595/1, Bl. 53.

Vom vierten Quartal 1941 an existierte für den Wirtschaftsstab Ost ein gesonder-
tes Eisenkontingent sowie vom vierten Quartal 1942 an ein sogenanntes "Handels-
kontingent", das nachstehende Entwicklung aufwies.

Tabelle 10

Landwirtschaftliche Eisenkontingente 1942 bis 1944

(Handelskontingent, enthaltend: Draht, Handgeräte, Kleineisenwaren)

Quartal/Jahr	Menge in t
IV/1942	45 000
I/1943	45 000
II/1943	40 000
III/1943	30 000
IV/1943	35 000
I/1944	40 000
II/1944	31 000
III/1944	36 000
IV/1944	19 000

Quelle:

Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichsernährungsministerium, Nr. 1 595/1, Bl. 53

Beim Handelskontingent ist ebenfalls eine insgesamt sinkende, aber sehr uneinheitliche Zuteilung zu konstatieren. Die relativen Aufstockungen Ende 1943 und erneut im dritten Quartal 1944 sind als Ausdruck der Bestrebungen zu werten, die gravierenden Mangelercheinungen bei den Landmaschinen durch verstärkte Lieferungen von Handgeräten zumindest teilweise zu kompensieren.

Mit Kontingentskürzungen bei der Zuteilung von Eisen und Stahl hatte sich die Agrarführung ständig auseinandersetzen. Der in Abhängigkeit vom militärischen Verlauf des Krieges seit 1941/42 steigende direkte Rüstungsbedarf wurde angesichts des beschränkten Potentials auf Kosten anderer Bedarfsgruppen der Wirtschaft zu decken versucht. Bereits die im Laufe des Jahres 1942 vorgenommenen Kürzungen des Rohstoffkontingentes der Landwirtschaft veranlaßten Backe zu einer an Rüstungsminister Speer gerichteten grundsätzlichen Erklärung.⁴⁵ Das Schreiben enthielt alle wesentlichen Gesichtspunkte der Stellung der Landwirtschaft im Gefüge der faschistischen Kriegswirtschaft, auf die in den folgenden Jahren bei sich neu ergebenden Divergenzen über die Eisenkontingente in modifizierter, im Kern jedoch unveränderter Form hinsichtlich der Argumentation zurückgegriffen wurde. Besonderes Gewicht wurde auf die Feststellung gelegt, daß die Nahrungsbereitstellung für die deutsche Bevölkerung, aber auch für die Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen zur Erhaltung der Arbeitskraft gefährdet sei. Dem bereits vorgebrachten Hinweis auf die beschränkte Kapazität der Landmaschinenindustrie begegnete Backe mit einer Stellungnahme des Bevollmächtigten für die Maschinenproduktion, Karl Lange, der zu diesem Zeitpunkt noch glaubte, die Verarbeitung des von der Landwirtschaft geforderten Eisen- und Stahlkontingentes garantieren zu können.⁴⁶

Im März 1943 machte Riecke darauf aufmerksam, "daß die Betriebsmittelversorgung bisher noch halbwegs gereicht habe. Bei stärkeren Einschränkungen, wie sie jetzt auf dem Eisengebiet bereits angeordnet seien, sei ein Einbruch in der Versorgung unvermeidlich."⁴⁷ Einen Monat später wies Backe in einer Denkschrift an die Zentrale Planung auf die Folgen hin, die sich aus dem derzeitigen Stand der Landtechnik ergäben und zur Verringerung des Erntetempos und der damit verbundenen Erhöhung des Ernterisikos führten. Er stellte fest, "daß bei der langen Dauer des Krieges ein höchst gefährliches Absinken der Produktionskraft einsetzen muß, wenn die Betriebsmittel nicht wenigstens in den dringendsten Fällen ergänzt werden können."⁴⁸ Diese Forderungen wurden durch Riecke in Vertretung von Backe im August 1944 gegenüber Kehrl noch einmal bekräftigt: "Um die infolge der Verluste großer und wertvoller landwirtschaftlicher Gebiete eingetretenen empfindlichen Ausfälle in der Erzeugung von Nahrungsgütern soweit als möglich wieder auszugleichen, bin ich gezwungen, die heimische Landwirtschaft mit allen Mitteln noch stärker zu intensivieren als bisher."⁴⁹ Daß für die Verwirklichung dieser Absicht unter den Bedingungen des imperialistischen Krieges alle Voraussetzungen fehlten, liegt klar auf der Hand.

Neben der ungenügenden Bereitstellung von Landmaschinen ergaben sich ähnliche bzw. gleichgelagerte Probleme bei Handgeräten und Kleineisenwaren des landwirtschaftlichen Bedarfs. Von 1942 an mußte das Reichsernährungsministerium

45 ZStA, REM, Nr. 1 941, Bl. 129 f., Backe an Rüstungsminister Albert Speer am 20. 8. 1942.

46 Ebenda, Bl. 132.

47 Ebenda, Nr. 1 582, Bl. 146, Vermerk über Sitzung, betr. Eisenkontingente, unter Vorsitz von Speer am 2. 3. 1943.

48 Ebenda, Nr. 1 595/1, Bl. 20.

49 Ebenda, Bl. 40, Riecke in Vertretung Backes an Kehrl am 18. 8. 1944.

aus den Landesbauernschaften zunehmend Klagen über ernsthaften Mangel an Geräten zur Kenntnis nehmen.⁵⁰ Bemühungen, hier wenigstens teilweise Abhilfe durch das Landmaschinenkontingent zu schaffen, wurden durch Kontingentskürzungen wiederholt zunichte gemacht. Bei den Überlegungen zur Umverlagerung eines Teiles des Landmaschinen-Rohstoffkontingentes auf die Handgeräteproduktion hatte man sich sowohl von der nicht zu übersehenden Notwendigkeit als auch von der breiteren Einsatzmöglichkeit in Mittel- und Kleinbetrieben leiten lassen. Die breitere Anwendung von Handgeräten bedeutete allerdings nicht nur eine Stagnation, sondern auch einen Rückschritt in der Anwendung der Agrartechnik innerhalb der deutschen Landwirtschaft.

Aufgrund der bereits Anfang 1942 erkennbaren Mangelerscheinungen war Ende Mai ein Sonderausschuß "Ernährungswirtschaftliches Gerät" gebildet worden, für den das Rüstungsministerium verantwortlich zeichnete, was die zuständigen Mitarbeiter des Reichsernährungsministeriums zu voreiligen Schlüssen hinsichtlich der Möglichkeiten der Bedarfsdeckung in der Landwirtschaft verleitete.⁵¹ Zwei Jahre später stellte Backes Experte Professor Emil Woermann auf der 57. Tagung der Zentralen Planung am 18. Mai 1944 jedoch zum Beispiel fest: "Ein ausgesprochen Mangel herrscht an Handgeräten, namentlich an Sensen, Spaten, Gabeln, Hacken, die gerade bei der Hackfruchtpflege unentbehrlich sind."⁵²

Die Belastungen und die zum Teil weitreichenden Konsequenzen, die sich aus der ungenügenden Bereitstellung nur eines Produktes für die landwirtschaftliche Produktion ergeben konnten, sollen am Beispiel der Milchkannenproduktion erläutert werden.⁵³ Bei der unter der Bezeichnung "Fettlücke" bekanntgewordenen unzureichenden Versorgung mit Speisefetten kam der Steigerung und restlosen Erfassung der Milchproduktion für das Ernährungsgefüge besondere Bedeutung zu. Ohne eine genügende Anzahl von Milchkannen waren bei der damaligen Melktechnik eine Erfassung der Milch und ihre Ablieferung an die Molkereien nicht durchzuführen.

Bereits für den Zeitraum von Januar 1941 bis Januar 1942 waren 1 510 149 Bedarfsscheine für Milchkannen durch den Reichsnährstand ausgestellt worden, denen eine Produktion von 1 183 875 Kannen gegenüberstand, was eine Differenz von 326 274 Kannen ergab. Anfang Februar 1942 war der Rückstand bereits auf zirka 600 000 Kannen angewachsen. Dieser Umstand veranlaßte den Leiter der zuständigen Hauptvereinigung am 2. Februar 1942 zu der Mitteilung an das Reichsernährungsministerium: "Alle Bemühungen des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsamtes für Wirtschaftsaufbau sowie auch der Hauptvereinigung der deutschen Milch- und Fettwirtschaft, eine Besserung der Versorgungslage herbeizuführen, sind leider ohne Erfolg geblieben. Meine Befürchtungen, in der Zeit der Milchschwemme auf Grund des Milchkannenmangels das Aufkommen nicht restlos erfassen zu können, werden sich in diesem Jahr erfüllen." Ende August 1942 betrug das Defizit dann 894 703 Milchkannen.

50 Ebenda, Nr. 1 582, Bl. 124 - 144, u. a. Reichsbauernführer an REM am 20. 4. 1943: "Die Versorgung der Landwirtschaft mit obigen Waren (Kleinteilwaren und Handgeräte - J. L.) ist in den letzten Monaten ständig schlechter geworden. Das hat bei einzelnen Betrieben teilweise schon katastrophale Auswirkungen gebracht."

51 Ebenda, Nr. 2 094, Bl. 168, Leiter der Abteilung II C 7 am 21. 5. 1942.

52 ZStA, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Wilhelmstraßenprozeß, Fall XI, Nr. 411, Dok. R-124, S. 202, Referat von Prof. Woermann "Die Ernährungslage und die Produktionsleistungen der deutschen Landwirtschaft".

53 Nachfolgende Darstellung beruht auf Material in ZStA, REM, Nr. 1 595/6, Bl. 18 ff., sofern nicht anders angemerkt.

Eine Steigerung der Produktion von Kannen durch Heranziehung neuer Firmen wurde durch die im Kartell des Milchkannenverbandes zusammengeschlossenen Firmen erfolgreich hintertrieben, wie das Reichsamt für Wirtschaftsaufbau am 6. Oktober 1942 dem Reichsernährungsministerium mitteilt. Nun ist die Haltung der Kartellmitglieder keineswegs als Sabotage, als Widerstandsaktion gegen den imperialistischen Krieg zu deuten. Das Motiv ist in einem möglichst ungehemmten Profitstreben zu sehen.

Die Milchkannenfrage wurde 1943 immerhin für so bedeutsam gehalten, daß im Februar der geschäftsführende Minister Backe in einer Rede vor Reichs- und Gauleitern der faschistischen Partei in Posen den Mangel an Milchkannen als brennendes Problem bezeichnete und dieses auch auf der Linzer Rüstungstagung eine Rolle spielte.⁵⁴

Ungeachtet der ohnehin schon unzureichenden Produktion wurden Kannen in den Firmen durch Dienststellen der faschistischen Partei, der Feuerwehr, der Polizei und der Waffen-SS beschlagnahmt, um sie bei Luftangriffen und Katastrophenfällen für Essen- und Trinkwassertransporte zu benutzen oder, wie die SS, im berüchtigten Konzentrationslager "Dora" einzusetzen.

Auf Anordnung Speers vom 14. Dezember 1943 wurden Milchkannenbleche auch für die Notabdeckung bombenbeschädigter Häuser verwendet.

Derartige Eingriffe und die durch Qualitätsmängel beim Material von sechs auf zwei Jahre gesenkte Lebensdauer der Kannen reduzierten die Zahl der tatsächlich der Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Kannen bzw. schufen bald neuen Bedarf.

Anfang August 1944 wurde der Hauptausschuß Eisen-, Blech- und Metallwaren wegen des erneuten Abfalls der Produktion noch einmal bei Speer vorstellig und hob nochmals die Bedeutung der Milchkannenproduktion für die Fettversorgung hervor. Zugleich verwies man auf die Ursachen des Produktionsabfalls:

- unzureichende Materialzuteilung,
- lange Lieferzeiten bei Blechen,
- Entzug von Fachkräften,
- Mangel an Arbeitskräften, deren Zuführung trotz Zusage nicht erfolgte.

All diese Hemmnisse waren Folgen des Krieges, des Vorrangs der Rüstungsproduktion und der Einziehungen zur Wehrmacht. Selbst eine so zentrale Aufgabe wie die Fettversorgung der Wehrmacht und der Bevölkerung konnte auf diesem Gebiet eine Veränderung nicht bewirken.

Hier offenbarte sich auch auf einem Teilgebiet der für die gesamte Politik des faschistischen deutschen Imperialismus signifikante Widerspruch zwischen Zielen und Möglichkeiten.

54 ZStA, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Wilhelmstraßenprozeß, Fall XI, Nr. 391, ADB 105, Dok. PS - 914, S. 40, Rede Backes am 6. 2. 1943 in Posen; ZStA, REM, Nr. 1 595/6, Bl. 94, Schreiben des Hauptausschusses Eisen-, Blech- und Metallwaren an Rüstungslieferungsamt vom 4. 8. 1944 betr. Abfall der Milchkannenproduktion.

Tabelle 11

Produktion, Versand und Auftragsbestand bei Milchkannen Oktober 1942 bis August 1944
(in Stück)

Monat/Jahr	Produktion	Versand	Auftragsbestand
10/1942	118 385	123 747	842 379
11/1942	112 224	106 424	848 219
12/1942	106 980	99 908	758 160
1/1943	156 168	137 385	699 772
2/1943	160 737	161 978	552 264
3/1943	174 555	175 753	435 101
4/1943	141 043	144 789	371 375
5/1943	162 373	167 510	666 610
6/1943	133 179	149 083	865 629
7/1943	136 936	124 955	970 810
8/1943	144 291	133 530	970 822
9/1943	146 650	137 963	916 588
10/1943	138 298	125 923	849 038
11/1943	139 977	111 581	864 026
12/1943	130 549	127 107	749 345
1/1944	119 518	131 415	667 923
2/1944	107 727	115 504	575 795
3/1944	122 025	93 505	470 813
4/1944	102 251	92 319	464 426
5/1944	94 718	110 875	317 870
6/1944	89 606	108 141	486 915
7/1944	83 815	87 710	640 313
8/1944	103 645	111 644	791 731

Quelle:

Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichsernährungsministerium, Nr. 1 595/6,
Bl. 101 - 150.

Die Zahlen machen deutlich, daß es trotz der prekären Transportlage gelang, den Versand der Produktion zu realisieren. Sie weisen aber ebenso auf einen nicht zu befriedigenden Mehrbedarf hin. Die Aufträge an die Industrie waren außerdem aufgrund des bestehenden Zuteilungssystems von vornherein gesteuert. Unter Berücksichtigung der jahreszeitlich bedingten Schwerpunkte der Produktion ist das deutliche Absinken der Fertigung 1944 nicht zu übersehen.

Bezeichnend für die damalige Lage ist der Hinweis in der bereits erwähnten Denkschrift Backes vom März 1944, "daß sich die Milchablieferung in Ermangelung von Transportkannen nicht in dem notwendigen und möglichen Umfange durchführen läßt."⁵⁵

Geht man davon aus, daß die befürchteten Auswirkungen in größerem Umfange erst nach Kriegsende eintraten, ist der entsprechend der Lebensdauer einer Kan-

ne zeitversetzte Ausfall und die Wirksamkeit eines ganzen Bündels dirigistischer und repressiver Maßnahmen der faschistischen Machthaber in bezug auf die Milchablieferung der Produzenten zu berücksichtigen.⁵⁶

Die Reduzierungen bei der Neufertigung von Landmaschinen waren durch die Beschränkungen in der Produktionskapazität, in der Bereitstellung von Rohstoffen und im Einsatz dringend benötigter Arbeitskräfte entstanden. Die insgesamt geringe Anzahl von Maschinen hatte zwangsläufig die höhere Belastung des vorhandenen Maschinenparks zur Folge gehabt. Die intensivere Nutzung der vorhandenen Technik wiederum hatte einen erheblich gesteigerten Verschleiß mit sich gebracht, der durch die zum Teil unsachgemäße Bedienung aufgrund des Mangels an Fachkräften und durch Sabotage von Zwangsarbeitern noch erhöht worden war.

Diese allen Verantwortlichen bekannten Tatsachen und der Umstand, daß auch in der Zukunft mit einer Steigerung bei der Neufertigung von Landmaschinen auf keinen Fall gerechnet werden konnte, machte Grundsatzentscheidungen hinsichtlich der Nutzung der beschränkten Ressourcen für die Neufertigung bzw. die Ersatzteilmontage erforderlich. Bei ständigem Rückgang der Neuproduktion kam einer stabilen Ersatzteilversorgung und entsprechenden Reparaturkapazität wachsende Bedeutung zu.

Deshalb war bereits Ende 1941 der Bevollmächtigte für Maschinenproduktion durch Göring zum Sonderbeauftragten für das Reparaturwesen in der Landwirtschaft eingesetzt und gleichzeitig der Abzug von Arbeitskräften aus Reparaturbetrieben untersagt, den Ersatzteilherstellern und dem Reparaturhandwerk höhere Materialkontingente zugeteilt und grundsätzlich der Ersatzteilerzeugung der Vorrang vor der Neuproduktion eingeräumt worden.⁵⁷ Im April 1942 hatte Speer laut Führeranweisung die Gleichstellung des landwirtschaftlichen Reparatur- und Ersatzteilbedarfs mit der Rüstung erklärt und sein persönliches Engagement in dieser Hinsicht bekundet.⁵⁸

Die organisatorischen Maßnahmen waren jedoch abhängig von den vorhandenen Ressourcen. Und auf diesem Gebiet hatten sich schon frühzeitig die Grenzen der Möglichkeiten gezeigt, die im Verlaufe des Krieges immer enger gezogen wurden. Am 17. Juli 1942 wurde Backe durch den Vorsitzenden des Sonderausschusses Ernährungswirtschaftliches Gerät unter anderem mitgeteilt: "Die Versorgung der Landwirtschaft mit Geräten und Maschinenersatzteilen wird immer schwieriger und gibt zu den allergrößten Befürchtungen Anlaß ... Soeben erhalte ich vom Hauptausschuß IV 'Allgemeines Wehrmachtsgerät' das ... beigefügte Schreiben, wonach mit einer weiteren Kürzung der Kontingente zugunsten der Schwerpunktprogramme gerechnet werden muß. Jegliche angebaute Leistungssteigerung in den mir unterstehenden Betrieben wird dadurch illusorisch."⁵⁹

56 Vgl. hierzu Lehmann, Joachim, Untersuchungen zur Agrarpolitik und Landwirtschaft ..., a. a. O., S. 158 ff.

57 ZStA, REM, Nr. 2 049, Bl. 5, Abt. II C 7 am 18. 11. 1941.

58 Ebenda, Bl. 172, Speer am 28. 4. 1942 an Gruppenführer Pondorf: "Sie werden aus dieser Anordnung ersehen, daß mir die Sicherstellung der Reparaturen ganz besonders am Herzen liegt. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß sich die Zusagen für diese Aufgabengebiete nach der Eisen- und Stahlerzeugung richten müssen. Ich glaube aber, daß durch diese Anordnung des Führers alles getan ist, was nach Lage der Dinge für die Sicherstellung des Ersatzteilbedarfs geschehen kann."

59 Ebenda, Nr. 1 941, Bl. 77, Gapp an Backe am 17. 7. 1942.

Mit zunehmender Kriegsdauer wurde die Priorität der Ersatzteilerfertigung vor der Neuproduktion von Backe wiederholt betont.⁶⁰

Die sich ständig komplizierter gestaltende Rohstofflage führte 1944 zu Anordnungen, die die Bereitstellung von Ersatzteilen für viele Maschinen, zum Beispiel Mähbinder, Düngerstreuer und Pflüge, nur gegen Abgabe der verbrauchten Teile erlaubte.⁶¹ Selbst unter dieser Voraussetzung war ein direkter Austausch nicht möglich, so daß viele Maschinen zeitweilig außer Betrieb gesetzt werden mußten. Für die Nichtbeachtung der Abgabepflicht wurden Strafen angedroht.

Die landmaschinenproduzierende Industrie zeigte sich aber an einer offensichtlich weniger profitablen Ersatzteilerfertigung nicht sonderlich interessiert und konnte erst durch eine zusätzliche Auftragserteilung zur Anerkennung der Dringlichkeit der Produktion von Ersatzteilen bewegt werden. Die Materialzuteilung wurde im Dezember 1944 schnellstens bewilligt.⁶²

Unter Hinweis auf die prekäre Ernährungslage und die unter dem Druck der Kriegseignisse um 85 Prozent gedrosselte Neuproduktion von Landmaschinen ordnete der Leiter der faschistischen Parteikanzlei, Martin Bormann, die Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleiter der Nazi-Partei an, Maßnahmen zur Gewährleistung der Landmaschinenreparatur und der Ersatzteilerfertigung zu treffen. Das Personal wurde sogar vom Volkssturm freigestellt.⁶³

Die Wirksamkeit aller eingeleiteten Maßnahmen kann jedoch einzig und allein daran gemessen werden, was der landwirtschaftlichen Produktion tatsächlich an Maschinen, Geräten, Ersatzteilen und Reparaturkapazität zur Verfügung gestellt wurde. Das Berichtswesen des Reichsnährstandes und des Reichsernährungsministeriums bietet genügend Material, um sich ein Bild von der Situation zu machen.

Bereits in den ersten Kriegsmonaten hatte Darré eingestehen müssen, daß bei den Rohstoffmengen, die der Landwirtschaft zur Verfügung stehen, es nicht denkbar sei, die Landmaschinenproduktion aufrechtzuerhalten, geschweige denn zu steigern, obgleich dies durch den Abzug von Menschen und Pferden unbedingt notwendig war. Auch Geräte und Handgeräte waren bereits zu diesem Zeitpunkt kaum noch zu beschaffen. Die zugeteilten Eisen- und Stahlkontingente reichten in keiner Weise aus, den auf acht Milliarden Reichsmark geschätzten Maschinenpark der Landwirtschaft instand zu halten.⁶⁴

60 Ebenda, Nr. 1 595/1, Bl. 68, Backe an Speer am 21. 10. 1943; ebenda, Bl. 25, Backe an die Zentrale Planung am 13. 4. 1944.

61 Anordnung I/44 des Bevollmächtigten für Maschinenproduktion vom 31. 10. 1944; vgl. NS-Landpost, Nr. 47, 17. 11. 1944. - Für ganze Maschinen war dieses Verfahren durch Anordnung des Bevollmächtigten für Maschinenproduktion bereits ab 12. 11. 1942 eingeführt worden (siehe Zeitschrift für Landmaschinen, Nr. 11/1942, Beilage: Die Landmaschine).

62 ZStA, REM, Nr. 1 595/2, Bl. 10 f., Sonderausschuß Ernährungswirtschaftliche Maschinen am 7. 11. 1944 an REM, Fernmündliche Bestätigung am 8. 12. 1944.

63 Ebenda, Nr. 1 595/1, Bl. 144, Anordnung 33/45 des Leiters der Parteikanzlei vom 28. 1. 1945, betr. Schutz des Landmaschinen-Reparatur- und Ersatzteildienstes.

64 ZStA, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Wilhelmstraßenprozeß, Fall XI, Nr. 392, ADB 106, Dok. NG-453, S. 43 ff., Denkschrift Darrés "Aufgaben der Produktion in der Landwirtschaft im Kriege" vom 27. 11. 1939.

Anfang 1943, als das ganze Ausmaß der Einschränkungen, sowohl hinsichtlich der Neuproduktion als auch der Ersatzteilerstellung, noch nicht abzusehen war, hatte Backe in einer Rede vor den Reichs- und Gauleitern der faschistischen Partei darauf hingewiesen, daß alles, was in Zukunft an Maschinen und Geräten noch zu erwarten sei, nicht produktionsentscheidend sein könnte.⁶⁵

In den Berichten der Landesbauernschaften war 1942 regelmäßig über fehlenden Treibstoff, ungenügende Bereitstellung von Ersatzmaschinen, fehlende Ersatzteile, unzureichende Reparaturkapazität und ähnliches geklagt worden. Bezeichnend ist eine zusammenfassende Stellungnahme aus Vierteljahresberichten der Landesbauernschaften, die am 1. April 1943 abgeschlossen wurde. Dort hieß es: "Sämtliche Berichte bemängeln wieder stark die völlig unzureichenden Beschaffungsmöglichkeiten der notwendigen Hilfsmittel für die Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebes wie Handgeräte, Ersatzteile, Koppeldraht, Holz, Dachpappe, Teer, Geschirrleder, Eimer, Töpfe, Radreifen, Zugketten, Ochsenhufeisen, Schrauben und besonders Nägel. Es wird wieder darauf hingewiesen, daß dies starke Verärgerung in der landwirtschaftlichen Bevölkerung hervorruft ... Infolge Mangels an Fachkräften werden die Verhältnisse in den Instandsetzungswerkstätten immer schwieriger ... Der Schaden, der durch die unzureichende Zuteilung entsteht, kann nicht mehr länger verantwortet werden. Wenn der Landwirtschaft eine entscheidende Rolle in der weiteren Kriegsführung zugesprochen werde, so müsse ihr auch das notwendige Rüstzeug zuerkannt werden."⁶⁶

Unter den Schlägen der Armeen der Antihitlerkoalition verschärfte sich die Situation immer mehr. Über die letzten Kriegsmonate steht uns eine regionale Quelle zur Verfügung, die für den Bereich der Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt unter anderem die Lage auf dem Gebiet der Landmaschinen und landwirtschaftlichen Geräte zeitlich bis fast zur Befreiung vom Faschismus dokumentiert.⁶⁷ Im Lagebericht für die Landwirtschaft in der Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt für Juli 1944 heißt es: "Der gesamte Wagenpark der Landwirtschaft ist außerordentlich heruntergewirtschaftet, so daß ein Ausweichen auf die Nachbarschaftshilfe in der Ernte vielfach nicht mehr möglich ist, infolgedessen bleibt die Versorgung mit Eisen ein ernstes Problem ... Die Verknappung an Landmaschinen und Geräten aller Art hat weiter zugenommen. Schwierigkeiten bei der diesjährigen Ernte werden nicht ausbleiben, wenn auch versucht wird, durch Beschlagnahme von Maschinen auf Grund des Reichsleistungsgesetzes Abhilfe zu schaffen ... Im übrigen bestehen die bereits mehrfach erwähnten Schwierigkeiten unverändert fort." August 1944: "Die Landmaschinenbeschaffung sowie die Lieferung von Ersatzteilen für Maschinen und Geräte hat sich weiterhin beträchtlich verschlechtert." September 1944: "Die immer umfangreicheren Fliegerschäden in landwirtschaftlichen Betrieben können bei der geringen Zahl verfügbarer Maschinen nicht mehr ausgeglichen werden ... Ein vom Reichsbauernführer im Mai erhaltenes Maschinenkontingent ist z. T. jetzt noch nicht den Händlern übergeben." Dezember 1944: "Nur geringe Fortschritte machte der Schlepperumbau, Infolge der sehr umfangreichen Fliegerschäden hat sich die Lage hinsichtlich der Beschaffung von Landmaschinen weiterhin verschlechtert, zumal die Firma Lanz, die bei einigen Maschinengattungen bis zu 90 % als Lieferfirma in Frage kommt, ausgefallen ist."

65 Ebenda, Nr. 391, ADB 105, Dok. PS-914, S. 40, Rede Backes am 6. 2. 1943 in Posen.

66 ZStA, REM, Nr. 2 009, Bl. 212 f.

67 Staatsarchiv Magdeburg (im folgenden: StAM), Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 241, Bl. 21 ff., Lageberichte der Landwirtschaft, Landeshauptabteilung II, für Juli, August, September und Dezember 1944.

Für das gleiche Territorium existieren zwei agrar- und ernährungspolitische Lageberichte vom Januar und März 1945. Im Januarbericht ist zu lesen: "Die Nachfrage nach Landmaschinen aller Art wächst in gleichem Ausmaß wie die Schwierigkeiten hinsichtlich ihrer Zuteilung, Es kann nur ein Bruchteil der dringenden Anträge gedeckt werden, Da sich freiwillige Nachbarschaftshilfe schwer durchführen läßt, wird den Empfängern neuer Maschinen die Auflage gemacht, die Maschinen auch für Gemeinschaftshilfe zur Verfügung zu stellen ... Um den in der Kreisbauernschaft Merseburg (von Luftangriffen - J. L.) besonders stark betroffenen Gemeinden einigermaßen zu helfen, ist beabsichtigt, Genossenschaften zu bilden und diese mit großen Maschinen auszurüsten. Aber auch hier fehlen zur Zeit die Großdreschmaschinen, von denen im letzten Quartal überhaupt nur zwei Stück zugeteilt sind, Der Einsatz von Arbeitskräften für das Landmaschinenreparaturhandwerk konnte noch nicht erfolgen, da sich trotz aller Bemühungen die neuen Arbeitsstellen von den Innungen noch nicht in Erfahrung bringen ließen." Schließlich wird im Märzbericht festgestellt: "Die Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen, Ersatzteilen und Betriebsmitteln hat sich besonders infolge der Transportschwierigkeiten bzw. Nichtbeförderungen der Bahn weiterhin verschlechtert. Bei Bindemähern, Pferderechen und Schwadenwendern erfolgen überhaupt keine Zuteilungen mehr ... Bei dem Einsatz für Notfälle und für Wehrmachtzwecke leiden die Schlepper bedeutend mehr als bei Ackerarbeiten. So sind durch die Soforthilfe für Magdeburg bisher 20 Schlepper ausgefallen, da auch kaum Reparaturmöglichkeiten bestehen." 68

Solche an der Basis der landwirtschaftlichen Produktion entstandenen Berichte geben ein plastisches und sicherlich auch relativ präzises Bild einer Landwirtschaft, die durch den imperialistischen Krieg in einen desolaten Zustand versetzt wurde, der spätestens von Ende 1944 an eine geordnete und den Erfordernissen der Ernährung der Bevölkerung entsprechende Produktion nicht mehr zuließ. Backe traf im April 1944 summarisch die Feststellung, "daß die augenblickliche Versorgung der Landwirtschaft mit technischen Betriebsmitteln bereits zu den schwersten Bedenken Anlaß gibt." 69 Die Entwicklung bis zur Befreiung vom Faschismus bestätigte derartige Bedenken, da sich die Devastation der technischen Ausstattung der deutschen Landwirtschaft im Ergebnis des Krieges immer rascher vollzog.

Faschistische Agrarpolitiker hatten während des ganzen Krieges ihre Forderungen nach erweiterter Produktion von Landmaschinen oder zumindest Erhaltung des vorhandenen Maschinenparks mit eindrucksvollen Zahlen hinsichtlich der Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität zu untermauern versucht. 70 Doch selbst überzeugende Argumente konnten dort keine Wirkung erzielen, wo die elementaren Voraussetzungen fehlten, Schritte für einen auch für die faschistischen Machthaber wichtigen ökonomischen Sektor einzuleiten, die ihn in seiner Produktion hätten stärken können. 1944 brachte Backe die Hintergründe für diese Situation auf folgende Formel: "Die für den Maschinenbau notwendigen Rohstoffe gehören vordringlich der Rüstung, und so müssen wir uns mit dem bescheiden, was die Front nicht

68 StAM, Oberpräsidium der Provinz Sachsen zu Magdeburg, Nr. 2 267, Bd. IV, Bl. 92 ff., Lagebericht Nr. 40 vom 5. 1. 1945; ebenda, Bl. 96 ff., Lagebericht Nr. 41 vom 5. 3. 1945.

69 ZStA, REM, Nr. 1 595/1, Bl. 26, Backe am 13. 4. 1944 an die Zentrale Planung.

70 ZStA, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Wilhelmstraßenprozeß, Fall XI, Nr. 411, Dok. R-124, Bl. 136 f., Anlage zur 39. Sitzung der Zentralen Planung am 23. 4. 1943. - Prof. Woermann gab im Auftrage Backes auf dieser Sitzung der Zentralen Planung eine Einsparungsmöglichkeit von 300 bis 400 Stunden im landwirtschaftlichen Betrieb an, durch eine Maschine, für deren Herstellung 100 Arbeitsstunden erforderlich seien.

braucht.⁷¹ Bei den sich mehrenden Niederlagen brauchte die Front allerdings alles!

Den unmittelbaren Auswirkungen der verminderten Produktion versuchte die verantwortliche Agrarführung durch oktroyierte Nachbarschafts- oder Gemeinschaftshilfe, die zwangsweise Bildung von Maschinengemeinschaften und auf dem Gebiet der Zugkraft durch das Ausweichen auf tierische Zugkraft zu entgehen.⁷² Dies äußerte sich in der steigenden Zahl der Pferde und nicht zuletzt im wachsenden Bestand an Ochsen, die als Zugtiere besonders geeignet waren.⁷³

Vor allem aber wurde für die intensivierete Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ein Rückgriff auf alle Arten der Handarbeit vorgenommen. Dieser "Ausweg" ergab sich vor allem aufgrund der massenhaften Beschäftigung von ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen auch in der deutschen Landwirtschaft, wengleich von der erhöhten Arbeitsbelastung die Masse der deutschen Werktätigen ebenfalls betroffen wurde.

Die entscheidenden Einbußen, die das technische landwirtschaftliche Potential durch Verminderung der Ausstattung, Veralterung wegen fehlender Zufuhr und erheblich gesteigerten Verschleißes erlitt, wurden in voller Breite langfristig und demzufolge im wesentlichen in der Zeit nach der Befreiung vom Faschismus wirksam. Die vorliegenden Materialien belegen, daß die gewaltigen Verluste an technischen Produktionsmitteln, die die deutsche Landwirtschaft im Verlaufe und Ergebnis des imperialistischen zweiten Weltkrieges hinnehmen mußte, mit sofort wirkenden, aber vor allem auch langfristigen Auswirkungen für die Lebensbedingungen der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes während des Krieges und etliche Jahre darüber hinaus verbunden waren. Die finanziell erfaßbaren Größenordnungen werden deutlich, wenn man berücksichtigt, daß Backe bereits 1941 auf der Grundlage von Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung den Investitionsbedarf der deutschen Landwirtschaft allein auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte mit etwa 12 Milliarden Reichsmark⁷⁴ veranschlagte. Dieser Betrag läßt sich nur einordnen, wenn man zum Vergleich die 8,4 Milliarden Gesamtinvestitionen (Ersatz- und Neuinvestitionen) der deutschen Landwirtschaft in den Jahren 1925 bis 1934 heranzieht. Diese Zahlen machen deutlich, daß sich der Investitionsbedarf durch den verstärkten Verschleiß der Maschinen, der sich infolge der erhöhten Belastung ergab, und die geringere Zuführung von Landmaschinen mit jedem Kriegsjahr weiter steigerte, was die volkswirtschaftlichen Dimensionen des Problems noch prononcierter herausstellt.

Kehren wir zu den Auslassungen von Riecke und Kehrl zurück. Rieckes Behauptungen von einer Landmaschinenherstellung in großem Umfang bis 1943, einer bis Kriegsende sichergestellten Ersatzteilversorgung und einer den Erfordernissen genügenden Rohstoffzuteilungspolitik des Reichsernährungsministeriums⁷⁵ erweisen sich, konfrontiert mit den Quellen, als unhaltbare Apologetik.

Rieckes Ausweichen vor konkreten Zahlen - im Gegensatz zu anderen Bereichen, in denen er meinte, eine positive Bilanz ziehen zu können - ist als bewußte Methode zur Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse zu werten, die natürlich auch Riecke bekannt sein mußten. Indem man Tatsachen verschweigt oder, wie im Falle der Ersatzteilversorgung, verfälscht, sollen die verantwortlichen Kräfte

71 Backe, Herbert, Die Erzeugungsschlacht im fünften Kriegsjahr, in: Deutsche Agrarpolitik, Nr. 4-5/1944, S. 107.

72 The Effects of Strategic Bombing ..., a. a. O., Anhang, S. 133.

73 Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944, a. a. O., S. 190.

74 Backe, Herbert, Um die Nahrungsfreiheit Europas, a. a. O., S. 197 f.

75 Riecke, Hans-Joachim, a. a. O., S. 343.

ihrer Verantwortung enthoben und die Fiktion einer reibungslos funktionierenden Kriegsernährungswirtschaft auch auf diesem Gebiet aufrechterhalten werden.

Kehrl will glauben machen, daß es um die Jahreswende 1944/45 ein umfassendes Programm für "Landmaschinen, Ersatzteile dafür, landwirtschaftliche Fahrzeuge und Landwerkzeuge aller Art" gab und es möglich war, "kapazitäts-, rohstoff- und arbeitseinsatzmäßig ... selbst ein größeres Programm" zu jenem Zeitpunkt zu realisieren.⁷⁶ In einer von ihm selbst am 2. März 1945 herausgegebenen geheimen Anordnung hingegen sprach er von einem "außerordentlich knapp gehaltenen Programm"⁷⁷. Angesichts der Gesamtlage muß allerdings selbst dessen Verwirklichung angezweifelt werden.⁷⁸ Ein solcher Versuch, führenden Monopolvertretern Verdienste bei der Organisation und Lenkung der faschistischen Kriegswirtschaft zuzusprechen und darüber hinaus an diesem Beispiel deren Verantwortungsgefühl ungeachtet der von ihnen mitverschuldeten nationalen Katastrophe herauszukehren, hält der Konfrontation mit der aus den Quellen ablesbaren historischen Realität nicht stand. Die Aktivitäten auf dem hier untersuchten Teilgebiet ordnen sich, selbst wenn der Effekt, wie im vorliegenden Fall, denkbar gering war, in die generellen Bemühungen dieser Kreise zur Rettung ihrer Machtgrundlagen ein.⁷⁹

Die im Ergebnis des imperialistischen Krieges zu konstatierende Lage hinsichtlich der technischen Ausstattung der deutschen Landwirtschaft wurde noch verschärft durch die Auswirkungen der Kriegshandlungen auf deutschem Boden, insbesondere auf dem Gebiet der späteren sowjetischen Besatzungszone. Gerade hier wurde die bahnbrechende demokratische Bodenreform durch den Mangel an landtechnischer Ausstattung für die Neubauern zusätzlich kompliziert und veranlaßt zu dem Aufruf, "daß die Produktion von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen so schnell wie möglich in Gang kommt".⁸⁰ Es waren größte Anstrengungen der verbündeten Arbeiterklasse und Bauern notwendig, um auch in dieser Hinsicht die furchtbare Hinterlassenschaft der faschistischen Herrschaft des deutschen Monopolkapitals zu überwinden.

76 Kehrl, Hans, Krisenmanager im Dritten Reich, a. a. O., S. 421 f.

77 ZStA, REM, Nr. 1 595/1, Bl. 148.

78 Vgl. Lehmann, Joachim, Zum Zusammenbruch der Kriegsernährungswirtschaft im faschistischen Deutschland 1944/45, in: Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus, T. 11, Rostock 1978, S. 103 ff.

79 Vgl. Eichholtz, Dietrich, Faschismus und Ökonomie, in: Faschismusforschung, Positionen-Probleme-Polemik, Berlin 1980, S. 70 f.; derselbe, Manager des staatsmonopolistischen Kapitalismus, a. a. O., S. 231 ff.

80 Edwin Hoernle - Ein Leben für die Bauernbefreiung, Berlin 1965, S. 545; Bodenreform, eine Wende in der deutschen Geschichte, Rede im Berliner Admiralspalast am 19. 9. 1945.

Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen Banken und Industrie
bei der kapitalistischen Expansion Frankreichs nach außen
in den Jahren von 1880 bis 1914

von Jean Bouvier

Die historische Forschung in Frankreich ist seit zwei bis drei Jahrzehnten in den Erkenntnissen der Beziehungen zwischen Banken und Industrie (vor 1914) auf den Außenmärkten weiter vorangeschritten als in denen ihrer Beziehungen auf dem nationalen Markt. Für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg kennt man die Expansion des französischen Kapitalismus (das heißt der großen Bank- und Industrieunternehmen) nach außen besser als das innere Wesen dieses Kapitalismus. Das ist eine Tatsache, ein Widerspruch und eine Schwäche der historischen Forschung.

Im übrigen haben die Beziehungen zwischen Bankkapital und Industriekapital viele Gesichter, und man kennt für die Zeit vor 1914 Entwicklungen, die man immer noch nicht mit Sicherheit erfassen kann.

1. Die allgemeine Erscheinungsform der Beziehungen zwischen Banken und Industrie

In den Jahren von 1880 bis 1914 folgen zwei mittlere Phasen im Gesamtwirtschaftswachstum aufeinander¹: Verlangsamung des Wachstums und Profitschwierigkeiten bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts; verschiedenartige Beschleunigungen und Profitrekord in dem Jahrzehnt vor 1914.² Der Krieg wird dann auf dem Höhepunkt einer internationalen kapitalistischen Prosperitätswooge ausbrechen, Aber die Widersprüche der Entwicklung bleiben natürlich bestehen.

Für das Problem, das uns beschäftigt, stellen sich drei Typen von Fragen:

1.1. Die erste betrifft die Beweggründe, das Wesen und den Umfang des Geldstromes zwischen Banken und Industrie. Diese Ströme haben Namen: Einlagen der Industrieunternehmen bei den Banken ("Kreditor-Kontokorrent"); Kredite der Banken an die Industrieunternehmen (Diskont für Handelswechsel und "Debitor-Kontokorrent"); und schließlich Anlagen und Investitionen der Banken in der Industrie (das Gegenteil ist sehr selten) in Form des Kaufes von Industrie-Aktien, wobei solche Käufe entweder einfache Kapitalanlagen sein können oder auch die Mitwirkung der Bank an der Kontrolle über die Industrie nach sich ziehen. Diese verschiedenen Geldströme sind in sehr ungleichmäßiger Wei-

1 Vgl. Histoire économique et sociale de la France, Bd. 4, T. 1: 1880 bis 1914, unter der Leitung v. Jean Bouvier, Paris 1979.

2 Vgl. Bouvier, Jean/Furet, François/Gillet, Marcel, Le mouvement du profit en France au XIX^e siècle, Paris 1965.

se Träger des Einflusses oder der Herrschaftsausübung der Bank in der Industrie. Diese letztere hat übrigens gewisse Kapazitäten zur Verteidigung ihrer Autonomie, das heißt ihrer Freiheit für die Bestimmung ihrer strategischen Auswahl für die Unternehmensleitung. Da der Profit der wichtigste Beweggrund ist, gibt es andererseits für die Banken verschiedene Wege, um ihn auch zu bekommen. Der der Kontrolle über die Industrie ist nicht immer der beste, da er besondere Risiken für die Stilllegung von Fonds enthält.

1.2. Was wissen wir genau über die wenigen drei Jahrzehnte vor 1914 hinsichtlich der Einflüsse und der Herrschaftsbedingungen im Verhältnis zwischen Banken und Industrie auf dem nationalen Markt? Nicht einheitliche, widersprüchliche Erscheinungsformen tauchen auf.

Einerseits eine Tendenz (für lange Zeit vorherrschend) zur wachsenden Autonomie, zur wachsenden Unabhängigkeit der großen Industrieunternehmen gegenüber den Großbanken, eine Tendenz, die von folgenden Prozessen gekennzeichnet ist:

1.2.1. Fortbestehen einer massiven, systematischen Politik der Eigenfinanzierung seitens der Industrieunternehmen jeder Größe und außerdem aller Zweige. Das ist die permanente, konkrete Form der von Marx analysierten "Akumulation des Kapitals". Schneider, Saint-Gobain, Pont-à-Mousson, die Kohlengruben der Departements Nord und Pas-de-Calais, die Unternehmen der Eisenindustrie begründen beispielsweise so ihre wirkliche Unabhängigkeit gegenüber den Banken.³

1.2.2. Fortschreitende Abkehr (in für die einzelnen Banken unterschiedlichen Rhythmen) der Großbanken mit nationalem Zweigstellennetz (Crédit Lyonnais, Société Générale, Comptoir d'Escompte de Paris, Crédit Industriel et Commercial) von den langfristigen Krediten an die und den Investitionen in der Industrie seit den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts.⁴ Diese Banken wandeln sich dann von den "gemischten" Banken, die sie früher waren, in "Depositenbanken" um, die sich auf kurzfristige Geschäfte (Diskont) und auf den Verkauf auf dem Markt von privaten und öffentlichen Effekten (französische und ausländische) beschränken. 1913 betrug der Effektenbestand der vier Depositenbanken (das heißt die Anlagen, die sie als Mobilienwerte behielten) nur 2 Prozent des Gesamtumfangs ihrer konsolidierten Aktiva.⁵ Die "Société Générale" schreibt in ihrem Buch zum hundertjährigen Bestehen (1964) über diese Veränderung in der Strategie der Banken: "Der Erwerb eines Aktienpaketes eines Unternehmens wird nicht mehr wie eine Besitznahme, sondern wie eine Gewinnquelle angesehen. Es handelt sich um die Suche nach Effekten, die einen schnellen Mehrwert versprechen, und nicht nach Stützpunkten, die als Ausgangsbasis für das Eindringen in diesen oder jenen Sektor dienen"⁶ (S. 81).

1.2.3. Hinsichtlich der großen Regionalbanken (Crédit du Nord, Société Nancéienne de Crédit, Banque Charpenay in Grenoble) gibt es keinerlei Anzeichen einer Unterordnung regionaler Industrieunternehmen (Kohlenbergbau; Eisenindustrie; chemische Industrie; Textilindustrie; Elektroindustrie) diesen Banken gegenüber. Diese, die mit der Beteiligung der Industriellen gegründet wurden, sind tatsäch-

3 Vgl. dazu u. a. Gillet, Marcel, Les Charbonnages du Nord de la France au XIX^e siècle, Paris 1973.

4 Vgl. Bouvier, Jean, Le Crédit Lyonnais de 1863 à 1882. Les années de formation d'une banque de dépôts, 2 Bde., Paris 1961, gekürzte Ausgabe Paris 1968.

5 Vgl. derselbe, Un siècle de banque française. Les contraintes de l'Etat et les incertitudes des marchés, Paris 1973.

6 Société Générale. 1864 - 1964, 1964.

lich für die Dienste der letzteren da. Die Regionalbanken beteiligen sich an der industriellen Entwicklung, ohne sie zu kontrollieren oder zu beherrschen.

Andererseits (und das ist die entgegengesetzte Tendenz) könnte die Kontrolle bestimmter Banken über französische Industrieunternehmen nur erkennbar sein (man muß im Konjunktiv sprechen) im Falle der Banken, die man seit Beginn des 20. Jahrhunderts "Geschäftsbanken" nennt (Banque de Paris et des Pays-Bas 1872; Banque de l'Union Parisienne 1904). Aber in den Bankarchiven kann keinerlei echter Beweis für die Art der Kontrolle erbracht werden.

Sicherlich beläuft sich im Falle von "Paribas" der Anteil des Effektenbestandes an den Aktiva 1913 auf 20 Prozent, das heißt, daß er zehnmal so hoch ist wie der gleiche Anteil für die vier Depositenbanken. Aber man kann nichts über die Struktur dieses Bestandes und besonders über die Kontrollbeteiligung an Industrieunternehmen erfahren, die er gegebenenfalls beinhalten könnte.

Alle diese Entwicklungen berühren eine Grundfrage: die der Nichtvollendung, des partiellen und limitierten Charakters der Prozesse des Finanzkapitals in Frankreich vor 1914. Die "Fusion" zwischen Bankkapital und Industriekapital scheint nicht den massiven Charakter zu haben, den sie seinerzeit in Deutschland oder in Österreich-Ungarn einnahm.⁷

1. 3. Der dritte Typus der allgemeinen Fragestellung bezieht sich auf die Beweggründe und die Formen des Exports von Bankkapital und Industriekapital, ein Export, der, nachdem er sich in den Jahren 1880 bis 1900 verlangsamt hatte, danach zunahm, und das besonders in den Jahren von 1909 bis 1913. Hierzu einige Bemerkungen:

1. 3. 1. Die (tatsächliche) Verschiedenheit der Beweggründe der Unternehmer für die Förderung "der direkten Investition" im Ausland ist verknüpft (was auch immer die nichtmarxistischen Nationalökonomten dazu sagen mögen) mit einer globalen Profitstrategie, das heißt mit einer Politik der langfristigen Profitvorsorge und -konsolidierung. Das trifft zu für die Suche nach Rohstoffen, nach Märkten für den Export oder für die Absicht, die Zollschranken "zu überspringen".

1. 3. 2. Es ist notwendig (trotz, wir werden es sehen, des Fortschritts der Prozesse des "Finanzkapitals" bei dem Kapitalexport), die Spezifika der Bankgeschäfte und der Industriegeschäfte auf den Außenmärkten gut zu unterscheiden. Die Bankgeschäfte mit dem Ausland zielen auf keine dauerhafte Festlegung von Kapital ab; sie sind geschmeidig, flüchtig und beinhalten schnell erworbenen Profit: kurzfristige Kredite an ausländischen Plätzen (Diskonte; "Reporte" an Börsen; sehr kurzfristige Darlehen an andere Banken: "Finanzierungen von der Hand in den Mund"); Verkäufe (auf dem französischen Markt) ausländischer öffentlicher und privater Effekten: in diesem Falle Zusammenarbeit zwischen französischen Banken und ausländischen Banken (in Form von Banksyndikaten) für die Anlage riesiger Geschäfte (Beispiel: die Plazierung der zaristischen Anleihen in Frankreich von 1887 bis 1914).

- Die Operationen der Industrie im Ausland bestehen aus Investitionen und Kontrollübernahmen. Sie sind schwerwiegender, langsam und legen Kapital fest. Sie sind Träger von Konkurrenz und Spannungen zwischen Großunternehmen verschiedener Nationalität.

7 Vgl. Michel, Bernard, *Banques et banquiers en Autriche au début du XX^e siècle*, Paris 1976; Rudolph, Richard Lawrence, *Banking and industrialization in Austria-Hungary: the role of banks in the industrialization of the Czech Crownlands. 1873 - 1914*, London 1976.

So erscheinen die internationalen Bankgeschäfte viel gesitteter, da sie sich zwischen Angehörigen des gleichen "Klubs" vollziehen, die sich ihrer Zugehörigkeit dazu voll bewußt sind. Sprachen die führenden Persönlichkeiten der "Crédit Lyonnais" im ersten Halbjahr 1871 in ihrer Korrespondenz (in bezug auf deutsche Bankiers) nicht von "unseren Freunden in Berlin"?

Die Investitionen der Industrie nach außen sind viel "unzivilisierter", gegensätzlicher und stellen sich oft als Zusammenprall von "Pionieren" dar: so für die Waffengeschäfte oder die Bergbau-, Eisenbahn- und Eisenindustriegeschäfte in Südosteuropa, im Türkischen Reich oder in Marokko vor 1914.

- So zeigt sich die Verschiedenheit der Elemente und der Verhaltensweisen sowie die Vielschichtigkeit der Beziehungen zwischen Banken und Industrie. Sie sind schwer in ein einheitliches Schema zu bringen.⁸

2. Skizze einer Typologie der Beziehungen zwischen Banken und Industrie in den Außengeschäften des französischen Kapitalismus

Es zeichnen sich drei Typen von Beziehungen ab:

2. 1. Der einfachste Typ bezieht sich vorwiegend auf die technische Zusammenarbeit zwischen einer Bank und einem französischen Industrieunternehmen, wobei erstere im Dienste des letzteren steht, bei der "Ausdehnung" eines Industrieunternehmens ins Ausland. In einem solchen Falle gibt die Bank Aktien des Industrieunternehmens bei den französischen Bankkunden heraus; sie beschafft ihm Kredit im Kontokorrent; aber sie ist nicht in seinem Verwaltungsrat vertreten. Das trifft zu für die "Société franco-russe de l' Oural", die 1879 in Lyon von Eisenindustriellen der Gegend von Saint-Etienne (die hart von der lothringischen Eisenindustrie bedrängt wurden) gegründet wurde, verbunden mit deren Absicht, die Fabriken des Fürsten Golicyn im südlichen Ural zu übernehmen und zu vergrößern. 12 000 Aktien wurden dem Fürsten als Preis für seine Einlagen überlassen, und 4 000 wurden im Gebiet von Lyon durch Vermittlung einer rührigen Geschäftsbank verkauft, der "Union Générale". Diese Bank eröffnete für die "Franco-Russe" einen Kredit von 300 000 Francs. Die Unternehmer sind die Herren ihrer Strategie; die Rolle der Bank beschränkt sich auf die einfache Dienstleistung.⁹

2. 2. Der zweite Typ macht die unabhängige Politik der Industrie und der Bank auf dem Außenmarkt augenscheinlich, verbunden mit gegensätzlichen Interessen und Kämpfen zwischen Bankkreisen und Industriekreisen. Hierfür zwei Beispiele: das erste (analysiert in der Arbeit von Poidevin¹⁰) betrifft die in den neunziger Jahren des vorigen und in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts wiederholt vorgebrachten Proteste des "Comité des Forges" (die große französische Lobby

8 Eine umfassendere und ausführlichere Erörterung der in diesem ersten Teil behandelten Thematik enthalten die folgenden beiden Beiträge: Bouvier, Jean, Capital bancaire, capital industriel, et capital financier dans la croissance française du XIX^e siècle, in: La Pensée, Dezember 1974; derselbe, Les traits majeurs de l'impérialisme française avant 1914, in: Le Mouvement Social, Januar - März 1974.

9 Vgl. derselbe, Le Krach de l' Union Générale 1878 - 1885, Paris 1960.

10 Poidevin, Raymond, Les relations économiques et financières entre la France et l'Allemagne de 1898 à 1914, Paris 1969.

der Schwerindustrie) bei der französischen Regierung gegen die Pariser Großbanken (sowohl die "Geschäftsbanken" als auch die "Depositenbanken"). Diese wurden von den Industriellen beschuldigt, in Frankreich große Auslandsanleihen zu plazieren, ohne sich dabei darum zu kümmern, diesen Export von Bankkapital mit in Frankreich getätigten Aufträgen zu verbinden (insbesondere Rüstungsaufträgen). 1905 drückt das "Comité des Forges" (am 19. Mai) den Wunsch aus, daß die Regierung Auslandsanleihen an der Pariser Börse nur dann zuläßt, "wenn die Kreditnehmer sich verpflichtet haben, der französischen Industrie Aufträge einzuräumen, die die Grundlage für die in Frankreich aufgenommenen Kredite bilden"¹¹. Im Hintergrund zeichnet sich hier die Rivalität zwischen Krupp und Schneider ab.

- Das zweite Beispiel betrifft die außergewöhnliche, immer wieder aufflammende Rivalität (untersucht von Guillen¹²), die von 1902 bis 1904 zwischen der "Banque de Paris et des Pays-Bas" und dem mächtigen Industrieunternehmen Schneider (Creusot im Departement Saône-et-Loire: ziviler und militärischer Schwermaschinenbau) bestand wegen der Kontrolle über die großen Geschäfte (Anleihen des Sultans; Eisenbahnen; Bergwerke; Waffenlieferungen) in einem damals politisch noch unabhängigen Marokko. Zu Beginn, im Jahre 1902, gibt es Übereinstimmung hinsichtlich der "friedlichen Durchdringung" Marokkos in den Ansichten Schneiders, denen des Außenministers Delcassé, der den politischen Einfluß in Marokko mit einer aktiven Präsenz wirtschaftlicher Interessen vorbereiten will, und denen Thors, des Direktors der "Banque de Paris et des Pays-Bas": Dieser strebt vor allem nach dem Profit aus den dem Sultan gewährten Anleihen. Schneider hat in dieser Angelegenheit das "Comité des Forges" hinter sich. Delcassé stimmt anfangs mit dem Großindustriellen überein. Aber "Paribas" ist im Vorteil, denn der Schlüssel für alle Interessen ist das Geld, das die Bank Marokko leihen kann. 1904, nach sehr starken Spannungen zwischen Schneider und der Bank - und in Übereinstimmung mit der französischen Regierung, vollzieht sich eine Aufteilung der Geschäfte zwischen Schneider und der Bank; aber diese erzielt die größten Vorteile und behält lange Zeit Marokko in ihrem internationalen Geschäftsimperium als eine Art Privatbesitz.

2. 3. Der dritte Typ der Beziehungen zwischen Banken und Industrie ist dem zweiten entgegengesetzt. Er markiert eine Veränderung, eine Entwicklung, die sich kurz vor 1914 abzeichnet. Er ist bestimmt durch enge Beziehungen, abgestimmte Strategien, nicht für zeitlich eingegrenzte Fälle, sondern für weitreichende Projekte, die verschiedenartige Operationen verbinden. Es ist nicht uninteressant zu beobachten, daß dieses Zusammenwirken von Banken und Industrie recht verspätet auftritt: nach 1905 in Rußland; nach 1910 im Türkischen Reich, das heißt zu der Zeit, wo eine Beschleunigung des Flusses der französischen Kapitalexperte zu verzeichnen ist, Girault¹³ und Thobie¹⁴ sehen in ihren Untersuchungen zu den französisch-russischen und französisch-türkischen Beziehungen, daß sich damals der Anfang einer Angleichung der Politik zwischen Bank- und Industrieunternehmen zu verwirklichen beginnt, Und klarer zeigt sich das, das steht fest, in den russischen als in den türkischen Unternehmungen. In Rußland (das zwischen 1906

11 Ebenda, S. 251.

12 Guillen, Pierre, Les emprunts marocains 1902 - 1904, Paris o. J.; derselbe, Les milieux d'affaires français et le Maroc à l'aube du XX^e siècle. La fondation de la Compagnie Marocaine, in: Revue Historique, April - Juni 1969.

13 Girault, René, Emprunts russes et investissements français en Russie, 1887 - 1914, Paris 1973.

14 Thobie, Jacques, Intérêts et impérialisme français dans l'Empire Ottoman 1895 - 1914, Paris 1977.

bis 1914 nach der Darlegung von Girault zu einem französischen "Wilden Westen" wird) werden die beherrschenden Positionen bestimmter Pariser Großbanken im russischen Banksystem (Positionen der "Société Générale" und der "Paribas", beide seit einer Übereinkunft von 1905 eng miteinander verbunden) von mit Industrieunternehmen abgestimmten Strategien begleitet (es muß jedoch vermerkt werden, daß die "Crédit Lyonnais" systematisch von einer solchen Bewegung ausgeschlossen bleibt; sie beschränkt sich darauf, "russische Anleihen" in Frankreich und Europa zu verkaufen), 1901 hatte die "Société Générale" als russische Filiale die "Banque du Nord" gegründet; Ihr Direktor Verstraete war ein ehemaliger Beamter des Quai d'Orsay, 1906 treten zwei Mitglieder des Verwaltungsrates der "Banque de l'Union Parisienne" (B. U. P.), die 1904 gegründet wurde, in den Verwaltungsrat der "Banque du Nord" ein, was die Bildung einer Art von Koalition zwischen den französischen Großbanken manifestiert, 1910 erweitert sich diese nochmals, als die "Banque du Nord", mit Beteiligung der "Paribas", die "Banque Russo-Chinoise" schluckt. So entsteht die "Banque Russo-Asiatique", die 1913 durch die Höhe ihrer Bilanz die größte russische Bank ist. Diese "gemischte" Bank hat in Rußland im Erdöl, in der Kohle, der Eisenindustrie, den Goldminen, den Tabakfabriken, den Zuckerraffinerien ... investiert. Wir haben hier das Musterbeispiel eines kontinentalen Bankmodells, das von Berlin bis Mailand und von Wien bis Sankt Petersburg eine beherrschende Stellung einnimmt, nicht aber in Paris.¹⁵

Industrielle Strategien begleiten also die Ausdehnung der Banken. 1902 hat die "Société Générale" zusammen mit anderen Banken die Gründung der "Prodame-ta" gefördert, eines Verkaufskartells für Produkte der russischen Eisenindustrie. Ihr seit 1904 tätiger Präsident Hugues Darcy war ein einflußreicher französischer Eisenindustrieller und Präsident der B. U. P. 1908 wird diese gleiche Bankgruppe bei der Bildung eines Eisentrusts in der Ukraine mit französischem, belgischem und russischem Kapital fast scheitern. Aber sie hat Erfolg bei der im gleichen Jahr erfolgten Gründung der Eisenbahngesellschaft "Nord-Donetz". Die Krönung erfolgt dann 1912 (im Juni) mit der formellen Errichtung des "Syndicat des Affaires Russes", das die "Société Générale" und ihre Verbündeten Schneider, Darcy, den französischen Baugroßunternehmer Hergent und den russischen Industriellen Putilov (Sankt Petersburg: Eisenbahnbau, Schiffbau und Schwermaschinenbau) vereint. 1912 hilft das "Syndicat" Putilov, die Neva-(Semjanikov-)Werke (Sankt Petersburg) zu erwerben und seine eigenen Einrichtungen zu modernisieren. Bekanntlich war die glänzendste Operation, die durch das enge Bündnis zwischen Schneider und der "Banque de l'Union Parisienne" zustande kam, die Übernahme der Kontrolle über Putilov durch den französischen Industriellen (Anfang 1914). Das Zweigespann Schneider-B. U. P. funktionierte bis 1925. Zu dieser Zeit vollzog sich eine Trennung zwischen dem Industriellen und seiner Lieblingsbank. Der erstere war in der Lage, auf die Hilfe der Bank verzichten zu können, da er 1920 sein eigenes "Holding" (die "Union Européenne Industrielle et Financière") gründete. Das ist ein Paradebeispiel für die Bildung eines "Finanzkapitals" durch eine Industriegruppe, die sich in einem bestimmten Stadium ihrer Macht ihre eigenen Finanzinstrumente bilden kann. Beherrschte aber die B. U. P. vor 1914 Schneider innerhalb ihres engen Bündnisses? Das scheint nicht der Fall gewesen zu sein. Die B. U. P. folgt der Strategie Schneiders, wobei sie ihre eigenen Profite sucht. Aber sie hat nicht die Initiative. Am 25. Februar 1913 schreibt Lion, Mitglied des Verwaltungsrates der

15 Vgl. Bouvier, Jca, Rapports entre systèmes bancaires et entreprises industrielles dans la croissance européenne du XIX^e siècle, in: L'Industrialisation en Europe au XIX^e siècle, Paris 1972, S. 115 - 140 = Colloques du Centre National de la Recherche Scientifique.

Bank, an Darcy: "Unsere Freunde (das heißt die leitenden Persönlichkeiten von Schneider - J. B.) schreiten voran, unterschreiben Kontrakte, ohne uns zu benachrichtigen, sorgen für ihre Interessen, aber kümmern sich kaum um unsere, und fordern uns auf, alle Risiken zu übernehmen. Außerdem machen sie übermäßigen Gebrauch vom Namen der B. U. P."¹⁶

So zeichnet sich, wenige Jahre vor dem Krieg, eine gewisse Übereinstimmung zwischen Banken und Industrie bei den Außengeschäften des französischen Kapitalismus ab, was aber nicht für das gesamte Bankkapital zutrifft (siehe den Fall der "Crédit Lyonnais", die damals immerhin die größte französische Bank war). Diese teilweise Übereinstimmung schließt natürlich nicht die Besonderheiten der Unternehmungen und der spezifischen Interessen von Großbanken und Großunternehmen aus. Sie beinhaltet nicht automatisch die Vorherrschaft der Banken über die Industrie. Wir wollen wiederholen, daß für die letzteren die Akkumulation des Kapitals der Garant ihrer Unabhängigkeit ist.

Als Schlußfolgerung: Der Begriff "Finanzkapital", 1910 von Hilferding eingeführt, von Bucharin aufgegriffen und von Lenin neuerschlossen, wurde auf der Grundlage von Beobachtungen geprägt, die sich besonders auf die Entwicklung des deutschen (und österreichischen) Kapitalismus in den Jahren um 1900 beziehen. Er kann nicht automatisch, systematisch auf die Besonderheiten des französischen Kapitalismus in der "Belle Epoque" angewendet werden. Alles vollzieht sich so, als ob die Prozesse der "Fusion", der "gegenseitigen Durchdringung" von Banken und Industrie in diesem Falle weniger entwickelt wären. Das "Finanzkapital" in Frankreich ist zu Beginn des 20. Jahrhunderts erst auf dem Wege einer langsamen Herausbildung. Es ist noch weit von seiner vollen Entfaltung entfernt. Die dementsprechende wachsende Konzentration des Bankkapitals und des Industriekapitals hat noch nicht die Herausbildung eines gemeinsamen Mechanismus bewirkt. Er wird sich dann allerdings im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickeln. Seine Untersuchung wird Fragen aufwerfen, die nicht leicht zu lösen sind (auch in Anbetracht des sehr schweren Zuganges zu den Archiven der Unternehmen), insbesondere die Fragen seines Umfangs, seiner exakten Grenzen und der Rolle einzelner Personen bei der Erlangung von Kontrolle und Vorherrschaft in den Wechselbeziehungen zwischen Banken und Industrieunternehmen. Aber der Erfolg der Bezeichnung "Gruppen" in der gegenwärtigen marxistischen (und nichtmarxistischen) Wirtschaftsanalyse zeigt, daß der von Hilferding geprägte und von Lenin neuerschlossene Begriff besonders inhaltsreich ist: Er legt die Folgerichtigkeit der kapitalistischen Entwicklung im 20. Jahrhunderts bloß.

(Übersetzt von Manfred Raddatz)

Chinesische Arbeiter in den Goldbergwerken
des Transvaal 1904 bis 1910

von Günter Lewin

Einleitung

Anfänge des Bergbaus in Südafrika und imperialistische
Interessengegensätze Ende des 19. Jahrhunderts

Hintergründe der Einfuhr chinesischer Arbeitskräfte in
den Transvaal

Chinesische Kontraktarbeiter im Transvaal in der ersten
Dekade des 20. Jahrhunderts

Der "Kulihandel" und die britisch-deutsche Konkurrenz

Die "Passagierhäuser"

Reaktionen auf den "Kulihandel" in China

Nachwirkungen der chinesischen Kontraktarbeit in Südafrika

Einleitung

Die Wende zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert sah die Herausbildung und Verschärfung der Widersprüche, die sich aus dem Entstehen des Imperialismus ergaben. Diese Widersprüche nahmen sowohl innerhalb der imperialistischen Länder als auch im internationalen Maßstab immer schärfere Formen an. In den Metropolen konnte die Arbeiterklasse gewisse politische und ökonomische Erfolge erzielen, während die Kämpfe der fortschrittlichen Kräfte dort, wo die Großbourgeoisie nicht, wie etwa in Großbritannien oder Frankreich, die eigene Arbeiterklasse durch die Brosamen vom reich gedeckten Tisch der kolonialen Ausbeutung korrumpieren konnte, erbitterter wurden.

Neben diesen Kämpfen in den imperialistischen Ländern kam es auch zu zahlreichen revolutionären Erhebungen, zu denen nicht nur die im auf dem Wege zum Imperialismus zurückgebliebenen Rußland ausgebrochene Revolution von 1905, sondern auch die Erhebungen in China, Persien, der Türkei usw. zu zählen sind. Zur Lage in China schrieb Lenin: "Auch in China hat sich die revolutionäre Bewegung gegen die mittelalterlichen Zustände in den letzten Monaten mit besonderem Nachdruck bemerkbar gemacht. Gewiß, es läßt sich über diese Bewegung noch nichts Bestimmtes sagen - so spärlich sind die Nachrichten und so zahlreich die Meldungen über Revolten in verschiedenen Teilen Chinas -, doch unterliegt das starke Anwachsen des 'neuen Geistes' und der 'europäischen Einflüsse' in China, besonders nach dem Russisch-Japanischen Krieg, keinem Zweifel; folglich ist auch die Verwandlung der alten chinesischen Revolten in eine bewußte demokrati-

sche Entwicklung unvermeidlich. Daß dieses Mal einige an der kolonialen Raubpolitik Beteiligte sich beunruhigt fühlten, geht aus dem Verhalten der Franzosen in Indochina hervor: Sie halfen der chinesischen 'historischen Staatsmacht' bei der Abrechnung mit den Revolutionären! Sie fürchteten gleichermaßen für die Sicherheit 'ihrer' benachbarten asiatischen Besitzungen.¹ Im gleichen Sinne wie die hier von Lenin 1908 erarbeitete Einschätzung konstatierte 1912 die VI. ("Prager") Gesamtrussische Konferenz der SDAPR "die weltweite Bedeutung des revolutionären Kampfes des chinesischen Volkes, der zur Befreiung Asiens führt und die Herrschaft der europäischen Bourgeoisie untergräbt".²

Anfänge des Bergbaus in Südafrika und imperialistische Interessengegensätze Ende des 19. Jahrhunderts

Gleichzeitig bildete sich im Süden Afrikas ein weiterer Brennpunkt der imperialistischen Raubpolitik und ihrer Widersprüche heraus.

Mit der Entdeckung der Goldvorkommen 1884 am Witwatersrand in der damaligen Südafrikanischen Republik (Zuid-Afrikaansche Republik), der 1885 die Eröffnung der ersten Goldbergwerke und 1886 die Gründung von Johannesburg folgten, wurde dieses Gebiet für den britischen und deutschen Imperialismus immer interessanter. Bereits 1896 "hatte sich Wilhelm II. mit seiner 'Krügerdepesche' plump in den englischen Eroberungskrieg gegen die freien Burenrepubliken eingemischt, ... geplant war ... die Mobilmachung und Entsendung von Seebataillonen, um Transvaal (wo deutsches Kapital investiert war) unter deutsches 'Protectorat' zu stellen."³ Es bedurfte großer diplomatischer Anstrengungen, dieses Abenteuer zu vereiteln.

Die Buren, deren gesamte Traditionen auf patriarchalische und ländliche Zustände ausgerichtet waren, sahen dem Treiben der "uitlanders" (Fremden), die in großen Scharen zu den Goldbergwerken strömten, nicht nur mit Mißtrauen zu, sondern behinderten auch aktiv deren Tätigkeit. Es kam zu entschiedenen Interessengegensätzen zwischen den Buren einerseits, die die Afrikaner als billige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft betrachteten und im übrigen danach sträubten, diese weitgehend in den Schranken ihrer alten Stammesstruktur zu halten, und den vorwiegend britisch finanzierten Goldbergwerken andererseits, deren Arbeitskräftebedarf anfänglich durch die weitgehende Heranziehung von Afrikanern aus den Burenrepubliken und den britischen Kolonien Cape of Good Hope (Kap der Guten Hoffnung) und Natal gedeckt wurde. Da dieses Reservoir bald für die rasch expandierende Goldindustrie nicht mehr ausreichte, verlegte man sich auf die Anwerbung von Afrikanern aus der benachbarten portugiesischen Kolonie Ostafrika (Moçambique) und den nördlich gelegenen Kolonialgebieten.

Ein von Rhodes inszenierter britischer Versuch, durch einen Handstreich, den sogenannten "Jameson-Raid", 1895 die Südafrikanische Republik zu erobern, mißlang, und erst nach hartnäckigem Widerstand der Buren im von 1899 bis 1902 währenden Burenkrieg erreichten die Briten ihr Ziel, das Gebiet der späteren Union von Südafrika in ihre Hände zu bekommen. Allerdings war dieser militärische Sieg nicht gleichbedeutend mit der Befriedigung des Arbeitskräftehungers der

1 Lenin, W. I., Zündstoff in der Weltpolitik, in: Werke, Bd. 15, Berlin 1970, S. 179.

2 Derselbe, VI. ("Prager") Gesamtrussische Konferenz der SDAPR, in: Werke, Bd. 17, Berlin 1970, S. 477.

3 Lange, Annemarie, Das Wilhelminische Berlin, Berlin 1967, S. 22.

Goldbergwerke, auch wenn er für sie insgesamt günstigere Wirkungsbedingungen schuf. Im Gegenteil: Die Zahl der Afrikaner in den Goldbergwerken nahm nach dem Burenkrieg vorerst rapide ab. Dazu die folgende Einschätzung: "In den ersten beiden Jahrzehnten seines Bestehens hat der Bergbau alle Kunst der Überredung, z. B. Geschenke an Häuptlinge, des mehr oder minder sanften Druckes, anwenden müssen, um die Eingeborenen zur Übernahme von Arbeit im Bergbau zu gewinnen. Nach dem Burenkrieg, der den Eingeborenen in Form von Entgelten für Trägerdienste und andere Arbeiten reichliche Verdienste eingetragen hatte, sahen sich die Bergwerke außerstande, genügend eingeborene Arbeiter anzuwerben",⁴

1902 waren im Goldbergbau des Transvaal (wie die frühere Südafrikanische Republik nun hieß) noch 38 261 Afrikaner (davon zirka 80 Prozent aus Mocambique) beschäftigt,⁵ während es 1899 immerhin zirka 98 000 gewesen waren.⁶ Etwas andere, aber im gleichen Sinne aussagekräftige Zahlen werden von anderen Autoren genannt. So zum Beispiel: "Anfang April 1903 betrug die Belegschaft nur noch 49 500".⁷ Hingegen: "Die Anzahl der in den Goldbergwerken beschäftigten Afrikaner sank von 107 482 im Jahre 1899 auf 64 577 im Jahre 1903."⁸

Die letztgenannten Autoren geben folgende Produktionszahlen für die Goldbergwerke an: "Die Goldproduktion sank von ihrem Höhepunkt, 1 710 000 £ im Jahre 1899, auf 823 000 £ im Jahre 1903,"⁹ Die Gründe für diesen Rückgang sehen viele Autoren nicht nur in einer Schädigung der Produktion durch Kriegshandlungen - diese war tatsächlich nur geringfügig gewesen,¹⁰ Vielmehr handelte es sich um das Ergebnis einer zielgerichteten Politik der Bergbaumonopole zur Profitmaximierung. "Die Bergwerksbesitzer hatten den Krieg dazu genutzt, den Durchschnittslohn der Afrikaner von 47 sh 1 d im Jahre 1899 auf 26 sh 8 d in den Jahren 1901/02 zu beschneiden. Arbeiter aus der Kapprovinz, Basutoland und Betschuanaland weigerten sich entschieden, zu diesen niedrigeren Löhnen in den Bergwerken zu arbeiten."¹¹ In einem Bericht aus Lourenco Marques (heute: Maputo) wird darauf verwiesen, daß "die durch die höheren Kriegslöhne und sonstigen Verheißungen verwöhnten Kaffern für das ihnen gebotene Geld nicht arbeiten wollten, weiße Arbeiter aber den Bergbaugesellschaften nicht genehm waren".¹²

Den somit künstlich geschaffenen Mangel an Arbeitskräften versuchten die Bergwerksbesitzer durch die Einfuhr von Chinesen auszugleichen. Damit sollten gleichzeitig mehrere Ziele erreicht werden. Erstens sollte Druck auf das Lohnniveau der Afrikaner ausgeübt und zweitens das Lohnniveau der weißen Arbeiter gesenkt werden. "Die Bergwerksbesitzer hofften, daß die niedrig bezahlten Arbeiter aus

4 Leubuscher, Charlotte, Der südafrikanische Eingeborene als Industriearbeiter und als Stadtbewohner, Jena 1931, S. 47.

5 Zentrales Staatsarchiv (im folgenden: ZStA), Abt. I, Auswärtiges Amt, 09.01, Akte 53795, Bl. 170 f.

6 Pyrah, Geoffrey Barker, Imperial Policy and South Africa 1902 - 1910, Oxford 1955, S. 188.

7 Ebenda. - Übersetzung der fremdsprachigen Zitate in diesem Beitrag von mir - G. L.

8 Simons, H(arold) J(ack)/Simons, R(ay) E., Class and Colour in South Africa 1850 - 1950, Harmondsworth 1969, S. 81.

9 Ebenda.

10 Doyle, A. Conan, The Great Boer War, London 1902, S. 436 - 439.

11 Ebenda.

12 ZStA, Abt. I, Auswärtiges Amt, 09.01, Akte 53795, Deutsche Konsulate Afrika, Lourenco Marques, Aug. 1901 - 04, Bl. 174 v.

dem Osten allmählich die höher bezahlten Bergleute aus Cornwall, Northumberland und Yorkshire ersetzen könnten.¹³ Gleichzeitig wurde davon gesprochen, die fehlenden afrikanischen Arbeitskräfte durch ungelernete oder angelernte "Arme Weiße" (Poor Whites) zu ersetzen. Vertreter dieser Auffassungen waren in erster Linie die britischen Liberalen, die in der gesamten Frage asiatischer Arbeitskräfte für die Goldbergwerke eine zwiespältige Rolle spielten. Noch 1894 hatte eine liberale Regierung in Großbritannien eine Verordnung über die Einfuhr asiatischer Arbeiter nach Britisch-Guyana erlassen.¹⁴ 1906 kamen die Liberalen andererseits durch demagogisch geschickte Ausnutzung des Komplexes der "Chinesischen Sklaverei" in den Goldbergwerken bei den britischen Unterhauswahlen an die Macht. "1903/04 sprachen die Liberalen davon, ... eine größere Anzahl von weißen Arbeitern in angelernten und ungelerten Tätigkeiten zu beschäftigen, aber ... selbst die 'Armen Weißen' wollten lieber arbeitslos bleiben als 'Kaffernarbeit' verrichten, während die Bergwerksbesitzer Weiße für solche Arbeiten ablehnten, da diese höhere Löhne hätten erhalten müssen, um ihren höheren Lebensstandard aufrechtzuerhalten. ... Weiße konnten Gewerkschaften beitreten und ihr Wahlrecht gegen die Interessen der Bergwerksbesitzer gebrauchen."¹⁵

Hintergründe der Einfuhr chinesischer Arbeitskräfte in den Transvaal

Der Gedanke, chinesische Arbeitskräfte nach Südafrika zu importieren, war nicht neu. Bereits kurz nach der Besetzung des Kaps der Guten Hoffnung durch Van Riebeeck (1652) im Auftrag der Niederländischen Ostindien-Kompanie vertrat dieser die Forderung nach der Einfuhr von Chinesen. Während die Kompanie den Stützpunkt nur für die Versorgung der auf der Indienroute segelnden Schiffe vorgesehen hatte, zielten Van Riebeecks Vorschläge auf eine sich in der Perspektive ausbreitende Niederlassung von freien Siedlern und Sklaven ab. In harten Kämpfen mit den Khoi-Khoi (von den Weißen "Hottentotten" genannt) wurde das Gebiet um das heutige Kapstadt erobert, ein Fort errichtet (heute noch: Cape Town Castle) und etwas Boden von Angestellten der Kompanie bebaut, um den Schiffen neben Frischwasser auch frische Lebensmittel anbieten zu können. Diese Angestellten waren nicht sehr eifrig bei der Arbeit, sondern mehr daran interessiert, nach Ableistung ihrer Dienstzeit auf schnellstem Wege wieder in die Heimat zurückzukehren. Die Versklavung der Khoi-Khoi und ihre Verwendung in der Wirtschaft machte auch nur langsame Fortschritte. Unter Van Riebeecks Nachfolgern wurden aus dem damaligen Niederländisch-Ostindien politische Gefangene, zum überwiegenden Teil Malayen, aber auch einige wenige Chinesen, deren Vorfahren aus China nach dem späteren Niederländisch-Indien ausgewandert waren, nach der Kapkolonie deportiert. Noch heute bilden in Kapstadt die Nachkommen der zumeist mohammedanischen Malayen eine geschlossene ethnische Gruppe mit vielfältigen alten Traditionen.

"1779 organisierte eine Gruppe von Burghern (Niederländern) in Kapstadt eine 'patriotische Bewegung', um Reformen zu erringen. ... sie wandten sich direkt nach Amsterdam ... mit der Forderung, unter andrem freigelassenen Chinesen oder Gefangenen aus Java die Genehmigung zum Betreiben von Geschäften zu entziehen, da sie angeblich Hehler für von Sklaven gestohlenen Gegenständen waren."¹⁶

13 Sachs, E(mil) S(olomon), The anatomy of apartheid, London 1965, S. 130.

14 Pyrah, Geoffrey Barker, a. a. O., S. 26.

15 Ebenda, S. 191.

16 Troup, Freda, South Africa. A historical Introduction, Harmondsworth 1975, S. 63.

Ein weiterer Versuch, chinesische Arbeitskräfte nach Südafrika zu importieren, wurde zum Beispiel auch in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts unternommen. Eine Gesellschaft zur Bodenerschließung in Natal beschaffte sich eine Anzahl von Chinesen, mußte sie aber bald wieder zurücksenden.¹⁷

Vor Ausbruch des Burenkrieges beabsichtigte Rhodes bereits, chinesische Arbeiter nach Südafrika zu bringen, scheiterte allerdings am hartnäckigen Widerstand der weißen Arbeiter und anderer Schichten der weißen Bevölkerung.¹⁸ Erst die nach dem Burenkrieg von den Bergwerksbesitzern bewußt herbeigeführte Verknappung der Arbeitskräfte sollte zu dem angestrebten Ziel führen. Aber selbst dann noch mußten die Befürworter der Beschäftigung chinesischer Kontraktarbeiter große Widerstände überwinden, ehe sie ans Ziel gelangten. Anfänglich weigerte sich Lord Milner, der britische Gouverneur des Transvaal, den Forderungen der Kammer für Bergbau (Chamber of Mines) nachzugeben. "Die Buren des Transvaal wideretzten sich energisch der Einführung einer weiteren ethnischen Gruppe ... Proteste kamen aus Großbritannien, wo die Gewerkschaften darin einen möglichen Präzedenzfall für eine ähnliche Erleichterung der Arbeitskräftesituation in ihrem Lande sahen ... In Südafrika setzte sich F. H. P. Creswell, später Führer der Südafrikanischen Labour Party ... für den Ersatz schwarzer durch weiße ungelernete Arbeiter ein, wobei er argumentierte, daß auf lange Sicht billige Arbeitskraft nicht immer billig wäre ... Eine Zeitlang bewies er in dem Bergwerk, das er leitete, daß sich seine Auffassung ökonomisch vertreten ließ; jedoch verließen die weißen Facharbeiter, von denen mehr Arbeitsleistung gefordert wurde, die Arbeitsplätze, und weitere Versuche blieben erfolglos."¹⁹

Die Bergwerkskammer verfolgte die Linie, in kürzester Zeit den höchsten Profit aus den Bergwerken mit niedrigwertigem Erz zu erzielen, und sie bestand auf der Einfuhr von Chinesen. Milner schloß sich ihr an, in der Hoffnung, daß die Bergwerke wieder mehr produzieren würden, und um Bedingungen zu schaffen, unter denen, wie er hoffte, eine so große Zahl von weißen Einwanderern angezogen würden, daß die südafrikanische Wirtschaft auf die Anwerbung von Afrikanern, sowohl in den Reservaten als auch den umliegenden Territorien, verzichten konnte.²⁰

Eine im März 1903 in Bloemfontein tagende interkoloniale Zollkonferenz "befand ohne einen anderen Beweis als den Widerwillen der Afrikaner, für den gebotenen Lohn zu arbeiten, daß es südlich des Sambesi nicht genügend Afrikaner gäbe, um den Arbeitskräftebedarf zu decken. ... Deshalb sollten unter strenger staatlicher Aufsicht und der Bedingung ihrer Repatriierung Asiaten ins Land gebracht werden. ... Milner setzte sich voll für die von der Bergwerkskammer vorgelegte Absicht der Einfuhr von Chinesen ein. Die Mehrheit der Arbeitskommission (Labour Commission) berichtete erwartungsgemäß, 'weiße Arbeiter können nicht profitabel mit schwarzen konkurrieren', soweit es um die einfacheren Bereiche der Industrie geht. Sie stellten fest, daß den Goldbergwerken 129 000 Arbeiter fehlten; diese Zahl würde sich bis 1908 auf 325 000 erhöhen, und dieser Bedarf könnte aus Afrika nicht befriedigt werden."²¹ Damit erschöpften sich die Scheinargumente der Bergwerkskammer für die Einfuhr chinesischer Arbeiter noch nicht. Es wurden alle Register propagandistischer Manipulation gezogen, um die Bevölkerung umzustimmen, das heißt, sie für dieses Projekt, dem sie im wesentlichen feindlich gegenüberstand, zu erwärmen. So rief zum Beispiel der Vertreter der Bergwerkskammer am 28. Dezember 1903 zur Unterstützung des Projektes auf: "Soll diese

17 Walker, Eric Anderson, A History of South Africa, London 1957, S. 305.

18 Sachs, E. S., a. a. O., S. 130.

19 Troup, Freda, a. a. O., S. 197 f.

20 Ebenda.

21 Simons, H. J. / Simons, R. E., a. a. O., S. 80.

große Industrie zu einer Schule werden, in der Wilden gelehrt wird, zu zivilisierten Arbeitern zu werden?"²² "Den Arbeitern (weißen Facharbeitern - G. L.) sagten die Bergwerksbesitzer, daß sie weniger von den Chinesen zu befürchten hätten als von einer Horde ungelernter Weißer, die, wie Farrar warnte, sich bald Fachkenntnisse aneignen und 'mit ihnen in Konkurrenz treten' würden. ... Er erläuterte, daß die Chinesen wieder repatriiert werden würden, es ihnen untersagt sei, Handel zu treiben oder Boden zu besitzen, und sie durch Gesetz am Ergreifen bestimmter Berufe gehindert werden sollten. Die Verordnung über die Einfuhr von Arbeitern (Labour Importation Ordinance) von 1904 verbot dementsprechend die Beschäftigung von Chinesen in 55 festgesetzten Berufen, darunter solchen nicht zum Bergbau gehörenden, wie Maurer, Zimmermann, Klempner, Maler, Gärtner und Büroarbeit."²³

Die 1903 von Milner berufene Südafrikanische Kommission für Eingeborenenfragen (South African Native Affairs Commission) "erkannte an, daß die Grundlage der südafrikanischen Politik die Herrschaft der Weißen sei und daß diese nur durch die Differenzierung politischer Rechte auf der Grundlage von Rasse und Hautfarbe aufrechterhalten werden könnte. ... Die Kommission akzeptierte den Grundsatz der permanenten territorialen Trennung ... Boden, der für Afrikaner bestimmt sei, sollte endgültig festgelegt und später kein weiterer zur Verfügung gestellt werden ... Inzwischen litten die Bergwerke, in denen die Arbeiter grausam unterbezahlt, unerträglich untergebracht und ernährt wurden, in erschreckendem Maße unter Arbeitermangel, und von ihnen hing der ökonomische Fortschritt des Landes ab ... Unter der Verordnung über Bergwerke, Betriebe und Maschinen (Mines, Works and Machinery Ordinance) von 1903 wurden die höhere Fachkenntnisse erfordernden Arbeiten so definiert, daß sie für Weiße reserviert bleiben mußten. Das verbesserte jedoch die Arbeitskräftesituation nicht."²⁴

Interessant ist, daß die damalige internationale marxistische Bewegung aus ganz anderen Erwägungen heraus (vor allem, weil sie die freie Wahl der Arbeit und damit die Mobilität der Arbeiter als Grundrecht der Arbeiterklasse, das es mit Nachdruck zu verteidigen galt, ansah) die Übersiedlung chinesischer Arbeitskräfte auch nach Südafrika (jedoch ohne Billigung der Bedingungen!) befürwortete. In seinem Bericht über den Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart (1907) schreibt Lenin: "Über die Resolution zur Aus- und Einwanderungsfrage wollen wir nur einige Worte sagen. Auch hier wurde in der Kommission versucht, zünftlerisch beschränkte Anschauungen zu verfechten, ein Verbot der Einwanderung von Arbeitern aus den rückständigen Ländern (Kulis aus China usw.) durchzubringen. Das ist derselbe Geist des Aristokratismus unter den Proletariern einiger 'zivilisierter' Länder, die aus ihrer privilegierten Lage gewisse Vorteile ziehen und daher geneigt sind, die Forderungen internationaler Klassensolidarität zu vergessen. Auf dem Kongreß selbst fanden sich keine Verfechter dieser zünftlerischen und spießbürgerlichen Beschränktheit. Die Resolution entspricht durchaus den Forderungen der revolutionären Sozialdemokratie."²⁵

Die noch jungen südafrikanischen sowie, wie bereits kurz erwähnt, die etwas reiferen, jedoch auch sehr korrumpierten, britischen Arbeiterorganisationen zeigten sich den von Lenin dargelegten Erfordernissen der internationalen Klassensolidarität nicht gewachsen. So wird zum Beispiel berichtet: "Die Regierung von In-

22 Ebenda, S. 81.

23 Ebenda, S. 83.

24 Troup, Freda, a. a. O., S. 196.

25 Lenin, W. I., Der internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart, in: Werke, Bd. 13, Berlin 1970, S. 71.

dien weigerte sich, die Werbung für die Bergwerke zu gestatten, und deshalb fiel die Wahl auf die unglücklichen Chinesen. Während sich die Kapitalisten der Unterstützung von Milner, Chamberlain und der konservativen Regierung (von Großbritannien - G. L.) versichert hatten, mußten sie feststellen, daß die weiße Bevölkerung des Transvaal, besonders die Arbeiterschaft, entschieden gegen die chinesischen Arbeiter auftrat ... S. W. Fursey, Sekretär der Bergarbeiter-Vereinigung des Transvaal (Transvaal Mineworkers' Association), führte eine organisierte Opposition, wobei ihm W. H. Andrews (das war eine 'Jugendsünde' des späteren Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Südafrikanischen Union und verdienten Internationalisten - G. L.) und andere mit der Verteilung von Flugblättern zur Hand gingen, auf denen es hieß: 'Sobald asiatische Bergleute eingeführt werden, braucht kein weißer Arbeiter mehr um Arbeit nachzufragen.' Farrar (als Vertreter der Bergwerkskammer) ... stellte fest, daß es nicht eine Frage höherer Dividenden sei, sondern es um die Rettung der Bergwerke mit minderwertigem Erz ginge ... Die Arbeiter ... stimmten einmütig für die von Fursey vorgeschlagene Entschließung, die die chinesischen Arbeitskräfte ablehnte. ... 9 Monate später wurden im gleichen Saal die antichinesischen Sprecher niedergeschrien, und man weigerte sich, sie anzuhören."²⁶ Für die Herbeiführung dieses Meinungsumschwungs hatte die Bergwerkskammer gute Vorarbeit geleistet. "Die Bergwerke begannen, ihre Belegschaften zu reduzieren. In jedem Fall wurde den Entlassenen gesagt, daß, falls Chinesen eingeführt würden, sie im Ergebnis der dadurch wieder auflebenden Konjunktur ihre Stellungen wiederbekommen könnten. Die Bergarbeiter wurden gezwungen, die Linie der Einfuhr von Chinesen zu akzeptieren, und der Gewerkschaftsrat (Trades Council) lieferte ein Rückzugsgefecht mit der Forderung an die Regierung, die Chinesen durch Gesetz auf ungelernete Arbeiten zu beschränken. Dem wurde stattgegeben."²⁷ Edward Roux weist sehr richtig darauf hin, daß zwar die Agitation gegen die Verwendung von Chinesen von den britischen Liberalen unter der pseudohumanitären Losung "Nieder mit der chinesischen Sklaverei!" geführt wurde, dagegen die Agitation in Südafrika unter den Losungen "Die billige Chinesenarbeit ruiniert uns! Zum Teufel mit den Chinesen!" erfolgte.²⁸ An anderer Stelle wird darauf hingewiesen, daß es "kaum Differenzen zwischen Chinesen und Schwarzen" gegeben habe.²⁹

Chinesische Kontraktarbeiter im Transvaal in der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts

Nachdem sich die mächtigen Bergwerksbesitzer mit Hilfe der britischen konservativen Regierung, des britischen Gouverneurs Lord Milner und einer durch Druck und geschickte Agitation gefügig gewordenen Bevölkerung durchgesetzt hatten, konnte mit der Einfuhr chinesischer Arbeitskräfte begonnen werden. Im Juni 1904 trafen die ersten Chinesen in Durban (Natal) ein.³⁰ Auf die Frage ihrer Rekrutierung und der damit verbundenen Interessen britischer und deutscher Rekrutierungs- und Schiffahrtsfirmen sowie der dazu eingenommenen Stellung offizieller chinesischer Kreise wird noch später ausführlicher eingegangen werden. Vorerst

26 Cope, R. K., Comrade Bill, Cape Town 1944, S. 71.

27 Ebenda, S. 72.

28 Roux, Edward, Time longer than rope, A history of the Black Man's Struggle for Freedom in South Africa, London 1948, S. 131 f.

29 ZStA, Abt. I, Reichskolonialamt, Akte 6289, Arbeiterbeschäftigungsfrage, T. 1, Bl. 217.

30 Ebenda, Bl. 204.

sollen hier die Frage der Einfuhr sowie der Lebens- und Arbeitsbedingungen chinesischer Bergarbeiter sowie die sich daraus ergebenden innenpolitischen Probleme im Transvaal behandelt werden.

Die Zahlen, die für den jeweiligen Stand der Beschäftigung von Chinesen in den Goldbergwerken genannt werden, müssen zwangsläufig stark differieren, und zwar abhängig vom jeweiligen Stand der Einreisen, der Repatriierung und der natürlichen Abgänge durch Flucht, Arbeitsunfähigkeit oder Tod. Im wesentlichen geben die nachstehenden Daten jedoch einigermaßen richtig den jeweiligen Stand wieder. So heißt es unter anderem: "Bis 30. 9. 1904 waren dort (Tientsin - G. L.) bereits 13 980 abgereist."³¹ Aus Tschifu (Zhifu) wurden vom Oktober 1904 bis Mai 1905 rund 14 000 Kulis verschifft, von Juni bis September 1905 "nur" etwa 2 000.³² In den Goldbergwerken befanden sich 1905 bereits 41 400 Chinesen; insgesamt zählte man außerdem 16 989 Weiße und 104 902 Farbige.³³ Anfang 1905 wurde aus Schanghai an das Kaiserlich Deutsche Konsulat in Nanking (Nanjing) berichtet, daß sich "zur Zeit bereits 40 000 Chinesen an Ort und Stelle befanden".³⁴ Für 1906 wird an anderer Stelle die Zahl von 50 000 chinesischen Kontraktarbeitern angegeben.³⁵ Die Chinesen wurden für drei Jahre unter Vertrag genommen, so daß die ersten im Jahre 1907, die letzten im Jahre 1910 das Land wieder verließen. Insgesamt waren 62 200 Chinesen als Kontraktarbeiter nach dem Transvaal gekommen,³⁶ von denen einige wenige als selbständige Gärtner und kleine Ladenbesitzer zurückblieben.³⁷

Aus verschiedenen Gründen (Ähnlichkeit des Klimas, kräftigere Konstitution usw.) kamen die meisten chinesischen Arbeiter aus Nordchina, vor allem aus der Provinz Schantung (Shandong). Nur 1 700 Südchinesen kamen nach dem Transvaal, wo sie das Klima kaum vertrugen und viele von ihnen an Beriberi erkrankten.³⁸

Entlohnung und Versorgung der chinesischen Kontraktarbeiter waren äußerst schlecht, selbst für südafrikanische Verhältnisse. "Alfred Lyttleton, Staatssekretär für Kolonien, klagte, daß er 'wirklich nicht eine Lage billigen könne, bei der die Chinesen benutzt würden, die Löhne der Kaffern (Afrikaner - G. L.) zu drücken'. Er wurde später dazu gezwungen, einem garantierten Mindestlohn von 1 sh bis 1 sh 6 d je Schicht zuzustimmen, im Vergleich zu einem Schichtlohn für Afrikaner von 1 sh 6 d über Tage und 2 sh unter Tage. In Lagern untergebracht bei einer Arbeitswoche von 60 Stunden, teilte man den Chinesen täglich eine Ration von 1 1/2 (engl.) Pfund Reis, 1/4 Pfund Gemüse und 1/2 Pfund Fleisch oder Fisch zu. Im Todesfall oder bei dauernder Invalidität wurde im Höchstfall eine Entschädigung von £ 10 gezahlt."³⁹ "Die Unterkünfte der Chinesen ... waren stark überbelegt; 20 bis 40 Mann leben in einem Raum. Die Vorschriften erforderten einen Luftraum von mindestens 200 Kubikfuß je Benutzer, obwohl der zuständige Gesundheitsinspektor, Dr. Turner, selbst 300 Kubikfuß für unzureichend erachtete. Die Kammer antwortete, daß die Übernahme seiner Norm die Besitzer

31 Ebenda.

32 Ebenda, Bl. 206.

33 Ebenda, Bl. 207.

34 Ebenda, Akten des Kaiserlich Deutschen Konsulats in Nanking betr. Auswanderung, Nov. 02/Nov. 13, Bl. 4.

35 Roux, Edward, a. a. O., S. 96.

36 Pyrah, Geoffrey Barker, a. a. O., S. 197.

37 Burger, John, *The Black Man's Burden*, London 1943, S. 26.

38 ZStA, Abt. I, Reichskolonialamt, Akte 6289, Arbeiterbeschäftigungsfrage, T. 1, Bl. 211.

39 Simons, H. J./Simons, R. E., a. a. O., S. 83.

zusätzlich £ 1 1/4 Millionen kosten würde. Weder Speiserräume noch Tische oder Stühle wurden zur Verfügung gestellt. Die Arbeiter erhielten ihre Rationen in Blechschalen oder -töpfen und aßen auf dem Zementboden des Hofes oder auf ihren Schlafstellen in den Unterküften. Über Tage arbeiteten sie täglich 12 Stunden oder unter Tage 11 Stunden, ohne Nahrung zu erhalten, und häufig mußten sie bis zu drei Stunden in nasser Kleidung warten, bevor sie ausfahren konnten, da das Gestein vorrangig transportiert wurde".⁴⁰ An anderer Stelle werden noch niedrigere Löhne für die Kontraktarbeiter genannt. Dort heißt es: "... die chinesischen Arbeiter, mit dem stillschweigenden Einverständnis der unter britischem Druck stehenden jeweiligen gefügigen chinesischen Regierung rekrutiert, erhielten einen Lohn von 5 sh für eine 60-Stunden-Woche."⁴¹ In seinem Buch "Imperialismus" kommentierte J. A. Hobson: "... sie werden in Barackenlagern gehalten, man verweigert ihnen das Recht, Eigentum zu erwerben oder nach Beendigung ihrer Dienstzeit als freie Bürger im Lande zu bleiben - Massen von körperlich gesunden Männern ohne Frauen, in dumpfigen Baracken zusammengepfercht, während der Arbeit und in der Freizeit streng bewacht".⁴² Für die Bergwerksbesitzer lohnte sich diese Unmenschlichkeit, wie aus folgenden Produktionszahlen ersichtlich ist: Im April 1904 übertraf die Goldproduktion die von 1894. Hatte sie 1898/99 einen Wert von £ 18 635 937 erreicht, betrug sie 1904/05 wieder £ 18 381 129 (1903: £ 12 1/2 Millionen) und stieg 1906 auf £ 24 Millionen.⁴³

Die Bergwerksgesellschaften nutzten die Anwesenheit der Chinesen nicht nur, um Druck auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Afrikaner auszuüben, sondern auch für die Senkung der Löhne der weißen Arbeiter sowie deren weitgehende Einsparung. Das führte zum großen Streik der weißen Bergleute im Jahre 1907, der allerdings den Arbeitern keinen Erfolg brachte. Ein solches Ergebnis war wohl unausbleiblich, wenn man bedenkt, daß die weißen Arbeiter nicht versuchten, sich mit ihren afrikanischen oder chinesischen Klassenbrüdern zu vereinen. Die Gesellschaften hatten gefordert, "daß jeder weiße Bergarbeiter drei Gesteinsbohrer bedienen sollte, während die Arbeiter auf einem Bohrer bestanden. In Wirklichkeit ging es darum, wie man den unter Tage arbeitenden Afrikaner zu einem afrikanischen Bergmann und den Weißen in einen Aufseher über die Afrikaner umwandeln konnte."⁴⁴ Zu dem Streik von 1907 führte auch die Erkenntnis der Bergwerksbesitzer, daß sie 1910, wenn der letzte Vertrag ablief, die letzten chinesischen Arbeiter verlieren würden. "Solange sich jedoch noch die Gelegenheit bot, waren sie entschlossen, sie für einen Endangriff auf die weißen Bergleute zu nutzen. Geling es ihnen, die Stellung der weißen Bergleute zu schwächen, würde es für sie leichter werden, den Kampf gegen die Arbeiter aufzunehmen, wenn die alten Zustände der Verwendung von nur schwarzen Arbeitern wiederhergestellt sein würden. Für einen solchen Plan stellte die Existenz von etwa 7 000 erwerbslosen Weißen am Witwatersrand einen günstigen Faktor dar ... Der Akkordsatz wurde von 70 sh auf 60 sh per fathom (1 Faden = 1,825 m) gesenkt. ... die Anordnung bedeutete auch, daß der weiße Bergmann stärker in die Rolle des Aufsehers gedrängt wurde, während die chinesischen und afrikanischen Arbeiter als angelernte oder sogar gelernte Arbeiter, die einen Bohrer bedienten, hochgestuft wurden, wofür sie allerdings nur 1/10 oder 1/12 des Facharbeiterlohnes erhielten."⁴⁵

40 Ebenda, S. 84.

41 Lerumo, A., Fifty fighting years. The Communist Party of South Africa 1921 - 1971, London 1971, S. 28.

42 Zit. in: Sachs, E. S., a. a. O., S. 130.

43 Pyrah, Geoffrey Barker, a. a. O., S. 190, 197.

44 Andrews, William Henry, Class struggles in South Africa, Cape Town o. J., S. 19.

45 Cope, R. K., a. a. O., S. 89 f.

Während des Streiks von 1907 übernahmen in Abwesenheit der Streikenden Tausende von Chinesen, die sich mit der Bedienung der Maschinen vertraut gemacht hatten, deren Arbeit, ... 3 Wochen später war der Streik verloren ... Insgesamt wurde die weiße Belegschaft um 10 Prozent reduziert, und die Kosten für den Abbau einer Tonne Felsgestein wurden um ungefähr 25 Prozent gesenkt.⁴⁶ Es ist kein Zufall, daß gerade während des Streiks im Jahre 1907 die Regierung des Transvaal eine Verordnung über die zeitweilige Fortdauer der Gesetze über die Kontraktarbeit (Indentured Labour Laws Temporary Continuance Act - No. 19/1907) erließ, die die Verlängerung der Verträge mit den zuerst zu repatriierenden Chinesen um einen Zeitraum bis zu zwei Monaten festlegte.⁴⁷ Diese Zeitspanne genügte, um die Anwesenheit der Chinesen bis zur endgültigen Niederschlagung des Streiks der weißen Bergarbeiter sicherzustellen.

Die britischen Liberalen, die, wie bereits erwähnt, noch 1894 als Regierungspartei ein Gesetz über die Einfuhr asiatischer Kontraktarbeiter nach Britisch-Guyana erlassen hatten, spielten sich nun als die Verteidiger der abendländischen Kultur gegen die "Chinesen in Ketten" und das "System der Sklaverei von Chinesen" auf. Es gelang ihnen, die öffentliche Meinung gegen die Beschäftigung der Chinesen umzustimmen und damit die Wahl von 1906 zu gewinnen. Ihnen leistete die Gesellschaft zum Schutz der Eingeborenen (Aborigines Protection Society) mit einem Memorandum vom 22. Januar 1906 an den Earl of Elgin Schützenhilfe, in dem sie sich nicht nur für eine bessere Behandlung der Afrikaner einsetzte, sondern auch gegen die Beschäftigung chinesischer Kontraktarbeiter Stellung nahm.⁴⁸

Diese antichinesische Propaganda wurde noch besonders genährt durch das Aufbausen der Kriminalität unter chinesischen Arbeitern. So wird von "Bill" Andrews, der zu dieser Zeit Gewerkschaftsfunktionär im Goldbergbauggebiet war, in dessen Biographie unter anderem berichtet: "Nach Eintritt der Dunkelheit löschte er häufig seine Fahrradlampe und suchte seinen Heimweg beim Licht des Mondes und der Sterne. Seine Tasche beulte sich von einem geladenen Revolver aus. Das waren Vorsichtsmaßnahmen gegen herumstreichende Banden von Verbrechern unter den chinesischen Arbeitern. Selbstverständlich waren auch einige Verbrecher mit den Chinesen ins Land gebracht worden, aber die Bedingungen der praktischen Inhaftierung in den Bergbaulagern trieb viele einfache Menschen zur Gewalttätigkeit. Glücksspiel, Sodomie und offiziell genehmigte Auspeitschungen schufen häufig eine Atmosphäre der Verzweiflung, und einige der Arbeiter versuchten zu fliehen und zu Fuß nach China zurückzukehren. Morde und Raubnahmen zu, und die Buren im Gebiet des Witwatersrand, die erst kurz zuvor geschlagen und entwaffnet worden waren, erhielten wieder die Genehmigung, sich zu bewaffnen, um sich vor den Folgen der kapitalistischen Politik zu schützen. Andrews wurde jedoch nie belästigt."⁴⁹ Angesichts der hier geschilderten Zustände unter den chinesischen Kontraktarbeitern muß es verwundern, daß "im Mai 1906 im Transvaal (nur - G. L.) 1 311 chinesische Kulis wegen krimineller Delikte im Gefängnis" saßen⁵⁰ und daß es nicht mehr waren. Es handelte sich um 2 Prozent der insgesamt fast 65 000 Chinesen, die als Kontraktarbeiter nach dem Transvaal gekommen waren und dort unter unmenschlichen Bedingungen ausgebeutet wurden. Dabei ist auch in Rechnung zu stellen, daß nicht alle wegen "krimineller Delikte" verurteilten Chinesen Räuber und Mörder waren, genausowenig, wie man die hohe Zahl der im heutigen Südafrika verurteilten und eingeker-

46 Ebenda, S. 91 f.

47 Pyrah, Geoffrey Barker, a. a. O., S. 196.

48 Ebenda, S. 26.

49 Cope, R. K., a. a. O., S. 78.

50 ZStA, Abt. I, Reichskolonialamt, Akte 6289, Arbeiterbeschäftigungsfrage, T. 1, Bl. 209.

kerten Afrikaner, die gegen die Paßgesetze und andere diskriminierende Maßnahmen verstoßen haben, als kriminell bezeichnen kann.⁵¹ So beteiligten sich zum Beispiel auch Chinesen an der Kampagne des passiven Widerstandes gegen die Rassendiskriminierung. Zusammen mit dem indischen Führer Gandhi (dem späteren Mahatma) wurde 1907 auch der chinesische Führer Leung Quin (? - G. L.) vor Gericht gestellt und verurteilt.⁵² Dennoch genügte die Agitation interessierter Kreise, gestützt auf einige nicht zu leugnende Zwischenfälle, um die Chinesen in den Augen der Weißen zur Gefahr werden zu lassen. Und da sie ja ihren Zweck erfüllt hatten, konnte die Bergwerkskammer nunmehr ohne weiteres auf sie verzichten. Zu dieser Zeit hatte Churchill die Rekrutierungsgesellschaft der Bergwerkskammer (Witwatersrand Native Labour Association) der Betrügerei und Korruption beschuldigt; sie hätte die Zufuhr von Arbeitskräften wie mit einem Wasserhahn geöffnet oder geschlossen, um die Politik der Repatriierung der Chinesen zu sabotieren.⁵³

Der "Kulihandel" und die britisch-deutsche Konkurrenz

Ein besonders trübes Kapitel in der Geschichte des Eindringens der sogenannten "abendländischen Zivilisation" in China bildet der "Kulihandel". An ihm waren vorwiegend deutsche und britische Firmen beteiligt, die gleichzeitig eng mit entsprechenden Schiffahrtslinien zusammenarbeiteten, wenn sie nicht sogar mit ihnen liiert waren. Das große Elend und die Rückständigkeit Chinas zwangen zahllose verarmte Bauern, ihren Boden zu verlassen und entweder direkt den Anwerbern der Kuli Händler zu folgen oder erst arbeitslos in den Städten zu vegetieren und von dort aus sich anwerben zu lassen. Zentren der Anwerbung waren die Südprovinzen Chinas, vor allem die Städte Pakhoi (Beihai) in der Provinz Guangxi und Swatow (Shantou) in der Provinz Guangdong. Im Norden diente vor allem die Provinz Schantung (Shandong) als Rekrutierungsfeld, wo sich an der Südküste die deutsche Kolonie Kiaotschou (Jiaozhou) und an der Nordküste der Halbinsel die britische Kolonie Weihaiwei befanden. Der Abtransport der angeworbenen Arbeiter erfolgte dort vor allem von Tschifu (Zhifu) und Tientsin (Tianjin). Als Rekrutierungsgebiet war die Provinz Shandong im wesentlichen nur während des Russisch-Japanischen Krieges von 1904/05 ergiebig, da sonst die auswanderungswilligen Chinesen aus Shandong lieber nach Nordostchina (der Mandschurei) oder nach Sibirien gingen. Die Sperrung dieser Auswanderungsmöglichkeit fiel gerade mit dem Rekrutierungsboom für die Goldbergwerke des Transvaal zusammen, was es ermöglichte, die physisch besser geeigneten Nordchinesen dorthin anzuwerben. Die

51 Vgl. dazu auch Burger, John, a. a. O., S. 153. - Für die Zeit um 1940, als Johannesburg eine Einwohnerzahl von ca. 600 000 Personen, davon weniger als die Hälfte Weiße, hatte, stellt er fest: "In Johannesburg befassen sich die Gerichte in jedem Jahr mit 100 000 Fällen, die Afrikaner (Eingeborene) betreffen ... Mehr als 50 % der 'Verbrechen' betreffen Paßgesetze, Steuerverfahren ..., Gesetze, die sich nur auf Eingeborene beziehen; wo derartige Gesetze Europäer betreffen, gelten sie als Zivil- und nicht als Kriminalfälle." Das bedeutet also, daß nahezu ein Drittel aller Afrikaner "straffällig" wurde - demgegenüber muß der Anteil der chinesischen Kriminalität im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. als äußerst geringfügig betrachtet werden. Die Kampagne gegen die "chinesischen Banditen" wurde also angeheizt. Eine angebliche "Bedrohung" durch Chinesen mußte dafür als Vorwand herhalten.

52 Roux, Edward, a. a. O., S. 113.

53 Cope, R. K., a. a. O., S. 88.

Anwerbung erfolgte im wesentlichen durch britische Firmen,⁵⁴ die auch die Verschiffung von Zhifu aus übernahmen. Dabei stützten sie sich auf einen mit der chinesischen Regierung abgeschlossenen Vertrag. Sie waren dadurch ihren deutschen Konkurrenten gegenüber im Vorteil, da es zwischen Deutschland und China keine entsprechende Vereinbarung gab.⁵⁵ Das erklärt auch den Hinweis: "In Tsingdao (Qingdao - G. L.), wo der Einspruch der chinesischen Behörden wegfallen würde, dürfte nicht genügend Menschenmaterial vorhanden sein, um 2 000 Arbeiter zusammenzubringen."⁵⁶

Die südafrikanischen Goldmonopole hatten für die Anwerbung von chinesischen Arbeitskräften gute Vorsorge getroffen. "Herr Wandres, ein Deutscher, ist Generalbevollmächtigter der Johannesburg Chamber of Mines für Shanghai und den Süden Chinas; ein weiterer Vertreter genannter Korporation hat in Chingwantao (Jingwandao - G. L.) und Tientsin (Tianjin - G. L.) seinen Sitz (in Nordchina - G. L.). Beiden liegt die Beschaffung chinesischer Grubenarbeiter für die Transvaalgoldbergwerke ob. Infolge des Russisch-Japanischen Krieges hat in diesem Jahr der starke Abzug von Kulis aus Schantung nach der Mandchurei und Sibirien ausgesetzt, so daß die Anwerbung der Schantungleute für Südafrika fast gar keine Schwierigkeiten bereitet hat."⁵⁷

Bevor auf die näheren Bestimmungen der chinesischen Regierungen zur Kuliausfuhr und -anwerbung sowie deren mehr oder weniger strikte Durchsetzung seitens der Behörden eingegangen wird, sei auf die Frage internationaler Vereinbarungen mit der chinesischen Regierung auf diesem Gebiet hingewiesen. So wurde zum Beispiel am 13. Mai 1904 ein Vertrag über die Kulianwerbung und -ausfuhr zwischen Großbritannien und China abgeschlossen. Er untersagte unter anderem den Chinesen den Zutritt zur Kapkolonie, soweit sie nicht, was eventuell auf Chinesen aus Hongkong (Xianggang) hätte zutreffen können, britische Untertanen waren.⁵⁸ Es war dabei auch vorgesehen, Chinesen nur für ungelernete Arbeiten einzusetzen. Als Rekrutierungsplätze wurden Tientsin und Hongkong vorgesehen.⁵⁹ Daß eine derartige Vereinbarung mit Deutschland nicht vorlag, geht unter anderem aus der Antwort der Deutschen Gesandtschaft in Peking (Beijing) auf die Anfrage des Baubüros Ph. Holzmann & Co. in Dar es Salaam vom 22. Dezember 1905 hervor. In der Antwort wird auf die britisch-chinesische Konvention vom 13. Mai 1904 hingewiesen und betont, daß eine Anwerbung von Kulis für Ostafrika nur nach Abschluß einer ähnlichen (allerdings zu diesem Zeitpunkt nicht vorgesehenen) Konvention zwischen Deutschland und China möglich sein würde.⁶⁰ Wie sich die deutschen Behörden und Anwerber zur Achtung der chinesischen Souveränität verhielten, zeigen folgende Bemerkungen aus dem Jahre 1906, die einem Bericht an die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin entnommen sind - auch wenn man berücksichtigt, daß sich die Skrupel der Briten darauf beschränkten, die Form zu wahren. In dem betreffenden Bericht wird festgestellt: "Nach meinen Erfahrungen an Ort und Stelle kommt es bei dem Anwerbengeschäft von chinesischen Contractarbeitern und bei ihrer Auswanderung aus China mehr auf die Ortskenntnis und auf den persönlichen Einfluß der europäischen Unternehmer als auf Abmachun-

54 ZStA, Abt. I, Reichskolonialamt, Akte 6289, Arbeiterbeschäftigungsfrage, T. 1, Bl. 204, 206.

55 Ebenda, Akte 6286, Bl. 41.

56 Ebenda, Bl. 41 v.

57 Ebenda, Akten des Kaiserlich Deutschen Konsulats in Nanking betr. Auswanderung, Nov. 02/Nov. 13, Bl. 4.

58 Ebenda, Reichskolonialamt, Akte 6289, Arbeiterbeschäftigungsfrage, T. 1, Bl. 197 - 199.

59 Ebenda, Bl. 203 f.

60 Ebenda, Reichskolonialamt, Akte 6286, Bl. 41.

gen zwischen der chinesischen und fremden Regierungen an. Die Handhabe der bestehenden chinesischen Bestimmungen ist bei den einzelnen Provinzialbehörden sowohl wie bei den einzelnen zur Controlle des Auswanderungswesens eingesetzten chinesischen Kommissaren so verschieden, daß die gesetzlichen Vorschriften mehr oder weniger auf dem Papier stehen. Von dem Abschluß einer Convention behufs Regelung der Anwerbung chinesischer Arbeiter verspreche ich mir deswegen nicht viel. Nach meinem Dafürhalten ist die chinesisch-englische Konvention von 1904 auch mehr mit Rücksicht auf ihre Wirkung auf das englische Volk, als auf die chinesischen Behörden geschaffen. Dem Auswanderungsgeschäft hängt viel üble Nachrede an ... Deswegen haben wohl die Hauptinteressenten an der Anwerbung (die südafrikanischen Minenmagnaten) durch die Convention mit ihrer ins Auge fallenden Betonung der Rechte der Kulis auf die eigenen Gegner besänftigend wirken wollen.⁶¹ Wenn auch in dieser Schilderung die Beweggründe der britischen Seite keineswegs falsch dargestellt wurden, so stand hinter den Ausführungen des Berichtes doch wohl vor allem der Konkurrenzneid der deutschen Kulihändler, denen "die Trauben zu hoch hingen".

Die Verbissenheit, mit der sich die deutschen Kulihändler "ihren Marktanteil" erretzen wollten, erklärt sich nicht zuletzt aus einem nahezu weltweiten Interesse an der Ausbeutung chinesischer Kulis. Selbst in der deutschen Landwirtschaft wurde vor dem ersten Weltkrieg die Beschäftigung billiger chinesischer Arbeitskräfte ernsthaft angestrebt, weil sie einen noch höheren Profit versprach, als er aus den sonst während der Saison beschäftigten polnischen Arbeitern zu erzielen war - und dieser war bereits recht hoch. Die "Mecklenburger Nachrichten", Schwerin, vom Sonntag, dem 12. April 1891, brachten zum Beispiel folgende Anzeige: "Diejenigen Herren, welche zum Frühjahr 1892 gewillt sind, chinesische Arbeiter zu engagieren, werden gebeten, ihren Bedarf, das heißt Anzahl der männlichen Arbeiter, bei mir anzumelden. Die Kosten bei 10jährigem Contract werden bei genügender Beteiligung franco Bremen ca. 200 Mk pro Kopf betragen. Alt Poorsdorf bei Kirch-Muslow. (gez.) C. Knaudt."⁶² Ein weiteres Beispiel: Am 23. November 1907 übermittelte das Deutsche Innenministerium dem Reichskolonialamt die Anfrage eines Landwirtes aus dem Kreis Uelzen (Hannover) um Genehmigung zur Beschäftigung chinesischer Arbeiter. Das Ministerium beschied diesen Antrag abschlägig, aber aus den Akten ging hervor, daß mehrere ähnliche Anträge eingegangen waren,⁶³ Alles in allem konnten jedoch die britischen "Kulihändler" ihre deutschen Konkurrenten aus dem Felde schlagen. So wurde der "Kulihandel" auch mit den südafrikanischen Kontrahenten fast ausschließlich über britische Firmen abgewickelt, die dabei riesige Profite erzielten. Auf die wahren Hintergründe der deutschen Zurückhaltung beim Abschluß einer Konvention mit China läßt eine Korrespondenz aus Pakhoi aus dem Jahr 1910 schließen. Darin wird auf wiederholte Verstöße gegen Abmachungen über den "Kulihandel" mit ausländischen Mächten durch deutsche Firmen verwiesen und der Abschluß einer chinesisch-deutschen Konvention empfohlen.⁶⁴ Die Haltung der deutschen Vertreter in China zur Einhaltung chinesischer Gesetze wird zum Beispiel aus folgendem Passus deutlich, der nach der Verschärfung der chinesischen Bestimmungen über den "Kulihandel" als Folge der mit dem Transvaal gemachten Erfahrungen verfaßt worden war. "Natürlich dürfte zur Zeit wohl noch eine Ausfuhr möglich sein, da meines Wissens die beiden deutschen Firmen in Swatow

61 Ebenda, Bl. 45.

62 Aus dem Agrar-Museum Alt-Schwerin (mit Dank an Herrn und Frau Dr. Taube, Sektion Afrika-Nahostwissenschaften der Karl-Marx-Universität Leipzig). - Hervorhebung im Original - G. L.

63 ZStA, Abt. I, Reichskolonialamt, Akte 6286, Bl. 97.

64 Ebenda, Deutsche Gesandtschaft China, 09.02., Akte 1532, Bl. 136.

ihren Geschäftsbetrieb bisher nicht eingestellt haben. Ob man nach chinesischen Verhältnissen auf eine strikte Durchführung des Verbots rechnen kann, ist ja auch nicht mit Bestimmtheit zu sagen; da jedoch die Seezoll-Behörden Anweisungen haben, dürfte die Nichtbefolgung der Proklamation immerhin auf Schwierigkeiten stoßen.⁶⁵ Die "Überwindung" solcher "Schwierigkeiten" gehörte schon immer zur deutschen Politik gegenüber dem halbkolonialen China - man war dort bei der Auswahl der Methoden nicht wählerisch, zu denen neben Bestechung der Beamten auch andere Formen der Umgehung der chinesischen Souveränität, wie Schmuggel, Kidnapping usw., gehörten. So ging denn der "Handel mit Kulis", die besonders nach den Gebieten der Südsee sowie nach Mittel- und Südamerika gebracht wurden, noch lange weiter.

Die "Passagierhäuser"

Über die entwürdigenden Bedingungen, unter denen der "Kulihandel" gerade auch von deutschen Firmen betrieben wurde, liegen erschütternde Berichte vor. Selbst wenn diese zum Teil erst nach 1910 verfaßt wurden, besteht kein Grund zu der Annahme, daß sie nicht auch getreu die Bedingungen schildern, unter denen die chinesischen Arbeiter für den Transvaal angeworben und verschifft wurden. Eine besonders abstoßende Einrichtung waren in diesem Zusammenhang die sogenannten "Passagierhäuser". Über sie heißt es in einem Bericht aus dem Jahre 1912: "Bei der Vermittlung der Auswanderung von chinesischen Arbeitern nach dem Auslande spielen die sogenannten Passagierhäuser eine wichtige und, häufig allzu sehr ausschlaggebende Rolle ... Im inneren Betrieb der Auswanderung aber sind sie es, die den fremden Schiffahrtsfirmen die Passagiere, den Anwerbefirmen die Arbeiter zuführen ... Ohne ein ruhiges ungestörtes Arbeiten der Passagierhäuser ist unter den heutigen Verhältnissen weder das gewöhnliche Auswanderungsgeschäft, wie es für Singapore und Bangkok für den Norddeutschen Lloyd durch die Firmen Butterfield & Swire vermittelt wird, noch das Anwerbe-geschäft, wie es die deutsche Firma Laute und Haesloop für Sumatra betreibt, durchführbar. Die Stellung der Passagierhäuser ist seit dem Jahre 1888 durch von der chinesischen Regierung erlassene Regulationen für den Hafen Swatau dahin geregelt, daß sie nur unter einer vom hiesigen Fremdenamt ausgegebenen Lizenz arbeiten dürfen".⁶⁶ Diese "Passagierhäuser" wurden vom Fremdenamt überwacht und gelegentlich darauf überprüft, ob dort nicht verschleppte Personen gewaltsam festgehalten und für den Abtransport vorbereitet würden. Die Besitzer der Häuser genossen weitgehenden konsularischen Schutz seitens der Länder, für deren Firmen sie arbeiteten. Nach Ausrufung der Republik (Oktober 1911 - G. L.) wurden die Kontrollen verschärft und in einigen Fällen des Menschenraubs sogar Todesstrafen vollzogen.⁶⁷ Über die üblen Praktiken der "Passagierhäuser", auch "Hong" genannt, berichtet der Dolmetscher Weiß aus Pakhoi zu dieser Zeit (noch vor Ausrufung der Republik): "Wenn nun auch, soweit die Firma Schomburg & Co, unmittelbar in Betracht kommt, das Geschäft sich in gesetzlichen Grenzen bewegt, so wurde ich doch durch einige Bemerkungen der chinesischen Beamten und die Commissioners auf einen Übelstand aufmerksam, dessen Beseitigung dringend im Interesse des Ansehens einer fremden Firma liegen sollte. Es handelt sich um die Unterbringung der vom Innern eintreffenden Kulitransporté ... In der Zwischenzeit sehen sich die Kulis in einer Weise untergebracht, die ohne Übertreibung als

65 Ebenda, Akten des Kaiserlich Deutschen Konsulats in Nanking betr. Auswanderung, Nov. 02/Nov. 13, Bl. 12.

66 Ebenda, Deutsche Gesandtschaft China, 09.02., Akte 1532, Bl. 221 f.

67 Ebenda, Bl. 236.

unmenschlich bezeichnet werden kann. Es bestehen in Pakhoi mehrere Kulihongs, welche ... natürlich bemüht sind, möglichst viel Leute bei sich einzustellen, da hierdurch ihr Verdienst sich entsprechend erhöht. Wie eine Besichtigung ergab, sind diese Hongs gefängnisartige, niedrige Baracken von verschiedener Ausdehnung, meist auch von einem Hof umschlossen, der von der Straße durch einen starken, doppelten Bambuszaun in der Weise getrennt ist, daß ein Verkehr der Insassen mit der Außenwelt nicht stattfinden kann. Der einzige Zugang führt zu einer zweiten Umfriedung, die ... stark bewacht wird. Dies Zusammenleben auf einem beschränkten Raum bei völligem Außerachtlassen auch der einfachsten sanitären Vorsichtsmaßregeln hat in einem Falle zu einer großen Sterblichkeit unter den Insassen geführt, zumal bei der Überfüllung der Räumlichkeiten ein großer Teil Tag und Nacht den Einflüssen der Witterung schutzlos in dem offenen Hofe ausgesetzt blieb. So brach im August ds. Js. in einem ... Hong eine chole- raartige Epidemie aus, die zahlreiche Opfer forderte ... Nur unter Schwierig- keiten gelang es, Chinesen zur Beerdigung der Gestorbenen zu veranlassen; der Hongbesitzer weigerte sich, es zu tun, weil die Kulis nicht auf seinem Grund und Boden gestorben seien. In der Tat hatte man sie wenige Schritte vom Hong ent- fernt am Strande verenden lassen. Es war dies ein Hong, der Kulis für die Fir- ma Schomburg & Co. untergebracht hatte."⁶⁸ Sicher weniger aus humanitären Erwägungen als aus der Befürchtung heraus, daß derartige Umstände zu einem völligen Verbot des einträglichen Kulihandels führen könnten, wurden Vorschläge gemacht, die auf eine Verbesserung der Bedingungen hinzielten. So sollte den Hongs eine Abgabe auferlegt werden, um ein Hospital für Kulis außerhalb der Stadt zu errichten und dessen Tätigkeit zu finanzieren. Außerdem sollte die Be- legung jedes Hongs festgelegt werden, wobei für jeden Mann 9 englische Kubikfuß als Mindestmaß vorzusehen seien.⁶⁹ Ferner heißt es: "Ein glaubhafter Beobach- ter erzählte mir, er habe wiederholt gesehen, wie die (beim Abtransport - G. L.) absichtlich in den Hintergrund geschobenen unfreiwilligen Mitreisenden vergeb- lich versucht hatten, durch ihre Umgebung sich durchzuarbeiten und ihren Pro- test anzubringen."⁷⁰ Auf diese Art wurde, zum Teil mit stillschweigender Hilfe und unter Mitwisserschaft der zur Unterbindung von Menschenraub eingesetzten ausländischen Konsularbeamten und chinesischen Inspektoren, die verschärfte Gesetzgebung gegen illegalen Menschenhandel umgangen. Diese kurzen Schilde- rungen der Praktiken der "Kulihändler", die sich beliebig erweitern ließen, sol- len hier genügen. Die hierbei an den Tag gelegte Menschenverachtung hätte aller- dings bei aller Profitgier der Unternehmer nie ein solches Ausmaß an Rücksichts- losigkeit erreichen können, wenn nicht die Lage der verelendeten chinesischen Bevölkerung, die im eigenen Land am Rande des Hungertodes lebte, so schreck- lich gewesen wäre. So heißt es in dem bereits teilweise zitierten Brief aus Pak- hoi weiter: "Es ist eine andere Sache, die chinesische Auswanderung zu stoppen. Die verelendete Bevölkerung der Küste des Golfs von Tonking und der Insel Hai- nan, die periodisch dem Hungertod ausgesetzt ist, wird mit oder ohne Zustim- mung der Beamten auf der Suche nach einem besseren Leben und in der Hoffnung auf eine weniger schreckliche Zukunft ... das Land verlassen. Das vermag die Kurzsichtigkeit der Beamten nicht zu erkennen. Sie verstehen ebensowenig, daß das Elend sehr leicht aus einem armen Teufel einen Banditen machen kann und daß in der Tat die Auswanderung jährlich China von Elementen reinigt, die gege- benenfalls gefährlich werden könnten."⁷¹

68 Ebenda, Bl. 64 ff.

69 Ebenda, Bl. 67 v.

70 Ebenda, Bl. 68.

71 Ebenda, Bl. 136.

Tatsächlich mußte es wohl für nahezu jeden Chinesen ein schwerer Entschluß sein, der Heimat den Rücken zu kehren, selbst auf die Gefahr, die eigenen Familienangehörigen nie wiederzusehen, wenn man bedenkt, wie eng die traditionellen Familienbindungen gerade in China waren.

Reaktionen auf den "Kulihandel" in China

Wenn auch der chinesischen Regierung angesichts ihrer innen- und außenpolitischen Ohnmacht und ihrer korrupten Bürokratie nur wenige Möglichkeiten zur Eindämmung dieses Übels zur Verfügung standen, so lassen sich doch verschiedene Versuche zu wirksamen Maßnahmen nachweisen. Genannt wurden bereits die Konvention mit Großbritannien und die Bestimmungen über die "Passagierhäuser", die jedoch alle wenig effektiv waren. Zudem handelte es sich bei den Versuchen zu Gegenmaßnahmen meist nur um örtliche Aktionen, während die einen größeren Bereich betreffenden Erlasse noch weniger effektiv gewesen zu sein schienen. Am effektivsten waren wohl die vom Gouverneur von Nanjing (Nanking) ergriffenen Maßnahmen, wie aus verschiedenen Berichten des dortigen Deutschen Generalkonsulats hervorgeht. Sehr aufschlußreich erscheint folgende - leider undatierte - Antwort des Deutschen Generalkonsulats in Nanjing auf eine Anfrage aus Tanga, Deutsch-Ostafrika. Sie lautet: "Auf die gefällige Anfrage ... erwidere ich ergebenst, daß Nanking als Mittelpunkt für die Anwerbung und Ausfuhr von chinesischen Arbeitern bisher noch nicht in Frage gekommen ist und hierfür auch nicht in Betracht gezogen werden kann, da die hiesigen Behörden der Frage der Arbeiterauswanderung feindlich gegenüberstehen. So hat erst vor kurzem der Generalgouverneur in Nanking mit Rücksicht auf die angeblichen schlechten Erfahrungen, die bei der Verschiffung von Kulis nach den Minen im Transvaal gemacht worden sind, und um die Auswanderung nach dem in klimatischer Beziehung gefährlichen Panama zu verhindern, durch eine Proklamation vor der Auswanderung dringend gewarnt. Unter diesen Umständen erscheint es ausgeschlossen, daß Bemühungen eine größere Anzahl von Arbeitern für die dortigen Plantagen hier anzuwerben, erfolgreich sein werden."⁷² In einem weiteren Bericht des gleichen Konsulats vom 13. Juli 1907 heißt es: "Nach eingezogenen Erkundigungen scheint die sogenannte 'Kuli-Ausfuhr' in Zukunft unmöglich zu sein. Anlässlich des infolge der 'Exclusion-Bill' (ein Gesetzesakt, der Einwanderungsbeschränkungen für die USA festlegte - G. L.) in Scene gesetzten Boykotts amerikanischer Waren hat auch eine Bewegung gegen Auswanderung Chinesischer Kulis eingesetzt. Infolge der schlimmen Erfahrungen der in das Minengebiet Englisch-Süd-Afrikas verschifften Kulis sowie wegen der etwa zum Bau des Panama-Kanals gehenden Chinesen drohenden Gefahren an Leib und Gesundheit, die das mörderische Klima ohne Zweifel mit sich bringt, haben sich die beiden Handels-superintendenten der Nördlichen und Südlichen Häfen, die General-Gouverneure von Chih-li (Zhili - G. L.), Yuean Shih-kai (Yüan Shikai - G. L.), und von Liang Kiang (Liang Jiang - G. L.), Tuan-Fang, veranlaßt gefühlt, durch Proklamationen vor der Auswanderung zu warnen sowie die Seezollbehörden anzuweisen, die strengste Kontrolle auszuüben, daß fremde Kaufleute oder Chinesen nicht wagen, trotz alledem Kulis durch glänzende Versprechungen anzuwerben und zu verschiffen. ... Es dürfte ... auf Grund der erlassenen Proklamationen auch schwer halten, Chinesische Kulis von den Hauptausfuhrhäfen Amoy (Xiamen, Provinz Fujian - G. L.) und Swatow (Shantou, Provinz Guangdong - G. L.) zu verschiffen."⁷³

⁷² Ebenda, Akten des Kaiserlich Deutschen Konsulats in Nanking betr. Auswanderung, Nov. 02/Nov. 13, Bl. 9.

⁷³ Ebenda, Bl. 12.

In der in der Nähe von Peking erschienenen Zeitung "Shun-tien-ship-pao" (Shuntian ribao) vom 3. März 1907 wurde eine "Öffentliche Bekanntmachung des Handelsuperintendenten der südlichen Meere, Tuanfang, betreffend Unterdrückung des Kuliexporthandels" veröffentlicht, in der unter anderem auf das Gebot der Sicherstellung des Lebens und der Gesundheit der Angeworbenen hingewiesen wird. Es heißt dann weiter: "Es ist daher nicht mehr als selbstverständlich, daß eine jede Regierung, der wir auf Grund vorangegangener Verhandlungen die Anwerbung und den Export von chinesischen Kulis gestattet haben, diesen Kulis während ihres Aufenthalts an dem ausländischen Arbeitsorte ihren Schutz und ihre Fürsorge im vollen Maße angedeihen läßt; und daß Leib und Leben und Geld und Gut absolut sichergestellt werden ... Es ist also in jedem einzelnen Falle vorher durch sorgfältige Prüfung klarzustellen, ob die topographischen und klimatischen Verhältnisse ... so beschaffen sind, daß sie einigermaßen in Einklang stehen mit den Lebensverhältnissen und -gewohnheiten bei uns hier in China. Wenn diese Prüfung ein günstiges Resultat ergibt, mögen die Leute dorthin gehen, wohin sie angeworben sind ... Mir ist neuerdings bekannt geworden, daß die Absicht besteht, zur Aufnahme der Arbeiten für den Panamakanal chinesische Kulis anzuwerben, und daß bereits Werber dafür tätig sind."⁷⁴ Nachdem auf das Fehlen eines staatlichen Abkommens mit den USA verwiesen wird, heißt es weiter: "Allerdings hat neuerdings die amerikanische Bundesregierung von jenem Staat den Panama-Abschnitt käuflich erworben und besitzt also die Staats-, Hoheits- und Verwaltungsrechte darüber. Da diese Gegend aber vom Gebiet der Vereinigten Staaten durch viele tausend Meilen getrennt ist, so wird die Bundesregierung ... sich doch immer in der Gefahr sehen, daß ihr Arm zu kurz ist und nicht bis dorthin reicht. Überdies ist ja in dem chinesisch-amerikanischen Zusatzvertrag (wohl der bereits erwähnten 'Exclusion-Bill' - G. L.) der Zuzug chinesischer Arbeiter nach den Vereinigten Staaten untersagt; daher haben gerade die Amerikaner am wenigsten Veranlassung, jetzt nun doch wieder chinesische Kulis für Arbeiten in einer Gegend anzuwerben, die dem äußeren Anschein nach zu ihrem Staatsgebiet gehört."⁷⁵

Bezeichnend für die Notwendigkeit des Schutzes vor der Anwerbung sind folgende Zahlen: "Von den allein nach Kuba während der Jahre 1847 bis 1866 verschifften Kulis haben nach Daten, die eine Schätzung zulassen, nicht 10 Prozent die achtjährige Kontraktarbeit überlebt und nicht 2 Prozent die Heimat wiedergesehen. In Panama starben von 1 000 für den Bau der Eisenbahn eingeführten Kulis während eines Jahres 800 Mann; von 173 666, die nach Westindien verkauft wurden, kehrten überhaupt binnen 22 Jahren nur 3 879 in ihre Heimat zurück, und diese waren von vornherein bemittelte Leute gewesen. Dem Armen blieb nur die eine Freiheit: zu sterben."⁷⁶ So schließt denn auch ein Absatz der Bekanntmachung des Tuang-Fang mit den Worten: "... wenn die Kontraktzeit um ist, fehlen ihm die Mittel und Wege zur Rückkehr in die Heimat - was bleibt ihm da andres noch übrig, als wehrlos und ergeben dem nahenden Tode entgegenzusehen! Und dann kommt jede Reue zu spät!"⁷⁷ Am Ende werden den Kulihändlern die schwersten Strafen angedroht - allerdings ohne sichtbaren Erfolg, wie der bereits erwähnte Bericht über die Zustände beim "Kulihandel" in Pakhoi im Jahre 1913 beweist.

74 Ebenda, Auswärtiges Amt, Kolonial-Abteilung, A VII, Akte 6286, Bl. 16 f.

75 Ebenda, Bl. 17.

76 Wilhelmy, Emil, China, Land und Leute, Berlin 1903, S. 297.

77 ZStA, Abt. I, Auswärtiges Amt, Kolonial-Abteilung, A VII, Akte 6286, Bl. 18.

Besonders nachdrücklich traten die Revolutionäre Chinas auch gegen den "Kulihandel" auf, wobei sie jedoch zugleich auf die Quelle des Übels in China hinwiesen. In der von Sun Yat-sen (Sun Wen, Sun Zhongshan) in Tokyo herausgegebenen "Min Bao" (Volkszeitung) erschien 1906 ein Artikel von Lei Chou unter der Überschrift "Die Qing-(Mandschu- - G. L.)Regierung hat entschieden, Chinesen in die Bergwerke zu verkaufen". Dieser Artikel handelt zwar in erster Linie von den Ausländern gehörenden Bergwerken in China, umfaßt jedoch das gesamte Problem des Ausverkaufs chinesischer Ressourcen, besonders an Menschen, an das Ausland.⁷⁸ Nach Ausrufung der Republik ließ der neuernannte Präsident, Sun Yat-sen, im Mai 1912 den ausländischen Vertretern durch seine Beamten folgende Erklärung übermitteln, die auf Eingaben chinesischer Bürger in Niederländisch-Indien zur Einstellung des "Kulihandels" zurückgeht. "Ich bemerke dazu, daß es ruchlose Individuen gibt, die unsere Blutsbrüder rauben und verkaufen, um sie in den Schlund des Elends zu stürzen. Unter der verflommenen Mandschu-Dynastie wurde einem Menschenleben, als ob es eine Strohuppe wäre, keinerlei Wert beigemessen. Schließlich ist es dahin gekommen, daß unsere geknechteten Landsleute in Armut schmachten und nicht wissen, wohin sie sich hilfesuchend wenden sollen. Ist dies nicht eine Schmach für unsere nationale Ehre, und spricht nicht die äußerst grausame Behandlung allen Menschenrechten Hohn? ... Kürzlich habe ich dem Auswärtigen Amt aufgegeben, ein Verbotsgesetz gegen Menschenhandel zu formulieren, das vorerst in Kraft treten soll ... Wie könnten wir jetzt, da die Republik begründet ist, zugeben, daß unserer leiblichen Brüder heimatlos und dem Verderben preisgegeben werden ... Das Auswärtige Amt hat Anweisung, nach besten Kräften auf Abhilfemittel bedacht zu sein. Ferner ist der Tutu (Dudu = Gouverneur - G. L.) angewiesen, um der Menschenrechte und unserer nationalen Ehre willen ein strenges Verbot zu erlassen, damit die Spur jener nichtswürdigen Menschenräuber von der Erde vertilgt werde."⁷⁹

Aber auch unter Sun Yat-sen traten keine grundlegenden Wandlungen in der Praxis des "Kulihandels" ein. Freilich war der große Revolutionär viel zu kurze Zeit an der Macht, als daß er seine Vorstellungen mit dem nötigen Erfolg hätte durchsetzen können. Dies ändert indessen nichts an der Gültigkeit der Feststellung, daß das Übel des "Kulihandels" nur am Rande von subjektiven Faktoren - der Befähigung und dem guten Willen der chinesischen Regierung und ihres Verwaltungsapparates -, entscheidend aber von objektiven Faktoren - den ökonomischen Tatbeständen - geprägt wurde: Solange ein weltweiter Bedarf an chinesischen Arbeitskräften bestand, aus denen sich Maximalprofite erzielen ließen, mußten alle gegen den "Kulihandel" gerichteten Verbote im wesentlichen wirkungslos bleiben, zumal der Zustand der chinesischen Wirtschaft den einfachen Menschen oft keine andere Wahl ließ, als auszuwandern, um dem Hungertod zu entgehen.

Nachwirkungen der chinesischen Kontraktarbeit in Südafrika

Mit der Repatriierung des letzten Kontraktarbeiters aus dem Transvaal im Jahre 1910 war das Chinesenproblem im wesentlichen für Südafrika gelöst. Allerdings blieben, wie bereits erwähnt, einige selbständige Gewerbetreibende im Lande, und es waren sicher auch noch Nachkommen chinesischer Einwanderer aus dem 17. und 18. Jahrhundert in Südafrika nachzuweisen. Während des Aufenthalts des Verfassers dieses Artikels in Südafrika während der späten dreißiger und der vierziger Jahre wurde die Zahl der Chinesen im Lande auf zirka 2 000 geschätzt.

⁷⁸ Min Bao, Tokyo, Nr. 4/1906, S. 81 - 96.

⁷⁹ ZStA, Abt. I, Deutsche Gesandtschaft China, 09.02., Akte 1532, Bl. 144.

Die meisten von ihnen lebten im Transvaal als Lehrer, Kleingewerbetreibende usw. In den Statistiken verschwinden sie schon seit langem unter der Kategorie "Asiaten", zu denen vor allem die zirka 250 000 Inder (zumeist Nachkommen der in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts für die Zuckerplantagen in Natal angeworbenen Arbeiter) und die Kap-Malayen zählen (letztere Nachkommen exilierter Widerstandskämpfer aus den niederländischen Kolonien im 17. und 18. Jahrhundert). Die Malayen sind zumeist in Kapstadt konzentriert, und ihre Zahl beträgt auch nur wenige Tausend. Was die Chinesen anbetrifft, so konnten bisher nur wenige Hinweise gefunden werden. "Im Transvaal gibt es Schulen für Inder und Mischlinge (gemischt), für Inder und für Mischlinge allein sowie auch für Chinesen."⁸⁰ In einer Statistik aus dem Jahre 1964 über die Religionszugehörigkeit der südafrikanischen Bevölkerung steht unter "Konfuzianern": "1 919 Asiaten, 7 Mischlinge, 3 Afrikaner und 5 Weiße."⁸¹ Es ist als sicher anzunehmen, daß die 1 919 konfuzianischen Asiaten im wesentlichen Chinesen waren. Die Zahl der Chinesen dürfte in Südafrika jedoch höher gewesen sein, da diese sicher nicht alle der konfuzianischen Konfession angehörten. Japaner, die bereits seit den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts als "Weiße" gelten, können höchstens unter den 5 "weißen" Konfuzianern gewesen sein. Die Höherstufung der Japaner zu "Weißen" - und damit ihre Sonderstellung gegenüber den anderen Einwohnern asiatischer Herkunft - soll dem Vernehmen nach darauf zurückzuführen sein, daß die japanische Regierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein Kriegsschiff mit der Drohung entsandt habe, Kapstadt zu beschießen, wenn die Japaner nicht als vollwertige "Weiße" anerkannt würden. Auf jeden Fall - auch wenn es sich nicht genauso zugetragen haben sollte - beruhte der besondere Status der Japaner auf der Großmachtstellung ihres Herkunftslandes. Aus gleichem Grund, und als Anerkennung für den Verrat der Maoisten an der Befreiungsbewegung, sind seit kurzem auch die Chinesen zu "Weißen ehrenhalber" hochgestuft worden. Vielleicht spielen in diesem Zusammenhang auch Erfahrungen aus den Kriegsjahren 1942/43, als die Japaner in Asien auf dem Vormarsch waren und man mit einem japanischen Angriff auf Afrika rechnen mußte, eine gewisse Rolle. Damals identifizierten sich in Südafrika viele Asiaten, Afrikaner und Mischlinge mit den Japanern, "Die Mischlinge in der Kapprovinz waren von dieser Möglichkeit (einer japanischen Invasion - G. L.) nicht nur nicht erschreckt, sie betrachteten die japanischen Siege mit unverhohlener Freude. Ihre Sympathien und Hoffnungen galten den kleinen gelbhäutigen Männern, die sich den Briten und Amerikanern überlegen gezeigt hatten. Smuts ... hielt daraufhin im Rathaus von Kapstadt seine berühmte Rede über die 'Abkehr von der Rassentrennung'".⁸² Südafrikas Ministerpräsident Smuts erklärte sich damals sogar bereit, im Notfall die Afrikaner zu bewaffnen, um die "gemeinsame Heimat" zu schützen.

Auch wenn die Episode der chinesischen Kontraktarbeit mit der Repatriierung der Arbeiter im Jahre 1910 als abgeschlossen gelten kann, so hat sie doch ihre Spuren bis auf den heutigen Tag hinterlassen. Sie ermöglichte es den Bergbaumonopolen, ihren Würgegriff über die gesamte Wirtschaft der Union von Südafrika zu festigen. Sie trug zur Verschärfung der Rassentrennung im Lande und zur Proklamierung der sogenannten "Civilised Labour Policy" (Politik der zivilisierten Arbeiter) bei, die die Privilegien der weißen Arbeiter und damit die Rassenschranke unter den Proletariern unterschiedlicher ethnischer Gruppierungen verschärfte, woraus ebenfalls die herrschenden Klassen, besonders die Kapitalisten der

80 Year Book and Guide to Southern Africa 1964, hg. v. A. Gordon-Brown, Cape Town 1965, S. 63.

81 Ebenda, S. 77.

82 Roux, Edward, a. a. O., S. 314.

Bergbaumonopole und die Großagrariar, Vorteile zogen. Nur sehr schwer fanden Angehörige der weißen Arbeiterschaft zu einer Position der Klassenolidarität mit ihren farbigen Brüdern und Schwestern. Ihr Vortrupp war in der kommunistischen Partei organisiert, die keine Rassenschranken kannte. Ihr gehörten aber nur sehr wenige weiße Arbeiter an, Die weißen Mitglieder der kommunistischen Partei entstammten mehr der Schicht der Intellektuellen, von denen viele aufopferungsvolle Arbeit bei der politischen und allgemeinen Bildung der Unterprivilegierten leisteten. Zahlreiche weiße Kommunisten trugen dazu bei, die farbigen Proletarier gewerkschaftlich zu organisieren und eine eigene Führerschaft aus deren Reihen heranzubilden. Andererseits war es angesichts der seit der Gründung der Union von Südafrika im Jahre 1910 immer schärferen diskriminierenden Gesetze gegen die gesamten nichtweißen ethnischen Gruppen schwer, die Barriere des Mißtrauens der unterdrückten ethnischen Gruppen gegenüber den fortschrittlichen Weißen abzubauen. Die dominierende Rolle der Bergwerkskammer in der südafrikanischen Politik und Wirtschaft ist noch immer nicht überwunden, auch wenn inzwischen andere Wirtschaftszweige an Bedeutung gewonnen haben und eine auch relative Zunahme von südafrikanischem Kapital im Vergleich zu ausländischem zu verzeichnen ist. Es darf aber dabei nicht übersehen werden, daß die Bergbaumonopole ihre Arme auch nach anderen Wirtschaftszweigen ausgestreckt haben und es ihnen dadurch gelungen ist, die ökonomische Ausbeutung der Afrikaner und deren politische Unterdrückung ständig zu verschärfen.

Daß diese Situation in der Epoche des gesetzmäßigen weiteren Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ein Anachronismus ist, bedarf keiner weiteren Beweisführung. Aber es wird noch harte Kämpfe kosten, ehe sich diese Gesetzmäßigkeit auch in Südafrika durchsetzen kann.

Abschließend sei noch bemerkt, daß es sich bei dieser Arbeit um eine erste Studie handelt, die noch der Vertiefung und besonders der Erweiterung mit Material bedarf, das zur Zeit dem Autor noch nicht zugänglich ist.

Die Sklaverei im brasilianischen Minen-Komplex (1700 bis 1808)

von Jürgen Hell

Der Plantagen-Komplex

Der Minen-Komplex

Die Minensklaverei

Der Kronfünfte

Diamantina: Kolonie in der Kolonie

Immer noch wird die lateinamerikanische Sklaverei vornehmlich als Plantagen-sklaverei charakterisiert. Diese war jedoch nur eine Form der Sklavenarbeit.

Der Begriff der manufakturkapitalistischen Sklaverei umschließt alle konkreten Formen der versklavten Acker-, Hirten-, Handwerks-, Minen-, Manufaktur- und Hausarbeit. Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen soll die brasilianische Minensklaverei des 18. Jahrhunderts stehen. Um die historische Kontinuität der Sklaverei Brasiliens zur Geltung zu bringen und die spezifischen Züge der Minensklaverei deutlicher von anderen Formen versklavter Arbeit abzuheben, seien einige Bemerkungen über den Plantagen-Komplex vorangestellt.

Der Plantagen-Komplex

Die Entwicklung des Kapitalismus begann in Brasilien nicht wie im übrigen Lateinamerika (die Karibik ausgenommen) mit dem im 19. Jahrhundert weltweiten Siegeszug des Fabriksystems, sondern mit der Erdumrundung des Handelskapitals und exportfähiger Manufakturen im Gefolge der kolonialen Eroberungen. Als Handelspartner verknüpft mit dem westeuropäischen Kaufmannskapital, entwickelten die portugiesischen Kolonisatoren schon im 16. Jahrhundert in der brasilianischen Küstenlandschaft die Rohrzuckerplantagen, im 18. Jahrhundert die Minen im Landesinnern und im 19. Jahrhundert die Kaffeeplantagen als Agrar- und Manufakturkapitalismus mit Sklaverei und nebengeordneter freier Lohnarbeit (Sklavenmanufaktur) zur bestimmenden Produktionsweise, die den anderen koexistierenden - Gentilkommunismus, kleine Warenproduktion und Subsistenzökonomie - Rang und Einfluß zuwies und sie entsprechend dem eigenen Produktionsrhythmus transformierte oder auflöste. Als "kommerzielles Exploitationssystem" (Marx) war sie von Anbeginn der Kolonisation in den internationalen kapitalistischen Reproduktionszyklus integriert. Den Zusammenhang zwischen amerikanischer Sklavenwirtschaft und westeuropäischer Manufaktur brachte Marx auf die gültige Formel, daß "die verhüllte Sklaverei der Lohnarbeiter in Europa zum

Piedestal die Sklaverei sans phrase in der neuen Welt" bedurfte.¹ Diesen Gedanken weiterführend, interpretieren wir die Plantagen als eine spezifische Variante des Manufakturkapitalismus unter kolonialen Bedingungen. Die Plantagen waren Sklavenmanufakturen, die in großer Kooperation Agrikultur und Handwerke kombinierten, um in tropischem und subtropischem Milieu massenhaft wenige Nahrungs- und Genußmittel oder agrarische Rohstoffe (Zucker, Tabak, Baumwolle, Kaffee, Kakao) zu erzeugen, die über den Welthandel gegen jede beliebige Form von amerikanischen, europäischen, afrikanischen und asiatischen Gebrauchswerten ausgetauscht werden konnten. Auf den für den Weltmarkt arbeitenden Plantagen fielen das Eigentum am Boden, an den Produktionsinstrumenten und an den Arbeitskräften zusammen, ebenso Rente und Profit. "In ... plantations, von vornherein Handelsspekulationen, für den Weltmarkt produzierend, findet kapitalistische Produktion statt, obgleich nur formell, da die Negersklaverei die freie Lohnarbeit, also die Grundlage der kapitalistischen Produktion, ausschließt. Es sind aber Kapitalisten, die das Geschäft mit Negersklaven treiben. Die Produktionsweise, die sie einführen, ist nicht aus der Sklaverei entsprungen, sondern wird auf sie gepfropft. In diesem Fall ist Kapitalist und Grundeigentümer eine Person."² Wie Marx tiefgründig einschätzte, erwuchs die Plantagenwirtschaft nicht aus der Sklaverei, sondern wurde über den transatlantischen Sklavenhandel mit versklavten Afrikanern in Funktion gesetzt.

Im Unterschied zum westeuropäischen Manufakturkapital erzwang das amerikanische Plantagenkapital den massenhaften Einsatz von Arbeitskräften dadurch, daß es die Arbeiter selbst unter die objektiven Produktionsbedingungen einreichte. In Westeuropa war der Arbeiter keine Produktionsbedingung, nur seine Arbeit. Das Manufakturkapital eignete sich hier nicht den Arbeiter an, sondern nur dessen Arbeit und auch diese nicht unmittelbar, sondern durch den Austausch (Verkauf und Kauf der Arbeitskraft, nicht der Person) vermittelt.

In Brasilien und auf den Antillen dagegen eignete sich das Plantagenkapital die ganze Arbeitsexistenz des aus der afrikanischen Gentilgesellschaft entführten Negers gleichsam als lebendige Arbeitsmaschine an.³ Der Arbeiter mit schwarzer Haut war eine gekaufte Sache, ein Objekt. Er konnte nicht als Subjekt mit eigenem Willen, als Eigentümer seiner Arbeitskraft leben. Er wurde ständig gezwungen, in ihr das Eigentum eines anderen zu sehen. Doch das konnte er nur, wenn man seinen Freiheitswillen unablässig durchaußerökonomische Gewalt brach. Ständig wollte er daher die gesellschaftliche Beziehung auflösen, die ihm die Selbstbestimmung über seine Arbeitskraft nahm. Neben Verweigerung und Verlangsamung der Arbeit, unachtsamem Umgang mit den Werkzeugen, Mißhandlung des Arbeitsviehs, Freitod, Abort, religiösem Zusammenschluß in Bruderschaften, lokalen Rebellionen und Aufständen war die Flucht ins Hinterland die häufigste Widerstandsform. Dem kapitalistischen Sklavenhalter wiederum erschien das Eigentum am Menschen nicht als Resultat des Produktionsverhältnisses, sondern durch Kauf erworben.⁴ Aber nicht dieser Kauf und Verkauf erzeugten das Produktionsverhältnis, sie übertrugen es nur. Die Arbeitskraft mußte durch direkte Gewaltanwendung der Sklavenjäger ihrer Freiheit beraubt sein, bevor der Menschenhandel stattfinden konnte. Nach vorläufigen Berechnungen wurden von 1500

1 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 787.

2 Derselbe, Theorien über den Mehrwert, T. 2, in: ebenda, Bd. 23, Berlin 1974, S. 299.

3 Derselbe, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 368, 397.

4 Derselbe, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 25, 182, 784.

bis 1850 insgesamt 3,6 Millionen Afrikaner nach Brasilien eingeführt, wobei das Verhältnis von Männern zu Frauen 4 zu 1 war - von 1500 bis 1600: 0,05 Millionen; von 1601 bis 1700: 0,56; von 1701 bis 1800: 1,89; von 1801 bis 1850: 1,15 Millionen,⁵

In das gesamte Amerika dürften etwa 10 Millionen versklavte Afrikaner importiert worden sein. Die Blüte der Plantagenökonomie in Amerika war also bedingt durch die Entvölkerung, die Deformation der Produktionsweisen, die Klassenspaltung in den afrikanischen Gesellschaften und die Ablenkung der traditionellen innerafrikanischen Handelswege an die westafrikanische Küste. Aufstieg des amerikanischen Manufakturkapitalismus (Plantagenkapitalismus) und Stagnation der afrikanischen Gesellschaften waren die gegensätzlichen Resultate des transatlantischen Sklavenhandels.

Der Sklavenhandel bewirkte nun nicht nur die Funktionsfähigkeit der Sklavenmanufaktur, sondern beeinflusste auch den Kolonialhandel insgesamt, der die Form eines trikontinentalen Austauschdreiecks annahm.

Europäische Kaufleute erwarben in Westafrika Negersklaven für Metallwaren, baumwollene Gewebe, Waffen, Rum und Tabak. Als Sklavenhändler brachten sie ihre Menschenfracht nach Brasilien, Westindien und Nordamerika und verkauften sie gegen die von den Plantagensklaven erzeugten Produkte, wie Zucker, Tabak, Baumwolle oder Kaffee. In die Metropolen verfrachtet, wurden die Kolonialwaren wieder gegen Manufakturwaren ausgetauscht oder als Rohstoffe abgesetzt. Europa lieferte die Manufakturerezeugnisse der freien Lohnarbeit, Afrika die Zwangsarbeiter, Amerika die manufakturrellen Plantagenprodukte. Dieser Dreieckshandel mit mehr als hundertprozentigem Gewinn in jeder Phase akkumulierte zusammen mit anderen Quellen Kapital, das in Westeuropa seit 1750 das Manufakturwesen sprengte und das Fabrikwesen hervorbrachte, was seinerseits zur Negierung der amerikanischen Sklavenmanufaktur und schließlich zu deren Auflösung führte.

Die Sklavenmanufaktur als dominierende Produktionsweise entwickelte sich im brasilianischen Fall in drei Produktionsformen: der Rohrzuckerplantage im Nordosten des Landes, der Kaffeeplantage in Rio de Janeiro und São Paulo sowie der Mine in Minas Gerais. Die Rohrzuckerplantage (Engenho) bestand jeweils aus zwei Sektoren, dem agrikolen und dem manufakturrellen. Sie umfaßte alle Produktionsbedingungen (großes Landeigentum, Sklavenschaft, Aufseher, Sklavenhandel, Arbeitsinstrumente, Engenho (Zuckermühle), Herrenhaus, Sklavenhütten, Rindvieh als Arbeitskraft, Wagen, Verkehrswege, Nahrungsmittel, Investitionskredite), um Zuckerrohr zu erzeugen und es in Rohrzucker als Manufakturprodukt umzuwandeln. Im 18. Jahrhundert gehörten zu einer größeren Plantage 15 bis 30 Freie und 100 bis 200 Sklaven, im 19. Jahrhundert 200 bis 300 Sklaven.⁶ Die Sklaven waren als Feldarbeiter, Fachhandwerker, Manufakturarbeiter und Hausdiener tätig. Wie die kubanische so kombinierte auch die brasilianische Zuckermanufaktur von Anbeginn die versklavte Arbeit mit der freien Lohnarbeit, der gewöhnlich die Funktionen der Leitung, Aufsicht und der das Produktionsergebnis entscheidenden Spezialisierung zufielen.

5 Curtin, Philip D., *The Atlantic Slave Trade. A Census*, Madison 1969, S. 88 f., 268.

6 Vianna, Helio, *Estudos de história colonial* (Studien zur Kolonialgeschichte), São Paulo 1968, S. 240 - 251.

Bereits um 1650 zählte beispielsweise der Engenho Sergipe do Conde 25 Pächter, 17 Lohnarbeiter, 10 Tagelöhner und 274 Sklaven.⁷ Bis zur Entwicklung der halbmechanisierten Rohrzuckermanufaktur im 19. Jahrhundert wurde der Wert einer Plantage mehr durch den landwirtschaftlichen Sektor und die Zahl ihrer Arbeitsklaven als durch den Engenho mit der Presse als einziger Maschine bestimmt. Erst der Einzug der Industriellen Revolution in Form der mechanisierten Engenhos (seit 1830) kehrte das Kapitalverhältnis allmählich um und bewirkte die allgemeine Krise der Sklaverei.

Wie der Engenho war auch die sich seit 1830 rasch ausdehnende Kaffeeplantage eine Sklavenmanufaktur, die versklavte Feldarbeiter, Fachhandwerker, Hausdiener und unqualifizierte Manufakturarbeiter mit einer geringen Zahl freier Lohnarbeiter zusammenführte.⁸ Ihre Produktionselemente bestanden in großem Landeigentum, Sklavenschaft, Überwacher, Herrenhaus, Sklavenhütten, Werkstätten und Tennen. Ein wesentlicher Unterschied zum Engenho aber bestand darin, daß dessen Blüte in die Manufakturperiode mit transatlantischem Sklavenhandel fiel, der Aufstieg der Kaffeeplantage dagegen in die Fabrikperiode des Kapitals nach der Unterbindung des überseeischen Sklavenhandels seit 1850. Der Kampf um die Arbeitskräfte und um deren Freiheit oder Unfreiheit wurde deshalb hier am heftigsten ausgetragen.

Der Minen-Komplex

Seit Beginn des 18. Jahrhunderts bildeten die Gold- und Diamantenminen in Minas Gerais einen Wirtschaftssektor, der sich erstmals unabhängig und gegensätzlich zum Rohrzuckerplantagen-Komplex entwickelte. Wie die Zuckermanufaktur beruhen auch sie auf der kombinierten Sklavenarbeit, jedoch war der Kombinationsgrad von versklavter und freier Arbeit weitaus geringer als im Plantagen-Komplex.

Wie die Plantagenwirtschaft löste auch die Goldwäscherei die Gentilgesellschaft auf, indem sie die Indios ihres Lebensgrundes beraubte, deren Arbeitskraft versklavte und deren widerstandsfähigste Gemeinwesen verdrängte.⁹ Während die Carijós die lebendigen Werkzeuge der Goldwäscher wurden, zogen sich die Co-roado, Caropó, Puri, Botocudo, Macuaní und Malalí in die undurchdringlichen Urwälder der Serra do Mar zurück. Militärposten an den Waldrändern trennten sie von der sich ausbreitenden manufakturkapitalistischen Kolonialgesellschaft. Erfasst von der "auri sacra fames", bahnten sich in unaufhaltsamen Zügen Goldsucher aus allen Provinzen seit 1700 den Weg durch den Sertão zu den Goldflüssen Rio das Velhas, Rio das Mortes und Rio Doce an den Abhängen der Serra do Espinhaço.

7 Bueseu, Mircea, *História econômica do Brasil. Pesquisas e análises (Wirtschaftsgeschichte von Brasilien. Forschungen und Analysen)*, Rio de Janeiro 1970, S. 130.

8 Violitti da Costa, Emilia, *Da Senzala à Colônia (Von der Sklaverei zum Pacht-system)*, São Paulo 1968; Dean, Warren, *Rio Claro, A Brazilian Plantation System 1820 - 1920*, Stanford 1978.

9 Eschwege, Wilhelm Ludwig v., *Pluto Brasiliensis*, Berlin 1833, S. 13; Spix, Johann Baptist v./Martius, Carl Friedrich Philipp v., *Reise in Brasilien in den Jahren 1817 bis 1820*, 3 Bde., München 1823 - 1831, Bd. 1, S. 348.

Nicht nur freie Tagelöhner und kleine Eigentümer erlagen der Anziehungskraft des Goldes, sondern auch Senhores de Engenho mit ihren Sklavenschaften. Im Aufblühen der Goldproduktion vergingen viele Plantagen.¹⁰ "Aus den Küstenstädten und Plantagen des Nordostens sowie des brasilianischen Sertao kamen Weiße, Mulatten und Schwarze nebst vielen Indios, deren sich die Paulisten als Arbeitskräfte bedienten. Die Mischung bestand aus Personen aller Art: aus Männern und Frauen, Jungen und Alten, Armen und Reichen, Adligen und Plebejern, Laien, Klerikern und Mönchen der verschiedensten Orden".¹¹ Die Flotten entluden von 1705 bis 1750 jährlich 2000 bis 4000 Personen aus Portugal, die in die Minenregion einwanderten. Der Auszug war so stark, daß die Krone 1720 einen königlichen Paß für die Auswanderung nach Brasilien einführte.¹² Halb Portugal, übertrieb zeitgenössisch Ferreira Machado, habe sich binnen kurzer Zeit in das brasilianische Emporium versetzt gesehen.¹³

Bereits 1709 zählte die Minenzone 30 000 Zugewanderte, die in der Goldwäscherei, dem Ackerbau und der Viehzucht sowie dem Sklaven-, Lebensmittel- und Werkzeughandel tätig waren. An den reichhaltigen Fundstellen entstanden aus Feldlagern bald feste Ortschaften, Stadtrechte erhielten Vila Rica de Ouro Preto 1711, Mariana 1711, Sabará 1712, São Jorge d'El-Rei 1712, Caeté 1714, Vila do Principe 1714. Alle diese Ortschaften lagen auf einem Hochplateau, von dem nach Norden die Quellen des Rio São Francisco, nach Osten die des Rio Doce und nach Südwesten die des Rio Grande abzweigten. Diese Gegend, ursprünglicher Sammelpunkt der Goldsuche wegen der goldhaltigen Flußbetten und Abhänge, nannte man Minas Gerais: Herz aus Gold in einer Brust aus Eisen.

Um die Eintreibung des Königsfünftels am edlen Metall durchzusetzen und dem ökonomischen Niedergang des Plantagen-Komplexes entgegenzuwirken, suchte die Krone den chaotischen Zustrom von Handelskarawanen und Sklaven ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Daher bestimmte das Minenreglement von 1702, daß jede Viehherde, die aus Bahia nach Minas käme, um gegen Goldstaub verkauft zu werden, von der Intendencia zu registrieren und der königliche Steueranteil von ihrem Goldpreis abzuziehen sei. "Wenn sie welche verheimlichen, so müssen sie den Wert doppelt bezahlen und werden obendrein noch gefangengesetzt und bestraft wie jeder andere Schleichhändler des Goldes".¹⁴ Sklavenhändlern und Kauflenten wurde der Bahia - Minas-Landweg verboten. "Niemand aus der General-capitania Bahia darf nach Minas auf dem Weg durch den Sertao andere Waren oder Güter einführen als Vieh, und wenn sie andere Waren einführen wollen, so muß es über Rio de Janeiro sein, auf dem Wege von Taubaté oder São Paulo, um auf diese Art zu bewirken, daß sie, ohne Goldstaub nach jener Seite hin auszuführen, dennoch ihren Handel betreiben können wie alle übrigen."¹⁵ Verjagt werden sollten alle Personen, die nicht Gold wuschen, "denn diese trachten nur danach, um den Fünfteln zu betrügen und die Lebensmittel aufzuzehren, welche die Mineiros gebrauchten".¹⁶

10 Handelmann, Heinrich, Geschichte von Brasilien, Berlin 1860, S. 553 f.

11 Antonil, André João, Cultura e Opulência do Brasil (Kultur und Reichtümer Brasiliens), Sao Paulo 1923, T. 3, Kap. 5, S. 213.

12 Boxer, C. R., The golden Age of Brazil, 1695 - 1750. Growing Pains of a Colonial Society, Berkeley 1962, S. 49.

13 Ferreira Machado, Simão, Triunfo Eucharístico (Eucharistischer Triumph), Lissabon 1734, S. 18.

14 Eschwege, Wilhelm Ludwig v., a. a. O., Reglement, wie es mit den metallischen Grundstücken und den Gewässern gehalten werden soll. 19. April 1702, S. 118 - 128, 123.

15 Ebenda.

16 Ebenda, S. 124.

Sowohl die Bewohner des Gebietes von Sao Paulo, die Paulisten, wie die bahianischen Fazendeiros (Viehzüchter) mit ihren bewaffneten Gefolgschaften und Sklavenscharen ignorierten die königlichen Verdikte "ohne Achtung vor menschlichem oder göttlichem Recht",¹⁷ Viehhandel und Sklavenhandel erwiesen sich als unkontrollierbar. Unaufhaltsam verlagerten sie sich von Bahia und Recife nach Rio de Janeiro. Weder der metropolitanische Befehl, jährlich nur 200 Negerklaven aus Westafrika über Rio de Janeiro nach Minas einzuführen noch das Verbot an die Senhores de Engenho, den Mineiros Plantagensklaven zu verkaufen, noch die Militärposten auf den Handelsstraßen und die Schiffskontrollen in den Häfen vermochten den Austausch, das Preisgefüge und die Binnenwanderung zum Nachteil des Plantagen-Komplexes aufzuhalten. Der Sklavenpreis von 250 Oitava für einen neu eingeführten Sklaven (Bozal), 300 für einen bereits über 5 Jahre im Lande lebenden Sklaven (Ladino), 500 für einen in Brasilien geborenen Sklaven (Crioulo) und 600 für eine Mulattin (ein Ochse kostete vergleichsweise 100 Oitava) ließ die Sklavenhändler in Rio de Janeiro und Santos sich über alle Reglements hinwegsetzen,¹⁸ Auf eigenen Schiffen führten sie unkontrolliert aus englischen und niederländischen Faktoreien in Westafrika im Austausch gegen Tabak, Gold und Rum Sklavenmassen für die Goldwäscherei und Goldgräberei heran.

Die Okkupation der goldhaltigen Landstriche erfolgte in der ersten Zeit nach der Norm des Faustrechtes. Reiche Goldwäscher mit einer zahlreichen bewaffneten Sklavenschar eigneten sich im allgemeinen die besten Flußabschnitte an und vertrieben diejenigen, hinter denen keine Gefolgschaft stand. In das Chaos des Goldrausches sollte nun der königliche Minenkodex das koloniale Ordnungsprinzip einführen.¹⁹ Die Verwaltung der Minen übernahm ein Superintendent, dem eine Verwaltungsmiliz, die Guarda-Mores, zur Seite stand. Wer ein goldhaltiges Flußbett fand, erhielt das Recht, für sich den ersten und dritten Anteil (data) von jeweils 66 Quadratmetern auszuwählen. Der zweite Anteil "an der besten und reichsten Stelle des Baches oder Flusses" gehörte der Krone und wurde meistbietend versteigert. Alle folgenden Anteile wurden entsprechend der Sklavenzahl - 4, 40 Quadratmeter für jeden - vom Guarda-Mor verteilt. Die Wasch- und Schürfteile waren Privateigentum, jedoch blieb ihr Eingang in die freie Zirkulation beschränkt. Niemand sollte einen zweiten Anteil erhalten, bevor der erste erschöpft war. Alle Goldwäscher wurden verpflichtet, ein Fünftel des Produktes an die königliche Finanzverwaltung abzuführen,²⁰ Demgemäß wurde das Gold bis 1713 in den Registros (Zollhäusern) auf den Saumpfadern gefünft und durfte nur mit dem die Besteuerung bestätigenden Geleitbrief (guia) aus dem Minengebiet ausgeführt werden. Freie wie versklavte Goldschmiede vertrieb der Kodex aus Minas. Ihre Kunst konnte das Gold, zu Schmuck oder Barren umgestaltet, der Finanzkammer entziehen. Im gleichen Sinne unterdrückte die Krone den Landhandel zwischen Rio de Janeiro und dem spanischen Paraguay. Streng ließ sie die westeuropäischen Kaufleute in den Hafenstädten überwachen und seit 1711 alle Fremden, insbesondere Kaufleute, selbst wenn sie das portugiesische Bürgerrecht besaßen, aus dem Goldgebiet verjagen. Diese Ausschlußmaßnahmen gegenüber der fremden Einwanderung und dem Fremdenverkehr wurden auch auf die anderen Capitánias ausgedehnt und bis 1808 aufrechterhalten.

17 Cardozo, Manuel da Silveira Soares, The Brazilian Gold Rush, in: The Americas, Bd. 3, 1946, S. 137 - 160, 151.

18 Antonil, André João, a. a. O., T. 3, Kap. 7, S. 217 - 220.

19 Eschwege, Wilhelm Ludwig v., a. a. O., S. 119 - 121.

20 Cardozo, Manuel da Silveiro Soares, The Collection of the Fifth in Brazil, 1695 - 1709, in: Hispanic American Historical Review, Jg. 1940, S. 377 f.; Boxer, C. R., a. a. O., S. 57.

Dem Gegensatz zwischen Kolonie und Metropole subordiniert, entwickelte sich die Rivalität zwischen den Paulisten und den Neueinwanderern aus dem portugiesischen Königreich.²¹ Vergeblich reklamierten die ursprünglichen Entdecker 1700 für sich allein die Zuweisung von Lavras (Landstücken zur Goldproduktion), Datas und Sesmarias. Der Unterschied in der Produktions- und Lebensweise verhinderte zunächst jeglichen Ausgleich. Die "Söhne des Königreiches" und die Bahianos setzten minenkundige Negersklaven in den Goldwäschereien ein, die Paulisten dagegen nur indianische Sklaven (Carijós, Tapuya). Jene lebten in Lagern, diese kampierten außerhalb der Ortschaften im Urwald. Von Zeit zu Zeit zogen die Paulisten mit ihrem bewaffneten Anhang von Mestizen und Indios in die Camps, um die wegen ihrer Stiefel als Emboabas (Vögel mit befiederten Zehen) verspotteten Fremden in ihre Gewalt zu bringen. Beide Seiten sammelten sich schließlich 1708 auf dem Plateau von Vila Rica. Nach erbitterten Kämpfen wurden die Paulisten von 6 000 Emboabas besiegt und vertrieben. Der Generalkapitän von Rio de Janeiro stellte sich mit seinen Linientruppen zwischen die kämpfenden Parteien und erließ eine allgemeine Amnestie.

Die Krone löste die Besitzrechte des Donators ab und verwandelte São Paulo mit den Goldminen 1709 in eine königliche Generalkapitanie.²² Die paulistischen Minas erhielten ihre Datas zurück und sollten bei der Vergabe der Sesmarias nicht benachteiligt werden. Gleichermäßen sollten beide Gruppen in den Camaras der neuen Städte vertreten sein. Minas Gerais, noch Dependenz von São Paulo, erhielt als Machtmittel der königlichen Administration eine Militärbesatzung, von der die Paulisten jedoch als Offiziere ausgeschlossen blieben. Personen, die die Königseinnahmen schmälern konnten - Ausländer, Mönche, amtlöse Priester, Krämer und Schenkwirte -, wurden aus dem Goldbezirk verbannt.

Die paulistischen Goldsucher zogen nach Goiás und Mato Grosso, in Landstriche also, die sie auf ausgedehnten Sklavenjagden bereits durchkreuzt hatten. Als sie 1726 tatsächlich Gold in Boa Vila de Goiás entdeckten, wurden die ureingesessenen friedfertigen Goiáz- und Crixáz-Stämme in den Goldschürfereien eingekerkert und zu Tode geschunden. Die kriegerischen Cajapós, Chavanté, Apinage, Cherenté, Carajá und Coroado wichen dagegen in die Urwälder aus. Die Cajapós behaupteten sich so erfolgreich gegen die Digger, daß sie erst mit Hilfe der aus Cuyabá herangeführten Bororó nach erbarmungslosen Vernichtungszügen um 1781 unterworfen werden konnten.²³

In Rio Maranhão wurde dem Vernachlässigten nach 1732 durch die gleichzeitige Arbeit von 12 000 Sklaven der Strom umgeleitet und das trockengelegte Flußbett durchforscht. Gemäß der Capitação (Kopfsteuer), die 1736 für die goldwaschenden Sklaven erhoben wurde, mußten in der Jahrhundertmitte wenigstens 34 500 Menschen in den Goldwäschereien von Goiás gearbeitet haben. Wegen der Vernachlässigung des Landbaus erzielten die von Cuiabá, São Paulo, Minas und Bahia heranziehenden Handelskarawanen für ihre Lebensmittel und Manufakturwaren ganz enorme Preise. Die erste Kuh beispielsweise wurde in dem neuerschlossenen Goldgebiet von Goiás für 2 Pfund Gold verkauft.²⁴

21 Derselbe, *The Guerra dos Emboabas: Civil War in the Minas Gerais 1708 - 1709*, in: *Hispanic American Historical Review*, Jg. 1942, S. 470 - 492.

22 Boxer, C. R., *The golden Age ...*, a. a. O., S. 82 f.; Taunay, Affonso d' Escragnoles, *História geral das bandeiras paulistas (Allgemeine Geschichte der paulistischen Entdeckungszüge)*, 11 Bde., São Paulo 1924 - 1950, Bd. 9, S. 607 - 609.

23 Pohl, Johann Emanuel, *Reise im Innern von Brasilien, 1817 - 1821*, Bd. 1, Wien 1832, S. 325.

24 Spix, Johann Baptist v. / Martius, Carl Friedrich Philipp v., a. a. O., Bd. 2, S. 586 f.

Bis zur Errichtung des Capitanats 1748 strömten in Goiás die Goldnomaden genauso zusammen, wurden die gleichen Gewalttätigkeiten und Rücksichtslosigkeiten gegenüber den naturwüchsigen Gemeinwesen begangen wie in Minas Gerais. Doch da die Goldausbeute geringer war, war auch die Einwanderung unbedeutender, zumal sie sich bis zum Rio Tocantins zerstreute. Die Einwanderung stockte ganz, seitdem die Goldwäschereien im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts erschöpft waren. Die wenigen seßhaft gewordenen Goldsucher wurden Fazendeiros, konnten aber die Verbindung mit der Küstenkolonisation nicht aufrechterhalten. So blieben sie isolierte Selbstversorger auf der Stufe des Hinterwäldlertums.²⁵

In Mato Grosso entdeckten die Paulisten 1718 Goldkörner im Cuiabá. Aber zum Unterschied von der Lage in Goiás gelang es ihnen nicht, die Jägerstämme zu unterjochen. Ganz im Gegenteil: 1725 entkamen von einer 300 Mann zählenden Flußkarawane zur zwei Weiße und drei Negersklaven, 1730 fingen die Capajós, Payaguás und Cuaycuní einen Goldtransport von 60 Arroba ab. Als die Kolonialverwaltung nämlich in den versiegelten Quinto-Kästen statt Gold Leder fand, hatte der Conselho Ultramarino angeordnet, daß alles Gold aus Cuiabá zum Schmelzhaus nach São Paulo transportiert werden mußte. Als die Goldfunde um 1750 ständig zurückgingen, verließen die meisten Goldwäscher mit ihren Sklavenschaften wieder die 1748 gegründete Generalcapitania. Die Zurückbleibenden betrieben fortan vorrangig Viehzucht und Landbau mit Sklaven zur lokalen Selbstversorgung wie in Goiás.

Seit der Entwicklung der Goldwäscherei galt die Maxime des Diogo de Meneses nicht mehr, daß der Zucker Brasiliens Mine sei. Während die Plantagen nur "Reichtum pro hic et nunc", erzeugten, brachten die Minen einen "unvergänglichem, universalen Reichtum" hervor, der unabhängig von Zeit und Ort in der Formbestimmung des Tauschwertes verharrete.²⁶ Das Gold war der verselbständigte Tauschwert, das allgemeine Äquivalent und Tauschmittel des Weltmarktes in den Metamorphosen der Weltmünze, des Rohstoffes für Schmuckgegenstände und der Materie der Schatzbildung. Gold erhielt seinen Wert in jeder dieser Formen.²⁷ Von den Sklaven wurde es für den Mineiro unmittelbar als Ware produziert. Es war zuerst Schatz in seiner Hand, der nicht aus der Zirkulation kam und noch nicht in sie eingetreten war. Gold setzte den Mineiro in die privilegierte Stellung, sogleich als Käufer auftreten zu können. Bedurfte der Senhor de Engenho, der Fazendeiro und der Sklavenfänger der Vermittlung, er bedurfte ihrer nicht. Er war Verkäufer und Käufer in einer Person.²⁸

Wie die Entdeckung Gold produzierender Länder die Entwicklung des Weltmarktes vorantrieb, so dynamisierte die Goldregion Minas zugleich auch den innerbrasilianischen Markt. Der soziale Gebrauchswert, den sie produzierte, war sofort allgemeine Ware und ermöglichte hemmungslos den auf den Tauschwert gegründeten Warenverkehr in der manufakturkapitalistischen Kolonialgesellschaft. Zwangsläufig verlagerte er den ökonomischen Schwerpunkt von der Plantagenwirtschaft auf die Goldproduktion. Ihren sichtbaren Ausdruck fand diese Entwicklung 1763 im Umzug des Vizekönigtums von Bahia nach Rio de Janeiro, das infolgedessen zur Hauptstadt der Kolonie avancierte. "Von allen Städten im Innern Brasiliens", berichteten Spix und Martius 1818, "hat keine einen so lebhaften Handel wie Vila Rica. Es gehen von hier Straßen über S. João d' El Rey nach S. Paul, über Minas Novas nach Bahia, über S. Romão, Tejuco, Malhada nach Paracatú, Goyaz und Mato-Grosso; keine aber ist mit hin- und herziehenden Trupps so sehr besetzt,

25 Handelmann, Heinrich, a. a. O., S. 595 - 598.

26 Marx, Karl, Grundrisse ..., a. a. O., S. 889.

27 Ebenda, S. 885.

28 Ebenda, S. 883.

als die, welche nach der siebenzig Meilen entfernten Residenzstadt Rio de Janeiro führt, Beinahe in jeder Woche, oder in jedem Monat des Jahres gehen große Züge mit Produkten des Landes: Baumwolle, Tierhäute, Marmelade, Käse, Edelsteinen, Goldstangen usw. beladen nach der Hauptstadt, und kehren mit Salz, Wein, Kattun, Tüchern, Schinken, Spiegeln, Eisenwaren, mit neuen Negersklaven zum Betriebe der Goldwäschereien usw. wieder zurück. Der Handel in das entferntere Binnenland ist zwar nicht so ausgedehnt, wie der in São Paulo und Bahia, welcher sich bis nach Goyaz und Mato-Grosso erstreckt, er verbreitet sich jedoch selbst über den Rio de S. Francisco hinaus, beinahe über die ganze Capitanie, und versieht solche nicht nur mit den in Rio de Janeiro angekauften europäischen Waren, sondern auch mit den Produkten der Umgegend.²⁹

In den Minen wurde kein Rohstoff für die Produktion bearbeitet, sondern nur das existierende Rohprodukt angeeignet. Die eigentliche Arbeit bestand im Überwinden der Hindernisse, die der Aneignung entgegenstanden.³⁰

Von den vier Formen der Goldgewinnung, dem Waschen des Flußsand, also dem einfachen Finden auf der Oberfläche, dem Graben in den aufgeschwemmten Flußbetten und an den Gebirgsabhängen, dem Zerstoßen des goldhaltigen Gesteins im Tagebau sowie dem eigentlichen Stollenbergbau, wandte man in Minas Gerais allgemein nur die ersten drei an, die dem Menschen nur rohe Kraft, aber weder wissenschaftliche Kenntnisse noch entwickelte Produktionsinstrumente abverlangten.³¹ Das erste Gold wurde in den Bächen und Flüssen entdeckt, wo die Natur selbst das Werk der Fördertechnik übernahm. Anfangs war man nur imstande, den Flußsand an das Ufer zu bringen und die glänzenden Körner auszusondern. Da diese mit den Fingern oft nicht greifbar waren, benutzte man zunächst die zinnernen Eßteller zum Auswaschen der Gemenge und zur Ablagerung des Goldstaubes. Minenkundige Sklaven aus Westafrika führten die produktivere Batea ein, ein flaches Holzgefäß mit trichterförmiger Senke. Als das grobkörnige Flußgold seltener wurde, übernahmen die Mineiros wieder die Kenntnisse der Sklaven, indem sie an den Flußufern rechteckige Vertiefungen mit schräger Abflussebene graben und Ochsenhäute einbetten ließen. In diese natürlichen Waschbecken und Rührgruben (Canoa) gesetzt, wusch der Sklave mit Bürste (Almocafre) und Bretchen den Goldstaub aus. An die Stelle der Canoas traten dann, die Produktivität steigernd, Bulinetes, hölzerne Rührbecken mit schräger Ebene, vorgelegten Planen und freiem Auslauf des Wassers, in denen drei Sklaven gleichzeitig arbeiten konnten.³² Um soweit wie möglich zu verhindern, daß Goldstaub fortgespült wurde, legte man mehrere Canoas und Bulinetes hintereinander oder auch Sammelgruben an.

An den Gebirgsabhängen wurde das goldhaltige Geröll durch Haupt- und Nebenkäule über Gitterwerke abgespült und in nebeneinanderliegenden Schlammgruben und -teichen (Mondeos) aufgefangen. Die Mondeos waren große viereckige oder halbrund gemauerte Reservoirs mit einem Querbretterverschluß an der Vorderseite. Diese Bretter wurden nacheinander entfernt, wenn man den Goldschlamm in den Canoas und Bulinetes auswusch. Nach dem Waschen folgte jeweils das Reinigen mit den Bateas (Auswaschgefäßen), das bei feinkörnigem oder mehligem Gold eine außerordentliche Geschicklichkeit erforderte. Sklaven, die sich darauf

29 Spix, Johann Baptist v. / Martius, Carl Friedrich Philipp v., a. a. O., Bd. 1, S. 337 f.

30 Marx, Karl, Grundrisse ..., a. a. O., S. 614.

31 Ebenda, S. 896; Prado Júnior, Caio, Formação do Brasil Contemporâneo: Colônia (Formierung des zeitgenössischen Brasiliens: die Kolonialzeit), 4. Aufl. Sao Paulo 1953, S. 173.

32 Eschwege, Wilhelm Ludwig v., a. a. O., S. 238 - 240.

verstanden, zählten zu den qualifiziertesten Zwangsarbeitern und verkörperten einen hohen Tauschwert. Aus eigener Anschauung berichteten Spix und Martius über die Mine von Vila Rica: "In mehreren aus der Höhe herabgeführten Wassergräben befanden sich in gewissen Entfernungen Siebe und rohe Ochsenhäute angebracht: erstere dienen, um den größeren Schutt abzufangen, letztere um in den aufwärts gerichteten Haaren den Goldstaub aufzufangen. Hie und da sah man auch einzelne Gruben (Mondeos), in denen sich der goldhaltige Schlamm ansammelt. Sobald die Regenzeit beginnt, werden diese einfachen Vorrichtungen in Tätigkeit gesetzt. Das künstlich herbei- und in die Gräben geleitete Wasser schlemmt das Gold aus dem Gesteine aus, und bringt es entweder in die Gruben herab oder zwischen die Haare der Ochsenhäute. Das Metall wird hierauf aus dem Schlamme in jenen Behältern von Negersklaven, die bis an den Gürtel entblößt, auf hölzernen Bänken darin sitzen, mittelst der Gamella ausgeschlemmt, und das in den Ochsenhäuten aufgefangene Gold in eigenen Kufen ausgewaschen und ausgeklopft. Die früheren Besitzer haben diese Mine immerhin durch mehrere hundert Sklaven bearbeiten lassen und ungeheure Summen daraus gewonnen".³³

Am Rande der großen Sklavenmanufakturen wuschen einzelne freie Neger (Faiscadores) Gold durch Untertauchen (Mergulhar) in den Flüssen. Sie standen bis an die Hüften im Wasser, schürften die oberen Sandschichten mit dem Fuß oder der Batea weg und hoben dann vom tieferen Flußkies eine Schüssel voll heraus. Durch Schütteln und Entfernen der oberen Steine setzte sich der Goldstaub unten im vertieften Mittelpunkt der Batea und wurde nun mit wenigem Wasser in die am Unterleib festgeschnallte Ledertasche gespült. Von allen Formen des Goldwaschens war diese die schwerste und ungesundeste, doch ermöglichte sie dem Freigelassenen die selbständige Existenz.

In der trockenen Jahreszeit von April bis September ließen die Mineiros die Flüsse abdämmen und umleiten. Dabei hoben ihre Sklaven zunächst nur an den oberen Quellen die Flußbetten aus, wodurch die Goldlagen in den unteren Abschnitten so verschlammmt wurden, daß man nur mühsam zu ihnen vorstoßen konnte. War kein Wasser zur Wegspülung des toten Gerölls an den Ufern und in den Niederungen vorhanden, trugen Sklavengruppen die Lagerstätten ohne Fördermaschinen oder Laufkarren in Carombes auf ihren Köpfen zum Auswaschen ab. In ausgedehnten Niederungen glichen die Aushebungen folglich den Laufgräben von Festungen.

Der kompetente Oberberghauptmann Eschwege beobachtete während seines Aufenthaltes von 1810 bis 1821 in Minas überall, daß die Mineiros nichts taten, um ihre menschlichen Werkzeuge durch mechanische zu ersetzen. Goldhaltiges Gestein wurde allein von Sklavenhänden zerstoßen. Die Sklaven saßen dabei auf der Erde und zerschlugen die goldhaltigen Steinarten auf steinernem Amboß mit einem achtpfündigen Hammer. Nur wenige Zentner konnten täglich auf diese Art zerkleinert und zwischen zwei Reibsteinen pulverisiert werden. Die zerriebene Masse wurde anschließend in Rührgruben ausgewaschen und gereinigt.³⁴

Den eigentlichen Bergbau, der großes Kapital und wissenschaftliche Kenntnisse voraussetzte, entwickelten die Mineiros in der Kolonialzeit nicht. Planlos verfolgten sie die Goldadern in Gängen nach allen Richtungen, so daß eine mächtige Lagerstätte einem Gewirr von Dachslöchern glich. Vor festem Gestein, eintreten-

33 Spix, Johann Baptist v./Martius, Carl Friedrich Philipp v., a. a. O., S. 340 f.; vgl. auch Mawe, John, Travels in the Interior of Brazil, particularly in the Gold and Diamond Districts of that Country, London 1812.

34 Eschwege, Wilhelm Ludwig v., a. a. O., S. 265; Spix, Johann Baptist v./Martius, Carl Friedrich Philipp v., a. a. O., Bd. 2, S. 418.

den Wassern und bösen Wettern kapitulierten sie, indem sie die Mine verließen.³⁵ Die Goldwäschereien und -gräbereien befanden sich verstreut auf den Fazendas der Capitania. Wenn sie von den Städten und ihren Märkten weit entfernt lagen, bildeten sie autarke Wirtschaftsorganisationen. "Die abgelegenen Fazendas entbehrten aller Hilfe großer Gesellschaft. Jeder einzelne reiche Fazendeiro ist daher in die Notwendigkeit versetzt, für alle Bedürfnisse seines Hauses Sklaven abrichten zu lassen. Gewöhnlich befinden sich so in einem Hause alle Handwerker und die Anstalten für sie, als Schuster, Schneider, Weber, Schlosser, Schmiede, Maurer, Ziegelbrenner, Jäger, Mineiros, Ackersleute usw. beisammen ... An der Spitze der Geschäfte ist ein Aufseher, Feitor, Mulatte oder vertrauter Neger, gestellt, und die Ordnung des Tages wie in einem Kloster festgesetzt. Der Eigentümer stellt gleichsam den Regenten, Richter und Arzt in seiner Besetzung vor. Oft ist er selbst Geistlicher, oder außerdem läßt er die Hauscapelle durch einen benachbarten Geistlichen besorgen. Seine Hauptrücksicht geht dahin, die zahlreichen Sklaven, das Kapital des Hauses, zu vermehren und vor Krankheit zu bewahren."³⁶

Die Minensklaverei

Gleichermaßen wie die Plantagenwirtschaft gründeten sich also auch Goldwäsche und Goldgraben auf kombinierte Sklavenarbeit. Nur Negersklaven, in kapitalistischer Manufaktur zusammengefaßt, erzeugten den Goldreichtum der Minen-Capitanias. Den Silberreichtum Neuspaniens brachten dagegen gleichermaßen arbeitsverpflichtete Indios, Negersklaven und freie Lohnarbeiter hervor.³⁷ Die Minen in Brasilien, hieß es in einem Bericht des Gouverneurs von Rio de Janeiro an den König anno 1726, konnten allein durch Neger bearbeitet werden, weil sie einmal härter zupackten als Weiße und portugiesische Einwanderer, zum anderen weil diese die Hacke, mit der sie aufwachsen, in der Kolonie nicht mehr in die Hand nahmen und jede körperliche Arbeit zurückwiesen. Könnten sie sich nicht zu Sklavenbesitzern aufschwingen, schlugen sie sich gewöhnlich als Diebe und Preller durchs Leben.³⁸ Eher war der eigentumslose Weiße geneigt, Vagabund, Räuber und Bettler zu werden als Arbeiter. Dies wurde erst in der entwickelten Produktionsweise des Fabrikkapitals anders. Die Eschwegische Gesellschaftsskizze von Minas (1810 bis 1821) bekräftigte ebenfalls dieses aus der Ächtung der freien Lohnarbeit durch Sklavenarbeit erwachsende Verhalten: "Der Weiße legt schlechterdings keine Hand an, und wenn er noch so arm ist, er braucht es auch nicht, da er immer, und selbst im Nichtstun, sein Brot findet oder einen Sklaven besitzt, der ihn ernähren muß. Der freie Mulatte besitzt ebenfalls seine Sklaven, legt dann die Hände in den Schoß und schämt sich der Arbeit. Indessen in den bevölkertsten Orten ist dieses doch die eigentliche Handwerksklasse ... Der freie Neger gehört unstreitig zur ärmsten Klasse von allen. Besitzt er nicht so viel, daß er einen Sklaven hat, der ihn ernährt, so begnügt er sich nur mit dem Gefühl seiner Freiheit, flieht jede Arbeit, wodurch er sich im mindesten einem andern unterwürfig machen würde, und arbeitet nur so viel als hinreichend ist, kümmerlich sein Leben zu fristen."³⁹

35 Eschwege, Wilhelm Ludwig v., a. a. O., S. 249 f.

36 Spix, Johann Baptist v./Martius, Carl Friedrich Philipp v., a. a. O., Bd. 2, S. 417; Boxer, C. R., The golden Age ..., a. a. O., S. 187.

37 Semo, Enrique, Historia del capitalismo en México: Los orígenes 1521 - 1763, Mexico 1973, S. 145.

38 Boxer, C. R., The golden Age ..., a. a. O., S. 168.

39 Eschwege, Wilhelm Ludwig v., a. a. O., S. 595 f.

Nach der Kopfsteueratrikel belief sich die Zahl der Sklaven in Minas 1735 auf 100 141 und 1749 auf 86 797. Im Durchschnitt besaß ein reicher Mineiro zwischen 30 und 50 Sklaven.⁴⁰ Die größten Lavras waren mit 100 Sklaven besetzt. Tyrannisch von den Aufsehern reglementiert, barfüßig in den kalten Gewässern und Geröllen arbeitend, neben der Canoa in Bretterhütten gepfercht, infolgedessen von Lungenentzündungen, Lähmungen und Krämpfen heimgesucht, galt in den Minen eine Lebenszeit von zwölf Jahren als hoch.⁴¹ Der Sklavenpreis von 200 bis 300 Taler amortisierte sich im allgemeinen in vier bis fünf Jahren. Da ein außerordentliches Mißverhältnis der Geschlechter bestand, die Minensklavenmütter häufig wegen der unmenschlichen Behandlung und der aufgebürdeten Überarbeit abortierten oder ihre Kinder bewußt im Leib töteten, um ihnen das Sklavendasein zu ersparen, ganz im Unterschied zu den Haussklavinnen mit der zahlreichen mulattischen Nachkommenschaft des Sklavenhalters, konnte der Menschenverschleiß im Rhythmus der Goldkonjunktur nur durch den Sklavenhandel ersetzt werden.⁴² Über Rio de Janeiro und Santos wurden die minenkundigen Sklaven aus Westafrika eingeführt und ebenso wie die Manufakturwaren auf langfristigen Kredit an die Mineiros verkauft. Von 1714 bis 1740 galt folgende Reihenfolge der Herkunft der Minensklaven: 1. die "Mina", von Whydah bezogen; 2. die "Angolas"; 3. die "Carijös-Indios"; 4. die "Loango"; 5. die "Congo"; 6. die "Moçambique"; 7. die "Crioulos do Reino" und 8. die "Crioulos do Rio".⁴³

In den Formen der Flucht, der Verschwörung und des Aufstandes widersetzten sich die Minensklaven wie die Plantagensklaven ihrer gesellschaftlichen Bestimmung als lebendige Arbeitsmaschinen. Von der genauen Landeskenntnis der Indios geleitet, ergoß sich ununterbrochen ein Strom von Cimarrones in die Quilombos des Sertao. Diese vergrößerten sich zu ansehnlichen Ortschaften, die die afrikanischen und indianischen Gesellschaftsverhältnisse der Subsistenzwirtschaft reproduzierten. Viele Quilombos verteidigten sich jahrelang gegen die zu ihrer Zerstörung aufgestellten Bandeiras von freien Mulatten unter dem Kommando von Capitães do mato. Die Vernichtungszüge von 1759 fanden in den Quilombos zwölfjährige Kinder vor, die schon frei geboren worden.⁴⁴ Im Falle ihrer Niederlage wurden die Häuptlinge und die Nichtkapitulationswilligen enthauptet, ihre Köpfe für die Belohnung mitgeführt und zur Abschreckung in den Minenbezirken ausgestellt. Die lebendig Eingefangenen aber wurden beim örtlichen Gericht abgeliefert und erst nach der Entschädigung der Menschenjäger ihren Eigentümern übergeben. Nur solange vermochten die Quilombos in Ruhe und Frieden zu leben, wie sie nicht von den Sklavenjägern entdeckt wurden. Fanden diese ihre Spur, so zerschlugen sie die Dörfer der Entlaufenen auf grausamste Weise.

1741 ordnete die Krone auf Vorschlag der Mineiros an, daß alle Neger, die frei lebend in den Quilombos angetroffen wurden, ein F (fugitivo-Flüchtling) auf die Schulter eingebrannt erhielten.⁴⁵ Jede Munizipalkammer hätte ein Brandeisen

40 Boxer, C. R., The golden Age ..., a. a. O., S. 175; Prado Júnior, Caio, História Econômica do Brasil (Wirtschaftsgeschichte Brasiliens), 2. Aufl. São Paulo 1949, S. 67.

41 Ferreira, Luis Gomes, Erario Mineral, Lissabon 1735, S. 52 - 55; Boxer, C. R., The golden Age ..., a. a. O., S. 174.

42 Eschwege, Wilhelm Ludwig v., Brasilien, die Neue Welt, Braunschweig 1830. T. 2, S. 158.

43 Boxer, C. R., The golden Age ..., a. a. O., S. 175 f.

44 Lopes, Francisco Antonio, Os palácios de Vila Rica: Ouro Preto no ciclo do ouro (Die Paläste von Vila Rica: Ouro Preto im Gold-Zyklus), Belo Horizonte 1955, S. 133.

45 Boxer, C. R., The golden Age ..., a. a. O., S. 170 - 172.

bereitzustellen. F-Sklaven, die nach einem zweiten Fluchtversuch eingefangen wurden, sollten ein Ohr verlieren. Tod war die Strafe für den dritten Fluchtversuch. Weil auch diese Strafskala die Fluchtbewegung nicht eindämmte, die Sklaven sogar stolz ihr F vorwiesen, schlugen die Mineiros 1750 vor, allen F-Sklaven die Sehnen zu durchschneiden und die mulattischen Sklavenjäger durch wildniserfahrene "Tapuya"-Indios zu ersetzen. Dieses barbarische Strafmaß wies der Vizekönig von Bahia, Conde de Arcos, in einem Krongutachten empört zurück, indem er die Fluchtsachen nannte: "Der größte Teil der Sklaven entflieht, weil ihre Eigentümer sie weder füttern noch kleiden, noch mitleidig in Gesundheit und Krankheit behandeln. Nicht genug damit, peinigen sie sie auch noch mit tausend Grausamkeiten und unerhörten Strafen."⁴⁶

In geheimen Verschwörungen suchten die Minensklaven die Auflösung des Sklavereiverhältnisses zu organisieren. Doch sowohl die von 1718/19 wie die von 1724 und 1756 scheiterten an der Stämmerivalität. Die "Minas" (Yoruba) und die "Angolas" (Bantu) beispielsweise konnten sich nicht auf einen gemeinsamen König nach der Beseitigung der Sklavenhalter einigen. Diese kultivierten ihrerseits aus Furcht vor der Sklavenrevolution die Hoffnung auf Emanzipation durch Freikauf. Der Freikauf war tatsächlich möglich, weil die Sklaven Gold und Diamanten versteckten oder an den Sonn- und Feiertagen für sich auswuschen.

Der Kronfünfte

Grundsätzlich zog die portugiesische Krone den Kolonialprofit über das Steuersystem aus jeder produktiven, kommerziellen und administrativen Tätigkeit ein. Seine wichtigste Quelle wurde im 18. Jahrhundert der "quinto real", der Abzug des fünften Teils von allem raffinierten Gold der Mineiros. Das Eintreiben des Fünften hatte der Ouvidor Geral der Comarca als Superintendent der Minenverwaltung zu gewährleisten. Er unterstand direkt dem Conselho Ultramarino und übte die Zivil- und Kriminal-Jurisdiktion innerhalb von Minas Gerais aus. Für den Abzug des königlichen Anteils errichtete der Generalkapitän von Rio de Janeiro Registros. Die Zollstationen der Grenze sollten vorrangig die un versteuerte Ausfuhr von Gold verhindern.

In dem Maße, wie die Krone eine spitzfindige Steuerkontrolle aufbaute, suchten die Mineiros ihr Gold auf unbewachten Wegen und Flüssen zu ihren Kreditoren in Bahia und Rio de Janeiro zu schmuggeln. Diese lenkten es anschließend in den Sklavenhandel nach Westafrika und Cayenne. Größere Mengen wurden ebenfalls, als Leder oder Zucker deklariert, in Kisten und Fässern in Flottenverbänden mit Geleitschutz nach Lissabon geschafft. Wegen des Widerstandes gegen die Einziehung des Fünften in den Registros führte die Krone 1714 eine jährliche Gesamtabfindung von 30 Arroba Gold (1 Arroba = 16 Kilogramm) für den Minen-Komplex ein.

Die Ankündigung von Schmelzhäusern verursachte 1720 den Aufstand der Mineiros von Vila Rica. Minas Gerais wurde daraufhin von São Paulo als Generalcapitania abgetrennt und mit zwei Dragonerkompanien als Garanten der Steuereintreibung belegt. Von 1725 bis 1735 mußte das gewaschene und geschürfte Gold in die Casas de Fundicao eingeliefert werden.⁴⁷ Es wurde registriert, gewogen, versteuert,

46 Cerqueira e Silva, Ignacio Accioli de, Memórias históricas e políticas da Província da Bahia (Historische und politische Berichte aus der Provinz Bahia), hg. v. Braz do Amaral, 6 Bde., Salvador de Bahia 1919 - 1940, Bd. 2, S. 427 - 429.

47 Eschwege, Wilhelm Ludwig v., Pluto Brasiliensis, a. a. O., S. 192 - 206.

im feuerfesten Gewölbe zu Barren geschmolzen und seine Qualität festgelegt. Gesiegelt von der staatlichen Macht der Kolonialgesellschaft, kursierten die Barren als bare Münze in den Capitánias des Binnenlandes. An den Grenzen zu den Küstencapitánias aber mußten sie in den Zollhäusern registriert und in die königliche Münze zur Prägung abgeliefert werden, damit sie ihre lokale indifferente Form verlören und der erneuten Besteuerung anheimfielen. Die nichtversteuerte Goldausfuhr in die Hafenstädte überließen die Mineiros den Tropeiros, den Frachtführern der Maultierkarawanen. Diese waren prozentual am Gewinn beteiligt, riskierten jedoch viel, weil ihnen beim Ertapptwerden Maultiere und Waren konfisziert wurden und sie den doppelten Wert des beschlagnahmten Goldes abliefern mußten. Damit ihre Schmuggelware unentdeckt blieb, transportierten sie Kästen mit doppelten Böden, nähten Goldbeutel in die Satteltaschen, höhlichten die Holzgestelle der Tragesättel aus, verbargen Gold in den Baumwollballen und banden gar zahmen Ochsen den Schatz in kleinen Portionen in die buschigen Schwänze. Als alle diese Schliche entdeckt waren, bestachen die Tropeiros die Zollbeamten mit den begehrten Manufakturwaren aus den Seestädten. Unbehelligt konnten sie in der Regel auch weiterhin ihrer gewinnträchtigen Wege ziehen.⁴⁸

Von 1735 bis 1751 wandte die Krone daher gegen den Schleichhandel mit nichtgefünftem Gold die Capitation an. Nicht mehr das gewonnene Gold, sondern die Kopfzahl der beim Goldwaschen beschäftigten Negersklaven, freien Neger und Mulatten wurde versteuert. Die Kopfsteuer belastete die kleinen Mineiros stärker als die großen, die erfolgreichen zahlten die gleiche Summe wie die erfolglosen. Fazendeiros führten neben dem Quinto für ihre Sklaven auch noch die Dizimos für ihre Viehherden und Ernten ab. Wie die allgemeine Goldproduktion stieg auch die Steuersumme bis etwa 1760. Als das goldhaltige Erdreich aber ausgenutzt war und verödete, setzten die Mineiros zunächst eine höhere Sklavenzahl ein - vergeblich. Indem sie neue Sklaven ankauften und ihre Gläubiger auf zukünftige Funde vertrösteten, ruinierten sie sich selbst. Die Krone erteilte zudem 1752 den Mineiros mit mehr als 30 Sklaven den Schutz vor der zwangsweisen Pfändung ihrer Werkzeuge und Sklaven. Statt den Kredit sicherzustellen, zerstörte man ihn, weil die Kaufmannschaft der Seestädte Vorauslieferungen ohne Sicherheiten ablehnte. So kehrte man 1761 zum alten Steuersystem mit der Ablieferungspflicht an die Schmelzhäuser in Vila Rica, São João del Rei, Sabará und Vila do Príncipe zurück. Dabei durfte die königliche Jahreseinnahme von 100 Arroba (1600 Kilogramm) nicht unterschritten werden. Andernfalls trieb der Generalkapitán in monatlichen Derramas (Sondereinsätzen) gewaltsam den Differenzbetrag ein. In den Zeiten der Derramas war jedes persönliche Recht aufgehoben. Offen tobte der Steuerterror letztmals im Jahre 1788. Der Versuch, ihn im folgenden welthistorischen Jahr fortzusetzen, führte zum Aufstand der "Inconfidentes".⁴⁹

Sachkundig berechnete Eschwege aus den unmittelbaren Quellen für die Periode 1700 bis 1820 einen Königsfünftel von 7 137 Arroba in Minas Gerais. Demnach betrug die Gesamtproduktion 35 687 Arroba. Dazu kam aus São Paulo, Goiás und Mato Grosso ein Quinto von 10 531 Arroba. Der versteuerte Goldertrag erreichte also 52 657 Arroba. Durch den Schleichhandel überschritten unversteuert etwa 10 531 Arroba die Grenzen der Kolonie. Insgesamt summierte der deutsche Oberberghauptmann einen produzierten Goldwert von 650 Millionen Talern preußisch Courant (oder 162 Millionen Cruzado).⁵⁰ Wohin floß dieses Gold ab? Sofern der allgemeine Reichtum nicht gegen die Zirkulation in Minas Gerais selbst in Sicherheit gebracht wurde, indem er als Schatz akkumuliert oder als barocke kirchliche und weltliche Architektur und Plastik vergegenständlicht wurde, verschwand er im Staatshaushalt des verwesenden portugiesischen Despotismus, versteinerte

48 Ebenda, S. 445.

49 Prado Júnior, Caio, *História Econômica ...*, a. a. O., S. 65 - 67.

50 Eschwege, Wilhelm Ludwig v., *Pluto Brasiliensis*, a. a. O., S. 283 - 285.

er das aus der Asche des Erdbebens von 1755 wiedererstehende Lissabon oder ging im Austausch mit Gütern aus England, Nordeuropa und Indien verloren. Das Gold machte seinen Eigentümer sofort zum Käufer und war daher für den mütterländischen Absolutismus nur der in der Konsumtion verschwindende Reichtum. Die englische Industrielle Revolution speisend, tauschte es die Manufakturwaren in Europa und Asien ein, die das koloniale Handelsmonopol Portugals ohne ausreichende eigene manufakturkapitalistische Produktionsweise aufrechterhielten. Das Gold verselbständigte den Kronabsolutismus gegenüber der portugiesischen Gesellschaft. Ihre Repräsentanten in den Cortes brauchten daher von 1697 bis 1820 nicht mehr aus ökonomischem Zwang zusammengerufen zu werden.

Diamantina: Kolonie in der Kolonie

Die Diamantenfunde im Serro do Frio verschafften der portugiesischen Krone unerwartet eine neue Springquelle des kolonialen Profits. Wie beim Gold gestattete sie auch bei den Diamanten 1730 die private Flußwäscherei, behielt sich jedoch wieder den fünften Ertragsanteil vor. Weil der Fünfte nicht nach Zahl, Maß oder Gewicht eingetrieben werden konnte, richtete sie in Tijuco 1733 eine Generalintendencia ein, die den Distrikt gegen die Capitania völlig abgrenzte und die Mineiros kontrollierte. Jeder von ihnen hatte für sich und seine Sklaven eine Kopfsteuer zu entrichten. Diese belief sich 1730 auf 5 Milreis, 1731 auf 20, 1733 auf 25, 1734 auf 40 und 1739 auf 230 Milreis.⁵¹ Da der Schleichhandel so große Diamantenmengen über die Grenzen brachte, daß ihr Preis in Europa sank, vertrieb der Gouverneur alle freien Neger und Mulatten als potentielle Schmuggler aus der Comarca von Serro do Frio. Nur weiße Mineiros - 1735 etwa 9 000 - mit ihren Sklavenschaften erhielten das Wohnrecht.⁵² Kauf und Verkauf der Diamanten außerhalb des Distriktes wurden gänzlich verboten, hausierende Negerinnen verfolgt. Wer ohne Kopfsteuer in den Flußbetten die "kleinen weißen Steine" ausgrub, konnte mit der Galeerenstrafe belegt werden. Arme Diamantensucher nahmen daher das Risiko des Garimpeiro-Daseins auf sich. Diese von der Flußwäscherei Ausgeschlossenen, zumeist freien Neger und Mulatten waren selbständige Digger und ständigen Verfolgungen ausgesetzt. Als tollkühne Kletterer widersetzten sie sich gemeinschaftlich den königlichen Patrouillen, sympathisierten mit entflohenen Minensklaven, den Cimarrones, und entwichen bei ungleichem Kräfteverhältnis in die steilen Gebirgszüge.⁵³ Ihre freie Tätigkeit negierte den Steuerterror der Kolonialmacht so erfolgreich, daß die Krone die Diamantenwäscherei zu ihrem Monopol erklärte. Das Schürf- und Verkaufsrecht für diese Edelsteine verpachtete sie von 1740 bis 1771 an Großunternehmer, die pro Sklave eine Kapitulation von 270 Milreis abführen mußten. 1772 nahm der Pombalinische Reformabsolutismus den Pächtern die Administration und unterstellte die Diamantenminen der königlichen Finanzverwaltung und einem Direktorium in Lissabon.⁵⁴ Der Despotismus des Generalintendentes in Tijuco sollte nun den unvermindert blühenden Schleichhandel brechen. Die "Hände und Köpfe der Neger", die "einzigsten Maschi-

51 Ebenda, S. 354 - 357.

52 Boxer, C. R., *The golden Age ...*, a. a. O., S. 217.

53 Machado Filho, Aires da Mata, *O Negro e o Garimpo em Minas Gerais (Der Neger und der freie Goldwäscher in Minas Gerais)*, 2. Aufl. Rio de Janeiro 1964, S. 12 f.

54 Eschwege, Wilhelm Ludwig v., *Brasilien, die Neue Welt*, a. a. O., S. 129 - 141; derselbe, *Pluto Brasiliensis*, a. a. O., S. 359 - 374; Calogeras, J. *Pan-diá, As minas do Brasil e sua legislação (Die Minen von Brasilien und ihre Gesetzgebung)*, 3 Bde., Rio de Janeiro 1904 - 1905.

nen" mietete die Administration von ihren Beamten und den registrierten Mineiros: 5 000 Sklaven von 1771 bis 1775, 1 700 von 1795 bis 1801, 2 800 von 1801 bis 1814.⁵⁵

Die Sklavenmanufaktur des Diamantendistriktes beruhte auf einer Struktur sui generis. An der Spitze der sozialen Pyramide stand der Intendent mit unbeschränkten Vollmachten, allein kontrolliert vom Wächter des königlichen Steuerinteresses, dem Fiskal. Er war erster Richter, Präsident der Junta da Administracao und Befehlshaber des Militär-Commandos. Er ernannte die Beamten und setzte sie ab. Fehlten Goldmünzen, so konnte er Papiergeld zirkulieren lassen. Ohne seine Erlaubnis durfte nicht einmal der Gouverneur der Capitania in den Distrikt kommen. Er konnte schleichhandelnden Mineiros das Eigentum nehmen, sie aus dem Distrikt vertreiben, sie einsperren, in den Gefängnissen umkommen oder langsam zu Tode prügeln lassen.⁵⁶ Ihm unterstand der Generaladministrator für den technischen Minenbetrieb, der seinerseits wieder 8 bis 10 Subadministratoren befahlte. Jeder von diesen kommandierte gemeinsam mit 10 bis 15 Aufsehern, Feitores, eine "tropa" von 100 Negersklaven. Der Subadministrator hatte seine in einem Hüttendorf wohnende Sklaventruppe zur Diamantenwäsche zusammenzustellen und mit Lebensmitteln (Mais, Maismehl, schwarzen Bohnen und Speck) zu versorgen. Die Aufseher waren gewöhnlich Weiße. Mit langen Peitschen trieben sie die Sklaven zur Arbeit an, überwachten die Diamantenfunde und lieferten die Edelsteine bei den Subadministratoren ab, die sie zur Junta da Extracção nach Tijuco transportierten.

In einer großen Diamantenwäscherei arbeiteten bis zu 600 Sklaven.⁵⁷ Einige stachen die diamantenhaltige Erde aus den abgedämmten oder umgeleiteten Flüssen, andere füllten sie in die Carombés, wieder andere hoben diese auf ihre Köpfe und schleppten die Last im Laufschrift keuchend zu den Waschhäusern. Die Waschhäuser bestanden aus langen abgestützten Palmen- oder Schilfdächern, unter denen Sklaven in 24 bis 48 Canoas nebeneinander, von den erhöht sitzenden Feitores beobachtet, den Cascalho verwuschen. "Die hunderte halbnaakte Neger-Gestalten, der monotone Gesang derselben bei den Arbeiten, das beständige Zurufen und Aufmuntern der mit langen Peitschen versehenen, unter Sonnenschirmen stehenden Aufseher, gewährt dem Europäer ein überraschendes, aber kein angenehmes Bild. Das rege Gewühl so vieler hundert Neger, die sich in scheinbarer Unordnung dennoch in größter Ordnung hin und her bewegen und unglaubliche Arbeiten mit ihren Händen und Köpfen verrichten, erregt wirklich mehr Staunen als alle Maschinerien, die eine mit ... mehreren hundert Pferden Kraft versehene Dampfmaschine in Bewegung setzt."⁵⁸

Solche Maschinen des in England begonnenen neuen Stadiums der kapitalistischen Produktionsweise kannte man in Brasilien noch nicht. Als die Generalintendencia zu Beginn des 19. Jahrhunderts dann eine Mechanisierung der Diamantenwäscherei erstrebte, scheiterte sie am Widerstand der Sklavenhalter, die ihren Profit aus der Vermietung der Sklaven zogen. In ihrer Ignoranz schien kein Mechanismus so leicht beherrschbar und so leistungsfähig wie die Arme und Köpfe der Negersklaven, die lebendigen Transport-, Stoß- und Reibmaschinen. Während also in Westeuropa die auf freier Lohnarbeit beruhende Manufaktur durch das Fabrikwesen abgelöst wurde, erhielt sich in Brasilien die Sklavenmanufaktur. Sklaverei und Fabrikindustrie schlossen sich aber in Brasilien, Westindien und Nordamerika ebenso aus wie Leibeigenschaft und Industrie in Rußland. Ihre Koexistenz mußte

⁵⁵ Spix, Johann Baptist v./Martius, Carl Friedrich Philipp v., a. a. O., S. 442 f.

⁵⁶ Eschwege, Wilhelm Ludwig v., Pluto Brasiliensis, a. a. O., S. 359.

⁵⁷ Ebenda, S. 414.

⁵⁸ Ebenda, S. 413.

in Konfrontation übergehen und diese schließlich das Sklavereiverhältnis auflösen,⁵⁹ Alle von der Diamanten-Administration mietbaren Sklaven mußten in ein Register eingeschrieben sein, Nichtregistrierte Sklaven wurden bei erstmaliger Ergreifung zu 3 Jahren, bei zweimaliger zu 10 Jahren Kettenstrafe verurteilt. Die gleiche Strafe traf sie, wenn sie Diamanten oder Werkzeuge besaßen. Die freien Einwohner des Distriktes mußten sich ebenfalls einschreiben lassen und erhielten Aufenthaltsscheine. Wer bei Kontrollen keinen vorweisen konnte, mußte Diamantina binnen 14 Tagen verlassen, Ungehorsam wurde mit einer sechsmonatigen Gefängnishaft auf eigene Kosten geahndet. Kehrete jemand ohne Erlaubnis zurück, drohte ihm eine sechsjährige Verbannung nach Angola. Gestellte Schleichhändler konnte der Generalintendant für 10 Jahre in die westafrikanische Kolonie schicken. Schmuggelte ein gemieteter Sklave entwendete Edelsteine für seinen Herrn oder den eigenen Freikauf, verurteilte man ihn zu den Galeeren. Für den Verrat verborgener Diamanten winkten dagegen hohe Belohnungen. Da die zahlreichen Wirtshäuser den Schmuggelhandel erleichterten, wurde ein Teil von ihnen geschlossen. Fand ein Sklave einen Stein über 17 1/2 Karat, entließ ihn die Administration durch Loskauf von seinem Eigentümer in die freie Lohnarbeit. Steine von 8 bis 10 Karat prämierte man mit Baumwollhemden, Hüten und Messern.

Alljährlich beförderte die Junta da Extracção die eingesammelten und in 12 Klassen sortierten Edelsteine in einem verschlossenen Kasten mit militärischem Schutz über Rio de Janeiro nach Lissabon in die königliche Schatzkammer. Die größten und schönsten Diamanten bereicherten den Kronschatz, die übrigen wurden in Amsterdam oder Lissabon geschliffen und portionsweise auf den Londoner und Amsterdamer Diamantenmarkt geworfen. Insgesamt produzierte die Sklavenmanufaktur des brasilianischen Diamantendistriktes von 1730 bis 1822 nach Eschweges sachverständiger Berechnung 3 Millionen Karat im Werte von 60 Millionen Cruzado oder 40 Millionen Talern preußisch Courant.⁶⁰ Der Reingewinn der Krone soll 10 Millionen Taler betragen haben. Ebenso viele Diamanten wie registriert sollen in die Exporthäfen geschmuggelt worden sein.

Welche Konsequenzen hatte der Minen-Komplex für die koloniale Gesellschaft? Erstmals erwuchs ein Wirtschaftssektor, der kein Anhängsel der litoralen Plantagenwirtschaft war. In langandauernden Strömen zog er die Einwanderung in die Minenregion. Er ließ einen nationalen Markt entstehen, indem er Minas Gerais zum Mittelpunkt der brasilianischen Warenzirkulation machte. Der ökonomische Schwerpunkt der Kolonie verlagerte sich vom Nordosten auf den mittleren Süden, das Zentrum der kolonialen Administration von Bahia nach Rio de Janeiro. Die Maultierkarawanen der Tropeiros und die Viehherden der Fazendeiros bahnten breite Handelswege zwischen Nordost und Süd, zwischen Küste und Binnenland. Der Minen-Komplex veränderte auch das Profil der Kolonialherrschaft. Nur auf die Steigerung ihrer Einnahmen und die Förderung der Manufakturen im Mutterland bedacht, verschärfte die Krone das Steuersystem, die Produktionsverbote und die Handelskontrollen. Infolgedessen verdichtete sich am Ausgang des 18. Jahrhunderts der Gegensatz zwischen den Brasileiros, die auf die Tätigkeit in Landwirtschaft, Minen, Handwerk und Kleinhandel beschränkt waren, und den Filhos do Reino, die Großhandel, Administration, Kirchenhierarchie, Militärführung und Erziehung monopolisiert hatten, zur Krise der Kolonialherrschaft. Andererseits fing die britische Zirkulationssphäre den Hauptanteil des brasilianischen Goldes ab und lenkte es in die Industrielle Revolution, die schließlich zur Negation des portugiesischen und spanischen Kolonialmonopols führte.

⁵⁹ Cairnes, John Elliot, *The slave power: its character and probable designs*, London 1862, S. 65.

⁶⁰ Eschwege, Wilhelm Ludwig v., *Pluto Brasiliensis*, a. a. O., S. 399 - 401.

LITERATURKRITIK

Forschungen in der Magdeburger Börde,
initiiert von Volkskundlern

Landwirtschaft und Kapitalismus. Zur Entwicklung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der Magdeburger Börde vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges, hg. v. Hans-Jürgen Rach und Bernhard Weißel, 1. und 2. Halbbd. = Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte, Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte, Bd. 66/1-2: Untersuchungen zur Lebensweise und Kultur der werktätigen Dorfbewölkerung in der Magdeburger Börde, T. I/1-2

Akademie-Verlag, T. I/1, Berlin 1978, VII und 338 Seiten,
34 Abbildungen; T. I/2, Berlin 1979, 370 Seiten, 17 Abbildungen,
8 Tafeln, Preis: je 38,- M

Hainer Plaul, Landarbeiterleben im 19. Jahrhundert. Eine volkskundliche Untersuchung über Veränderungen in der Lebensweise der einheimischen Landarbeiterschaft in den Dörfern der Magdeburger Börde unter den Bedingungen der Herausbildung und Konsolidierung des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Tendenzen und Triebkräfte = Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte, Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte, Bd. 65

Akademie-Verlag, Berlin 1979, 348 Seiten, 30 Tabellen,
1 Karte, Preis: 34,- M

von Ulrich Bentzien

"In dieser Landschaft ist doch nichts zu holen", soll von volkskundlicher Seite einmal geäußert worden sein, als das Börde-Vorhaben noch am Anfang stand. Gemeint war damit das offenkundige Fehlen "alter", "schöner" Dörfer, Häuser, Gerätschaften, Trachten, Tänze, Märchen usw. in dieser agrarisch und industriell hochproduktiven, verkehrsoffenen Region. Der Initiator, Wolfgang Jacob, hatte allerdings auch nie die Absicht, dort Urväterhausrat einzuheimsen und ein Buch darüber zu schreiben. Es ging vielmehr von Anfang an um eine komplexe Untersuchung der Wirtschaft und der Lebensweise der dortigen Landbevölkerung seit dem Kapitalismus. Dies war ein Programm, das mit herkömmlichen volkskundlichen Theorievorstellungen und Themenkatalogen nicht angegangen und selbst von einer erneuerten, marxistisch fundierten Volkskunde im Alleingang nicht bewältigt werden konnte. Im Ansatz bereits geplant, entwickelten sich folgerichtig Kooperationsbeziehungen, die dem Gesamtvorhaben - jetzt geleitet von Hans-Jürgen Rach - schließlich einen ganz neuen Charakter verliehen: Es entsteht hier eine regionale Gesamtdarstellung aus der Feder von Wissenschaftlern vieler Sparten, darunter Volkskundlern. Eine führende Rolle spielen die Wirtschaftshistoriker, deren Mitwirkung durch die positive Aufhebung der oben zitierten Formel veranlaßt worden sein mag: Sie haben offenbar sehr früh erkannt, daß in dieser Region ziemlich viel "zu holen" ist.

Entsprechend ergebnisreich ist die fast monographische Dimension erreichende Abhandlung von Hartmut Harnisch "Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse

in der Landwirtschaft der Magdeburger Börde von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn des Zuckerrübenanbaus in der Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts" (I/1, S. 67 - 173)¹. Als Aufgabe hat sich der Autor gestellt, "die sozialökonomischen Voraussetzungen für die schnelle Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse herauszuarbeiten" (I/1, S. 71). Er sucht die Gründe - wie sich für marxistisches methodologisches Vorgehen von selbst versteht - zunächst in der Entwicklung der Produktivkräfte während des Spätfeudalismus, Gemeinheitsteilungen, Hütungsablösungen und Separationen zwischen 1769 und 1805 stehen am Anfang - der Rezensent hätte sie vielleicht stärker als Folge denn als Ursache des anschließend dargestellten feld- und viehwirtschaftlichen Aufschwungs gesehen, ohne jedoch die Ergebnisse anders zu beurteilen. Es entsteht das Bild einer sehr produktiven Getreidelandschaft mit durchschnittlich entwickelter Viehwirtschaft. Die bioklimatischen Voraussetzungen - fruchtbarere Löß-Schwarzerde mit hohen Ackerzahlen einerseits, Geringfügigkeit natürlichen Grünlandes andererseits - spielten dabei eine wesentliche Rolle, die der Leser bereits zu beurteilen vermag, wenn er den eingangs plazierten Beitrag von Lothar Gumpert "Die physisch-geographischen Verhältnisse in der Magdeburger Börde" (I/1, S. 21 - 51), durchstudiert hat. Harnisch quantifiziert und bewertet nun die Fortschritte, wie beispielsweise den steigenden Anteil der Weizenproduktion, das Aufkommen neuer Kulturen oder die Veredlung der Schafbestände, konsequent, das heißt, soweit es die Quellenlage irgend zuläßt, nach Betriebsformen. Dabei gelingt ihm der Nachweis, daß die bäuerlichen Wirtschaften gegenüber den feudalherrlichen Eigenwirtschaften hinsichtlich so bedeutsamer Fortschritte wie Brachbesömmung, Ertragssteigerung oder Sommerstallhaltung des Rindviehs keineswegs zurückgeblieben sind. Dies korrespondiert auffällig mit dem Zustand und der Entwicklung der Produktionsverhältnisse bis zum Beginn der bürgerlichen Agrarreformen. Harnisch konstatiert nach einer eingehenden Analyse der demographischen Verhältnisse, der Sozial- und Grundbesitzstruktur sowie der Rolle des Landhandwerks im spätfudalen Dorf einerseits den Fortbestand feudaler Produktionsverhältnisse, wie er durch Feudaleigentum am Grund und Boden und durch feudale Ausbeutung angezeigt wird. Juristisch fixierte Formen persönlicher Unfreiheit gab es jedoch nicht; die Feudalrente wurde in Geld abgefordert. In den Bördedörfern war die Lage der großen und mittleren Bauern trotz teilweise erheblicher Verschuldung relativ günstig, ganz im Gegensatz zu der der Kleinkossaten, Häusler, Büdner, Einlieger und des Gesindes, also der Masse der sozialökonomisch bereits erheblich differenzierten Dorfbewölkerung. Feudalherren und große Bauern beuteten in erheblichem Maße Lohnarbeit aus, so daß für die Zeit um 1800 nicht mehr von eindeutig und allseitig feudalen Produktionsverhältnissen gesprochen werden kann. Kapitalistische Produktionsverhältnisse entwickelten sich in der Ära des Königreichs Westfalen und der nachfolgenden Jahrzehnte bis etwa 1835 stetig weiter, ohne schon endgültig und mit aller Konsequenz sich durchzusetzen. Die Darstellung dieser zweiten Etappe, die wiederum die Seite der Produktivkräfte mit berücksichtigt, ist kürzer geraten, weil die Ergebnisse der bürgerlichen Agrarreformen in dem Beitrag eines anderen Autors dargestellt sind.

Die Untersuchung von Harnisch konnte praktisch auf keinerlei wissenschaftlicher Literatur aufbauen; sie ist Fakt um Fakt aus den Quellen geschöpft, weniger gedruckten als vielmehr ungedruckten. Dabei wurden der Provenienz nach mindestens drei Ebenen erfaßt: Gutsakten und Amtsakten (beide aus dem Staatsarchiv Magdeburg) und Regierungssachen (aus dem Zentralen Staatsarchiv II, Merseburg). Die zahlreich angeführten Beispiele, oft komprimiert in Tabellenform,

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bände.

überzeugen ebenso wie die gezogenen Schlüsse, auch dort, wo Mut und Routine des erfahrenen Autors gefragt waren, wenn trotz gewisser Quellenmängel verallgemeinernde Aussagen zu treffen waren. Ein wesentliches Kapitel der Agrargeschichte der Magdeburger Börde liegt damit vor.

Die erste Fortsetzung (I/1, S. 175 - 231), "Grundzüge der Entwicklung der sozialökonomischen Verhältnisse in der Magdeburger Börde unter den Bedingungen der Durchsetzung und vollen Entfaltung des Kapitalismus der freien Konkurrenz in der Landwirtschaft (1830 bis 1880)", stammt von Hainer Plaul, einem Volkskundler, der seiner Dissertation - identisch mit der abschließend zu besprechenden Monographie - dieses agrarhistorische Grundlagenkapitel entnommen hat. Die Darstellung knüpft nicht unmittelbar an Harnisch an - sie konnte es offenbar deshalb nicht, weil sie (ein Manko von Sammelbänden) früher oder gleichzeitig fertiggestellt wurde. So liest man manches zum zweiten Mal, manches aber auch anders, vor allem im ersten Abschnitt, der teilweise an Friedrich Lütges "Mitteldeutsche Grundherrschaft" angelehnt ist. In weiteren Abschnitten kann der Autor sich auf Karl Bielefeldts Untersuchung beziehen, die heute noch durchaus verwertbar ist. Eine Hauptquelle bildet das Handbuch von Hermes/Weigelt (1842), flankiert von weiteren zeitgenössischen Publikationen und von Archivalien. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen Verlauf und Ergebnisse der Agrarreformen. Plaul hebt unter anderem den engen Zusammenhang zwischen Gemeinheitsteilungen und Separationen einerseits und der Einführung des Zichorien- und Zuckerrübenanbaus andererseits hervor, während er in der Ablösung der Feudallasten "schon mehr Ergebnis als Motiv und treibende Kraft" hinsichtlich der Veränderung der Klassenverhältnisse im Dorf sieht (I/1, S. 200). Dem ist gewiß zuzustimmen, wengleich man sich bestimmte Daten und Fakten zum Ablösungsvorgang klarer dargestellt wünschte; die Rückblende auf die Umwandlung von Arbeits- in Geldrente im 18. Jahrhundert zum Beispiel (I/1, S. 200 f.) verwischt den Unterschied zwischen Formen der Feudalrente und der kapitalistischen Bodenrente nach den Agrarreformen. Das beeinträchtigt nicht das Zwischenresümee, wonach sich in der Börde eine Variante des "preußischen Weges" durchsetzte, die durch weitgehendes Fehlen bäuerlicher Landabtretungen im Zuge kapitalistischer Bauernbefreiung gekennzeichnet war. Diesen Prozeß sieht Plaul um 1848 offenbar im wesentlichen als abgeschlossen an. Er verfolgt dann die weitere Entwicklung im Produktivkräftebereich - unter anderem Maschinenanwendung - und die Gestaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse bis in die Zeit um 1880. Als Tendenzen eines jetzt auf kapitalistischer Basis einsetzenden Differenzierungsprozesses werden benannt: die Erstarkung der junkerlichen und der großbäuerlichen kapitalistischen landwirtschaftlichen Betriebe und die Proletarisierung der Klein- und Kleinstbesitzer landwirtschaftlicher Produktionsmittel. Eine Begründung für die Zäsur 1880 wird nicht gegeben.

Eine etwas anders gestaltete chronologische Fortsetzung bildet der Beitrag "Veränderungen der sozialökonomischen Struktur in der Magdeburger Börde vor dem ersten Weltkrieg" (I/1, S. 233 - 262) von Sieglinde Bandoly, gleichfalls einer Volkskundlerin. Die Autorin greift über die Landwirtschaft weit hinaus, indem sie die Rolle der Stadt Magdeburg, die Industrie der Region und - als wesentlichen vermittelnden Aspekt - die Verflechtung von landwirtschaftlichen Betrieben mit der Industrie und mit Banken berücksichtigt. Der Stoff wird auf relativ wenigen Seiten, darunter einigen im Anhang (I/1, S. 274 - 289, Anlagen 14 - 32), ausgebreitet, was zunächst einmal eine gewisse Disproportion gegenüber den vorangegangenen Periodendarstellungen bedeutet. So fehlen denn manche bisher behandelten Bereiche, wie zum Beispiel die Maschinenanwendung, die Plaul für 1882 noch untersucht hatte und die aufgrund der Quellenlage für 1895 und 1907 hätten dargestellt werden können. Aber die "Statistik des Deutschen Reichs" taucht als repräsentative Quelle gar nicht auf; ihre Ergebnisse werden - hinsichtlich anderer Bereiche - in Tabelle 132, 133 und 143 der Sekundärliteratur ent-

nommen. Anderen Quellen, wie zum Beispiel dem "Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reich", hat die Autorin unmittelbar interessante Fakten abgewonnen und diese tabellarisch ausgewertet (vgl. I/1, S. 274 f., Anlage 15: Zuckerfabriken als Landpächter und -besitzer). Die wichtigen Nachweise über Saisonarbeiter (I/1, S. 278 ff., Anlagen 18 ff.) entstammen Archiven. Im übrigen ist es eine bekannte Tatsache, daß Quellenerschließung für Perioden des Kapitalismus/Imperialismus gerade im regionalen Rahmen oft auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. In Anbetracht dessen verdient der vorliegende Beitrag Anerkennung, auch da, wo volkswundliches Engagement vielleicht Einseitigkeiten verursacht hat, indem beispielsweise Arbeitereinkommen bilanziert werden, aber kapitalistische Betriebsergebnisse fehlen. Zu einer Agrargeschichte bzw. Wirtschaftsgeschichte der Börde im Zeitraum von 1880 bis 1917/18 ist hier ein Beitrag geleistet worden.

Einen Großteil der Untersuchungszeit rekapitulierend, stellt Rudolf Berthold "Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur im Regierungsbezirk Magdeburg und in den vier Börde-Kreisen von 1816 bis 1907" (I/2, S. 91 - 195) zusammenfassend dar. Die umfangreiche Abhandlung, erweitert um zahlreiche Tabellen im Anhang (I/2, S. 297 - 320), ergänzt die wirtschaftsgeschichtlichen Beiträge nicht nur, sondern untermauert sie durch quantitative Analysen großen Stils. Berthold beherrscht mathematisch-statistische Methoden und weiß sie in den Dienst wissenschaftlicher Aussage zu stellen, die umsichtig und vorsichtig ist. Es seien nur einige Beispiele gegeben. Die Bevölkerung des Regierungsbezirks wuchs von 1816 bis 1910 um 167 Prozent, die der Bördekreise unterschiedlich stark nach Maßgabe des gewerblich-industriellen Anteils an der Wirtschaftsstruktur (Extreme: Calbe um 220 Prozent, Wolmirstedt um 89 Prozent). "Zwischen 1870 und 1900 lagen die Jahrzehnte des größten Aufschwungs. Sie fielen mit dem allgemeinen ökonomischen Wachstum Deutschlands in dieser Zeit zusammen, zu dessen ökonomisch führenden Gebieten der Regierungsbezirk gehörte" (I/2, S. 105). Die Struktur der Berufstätigen wird für die Zeit von 1849 bis 1907 verfolgt. Von den überaus interessanten Ergebnissen seien hier genannt: Seit den sechziger Jahren überflügelte das Wirtschaftswachstum - abgesehen an der Zunahme der Berufstätigen - das Bevölkerungswachstum, wobei die Zahl der Berufstätigen in der Landwirtschaft um 117 Prozent, in der "Industrie" (das Handwerk eingeschlossen) um 163 Prozent zunahm (die erstgenannte Zahl ist erstaunlich hoch und meines Erachtens durch unvollkommene Erhebungsdaten bei den frühen Zählungen mitverursacht). Am beachtlichsten sind wohl die errechneten Werte hinsichtlich der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen (1816 bis 1907), die Berthold unter Anwendung subtilster Verfahren - man denke etwa an die Ermittlung geeigneter Vergleichsgrundlagen für die verschiedenen statistischen Ausgangsgrößen, die Extrapolation des Waldanteils der Rittergüter und anderes mehr - gewonnen hat. Eine eindeutig kapitalistische Betriebsgrößenstruktur sieht er im Regierungsbezirk Magdeburg 1859 für gegeben an, als die Rittergüter (0,8 Prozent der Betriebe) über 23,9 Prozent des Bodens verfügten, die Bauern (30,7 Prozent der Betriebe) 67,7 Prozent des Bodens innehatten und die Kleinstellen (68,4 Prozent der Betriebe) 8,4 Prozent des Bodens bewirtschafteten. Am Ende des Untersuchungszeitraums betragen die Verhältniszahlen: Güter über 100 Hektar = 0,5 Prozent der Betriebe und 29,1 Prozent der Fläche, Bauernstellen von 5 bis 100 Hektar = 18,1 Prozent der Betriebe und 60,1 Prozent der Fläche, Kleinstellen unter 5 Hektar = 81,4 Prozent der Betriebe und 10,8 Prozent der Fläche. In den 91 Jahren von 1816 bis 1907 nahm die Zahl der Kleinstellen um 85 222 zu, wobei der große Sprung im Zuwachs zwischen 1854 und 1882 lag - Ausdruck eines erheblichen Proletarisierungsprozesses auf dem Dorf. Diese und weitere Tendenzen werden sodann in großer Breite für jeden Bördekreis einzeln erörtert.

Der Anhang schließlich bringt das primäre Zahlenmaterial, das somit für weitere Analysen zur Verfügung steht. Natürlich steckt in ihnen schon manche Wertung (durch die Auswahl), auch manche Ergänzung. Vergleicht man beispielsweise die Bevölkerungszahlen der vier Bördekreise von 1816, 1821/22, 1831 und 1840 in Tabelle 100 des Beitrages von Harnisch (I/1, S. 170) mit denen in der Anlage 14 des Beitrages von Berthold (I/2, S. 297 f. bzw. beigelegte Ausschlag-tabelle I), so gibt es unter 16 Zahlen, die übereinstimmen müßten, nur 10 Übereinstimmungen. Ein Grund: Harnisch hat Hermes/Weigel zugrunde gelegt, Berthold dagegen Krug/Mützell und vor allem die statistischen Originalquellen im Staatsarchiv Magdeburg, die völlig neu durchgerechnet wurden.

Von großer Anschaulichkeit sind die Beiträge von Hans-Heinrich Müller "Zur Geschichte und Bedeutung der Rübenzuckerindustrie in der Provinz Sachsen im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Magdeburger Börde" (I/2, S. 9 - 61) und von Detlef Diestel/Hans-Heinrich Müller "Die Zuckerfabrik Klein-Wanzleben von ihrer Gründung bis 1917/18" (I/2, S. 63 - 90). Sie gelten jenem Industriezweig, der die sozialökonomische Struktur und Entwicklung der Region ganz wesentlich prägte, aber auch der Landwirtschaft als dem Rohstofflieferanten. Über sie urteilt Müller mit dem ihm eigenen stilistischen Schwung: "In vollem Strome flutete das moderne kapitalistische Wirtschaftsleben durch die Landwirtschaftsbetriebe, gebend und nehmend, aus tausend über die ganze Welt zerstreuten Quellen gespeist und in den Weltmarkt mit seinen vielfältigen Verzweigungen einmündend" (I/2, S. 49). Solche Wertungen basieren zum Teil gewiß auf den übrigen wirtschaftsgeschichtlichen Beiträgen, sind aber auch aus zusätzlich erschlossenen Quellen abgeleitet. Da ist beispielsweise das "Verzeichnis des lebenden und toten Inventars des Rittergutes Neindorf am 2. April 1857" (I/2, S. 267 - 286, Anlage) - welch ein Fund! Er verlohnte im Verein mit vergleichbaren, aber leider eben seltenen Stücken eine Analyse des agrartechnischen Standards kapitalistischer Junkerwirtschaften (daß die Zwischenüberschrift "Ackergerät" auf Seite 268 ausgefallen ist, stört weiter nicht; dagegen könnte der Druckfehler in der Jahreszahl - es muß 1875 heißen - zu bösen Folgen führen). Im übrigen gilt die Hauptaufmerksamkeit der Autoren natürlich der Rübenzuckerfabrikation, der Fabrik, ihren Aktionären und den ausgebeuteten unmittelbaren Produzenten. Dabei kommen am Ende des zweiten Beitrages auch Klassenkampfanalysen der Zuckerfabrikarbeiter zur Sprache.

Der Vollständigkeit halber seien schließlich zwei Beiträge genannt, auf deren Würdigung aus Platzmangel verzichtet werden muß: Josef Hartmann "Die Verwaltungsstruktur in der Magdeburger Börde vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1917/18" (I/1, S. 53 - 65) und Helmut Asmus "Grundzüge der ökonomischen Entwicklung der Stadt Magdeburg vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1917/18" (I/2, S. 197 - 222).

Jeder der beiden Halbbände enthält einen Anhang, der umfänglichere Dokumente und tabellarische Zusammenstellungen zu den einzelnen Beiträgen bringt, ferner eine von Hainer Plaul verfaßte gründliche Übersicht über "Historische Maße - Gewichte - Münzen", Worterläuterungen, ein Quellen- und Literaturverzeichnis, ein Ortsregister usw. Man wird dadurch in den Stand gesetzt, mit dem Werk zu arbeiten.

Auf die inhaltsreiche Einleitung der Herausgeber Hans-Jürgen Rach und Bernhard Weißel (I/1, S. 1 - 20) soll hier nur in einem Punkt eingegangen werden. Sie insgesamt zu würdigen, wird erst nach Erscheinen des volkskundlichen Teils II angebracht sein, da sie - für diesen mitverfaßt - stärker um den Bereich Kultur und Lebensweise als um den der Wirtschaft kreist. Was nun eben diesen Punkt Wirtschaft anbelangt, so wehren die Herausgeber (I/1, S. 12) den möglichen Vorwurf ab, die wirtschaftsgeschichtliche Seite des Börde-Vorhabens habe sich gewissermaßen verselbständigt. Sie tun dies mit guten Gründen: Einmal sind es

grundsätzliche theoretisch-methodologische Überlegungen, die Veranlassung dazu gaben, die Erforschung von Prozessen der Kultur und Lebensweise auf der Grundlage von Analysen der sozialökonomischen Entwicklung zu betreiben. Zum anderen ist zu bedenken: Die Magdeburger Börde - wie überhaupt die ehemals provinz-sächsische Region - gehörte bisher nicht zu den von der marxistischen agrarhistorischen Forschung favorisierten Gebieten (das waren die mehr gutherrschaftlich strukturierten Gebiete wie Mecklenburg, Uckermark, Oberlausitz). Durch das von Volkskundlern initiierte Börde-Unternehmen wurde ein Durchbruch erzielt, der die Wirtschaftsgeschichte dieser Region wesentlich vorgebracht hat. Um hier nicht mißverstanden zu werden: Die Volkskunde erwartet kein Dankeschön der Wirtschaftshistoriker, sondern hat diesen zu danken für eine bedeutsame Kooperationsleistung.

Das Eigenartige der im Börde-Vorhaben verwirklichten Kooperation besteht nun volkskundlicherseits darin, daß hier nicht nur mit Wirtschaftshistorikern kooperiert wird, sondern daß Volkskundler teilweise wirtschaftsgeschichtlich arbeiten und in dieser Tätigkeit gleichsam zu sich selbst Kooperationsbeziehungen aufnehmen. Das zeigte sich in den Beiträgen von Plaul und Bandoly, und das zeigt sich vor allem auch in der Monographie von Hainer Plaul. In ihr sind wirtschaftsgeschichtliche und volkskundliche Fragestellungen gleichermaßen vorhanden, oft sogar vereinigt. Eingangs wird das unter dem übergreifenden Aspekt der "Lebensweise" theoretisch reflektiert. Der Verfasser geht zunächst von den Determinanten "Lebensverhältnisse" und "Lebensbedingungen" aus, um dann zur "bewußten Lebenstätigkeit" vorzustoßen. "Dabei bedarf es der Unterscheidung zwischen einerseits allgemeinen Lebensverhältnissen, die sich aus der herrschenden Produktionsweise mehr oder weniger unmittelbar herleiten und denen alle Klassen, Schichten und Gruppen innerhalb einer Gesellschaftsformation - wenn auch mit gewissen Modifikationen - in gleichem Maße unterworfen sind, und andererseits konkreten Lebensbedingungen, die zwar ebenfalls in letzter Instanz durch die herrschende Produktionsweise determiniert sind, jedoch auf Grund der unterschiedlichen Stellung der Individuen innerhalb der gesellschaftlichen Produktion klassen-, schichten- und gruppenspezifisch differenziert in Erscheinung treten. Allgemeine Lebensverhältnisse und konkrete Lebensbedingungen auf der einen Seite und bewußte Lebenstätigkeit auf der anderen Seite stellen also zwei Komponenten einer untrennbaren, im wechselseitigen Zusammenhang stehenden Gesamtheit dar. Beide Seiten bedingen einander; in ihrer dialektischen Einheit bilden sie die Lebensweise" (I/1, S. 15).

Folgerichtig werden in einem ersten Hauptkapitel "Grundzüge der sozialökonomischen Entwicklung und die Entstehung der einheimischen Landarbeiterschaft" dargestellt. Der größte Teil davon ist mit dem entsprechenden Beitrag im Börde-Band I/1 identisch. Hinzu kommt der spezielle Untersuchungsgegenstand Landarbeiterschaft. Die Herleitung aus der Landarmut im Feudalismus und die Übertragung entsprechender Maßstäbe (Bodenanteil, Hausbesitz, Betriebsintegrität) auf kapitalistische Verhältnisse stellt Plaul als einen "Versuch" zur Diskussion.

Das zweite Kapitel behandelt "Grundtendenzen in der Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen unter den Bedingungen der Herausbildung und Konsolidierung des Kapitalismus in der Landwirtschaft". Dabei wird unter anderem ein Unifizierungsprozeß bei der Landarbeiterschaft in seinen Anfängen herausgestellt - eine hochinteressante These. Der Klassenantagonist, besonders der kapitalistische Großbauer, erfährt ebenfalls Aufmerksamkeit, etwa hinsichtlich der "sozialkommunikativen" Folgen der Separation. Daß dieser Vorgang nicht nur die Betriebsflächen, sondern letztlich auch die gesellschaftlichen Beziehungen im Dorf "separiert" hat, leuchtet ein. Die ökonomische Seite wird richtig begründet, aber auf Seite 119 meines Erachtens mit unpassenden Marx-Zitaten belegt. Im "Kapital",

Band 3, ist an den zitierten Stellen (Marx/Engels, Werke, Bd. 25, S. 859 und 865 bzw. nach der revidierten Ausgabe Bd. 25, S. 815 f, und 821) nicht von separierten Großbauernwirtschaften, sondern von Parzellenwirtschaften die Rede; auf die Börde traf solche "Zersplitterung" nach den Agrarreformen gerade nicht zu.

Im dritten und vierten Kapitel, "Über Veränderungen in den Arbeits- und Lebensverhältnissen des einheimischen Landproletariats im Verlauf der Herausbildung und Konsolidierung des Kapitalismus in der Landwirtschaft" und "Über das sittliche, religiöse und politische Verhalten der einheimischen Landarbeiterschaft", wird nun untersucht, was der Buchtitel verspricht, nämlich Landarbeiterleben. Die Darstellung beginnt mit der Arbeit dieser Abteilung unmittelbarer Produzenten, und sie endet mit ihrem Kampf um eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Der Volkskundler Plaul vermittelt ein realistisches Bild des ausgebeuteten, verelendenden Landproletariats der Magdeburger Börde. Aus der Themenpalette seien genannt: Lohnsysteme, Arbeitsverdienst, Existenzminimum, Familienverhältnisse, Wohnweise, Ernährung, Bekleidung, Gesundheit, Moralität, Kirchlichkeit. Diese - und andere - Bereiche werden systematisch abgehandelt und besitzen größtenteils eine innere Chronologie, die zum Teil bis in die achtziger/neunziger Jahre reicht, da Ergebnisse der Enquêtes des Vereins für Socialpolitik und des Evangelisch-Sozialen Kongresses unter den Quellen eine bedeutende Rolle spielen. Plauls Darstellung des Landarbeiterlebens verdient gründliche Lektüre, weil sie mit Gelehrtenfleiß erarbeitet ist, anregende Thesen enthält und - hier und dort - zum Meinungsstreit einlädt.

Keinen Streitpunkt bietet an dieser Stelle die starke wirtschaftsgeschichtliche Orientierung - wie könnte sie es auch, ist doch die Anzeige eines wirtschaftsgeschichtlich relevanten Buches in einem Organ für Wirtschaftsgeschichte eine angenehme Aufgabe.

Die Zuckerindustrie in den Böhmisches Ländern in der Epoche der Industriellen Revolution

Eine kritische Würdigung des Werkes

František Dudek, *Vývoj cukrovarnického průmyslu v českých zemích do roku 1872* (Die Entwicklung der Zuckerindustrie in den Böhmisches Ländern bis 1872)

Academia, Prag 1979, 218 Seiten, 14 Beilagen, 29 Abbildungen

von Vlastislav Lacina

Für die Industrielle Revolution in den Böhmisches Ländern war der Umstand charakteristisch, daß neben der Textilindustrie die Lebensmittelindustrie einen führenden Platz einnahm. Dies verdankte sie vor allem drei Zweigen: der Spiritusbrennerei, dem Brauwesen und der Zuckerindustrie. Während die beiden erstgenannten sich an eine jahrhundertealte Handwerkstradition anlehnen konnten, war die Zuckerindustrie ein neuer Produktionszweig. Dennoch bürgerte sie sich rasch ein und gehörte vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zur Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts zu den fünf wichtigsten Industriezweigen. Zusammen mit der Textil- und Glasproduktion wurde sie auch zur bedeutsamsten Exportbranche. Ihre Bedeutung in der gesamten Wirtschaft des Landes wurde nicht nur durch den Produktions- und Exportwert, sondern auch durch die enge Verbindung mit einer intensiven Landwirtschaft und den günstigen Einfluß bestimmt, den der Aufschwung der Zuckerindustrie insbesondere auf die Kohleförderung und den Maschinenbau ausübte. Überdies bildete der Aufstieg der Zucker- und Rübenproduktion die Basis für die wachsende ökonomische Stärke der tschechischen Industrie- und Agrarbourgeoisie. Die Darstellung der Entstehung und des Aufbaus der Zuckerindustrie geht daher in ihrer Bedeutung über den Bereich der Wirtschaftsgeschichte hinaus und trägt zur Klarstellung der gesamten historischen Entwicklung in den Böhmisches Ländern im 19. Jahrhundert bei.

Die rezensierte Publikation erfaßt die Entwicklung der Zuckerindustrie in den Böhmisches Ländern von ihren Anfängen während der britischen Kontinentalblockade bis zur uneingeschränkten Dominanz der fabrikmäßigen Produktionsformen am Beginn der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Sie endet mit dem Jahre 1872. Im folgenden Jahre brach nämlich eine tiefe Wirtschaftskrise aus, die auch die Zuckerindustrie hart betraf und qualitativ neue Entwicklungstrends auslöste. Der Autor schildert die Entwicklung der Zuckerindustrie im weitergefaßten Rahmen der Industriellen Revolution. Die Periodisierung der Industriellen Revolution bildet dabei für ihn den Ausgangspunkt bei der Gliederung der Arbeit. Im methodischen Teil der Einleitung bereicherte er die Kenntnis des Übergangsprozesses vom Manufakturstadium der Produktion zur fabrikmäßigen Produktion durch eine fundierte Definition der Begriffe Manufaktur und Fabrik in der Zuckerindustrie. Er zeigte richtig auf, daß zum Unterschied zum Beispiel von der Textilindustrie in der Zuckerindustrie die Fabrikproduktion nicht nur den Ersatz handbetriebener Werkzeuge durch Arbeitsmaschinen und menschlicher Antriebs-

kraft durch Dampfmaschinen bedeutete, sondern auch zur Ablösung einfacher chemischer Apparate durch komplizierte Apparaturen und Aggregate führte.

Die Arbeit geht vom Prozeß der Industriellen Revolution aus, beschränkt sich jedoch nicht nur auf diesen. Sie zeigt treffend die Entwicklung der Zuckerindustrie in weitgefaßten Zusammenhängen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Böhmisches Ländern auf. Diesbezüglich konzentriert sie sich vor allem auf die Verfolgung des Einflusses der Zuckerindustrie und der damit verknüpften Rübenindustrie auf die Kapitalisierung der Landwirtschaft, auf den Übergang zur Fruchtwechselwirtschaft und zur Intensivierung der pflanzlichen und tierischen Produktion. Besonderes Augenmerk widmet sie der Bedeutung der Zuckerraffinerien und des Rübenbaus bei der Akkumulation des tschechischen Kapitals. Diese Frage wurde zwar bereits von einigen Autoren aufgeworfen, blieb aber bislang unerforscht.

Bei der Bearbeitung der Publikation stützte sich Dudek auf eine breite heuristische Basis. Abgesehen von der umfassenden Literatur zur Geschichte der Lebensmittelindustrie beruht seine Darstellung vor allem auf einer kritischen Analyse der Materialien statistischer Publikationen, Berichte der Handels- und Gewerbekammern, zeitgenössischer Broschüren, Fachzeitschriften, Jahresberichte der Zuckerraffinerien und Raffinerievereine. Der Leser wird gewiß das gute Niveau der Bearbeitung, die Fundiertheit der Schlußfolgerungen und den lebendigen Stil zu schätzen wissen, der die Publikation auch dem Laien zugänglich macht.

Entsprechend den einzelnen Etappen der Industriellen Revolution teilte der Autor das Buch in fünf Kapitel ein. Im ersten Kapitel verfolgt er zunächst die Anfänge der Zuckerproduktion in den Jahren der Kontinentalblockade. Er zeigt auf, daß die ersten Rüben- und Ahornraffinerien experimentelle primitive Werkstätten vom Manufakturtyp waren, die unter künstlich präferierten Bedingungen arbeiteten und mit dem Ende der Kontinentalblockade auch eingingen. Im Zusammenhang damit gelangt er zu dem Schluß, daß günstige Bedingungen für den Aufstieg der Zuckerindustrie in den Böhmisches Ländern erst in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden. Das erhöhte Interesse am Zucker, der starke Zollschutz und hauptsächlich der jähe Preissturz bei Getreide in den Jahren der Agrarkrise wurden zu stimulierenden Faktoren für die Gründung von Zuckerraffinerien und für den Rübenanbau auf den Großgrundbesitzungen des Adels. Dudek charakterisiert die so gegründeten Raffinerien als Produktionsstätten des Manufakturtyps mit Elementen der Fabrikproduktion, wobei er richtig den Fortschritt bewertet, den in der Zuckerindustrie-Technologie die mit den Namen Karl Weinrichs und Bedřich Kodweiss' verbundene sogenannte böhmische Arbeit bedeutete.

Als Meilenstein beim Übergang zum fabrikmäßigen Produktionsstadium bezeichnet der Autor die Mitte der dreißiger Jahre. Er begreift den Zeitraum 1835 bis 1850 als Beginn der Industriellen Revolution in der Zuckerindustrie und widmet ihm das zweite Kapitel seiner Arbeit. Der Zollschutz und die Steuerfreiheiten lösten in den Jahren 1835 bis 1838 die erste Welle des Gründerfiebers in der Zuckerindustrie aus, das nach Ansicht des Autors mit der damals verlaufenden Kapitalisierung des adeligen Großgrundbesitzes und der Intensivierung seiner pflanzlichen und tierischen Produktion in den Jahren des Ausklangs der Landwirtschaftskrise eng zusammenhing. Der beträchtliche Gewinn, den seit den dreißiger Jahren die Zuckerproduktion einbrachte, verlockte nicht nur Großgrundbesitzer, sondern auch reiche Kaufleute zur Beteiligung an der Gründung von Zuckerraffinerien. Charakteristisch für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war jedoch der Umstand, daß der Zuckerfabrikant größtenteils auch Hauptanbauer der Zuckerrübe und Vorkämpfer für den Rübenanbau war. Der Zuckerrübenanbau trug damals bereits bedeutsam zur Einführung der Fruchtwechselwirtschaft, zur gründlicheren Tiefpflügung und besseren Düngung auf den Großgrundbesitzungen bei.

Eine durchgeführte Analyse zeigt, daß bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die Entwicklung der Zuckerindustrie und des Rübenanbaus in den fruchtbaren Gegenden Mährens rascher verlief als in Böhmen.

Das dritte Kapitel befaßt sich mit der Rekonstruktionswelle in den fünfziger Jahren, die zu einem jähen Produktionsanstieg und auch zur ersten Absatzkrise der tschechischen Zuckerindustrie in den Jahren 1858 und 1859 führte. Am Ende der fünfziger Jahre hatte die heimische Zuckerproduktion bereits den Import von Rohrzucker verdrängt; gleichzeitig hatte sich die führende Position der Böhmisches Länder in der österreichisch-ungarischen Zuckerindustrie gefestigt. Die Zuckerraffinerien hatten mit ihrer technischen Ausstattung, ihrer Organisation und Produktionskapazität bereits vollauf den Charakter von Fabriken. Die Rohstoffbasis erfuhr durch die Vergrößerung der Zuckerrübenflächen und die Vollendung des Übergangs zur Fruchtwechselwirtschaft auf den Großgrundbesitzungen eine starke Ausweitung. Bei den Bauernwirtschaften befanden sich aber der Übergang zur Fruchtwechselwirtschaft und der Zuckerrübenanbau erst in den Anfängen. Mit diesen Schlußfolgerungen leistete die Arbeit Dudeks eine bedeutsame Hilfe bei der Klärung der umwälzenden Veränderungen in der Landwirtschaft im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts.

Die Blütezeit der Zuckerindustrie in den Jahren 1861 bis 1866 wird im vierten Kapitel dargestellt. Bezeichnend für diese Periode waren nicht nur die wachsende Zahl von Zuckerraffinerien und die rasche Vergrößerung der Produktionskapazität, sondern vor allem zwei neue Erfindungen, die die Technologie der Zuckerindustrieproduktion wesentlich veränderten: die Diffusion und die Saturation. Angesichts des niedrigen Konsums auf dem Binnenmarkt wurde die sich jäh ausweitende Produktion immer mehr vom Export abhängig. Böhmisches Zucker wurde in den Balkan, nach Italien, Frankreich und England exportiert. In diesem Zusammenhang ist es meines Erachtens tunlich, auf die große Bedeutung hinzuweisen, die die beiden obenangeführten Erfindungen für die Hebung der Konkurrenzfähigkeit des böhmischen Zuckers auf den ausländischen Märkten hatten. Die in der Zuckerindustrie und im Rübenanbau erzielten hohen Gewinne lösten in der ersten Hälfte der sechziger Jahre auch erste Versuche mit der Gründung bäuerlicher Raffinerien auf Aktienbasis aus.

Die große Welle der Gründung bäuerlicher Raffinerien auf Aktienbasis setzte jedoch erst in den Jahren 1867 bis 1873 ein, das heißt in der Kulminationsperiode der Industriellen Revolution, der das letzte Kapitel gewidmet ist. Am Vorabend der Wirtschaftskrise gab es in Böhmen bereits 76 bäuerliche Raffinerien. Der Autor gelangt in diesem Zusammenhang zu dem Schluß, daß die bäuerlichen Raffinerien auf Aktienbasis zu den ersten Industriebetrieben der tschechischen Bourgeoisie gehörten und im Verein mit dem Rübenanbau eine wichtige Rolle bei der Akkumulation des tschechischen Kapitals spielten.

Ein charakteristisches Merkmal für den Höhepunkt der Industriellen Revolution bildete die sprunghafte Exportexpansion. In den Jahren 1869 bis 1871 erhöhte sich der Zuckerelexport aus Österreich-Ungarn auf das Vierfache, und Österreich-Ungarn belegte den zweiten Platz unter den europäischen Zuckerexporteuren. Hierbei hatten die Zuckerraffinerien aus den Böhmisches Ländern eine völlig dominierende Stellung in der österreichisch-ungarischen Zuckerindustrie und verarbeiteten beinahe 89 Prozent der gesamten Zuckerrübenenernte.

Der Autor weist überzeugend nach, daß die Produktions- und Exportexpansion der böhmischen Zuckerindustrie mit der jähen Ausweitung der Zuckerrübenflächen in den Bauernwirtschaften in Verbindung stand. Der Zuckerrübenanbau bildete einen starken Impuls für den Übergang der Bauernwirtschaften zur Fruchtwechselwirtschaft, förderte bedeutsam die Steigerung der gesamten Intensität der pflanzlichen Produktion und vertiefte die Spezialisierung der landwirtschaftlichen

Gebiete. Zugleich beschleunigte er die soziale und klassenmäßige Differenzierung der Bauernschaft.

Der Aufstieg der Zuckerindustrie begünstigte nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Ausweitung des Verkehrsnetzes sowie die Kohleförderung und löste eine Konjunktur in dem in Entstehung begriffenen böhmischen Maschinenbauwesen aus. Die Arbeit verweist sehr eindrucksvoll auf die Verbindung der Zuckerraffinerien mit den Vorschußsparkassen und den neugegründeten Handelsbanken, vor allem mit der Živnobank. Eingehender werden nur die Bindungen an die böhmischen Banken erläutert.

An den Textteil schließen sich die sorgfältig vorbereiteten und graphisch trefflich gestalteten Beilagen eng an. Statistische Tafeln erfassen die Gründung der Zuckerraffinerien, die Entwicklung der Zuckerproduktion, den Import und Export von Zucker und die technische Einrichtung der Raffinerien. Die Tafeln ergänzen das höchst wertvolle Verzeichnis der Zuckerraffinerien und die davon ausgehenden Karten, die die territoriale Verteilung der Zuckerraffinerien in den Böhmisches Ländern veranschaulichen. Gut ausgewählte Bildbeilagen demonstrieren das Aussehen der Zuckerraffinerien, ihre Produktionsanlagen und die Produktionsverfahren in den damaligen Raffinerien.

Der Arbeit ist ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis beigelegt, das nicht nur den Forschern dienlich ist, die sich mit der Problematik der Zuckerindustrie befassen. Ein verhältnismäßig umfangreiches russisches und deutsches Resümee erschließt ausländischen Forschern die grundlegenden Schlußfolgerungen. Das Personennamen- und Ortsregister erleichtert die Orientierung in der Publikation.

An der rezensierten Publikation schätze ich besonders die organische Verbindung der gründlichen analytischen Untersuchung mit der Formulierung weitergehender theoretischer Schlußfolgerungen vor allem in bezug auf den Prozeß der Industriellen Revolution und den Einfluß der Zuckerindustrie auf die Entwicklung der Landwirtschaft. Deshalb ist das Buch Dudeks ein wertvoller Beitrag nicht nur zur Erkenntnis der Geschichte der Zuckerindustrie. Vielmehr trägt es auch bedeutsam zur Erforschung des Prozesses der Industriellen Revolution in den Böhmisches Ländern bei. Es kann als fundierte Grundlage für eine Komparation mit der Entwicklung der Zuckerindustrie in Frankreich, Polen, Sachsen und Schlesien dienen. Ich halte es für angebracht, auch auf das äußerst hohe Editions-niveau der Publikation hinzuweisen, das leider in dieser Güte immer noch selten ist.

Zur hellenistischen Epoche im Orient

Heinz Kreißig, *Wirtschaft und Gesellschaft im Seleukidenreich. Die Eigentums- und Abhängigkeitsverhältnisse = Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Schriften zur Geschichte und Kultur der Antike, Bd. 16*

Akademie-Verlag, Berlin 1978, 133 Seiten, Preis: 28,- M

von Józef Wolski

Seit Jahren läßt sich eine zunehmende Beschäftigung mit der Seleukidengeschichte beobachten.¹ Im letzten Jahrzehnt wurde vor allem das Problem des Hellenismus im Zusammenhang mit der in der Wissenschaft strittigen Frage der sogenannten "asiatischen Produktionsweise" zum Gegenstand der Forschung gemacht.² Von der Kompliziertheit der Problematik zeugen auch die während des FIEC-Kongresses 1979 in Budapest gehaltenen Vorträge. Zweifellos spiegelt sich hierin die besonders für die Zeitspanne des Hellenismus im Orient herrschende Quellenlage wider.

Die seit längerem geführten Diskussionen mögen bei der Erarbeitung des Buches von Heinz Kreißig eine wichtige Rolle gespielt haben. Schon am Titel kann der Leser den Grundgedanken des Verfassers, der dank seiner Forschungen eine anerkannte Stellung in der Wissenschaft erlangt hat, erkennen. Es geht in diesem Falle nicht, wie zum Beispiel bei E. Bikerman³, um eine Analyse der Verhältnisse, die sich als Folge der makedonischen Eroberung herausgebildet hatten und den König, die Dynastie, die herrschenden Schichten betreffen, sondern um die Herausarbeitung der sozialen und wirtschaftlichen Belange in den unterworfenen Gebieten. Aus der Anlage des Werkes zeichnet sich dieses Anliegen des Verfassers deutlich ab. Der Rezensent betrachtet es als seine Hauptaufgabe, nicht so sehr die Interpretation der einzelnen mit großer Akribie zitierten Quellenzeugnisse zu prüfen, die vom Verfasser übersetzt wurden, was als ein "signum temporis" anzusehen ist, sondern vielmehr die allgemeinen Tendenzen des Ergebnisses der Quellenanalyse hervorzuheben, die eine neue Auffassung von der Rolle der Seleukidenherrschaft in der Geschichte des Orients erkennen lassen.

- 1 Vgl. Edson, Charles, *Imperium Macedonicum: The Seleucid Empire and the Literary Evidence*, in: *Classical Philology*, Bd. 53, 1958, S. 153 - 170; Bikerman, E., *The Seleucids and the Achaemenids*, in: *La Persia e il mondo greco-romano (Persien und die griechisch-römische Welt)*, Rom 1966, S. 87 - 117; Musti, Domenico, *Lo stato dei Seleucidi (Der Staat der Seleukiden)*, in: *Studi classici e orientali*, Bd. 15, 1966, S. 61 - 197; Bar-Kochva, B., *The Seleucid Army. Organization and Tactics in the Great Campaigns*, Cambridge 1976; Cohen, Getzel M., *The Seleucid Colonies, Studies in Founding Administration and Organization*, Wiesbaden 1978 = *Historia, Einzelschriften*, Bd. 30.
- 2 Vgl. hierzu Klio, Bd. 60, H. 1: Beiträge des Kolloquiums "Die Antike und die altorientalische Komponente im Hellenismus (Hartenstein, 30. 3. - 1. 4. 1976).
- 3 Bikerman, E., *Institutions des Séleucides*, Paris 1938.

Was ich anfangs betonen möchte, ist die Übereinstimmung unserer grundsätzlichen Anschauungen hinsichtlich der Dauerhaftigkeit gewisser im Laufe des geschichtlichen Prozesses aus der Vergangenheit übernommener Formen. Meine Ansichten zu diesem Thema habe ich in mehreren Aufsätzen dargestellt,⁴ Sie gipfeln in der Feststellung, daß es den makedonischen Eroberern wohl gelang, die politische Struktur, den Überbau des Achämenidenreiches zu vernichten, aber sie außerstande waren, die verschiedenen orientalischen Traditionen und Formen, die den Untergang des Perserreiches überlebten, auszurotten. Diese Erscheinung darf man nicht allein aufgrund der neuen Quellen als ein autonomes, den Überbau betreffendes Element ansehen. Man muß sich die grundsätzlichen Veränderungen in der Auffassung, und nicht nur der Historiker, als Folge der Abkehr vom Europeo- oder Graecozentrismus vor Augen halten. An der Aussage F. Altheims⁵ in der Einleitung zur "Geschichte Mittelasiens im Altertum" kann ich nicht vorbeigehen. Er hat nämlich die Stellung W. Tarns, der die Griechen den Engländern und die Iraner den Hindus gleichgesetzt hatte, beanstandet. Auch Kreißig nimmt ausdrücklich Stellung gegen die graecozentristische Anschauung vieler moderner Autoren zur orientalischen Geschichte (S. 11)⁶. Und deswegen schließt seine synthetische Darstellung eine fühlbare Lücke auf dem Gebiet der Gesellschaft und Wirtschaft der Seleukidenzeit. Ja, Kreißig geht mit seinen Forschungen über diese von ihm selbst postulierte wichtige Aufgabe noch hinaus. Um das heutige Verhältnis zum Hellenismus im Osten im Rahmen einer Abkehr vom Graecozentrismus einer Prüfung zu unterziehen, war es zuerst notwendig, sich eine Grundlage zu schaffen. Selbstverständlich taugen dazu am besten die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Seleukidenreich, das den überwiegenden Teil der makedonischen Eroberungen im Orient umfaßte; wegen seiner besonderen Stellung wurde Ägypten zu Recht von den Erwägungen des Verfassers ausgeschlossen.

Die Aufgabe, die sich der Verfasser gestellt hatte, war aus zwei Gründen nicht leicht. Die alte, seit fast 150 Jahren bestehende Ansicht J. G. Droysens über das Wesen des Hellenismus hat die Freiheit der Forschung gehemmt. Doch in noch viel stärkerem Maße hat sich die strittige Frage der "asiatischen Produktionsweise" und der Rolle des Hellenismus als Träger der Sklavenwirtschaft im Orient hemmend ausgewirkt. Nur die Lösung dieses sprichwörtlich gordischen Knotens könnte der Wissenschaft einen Nutzen bringen. Es scheint mir, daß Kreißig mit seinem Buch einen wesentlichen Schritt zur Klärung dieses Fragenkomplexes getan hat. Unter Zugrundelegung der Aussagen der Klassiker des Marxismus-Leninismus wendet sich der Verfasser, ohne sich im einzelnen in die endlose Diskussion über die Rolle der Sklaverei auf den verschiedenen Gebieten der Gesellschaft und Wirtschaft im "hellenistischen Osten" einzulassen, den Quellen zu, um ihnen eine Antwort auf die grundsätzlichen Fragen abzugewinnen. Und zwar, wer Produzent und wer Eigentümer der Produktionsmittel in der besprochenen Zeitspanne ist. Diese Einstellung des Verfassers verdient meines Erachtens hervorgehoben zu werden, weil angesichts der Hypothesen, die sowohl von Marxisten als auch von Nicht-Marxisten ins Feld geführt werden - mit Ausnahme des oftmals

4 Zum Beispiel Wolski, Józef, Les Achéménides et les Arsacides. Contribution à l'histoire de la formation des traditions iraniennes, in: Syria, Nr. 1-2/1966, S. 63 - 89; derselbe, Arsakiden und Sassaniden, in: Beiträge zur alten Geschichte und deren Nachleben, Bd. 1, 1969, S. 315 - 322 = Festschrift für Franz Altheim.

5 Altheim, Franz/Stiehl, Ruth, Geschichte Mittelasiens im Altertum, Berlin 1970.

6 Die in Klammern gesetzten Seitenzahlen im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch,

vom Verfasser zitierten M. I. Rostovtzeff -, nur diese Methode zu schlüssigen Ergebnissen führen kann. Kreißig stellt seine aus den Quellen gezogenen eigenen Schlüsse denen der unterschiedlich eingestellten Autoren gegenüber und kann sich dabei auf eine starke Basis stützen. Er ist sich dessen bewußt, daß angesichts der Weite des Gebietes und der chronologischen Zeitspanne das Quellenmaterial etwas knapp bemessen ist, um auf dessen Grundlage zu verallgemeinern. In dieser Hinsicht zeigt er sich vorsichtig und meint (S. 79), daß die Verallgemeinerung das Vereinfachen mit sich bringt.

Und hier möchte ich auf die vom Verfasser herangezogenen, besonders wertvollen Quellen hinweisen, und zwar auf jüdische Zeugnisse, die von der Forschung bei der Bearbeitung dieser Problematik selten genutzt werden. Kreißig, der viele wertvolle Arbeiten der Geschichte Judäas während der Seleukiden- und Römerzeit gewidmet hat, konnte dank ausgiebiger Nutzung dieses Quellenmaterials die Aussagen seiner Vorgänger kritisch beleuchten und ein neues Element zur Bekräftigung seiner Ausführungen gewinnen. Um bei den Quellen zu verbleiben, möchte ich auf die meines Erachtens zu Recht vom Verfasser angewandte Methode hinweisen, nicht nur mit den Quellen der Seleukidenzeit zu arbeiten, sondern auch die Zeugnisse des Achämenidenreiches einzubeziehen, um dadurch zur strittigen Frage der Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte des Hellenismus den besseren Zutritt zu erlangen. Auch die Quellen der Partherzeit, obgleich in geringerem Ausmaß, wurden vom Verfasser herangezogen. Es ist ganz klar, daß er nur dadurch die Fortsetzung der Traditionen und Formen der Achämenidenzeit während der Herrschaft der Seleukiden sowie ihre Übernahme durch die folgenden Dynastien beweisen konnte. Die in jeder Hinsicht richtige methodische Einstellung des Verfassers gibt ihm die Grundlage zu seiner Hauptthese. Sie gipfelt in der Feststellung, daß weder im Ackerbau noch im Handwerk, das heißt weder auf dem Lande noch in der Stadt, die Sklaverei irgendeine bedeutende Rolle gespielt hat.⁷ Damit entfällt nach Ansicht des Verfassers die These, den Hellenismus im Osten als einen Teil der antiken, also graeco-makedonischen Gesellschaft anzusehen. Die auch schon vor ihm von vielen Forschern (zum Beispiel P. Briant, P. Lévêque, M. I. Finley) angenommene Bedeutung der hörigen Schichten innerhalb der Gesellschaft⁸, der Rolle des Ackerbaus als des wichtigsten Produktionszweiges führt den Verfasser zu dem Schluß, daß im Orient nach Alexander dem Großen weiterhin die orientalische Produktionsweise herrschte. Natürlich kann man nicht umhin festzustellen, daß die makedonischen Eroberer in dieses System einige neue Elemente eingeführt haben. Kreißig ist aber ein allzu erfahrener Forscher, um bei dieser Feststellung zu verbleiben, und daher weist er auf die Differenziertheit, zum Beispiel im westlichen Kleinasien und in Phönikien, der beschriebenen Verhältnisse hin. Das berührt aber nicht seine Grundthese, wonach der Begriff des Hellenismus nicht auf die den makedonischen Dynastien unterstehenden Gebiete in Asien (wohl auch in Ägypten) erweitert werden kann.

7 Was Ägypten angeht, vgl. die Berechnungen in Biezuńska-Małowist, Izabela, L' esclavage dans l' Egypte gréco-romaine, 2 Bde., Wrocław/Warszawa/Kraków/Gdańsk 1974 u. 1977. - Die Zahl der Sklaven soll 10 % der Bevölkerung nicht überschritten haben.

8 Vgl. Wolski, Józef, Le classi inferiori della popolazione nel regno dei Parti (Die unteren Bevölkerungsklassen im Partherreich), in: Storia sociale ed economica dell' età classica negli studi polacchi contemporanei, hg. v. Izabela Biezuńska-Małowist, Milano 1976, S. 55 - 61.

Es scheint mir, daß die Ausführungen des Verfassers noch untermauert werden könnten, wenn er im Laufe seiner Beweisführung in stärkerem Maße die Belange Irans berücksichtigt hätte. Auch Rückschlüsse aus der späteren Lage, ich meine die Arsakidenzeit, würden von Bedeutung sein. Ein gutes, weiteres Beispiel ist die Unterbringung der Armee in den Dörfern (S. 19), wo sie - außer Eumenes - ihr Winterquartier nahm, was man dem Feldzug des Antiochos VII. Sidetes gegen die Parther im Jahre 129 v. u. Z.⁹ entnehmen kann. Antiochos hat nämlich seine Armee "inter civitates" in Medien, das 148 v. u. Z. von den Parthern erobert worden war, verteilt.¹⁰ Aus dem iranischen Gebiet stammt die Nachricht von den basileia (S. 32), zweifellos mit den dazugehörigen Dörfern, sowie von vielen komai¹¹, die im Ostiran gelegen waren. Im Lichte der Kolonisationspolitik Alexanders des Großen und der frühen Seleukiden, besonders in Baktrien, Sogdiana und Arien, scheint mir die Feststellung des Verfassers (S. 63), daß diese die Entwicklung der Städte nicht unterstützten, zu entschieden. An dieser gefährdeten Grenze konnten die militärischen Belange, die Sicherung der Grenze gegen die etwaigen Angriffe der "Barbaren", über die wirtschaftlichen die Oberhand behalten.¹²

Ich stimme mit dem Verfasser überein, wenn er gegen die übertriebene Modernisierung der orientalischen Wirtschaftsverhältnisse auftritt. Es ist, wie ich glaube, verfehlt, von Marktwirtschaft, riesigen Flotten, großen Bankbetrieben im Orient zu sprechen. Eine ähnliche Abkehr von den übertriebenen Anschauungen über die Höhe der wirtschaftlichen Verhältnisse beobachtet man in der Forschung bezüglich des archaischen Griechenlands (650 bis 500 v. u. Z.), wo, wie es scheint, bedeutend primitivere Verhältnisse, als man bis jetzt angenommen hat, herrschten.¹³ Die Schlüsse, die der Verfasser in diesem Fragenkomplex aufzustellen sich berechtigt fühlt, und zwar, was das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung im Seleukidenreich betrifft, würden an Klarheit und Sicherheit gewinnen, wenn er in stärkerem Maße die Münzwirtschaft im Orient mit ihren zahlreichen Schätzen und Einzelfunden berücksichtigt hätte. Es fehlen auch drei wichtige Münzstätten aus Iran, nämlich Baktra, Hekatompylos und Susa. Wahrscheinlich könnte die Einbeziehung all dieser Elemente die Schlußfolgerungen des Verfassers noch beeinflussen. Seine letzten Schlüsse hinsichtlich der orientalischen (asiatischen) Produktionsweise (S. 124 f.) scheinen mir einleuchtend. Meiner Ansicht nach ist das Werk Kreißigs ein wichtiger, wenn nicht entscheidender Beitrag zur Lösung aller oben berührten Fragen.

9 Vgl. Justin, 38, 10, 8.

10 Le Rider, Georges, *Suse sous les Séleucides et les Parthes*, Paris 1965, S. 338 ff.

11 Vgl. Isodoros Charakenos, *Stathmoi Parthikoi*, 4 ff.

12 Vgl. Wolski, Józef, *L'effondrement de la domination des Séleucides en Iran au III^e siècle av. J.-C.*, in: *Bulletin international de l'Académie polonaise des sciences et des lettres*, Ergänzungsbd. 5, Kraków 1947, S. 22 ff.

13 Vgl. hierzu derselbe, *Starozytność (Das Altertum)*, 3. Aufl. Warszawa 1979, S. 162 ff.

ANNOTATIONEN

Burchard Brentjes/Siegfried Richter/Rolf Sonnemann,
Geschichte der Technik, hg. v. Rolf Sonnemann

Edition, Leipzig 1978, 502 Seiten mit 584 Abbildungen,
Preis: 78,- M

Bisher fehlte in der DDR eine lebendig geschriebene Überblicksdarstellung der Entwicklung der Technik, die den Leser, ausgehend von den Erkenntnissen der Vergangenheit, zur zukünftigen Entwicklung führt, die die geschichtlichen Erfahrungen für die Einschätzung künftiger technischer Entwicklungstendenzen verarbeitet und auf diese Weise einen Beitrag zur Einsicht in die objektiven Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Fortschritts und zur Lösung prognostischer Probleme leistet.

Die Geschichte der Technik, die Geschichte der Arbeitsmittel und der Technologie, wird von den Autoren nicht als eine Faktenfolge von Erfindungen, sondern "im Spannungsfeld gesellschaftlicher Bedürfnisse" dargestellt. Die Technik wird in das System der gesellschaftlichen Produktivkräfte eingeordnet, wie dies in der Ausnutzung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse, in der Verwertung der Energiequellen und in der Entdeckung und Nutzung von Roh- und Werkstoffen sowie in der Veränderung der Arbeitsfähigkeiten und -fertigkeiten der Hauptproduktivkraft Mensch zum Ausdruck kommt.

Das Entstehen neuer gesellschaftlicher Bedürfnisse, insbesondere die Erfordernisse der Produktion, bedingen die ständige Weiterentwicklung der Technik. Durch die eingeschobene Beschreibung von "Ahnengalerien", von Vorgängern wesentlicher Erfindungen, die vor deren ersten wirtschaftlichen Nutzung liegen, wird deutlich, warum in vielen Fällen konstruktionsreife Maschinen keine Anwendung zu produktiven Zwecken finden. Es fehlen sowohl die Voraussetzungen für eine Verwirklichung in anderen Bereichen der Technik als auch die gesellschaftliche Notwendigkeit. In diesem Zusammenhang ist der Hinweis auf die Bedeutung von zunächst nicht praktisch angewandten Erfindungen zu sehen. Das Studium und die Kenntnis historischer Lösungsversuche (S. 225) dient der Ersparnis gesellschaftlicher Arbeit und wird zu Recht als Komponente wissenschaftlicher Tätigkeit gewertet. Die Autoren untersuchen die entscheidenden Beiträge der Völker zur Entwicklung der Technik. Mit Beispielen von gleichzeitigen, voneinander unabhängigen und damit gesellschaftlich notwendig gewordenen Erfindungen betonen sie die Rolle der gesellschaftlichen Bedürfnisse als Triebkraft des technischen Fortschritts. Sie beschränken sich nicht auf die Darstellung der ökonomischen Erfordernisse bei Erfindungen von grundlegenden Produktionsinstrumenten, sondern veranschaulichen diese auch an Dingen, mit denen der Leser täglichen Umgang hat. Die Erfindung von Uhr und Brille im Zusammenhang mit den sich in der Blütezeit des Feudalismus ausdehnenden Ware-Geld-Beziehungen ist ein Beispiel für die Fähigkeit der Verfasser, die Beeinflussung der Technik durch die gesellschaftliche Entwicklung für einen breiten Leserkreis interessant darzustellen.

Ein besonderes Merkmal in der Entwicklung der Technik ist die Herausarbeitung der Zwangsläufigkeit, der notwendigen Stufenfolge des technischen Fortschritts. Die Autoren machen hierbei nicht nur die evolutionären Phasen und die qualitativen Sprünge deutlich, die Veränderungen von grundlegender Bedeutung bewirken,

wie die "Agrarrevolution", die industrielle Revolution und die wissenschaftlich-technische Revolution, sondern auch die Auswirkungen für einzelne bedeutende Erfindungen; die Ausrüstung der Drehbank mit Stahlhalter und Schraubstock deutet beispielsweise den Qualitätssprung zur Drehmaschine an (S. 155).

Generell geht es um die Darstellung von Entdeckungen, Erfindungen und Konstruktionen, die ökonomischen Bedürfnissen entspringen und die allgemeine Produktivität der Arbeit erhöhen (S. 202). Dies sind unter anderem Werkzeuge zur Werkzeugherstellung, der Bogen als erstes Gerät, das die menschliche Kraft technisch konzentriert, und in besonderem Maße Erfindungen, die den Übergang zu einer neuen Produktionsweise vorbereiten, so zum Beispiel Uhr und Mühle als materielle Vorbereitung der maschinellen Industrie.

Die Betonung der sozialökonomischen Folgen der technischen Entwicklung beschränkt sich nicht nur auf solche tiefgreifenden Prozesse wie die mit der industriellen Revolution einsetzende mechanisch-maschinelle Großproduktion und die Charakterisierung der Fabrik als technologische und sozialökonomische Institution, sondern es werden auch die gesellschaftlichen Folgen einzelner Erfindungen dargestellt, wodurch die sozialökonomische Bedingtheit des technischen Fortschritts für den Leser besonders augenfällig wird, zum Beispiel durch die Erfindung des Steigbügels und des Schießpulvers.

Deutlich werden darüber hinaus die von der Wechselwirkung zwischen den Elementen der Produktivkräfte ausgehenden Impulse für die Weiterentwicklung der Technik. Das gilt für die Anwendung eines neuen Pfluges als Folge der Erfindung des Kummets im Mittelalter ebenso wie für die Schaffung neuer Werkstoffe, die die Anwendung neuer Produktionsinstrumente und Technologien ermöglichen.

Die Verwirklichung neuer Lösungen zunächst in den alten technischen Formen, zum Beispiel in der Kutschenform der ersten Automobile (S. 309), wird durch Abbildungen veranschaulicht. In diesem Zusammenhang genügt ein Hinweis auf den umgangssprachlichen Begriff "Benzinkutsche", der eine Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung der Technik verdeutlicht. Neben den inneren Antrieben für die Entwicklung der Technik legen die Verfasser das Schwergewicht auf die sozialökonomische Bedingtheit des technischen Fortschritts.

Die Veränderungen der Arbeitsmittel führen zur Ablösung einer Produktionsweise durch die andere. Mit dem Übergang zu einer neuen Phase der Bewässerungswirtschaft, der neuen Stufe der Technik in Form der großen Kooperation, beginnt die Herausbildung von Klassen, die sich in der "Spaltung in eine Produktion zur Erhaltung der Gesamtgesellschaft und eine im ausschließlichen Dienst der Oberschicht" äußert (S. 48).

Die Wandlung der Zünfte von einer progressiven Organisationsform des Handwerks zu einer den technischen Fortschritt hemmenden illustriert den notwendigen Übergang zu einer neuen Organisation der Produktion, der arbeitsteiligen Kooperation der Manufaktur, die zwar der Entwicklung der Arbeitsmittel neuen Raum gibt (S. 203), aber den Widerspruch zwischen den steigenden Bedürfnissen nach Massenartikeln und den beschränkten technischen Mitteln nicht lösen kann (S. 205). Die Manufaktur schafft durch die Vereinfachung, Spezialisierung und Anpassung der Arbeitsmittel an die Sonderfunktion der Teilarbeiter eine wesentliche materielle Voraussetzung für den Übergang zur maschinellen Fabrikproduktion.

Die Untersuchung der Technik der auf Maschinen beruhenden kapitalistischen Produktion nimmt folgerichtig den größten Raum der Darstellung ein, da die Technik unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen sich schneller und stärker entwickelt als in den Jahrtausenden seit der Steinzeit der Jäger und Sammler. Die Autoren legen dar, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Produk-

tivkräfte in ihrer Entwicklung wohl fördern, aber auch Schranken für ihre Entwicklung setzen, daß die Erlangung von Mehrwert die entscheidende Triebkraft der Entwicklung der Technik ist. In engem Zusammenhang damit steht die Weiterentwicklung der Technik aus machtpolitischen Gründen, was vor allem an der Funktion des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Expansionsstreben des deutschen Imperialismus zum Ausdruck kommt. Die aus unterschiedlichen ökonomischen Bedingungen entstehenden Antriebe bzw. Hemmnisse für die Entwicklung der Technik zeigen sich unter anderem in der Darlegung der Ursachen für den Vorsprung der USA in der Massenfließfertigung und der Mechanisierung der Landwirtschaft. Eine andere durch das Profitstreben gezogene Schranke für die Entwicklung der Technik führt dazu, daß nur die Erfindungen und Entdeckungen Aussicht auf Umsetzung in die Praxis haben, die Profit versprechen. Dies beweist die Verzögerung der Entwicklung des Elektromotors und der Arbeiten für ein Televisionssystem in den führenden kapitalistischen Ländern mit Ausnahme des auf die Rückeroberung seiner Weltmachtposition bedachten Deutschlands. Der für die Entwicklung der Technik unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ausschlaggebende Aspekt des Profits tritt besonders kraß und folgenschwer auf dem Gebiet der militärischen Rüstung zutage. So geben die kapitalistischen Finanziere ihre Zurückhaltung gegenüber dem Flugzeug erst auf, als sich seine militärischen Einsatzmöglichkeiten abzeichnen (S. 399). In der Entwicklung der Militärtechnik wird die Fragwürdigkeit der durch die Kriegsindustrie bedingten technischen "Fortschritte" deutlich. Nicht die Technik ist schuld an der Massenvernichtung von Produktivkräften, sondern die Vereinigung expansiver Interessen der herrschenden Klasse mit den technischen Möglichkeiten ihrer Realisierung.

Einige weitere Aspekte in der Entwicklung der Technik können hier nur erwähnt werden: Es sind dies unter anderem die Verlagerung von Zentren des technischen Fortschritts, die Wanderung von Erfindungen, zum Beispiel von Asien nach Mitteleuropa, das spätere Wiedererfinden, die Anpassung an veränderte Naturbedingungen, die produktive Umsetzung von Erfindungen nach einer "Vergnügungsphase", die Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Umwelt.

Es ist den Verfassern gelungen, die Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Technik darzustellen. Sie tun dies mit einer ihrer gesamten Darstellung innewohnenden Zwangsläufigkeit, die für den Leser deshalb um so einprägsamer ist, als sie zu eigenem Nachdenken über die zukünftige Entwicklung der Technik, insbesondere ihre Funktion in der sozialistischen Gesellschaft, anregt. Die "Geschichte der Technik" gibt ein geschlossenes Bild der Hauptlinien der technischen Entwicklung und zeigt ihre Perspektiven auf, sie festigt die Überzeugung, daß diese "menschliche, besser 'gesamtgesellschaftliche' Initiativen und eine entsprechende soziale Organisation der Produktion verlangt" (S. 470), wie sie mit der sozialistischen Gesellschaft gegeben sind.

Die Lektüre des Buches vertieft die Erkenntnis, daß die wissenschaftlich-technische Revolution sowohl das Resultat der traditionellen Entwicklung der Produktivkräfte als auch ein Bruch mit dieser Tradition ist, daß ihre Verwirklichung ein langwieriger Prozeß ist, der durch vielfältige, aus den gesellschaftlichen Bedingungen erwachsende Faktoren bestimmt wird.

Heike Etzold

Deutsche Wirtschaftsarchive, Nachweis historischer Quellen in Unternehmen, Kammern und Verbänden der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. Klara van Eyll, Sybille Grube-Bannasch, Angela Kaltenbrunner, Renate Köhne, Carl A. Reichling, Hans-Jürgen Reuß, Horst A. Wessel

Franz Steiner Verlag GmbH, Wiesbaden 1978, 240 Blatt in Ringordner, Preis: 34,- DM

Mit der vorliegenden Publikation, die im Auftrage der westdeutschen Gesellschaft für Unternehmensgeschichte entstand, wird versucht, die Quellsituation in den Wirtschafts- und Werkarchiven der BRD zu erfassen. In einer mehrjährigen Fragebogenaktion sind über 4000 bundesrepublikanische Firmen, Kammern und Verbände angeschrieben worden, um nähere Auskünfte über deren Archivalienbestand zu erhalten. Von den so ermittelten Beständen bzw. Fundstellen wurden jene in das Verzeichnis aufgenommen, die nach Alter, Art und Inhalt - im allgemeinen werden beispielsweise nur Bestände nachgewiesen, die weiter als dreißig Jahre zurückreichen - für die wissenschaftliche Forschung relevant erscheinen und auch unter gewissen Voraussetzungen Benutzern zugänglich sind. Da etwa 400 Archive beziehungsweise Fundstellen mit insgesamt über 700 Beständen Aufnahme fanden, kann es als das umfassendste Spezialverzeichnis seiner Art bezeichnet werden.

Firmenalphabetisch geordnet, ist jeder Fundstelle eine Seite, nach einem einheitlichen Schema gegliedert, vorbehalten, auf der man jeweils Anschrift, Fundstellenbezeichnung und personelle Zuständigkeit sowie knappe und stark standardisierte Informationen über Herkunft, Art, Inhalt, Alter und Umfang der Archivalien erfährt. Darüber hinaus finden sich Hinweise über die Benutzungsbedingungen sowie über eventuell vorhandene Literatur zum Archiv und die von diesem herausgegebenen Schriftenreihen, nachgewiesen werden auch - soweit vorhanden - besondere Sammlungen, wie zum Beispiel Autographen, Plaketten, Medaillen oder ähnliches. Da die Seiten in Form einer Loseblattsammlung in einem Ordner sortiert sind, kann man hoffen, daß in Zukunft auch Nachträge erscheinen, um einen möglichst aktuellen Stand dieses Verzeichnisses zu sichern. Zwei Register, von denen das eine die Unternehmen, Firmen, Tochtergesellschaften, Familien und Einzelpersonen ausweist, deren Archive oder Nachlässe im Verzeichnis nachgewiesen werden, und das andere die darin befindlichen Ortsnamen umfaßt (leider vermißt man ein Sachregister), gestatten ein schnelles Arbeiten mit dem Buch.

Dieter Hoffmann

Václav Prucha und Kollektiv, Hospodářské dějiny evropských socialistických zemi (Wirtschaftsgeschichte der europäischen sozialistischen Länder)

Verlag Svoboda, Prag 1977, 608 Seiten, Preis: 42,- Kčs

Das namhafte Autorenkollektiv, dem neben Prucha Autoren wie Jerzy Tomaszewski und Bohumil Lehár sowie andere Wissenschaftler aus Hochschulen und Instituten der ČSSR und der VR Polen angehören, stellte sich die Aufgabe, "Haupt-

probleme der ökonomischen Entwicklung der europäischen sozialistischen Länder von den ersten revolutionären Veränderungen in Sowjetrußland während der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Beginn der siebziger Jahre, als die Mitgliedsstaaten des RGW das programmatische Dokument über die Perspektiven der sozialistischen ökonomischen Integration verabschiedeten" (S. 5), darzustellen.

Dabei waren sich die Autoren darüber im klaren, daß ihre Darstellung bei der vorgegebenen Seitenzahl nur Überblickscharakter haben kann und daß ihnen eine ausführliche Behandlung selbst der Hauptaspekte der wirtschaftlichen Entwicklung nicht möglich ist. Sie verweisen auch mit Recht auf eine Reihe einschränkender Faktoren, die erschwerend hinzukamen und ihre Synthese beeinträchtigen mußten: den kurzen zeitlichen Abstand zum Untersuchungsgegenstand, Forschungslücken auf einer Reihe von Gebieten und die nach wie vor geringe Anzahl systematischer vergleichender Studien über längerfristige Entwicklungen der sozialistischen Länder. In der tschechoslowakischen Literatur ist die vorliegende Arbeit die erste zu dieser Thematik. Um so höher sind ihre Ergebnisse zu bewerten; denn sie bietet mehr, als die Autoren versprechen. Sie enthält nicht nur viele Fakten, sondern vermittelt zugleich theoretische, von den Autoren aus der Analyse der historischen Entwicklung der sozialistischen Länder abgeleitete Erkenntnisse.

Das Werk besteht aus einem chronologischen und einem thematischen Teil. Ein erster chronologischer Hauptabschnitt behandelt die Vorgeschichte. Neben der Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung der UdSSR von der Oktoberrevolution bis zur Gründung des RGW werden die unterschiedlichen Ausgangspositionen der einzelnen RGW-Länder fixiert. Dabei wird auch auf Grundzüge ihrer Entwicklung in der Vorkriegszeit und während des zweiten Weltkrieges zurückgegriffen. Die revolutionären Veränderungen nach dem zweiten Weltkrieg, die Wiederherstellungsperiode und die Anfänge der Planwirtschaft in den Volksdemokratien leiten zum zweiten Hauptabschnitt (Kapitel 6 bis 10) über, der sich mit den Grundzügen der wirtschaftlichen Entwicklung, den Etappen der sozialistischen Veränderungen in der Ökonomik und dem Wirken des RGW von 1949 bis 1970 beschäftigt. Dabei legen die Autoren mit Recht besonderen Wert auf sozialökonomische Aspekte: eingehend stellen sie die Veränderungen der Klassen- und Sozialstruktur in der sozialistischen Gesellschaft dar. Informative zusammenhängende Angaben über die ökonomische Entwicklung Albaniens und Jugoslawiens runden diesen Abschnitt ab.

In dem thematischen Teil (Kapitel 11 bis 21) werden Wachstumsfaktoren im einzelnen eingehend dargestellt und analysiert. Dazu zählen die Autoren Arbeitskräfte, Naturressourcen, Investitionen und Grundfonds, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und das System der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft. Wie diese Faktoren in den einzelnen Volkswirtschaftszweigen einschließlich der Außenwirtschaftsbeziehungen wirksam wurden und wie sie sich auf die territoriale Entwicklung der Wirtschaft auswirkten, behandelt ein weiterer Abschnitt des Buches. Schließlich ermöglichen Angaben über das Nationaleinkommen und den Lebensstandard (fünfter Abschnitt) als Gradmesser der Ergebnisse des Wirtschaftswachstums eine umfassende Einschätzung der Wirksamkeit der vereinten Anstrengungen der sozialistischen Länder.

Neben der Vielzahl informativer Tabellen im Text bietet ein umfangreicher statistischer Anhang eine Fülle übersichtlich dargebotener und vergleichbar gemachter Angaben über die Gesamtproblematik. Auf ihrer Grundlage lassen sich weitergehende Überlegungen, zum Beispiel zur Wachstumsproblematik, anstellen.

Als Quellen werden in erster Linie die statistischen Jahrbücher der einzelnen sozialistischen Länder benutzt, ferner statistische Veröffentlichungen des Völker-

bundes, der Vereinten Nationen und des RGW. Dazu kommen vorwiegend Literaturquellen aus der ČSSR, der VR Polen und der UdSSR zur sozialistischen ökonomischen Integration.

Das Buch ist sowohl von der Fülle der dargebotenen Fakten und statistischen Angaben als auch von der Darstellung der einzelnen Entwicklungslinien her eine wesentliche Bereicherung der bisher bei uns noch nicht umfangreichen Literatur auf diesem Gebiet. Eine baldige Übersetzung könnte eine große Hilfe für Forscher und Lehrer auf diesem Gebiet der neuesten wirtschaftlichen Entwicklung sein.

Hans Czihak

Histoire quantitative et développement de la Belgique,
1. Serie: Le XIXe siècle, Buch II: La révolution industrielle,
Bd. 1: Essai sur la révolution industrielle en Belgique
1770 - 1847 Pierre Lebrun/Marionette Bruwier/Jan Dhondt/
Georges Hansotte

Palais des Académies, Brüssel 1979, 753 Seiten

Mit dem vorliegenden Band hat die unter Leitung von Pierre Lebrun stehende Gruppe "Histoire quantitative et développement" begonnen, die Ergebnisse ihrer jahrzehntelangen Forschungen in systematisierter Form zu publizieren. (Natürlich haben sie Einzelergebnisse schon weit früher vorgelegt, bezüglich des hier behandelten Themas sogar eine grundrißartige Darstellung, an der noch E. Hélin beteiligt war und die in Studi storici 1961, S. 548 - 658, und 1962, S. 247 - 249, erschienen ist.) Der Plan zielte auf eine Dreiteilung des Gesamtwerks ab - die Jahre 1914 bis 1945 sollen in der zweiten, die nach 1945 in der dritten Serie behandelt werden -, jedoch gibt es schon Überlegungen, den Untersuchungszeitraum um das 17. und 18. Jahrhundert zu erweitern (S. 8). Die erste Serie wird zehn Bücher umfassen:

- I - D' une histoire l' autre
- II - La révolution industrielle
- III - La population belge 1830 - 1913
- IV - Le produit physique de l' économie belge 1830 - 1913
- V - Les relations économiques internationales belges 1830 - 1913
- VI - L' Etat et les finances publiques belges 1830 - 1913
- VII - Monnaie et crédit en Belgique 1830 - 1913
- VIII - Les moyens de communications en Belgique 1830 - 1913
- IX - Trois évaluations synchroniques du "produit national belge" (aux environs de 1845, de 1880, de 1910)
- X - Croissance économique et développement de la Belgique au XIXe siècle.

Jedes Buch (tome) ist in mehrere Bände (volumes) untergliedert.

Die Herangehensweise der an der 1. Serie beteiligten Autoren ist in ihren Grundzügen schon aus der Gliederung des vorliegenden Bandes ersichtlich. So wie dort die gleichzeitig erscheinenden Bücher I und X eine zweifache Klammer für die Darstellung des 19. Jahrhunderts abgeben werden, so wird auch hier den empirischen Untersuchungen eine "allgemeine Einleitung" vorangestellt, in der "Konzeptioneller Rahmen und Arbeitshypothesen" beschrieben sind, wird auch hier die Darstellung mit "allgemeinen Schlußfolgerungen" abgeschlossen, die die "Ge-

netische Struktur und die Errichtung der klassisch-kapitalistischen Ordnung" (Structure génétique et instauration du régime capitaliste classique), also de facto die Struktur des Übergangs zum Industriekapitalismus der freien Konkurrenz, zum Gegenstand haben. Die empirischen Untersuchungen beziehen sich vor allem auf die Baumwollindustrie in Gent, Kohlenbergbau, Metallurgie und Wollindustrie in Verviers-Liège, die Kohlen-, Eisen- und Glasindustrie von Charleroi sowie die Borinage und werden mit einer Betrachtung der Brüsseler Region abgeschlossen, in der insbesondere auf das Eisenbahn- und Finanzwesen eingegangen wird. Jeder größeren Untersuchung sind Schlußfolgerungen und ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis beigegeben. Das Register erfaßt leider nur die im Text erwähnten Personen, Firmen und Orte (einschließlich Länder, Regionen usw.).

Die Autoren handeln die Industrielle Revolution als eigenständige Phase in der Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus ab und behandeln sie dementsprechend nicht im Sinne der heute so weit verbreiteten Industrialisierungs-Konzeption. Der Prozeß selbst wird in vier Phasen bzw. Etappen (phase und étape werden synonym gebraucht) unterteilt: Vorbereitungs-, Haupt-, Übersteigerungs- und Konsolidierungsetappe (S. 589 ff.), wobei im Falle des Fehlens der Übersteigerung ("L'étape de 'technomanie' et d'emballément financier") Haupt- und Konsolidierungsetappe zu einer Einheit verschmelzen können. Aus den an verschiedenen Stellen (S. 589 f., 595, 598) gemachten Angaben, ergibt sich folgende Periodisierung:

- 1770 bis 1797 - Vorbereitungsetappe
- 1798 bis 1834 - Hauptetappe
- 1835 bis 1838 - Übersteigerungsetappe
- 1839 bis 1847 - Konsolidierungsetappe.

Die Autoren begreifen die Industrielle Revolution als einen wirtschaftlichen Prozeß, bei dessen Analyse allerdings nicht die Produktionsweise, sondern die Wirtschaftsstruktur und ihre Veränderung im Vordergrund stehen. Die in Auseinandersetzung mit Balibars "Theorie des Übergangs" (S. 30 ff.) erfolgende Einführung des methodologischen Grundbegriffs "Struktur der Strukturveränderung" deutet ebenso auf eine zum Teil recht stark strukturalistisch orientierte Darstellung hin. Diese methodologische Einseitigkeit hat die Autoren allerdings kaum daran gehindert, eine außerordentlich interessante und faktenreiche Darstellung der Wirtschaftsstruktur und ihrer Veränderung im Prozeß der Industriellen Revolution zu geben. Insbesondere die Fortführung der Überlegungen zum polaren Wachstum von Perroux und ihre konkrete Verifikation haben ihr eine solide Grundlage gegeben; man wird gespannt sein dürfen, was der zweite Band hierzu bringen wird.

Die Bedeutung ihres Untersuchungsgegenstandes haben die Autoren zu Recht sehr hoch veranschlagt: "Man kann sich fragen, ob für Marx Belgien nicht ein ebenso gutes Beispiel hätte sein können wie England. Jedenfalls wären auch hier die Rolle der Technik, der Akkumulation und Zentralisation, des Kredits und der Hochfinanz, der Reservearmee - ohne Expropriation der Bauern wie in England, also noch 'reiner', denn der Rekurs auf die ursprüngliche Akkumulation ist weniger wichtig -, der Überlagerung von Ökonomie und Politik, der Teilung von Zins und Rente und die Bedeutung der Verhaltensmuster (structures mentales) sichtbar geworden" (S. 707). Nun ist zwar Belgien nicht zur "Werkstatt der Welt" geworden und konnte eben deshalb gar nicht die Bedeutung besitzen, die England für die wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen und daher für deren Analyse durch Marx im besonderen hatte, aber zweifellos ist die Industrielle Revolution in Belgien diejenige, die in Kontinentaleuropa dem (klassischen) englischen Modell am nächsten kam. Ihre Untersuchung - unter stärkerer Berücksichtigung der protoindustriellen Prozesse - könnte uns manche grundlegende Erkenntnis über die

Struktur der Entwicklung, über die Struktur des Übergangs von einer Produktionsweise zur anderen vermitteln. Dazu haben die Autoren interessante Hypothesen und grundlegende Materialien vorgelegt.

Thomas Kuczynski

Feudalismus - Materialien zur Theorie und Geschichte,
hg. v. Ludolf Kuchenbuch in Zusammenarbeit mit
Bernd Michael

Ullstein-Buch, Frankfurt (Main)/Berlin (West)/Wien 1977,
779 Seiten, Preis: 24, 80 DM

Beachtenswert machen den vorliegenden Sammelband vor allem zwei Umstände: Erstens bietet er eine Reihe von fremdsprachigen Abhandlungen zur Feudalismusproblematik in übersetzter Form, und er verspricht zweitens ein "Denkmodell" einer "Theorie der ökonomischen (und sozialen) Grundstruktur der Gesellschaft im vorindustriellen Europa und deren Entwicklungsbedingungen".

Die Herausgeber sind unter anderem bemüht, an Ergebnisse der internationalen, besonders auch marxistischen Feudalismusforschung in faktologischer und methodologischer Hinsicht anzuknüpfen, um letztlich die "immer noch schwachen Ansätze in der bundesdeutschen Historie" zur "Inkorporierung marxistischer Theorie(-teile)" (S. 12) zu fördern. Diese Anlehnung an die Marxsche Theorie, so weit man damit hier auch stellenweise gehen mag, wie man noch sehen wird, vollzieht sich aber tatsächlich nur in "Fragmenten"; insgesamt wird das marxistisch-leninistische Erbe als "in sich widersprüchlich" (S. 303) bezeichnet und abgelehnt.

Eine durchgängig präzise Gliederung bewahrt dem umfangreichen, sprachlich manchmal schwer verständlichen Werk die Übersichtlichkeit. Den einzelnen Beiträgen, im ersten Teil zur Theorie, im zweiten zur Geschichte des Feudalismus, geht jeweils eine kurze Einleitung voraus, die reich versehen ist mit weiterführenden Literaturhinweisen.

Der erste Teil enthält vor allem Abhandlungen, die einen Überblick über die theoretische und historiographische Entwicklung des Feudalismusbegriffes vermitteln sollen. Ausgangspunkt bilden die Beiträge von Régine Robin und Claude Mazauric, die in der Auseinandersetzung um die Abschaffung der "féodalité" während der Französischen Revolution entstanden waren. Daran schließt sich ein Ausschnitt aus "Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes" (1776) von Adam Smith an. Unter dem Gesichtspunkt "Feudalismusbegriff als Gegenstand historiographischer Kritik" jeweils aus bürgerlicher und marxistischer Sicht wählte man Aufsätze von Otto Brunner und M. A. Barg.

Relativ großer Raum bleibt den Ideen von Karl Marx vorbehalten. Zwar habe Marx "keine ausgearbeitete Theorie der feudalen Produktionsweise hinterlassen" (S. 229), in den Texten über die "Genesis der kapitalistischen Grundrente", das Kaufmanns- und Wucherkapital und über das "mittelaltrige Zunftverhältnis" arbeitete Marx aber nach Meinung der Herausgeber "mit abstrakten Kategorien ..., die konstitutiv sind für seinen (Marx - M. V.) allgemeinsten Begriff der Produktionsweise" (S. 233). Dagegen würden die abgedruckten Äußerungen von Friedrich Engels ("Die Mark", "Die mittelalterliche Gesellschaft", "Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie") eine "stringente Zuordnung zur Theorie des (europäischen) Feudalismus bzw. der feudalen Produktionsweise nur sehr bedingt" (S. 297) erlauben, wie überhaupt die Engelschen Ideen

hier nicht nur räumlich von den Marxschen getrennt und abgesetzt werden. Ähnliche Zurückhaltung, wenn nicht gar Ablehnung läßt man hinsichtlich der Leninischen Bemerkungen zum Feudalismus walten, die hier keinen Abdruck finden. Man beschränkt sich auf ein längeres Zitat (vgl. S. 298 ff.). Es schließt sich ein Beitrag von J. W. Stalin aus dem Jahre 1938 an ("Der Feudalismus als Grundtyp der Weltgeschichte"), Große Beachtung findet Eckhard Müller-Mertens' "Skizze zur weiteren Verständigung über das feudale Produktionsverhältnis" (1972).

Ein interessantes Spektrum von Feudalismus-Vorstellungen bietet sich dem Leser in den Aufsätzen einiger westeuropäischer Autoren; Rodney H. Hilton, Claude Cahen, Etienne Balibar, Guy Dhoquois, Max Webers "Feudalismus und Patrimonialismus" (1911/13) sowie ein Ausblick auf die gegenwärtige Stellung der BRD-Historiker zum Feudalismus-Problem beschließen diesen Teil.

Die Artikel des folgenden Teils sollen vor allem der "Dokumentation der sozialökonomischen 'basic similarities' (R. Hilton) der Jahrhunderte seit der Völkerwanderung bis zu den 'bürgerlichen' Revolutionen" (S. 472) dienen. Großer Wert wird auf die Verdeutlichung der sozialökonomischen Einheit des Zeitraums von 500 bis 1800 gelegt. Argumente dafür finden sich vor allem in den Beiträgen von Guy Lemarchand und Antoine Casanova/Charles Parain. Die Aufsätze von Rodney H. Hilton, B. H. Slicher van Bath, Charles Parain und Marc Bloch sind grundsätzlicher Art und versuchen begriffliche Rahmenorientierungen zu geben. Etwas kurz geraten Probleme im Zusammenhang mit der Stadt im Feudalismus. Man bringt diesbezüglich den Beitrag von Brigitte Berthold/Evamaria Engel/Adolf Laube "Die Stellung des Bürgertums in der Feudalgesellschaft bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts" (1973), der im Rahmen der in der DDR-Geschichtswissenschaft über diese Fragen geführten Diskussion entstand.

Den Abschluß bildet Pierre Vilars vorzüglicher und stark an Marx orientierter Konspekt über den "Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus" (1963).

Bezüglich der Auswahl der hier abgedruckten Artikel wie auch der weiterführenden Literaturhinweise (die Arbeit beschließt ein nach einzelnen Sachgruppen gegliederter und mit kurzen Hinweisen für den Benutzer versehener Literaturkatalog) wirkt sich mitunter nachteilig aus, daß insgesamt Arbeiten von Historikern aus sozialistischen Ländern nur ungenügend berücksichtigt wurden.

Der Sammelband endet schließlich mit der vielversprechenden Schlußbetrachtung der Herausgeber in Form eines eigenen, auf die hier gedruckten Beiträge mehr oder weniger aufbauenden "Denkmodells". Nicht neu an sich ist der Versuch, die "Struktur und Dynamik der 'feudalen' Produktionsweise im vorindustriellen Europa" darstellen zu wollen, bemerkenswert jedoch ist der hohe Abstraktionsgrad der Theorie, die hier angeboten wird. Bereits die Begriffswahl im Titel des "Modells" verdeutlicht die Intention, "ernst zu nehmen, was K. Marx zur 'Methode der politischen Ökonomie' ausgeführt hat" (S. 699). Davon ausgehend analysiert man: 1, den unmittelbaren Produktionsprozeß innerhalb der Agrikultur, 2, die "Appropriation" der bäuerlichen Mehrarbeit (spezifische Formen und Struktur ihrer Verwendung), 3, die feudale Form der Stadt und 4, das dieser ökonomischen Struktur entsprechende soziale Gefüge (vgl. S. 699 f.).

Zum "allgemeinsten Ausgangspunkt" dieser Analyse (vgl. S. 699) sei bemerkt, daß Marx, den man hier ausdrücklich nennt, nicht vom Gebrauchswert und Tauschwert der Arbeit ausgeht, sondern von der Produktion von Waren mit einem Gebrauchs- und einem Tauschwert durch Verausgabung menschlicher Arbeit, die ihrerseits Doppelcharakter trägt. Dies gilt es um so mehr zu beachten, als man hier die feudale Produktionsweise analysieren will, wo der Warencharakter der Arbeitskraft nur eine untergeordnete Rolle spielt, die immer mehr an Bedeutung gewinnende Produktion von Tauschwerten, das heißt Waren, dagegen

einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der feudalen sozialökonomischen Verhältnisse ausübt,

Bedenken sind meines Erachtens anzumelden hinsichtlich der methodologischen Trennung der "spezifischen Dynamik der 'feudalen' Produktionsweise" (S. 700) von der Darstellung ihrer Struktur. In der Tat stellt die raum-zeitliche Modifizierung der feudalen Verhältnisse den um eine "Feudalismus-Theorie" ringenden Historiker, selbst wenn er sich auf den europäischen Raum beschränkt, vor große Probleme. Eine Theorie der feudalen Produktionsweise auf der hier versuchten Abstraktionsstufe sollte jedoch die Dynamik und somit die vielfältigen Variationsmöglichkeiten der sozialökonomischen Verhältnisse einschließen. Der Versuch, die Dynamik auf einer gesonderten Abstraktionsebene abhandeln zu wollen, ist meines Erachtens eine Absurdität, da die Dynamik oder besser der Grad der Dynamik nur eine Determinante der Sache sein kann und daher dort mit untersucht werden muß, wo man die Wesensmerkmale der feudalen Produktionsweise betrachtet.

Weiterhin ergibt sich die Dynamik der feudalen Produktionsweise nicht ausschließlich aus der Krisenanfälligkeit etwa durch jährliche Fluktuationen des Klimas oder aus dem "Produktivitätsspielraum" der bäuerlichen Agrikultur. Die entscheidende Rolle der Entwicklung der Produktivkräfte, die die letztlich bestimmende Seite einer Produktionsweise darstellt, wird dabei übersehen. Dementsprechend findet der bäuerliche Widerstand gegen "Fortschreibung oder Verschlechterung ihrer (der Bauern - M. V.) Beschränkungen und Rentenpflichten" (S. 734) - wenn auch in anderem Zusammenhang - zwar Erwähnung, es wird ihm jedoch nur "defensiver Charakter" zugesprochen. Andererseits ist die Feststellung, daß der Adel aufgrund der vom bäuerlichen Produktionsprozeß getrennten "Appropriation des Surplus" und dessen Wachsen, Schrumpfen und Stagnieren zu ständigen "Reorientierungen", das heißt zu Versuchen, die "sachliche, ökonomische und soziale Form des individuellen Surplusanteils zu ändern" (S. 741), gezwungen sei, eine recht einseitige Folgerung. Eine solche Argumentation übersieht, daß gerade der bäuerliche Klassenkampf ganz entscheidenden Einfluß auf die Umgestaltung bzw. Modifizierung der feudalen Produktionsweise ausgeübt hat. Das hat die DDR-Agrargeschichtsforschung mehrfach nachweisen können,

Dem Abschnitt zur sozialen Struktur wird vorausgeschickt, daß für die Charakterisierung der sozialen Differenzierung "ökonomische Bestimmungskriterien" nicht hinreichen würden (S. 731). Ohne dies in Abrede stellen zu wollen, kann man sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, daß diesem hier manchmal eine formal juristische Betrachtungsweise entgegengesetzt werden soll (vgl. S. 742, besonders Anm. 38). Bei der Bestimmung des "kollektiven Status" des "europäisch-feudalen Adels" (S. 735) geht man beispielsweise nicht von dessen Stellung zu den Produktionsmitteln aus, sondern stellt einen Katalog seiner Rechte und Befugnisse zusammen. Dabei sind doch die Rechtsformen zur Sicherung und Realisierung des feudalen Grundeigentums nur als Erscheinungsformen der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel aufzufassen,

Mit dem in diesem Zusammenhang geprägten Begriff einer "ständischen Klasse" wird man sich auseinanderzusetzen haben, zumal Diskussionen zu dieser Problematik, beispielsweise zum feudalen Bürgertum, auch innerhalb der DDR-Geschichtsforschung noch im Gange sind.

Insgesamt darf man festhalten, daß der vorliegende Sammelband den Fachstudenten und Lehrern der BRD, an die sich die Autoren vorrangig wenden, wichtige Informationen über die marxistische Theorie zu vermitteln vermag und daß er nicht zuletzt aufgrund des Bemühens um einen möglichst hohen Abstraktionsgrad seiner Aussagen der Beachtung durch die marxistische Geschichtswissenschaft sicher sein sollte.

Martina Volke

FORSCHUNGSBERICHTE

Die Industrie in der antifaschistisch-demokratischen
Umwälzung

Ein Bericht über Stand und Probleme der Forschungen
zur Industriegeschichte

von Wolfgang Mühlfriedel

1. Über die materiellen Vorbedingungen der sozialistischen Produktionsweise in der Industrie
2. Zur marxistisch-leninistischen Industriepolitik der Arbeiterklasse
3. Die Etappen der industriellen Entwicklung in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung
 - 3.1. Die Etappe vom April/Mai 1945 bis zum Sommer 1946
 - 3.2. Die Etappe vom Sommer 1946 bis zum Sommer 1948
 - 3.3. Die Etappe vom Sommer 1948 bis zum Oktober 1949
4. Über einige weitere Probleme der Industriegeschichte

Die Geschichte der sozialistischen Industrie gehört zu den Gegenständen der Forschung über die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik, die für die Gesamtdarstellung ihrer Geschichte von großer Wichtigkeit ist. Sie ergibt sich aus der Rolle der sozialistischen Industrie beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, bei der Entwicklung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Sie erwächst besonders aus dem Zusammenhang, der zwischen der Ausbildung der Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse und der Geschichte der sozialistischen Industrie besteht.

Die Geschichte der sozialistischen Industrie steht seit langem im Blickfeld der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft; sehr früh haben sich DDR-Historiker damit befaßt, Ihre Arbeiten wurden vor allem von denen der Ökonomen - die, um die ökonomischen Entwicklungsprozesse in der DDR zu erfassen, ihren Untersuchungen einen stark historischen Akzent gaben - flankiert. Aber auch andere gesellschaftswissenschaftliche Disziplinen - stellvertretend soll nur die Soziologie genannt werden - und Vertreter naturwissenschaftlicher und technischer Disziplinen haben sich mit Problemen beschäftigt, die unsere Kenntnis von der Geschichte der Industrie bereicherten.

Der folgende Bericht stellt sich die Aufgabe, den Stand der Forschungen zur Geschichte der Industrie während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zu prüfen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem Stand der Erkenntnis über die marxistisch-leninistische Industriepolitik der Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, über die Etappen der industriellen Ent-

wicklung und über die Hauptprobleme, die in diesen Etappen eine Rolle gespielt haben, Darüber hinaus wird aus der Sicht einer in Aussicht genommenen Gesamtdarstellung der Industriegeschichte jener Jahre der Versuch unternommen, unser Wissen über einige weitere Probleme, die beachtet werden müssen, festzustellen.

Der für einen solchen Artikel zur Verfügung stehende Raum zwingt zur Beschränkung der Recherchen auf die DDR-Historiographie. Der Beitrag, den die Betriebsgeschichtsschreibung zur Industriegeschichte geleistet hat, kann nur im Text erwähnt werden. Auf eine ausführliche Wiedergabe von Titeln der zahlreichen betriebshistorischen Arbeiten muß verzichtet werden.

1. Über die materiellen Vorbedingungen der sozialistischen Produktionsweise in der Industrie

Die Geschichte der Industrie unseres Landes ist nur dann richtig zu verstehen, wenn zunächst die materiellen Vorbedingungen der sozialistischen Produktionsweise, die im staatsmonopolistischen Kapitalismus heranreifen, analysiert werden. Die Kriterien für eine solche Analyse haben die Klassiker des Marxismus-Leninismus gegeben, die belegten, auf welche Weise der Sozialismus im Kapitalismus vorbereitet wurde, und skizzierten, in welchen Ausdrucksformen diese materielle Vorbereitung des Sozialismus in Erscheinung tritt.

Lenin führt als "materielle Grundlage für das unvermeidliche Kommen des Sozialismus" die "Vergesellschaftung der Arbeit, die in tausendfältiger Form mit ständig zunehmender Geschwindigkeit vorwärtsschreitet", an. Sie tritt "im Wachstum des Großbetriebs, der kapitalistischen Kartelle, Syndikate und Trusts, ebenso aber im gigantischen Anwachsen des Umfangs und der Macht des Finanzkapitals" in Erscheinung.¹

An anderer Stelle verweist Lenin auf das staatsmonopolistische Regulierungssystem, das zeigt, wie "reif die moderne Gesellschaft für den Übergang zum Sozialismus geworden ist ..."²

Das Problem der materiellen Vorbedingungen der sozialistischen Produktionsweise wurde bislang von der DDR-Geschichtsschreibung noch nicht eingehend untersucht. Die Arbeitsteilung unter den Historikern hat dazu geführt, daß die Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus ausschließlich aus der Erforschung der kapitalistischen Entwicklung heraus abgehandelt wurde. Die bisher vorgelegten Untersuchungen liefern aber dem Historiker, der sich mit der Ge-

¹ Lenin, W. I., Karl Marx, in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 60.

² Derselbe, Eine Wendung in der Weltpolitik, in: Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 282.

schichte der Industrie in der Übergangsperiode befaßt, gutes Material über die Erscheinungsformen der materiellen Vorbedingungen.³

In diesem Zusammenhang wird das Fehlen einer geschlossenen Geschichte der Industrie im kapitalistischen Deutschland besonders stark spürbar. Auch von den Autoren, die die Industrie in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus untersucht haben, gingen nur wenige auf einzelne Seiten der im staatsmonopolistischen Kapitalismus entstandenen materiellen Vorbedingungen ein.⁴ Die Frage, ob in der Anfangsphase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, wenn auch unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen, die materielle Vorbereitung des Sozialismus in der Industrie weitergeführt wurde, wird bisher in der Literatur nicht gestellt. Darauf wird hier an anderer Stelle noch eingegangen.

2. Zur marxistisch-leninistischen Industriepolitik der Arbeiterklasse

In der historischen Literatur werden die einzelnen Etappen, die die industrielle Entwicklung in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung kennzeichnen, und die Probleme, die für diese Etappen bedeutsam sind, mit unterschiedlicher Intensität erforscht. Diese Feststellung trifft aber nicht auf die Geschichte der marxistisch-leninistischen Industriepolitik zu. Über sie haben die Historiker ausführlich gearbeitet. Obwohl noch keine den gesamten Zeitraum erfassende spezielle Abhandlung zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Industriepolitik geschrieben wurde, ist doch unser Wissen über die Führungstätigkeit der KPD und der SED auf industriepolitischem Gebiet und über die Rolle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) bei der industriellen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone sehr gründlich. Die dazu betriebenen Untersuchungen veranschaulichen, daß die marxistisch-leninistische Industriepolitik durch

3 Kuczynski, Jürgen, Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 6: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, Berlin 1964; Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Ein Grundriß, Bd. 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, 2. Aufl. 1975; Deutschland im zweiten Weltkrieg, Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann und Gerhard Hass, Berlin 1975 ff.; Wirtschaftsgeschichte, Ein Leitfaden, Autorenkollektiv unter Leitung von Lothar Baar, Berlin 1979; Zumpe, Lotte, Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945, Mit einem Kapitel über Außenhandel und Okkupationswirtschaftspolitik 1939 bis 1945 von Berthold Puchert, Berlin 1980 = Wirtschaft und Staat in Deutschland, Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 in drei Bänden, Bd. 3.

4 Mühlfriedel, Wolfgang/Wiegand, Klaus, Die SMAD und die industrielle Entwicklung in den Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 20, Berlin 1979, S. 79 ff.; Barthel, Horst, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945 - 1949/50, Berlin 1979 = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Jürgen Kuczynski u. Hans Mottek, Bd. 14; Baar, Lothar, Zur Problematik der Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (Material für das im Rahmen des Habilitationsverfahrens ... stattfindende Kolloquium), Berlin 1967.

das gesamtpolitische Konzept der Arbeiterklasse bestimmt wurde. Sie zeigen, wie Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs-, Technik-, Kultur-, Gesundheits- und Sicherheitspolitik in der Industriepolitik direkt und indirekt ihren Niederschlag fanden. Die marxistisch-leninistische Industriepolitik reflektierte also nicht nur die eine oder andere Seite der industriellen Entwicklung, sondern die Beziehungen der Arbeiterklasse zur Industrie und die gesellschaftlichen Veränderungen in der Industrie insgesamt. Aus den Arbeiten, in denen die marxistisch-leninistische Industriepolitik behandelt wurde, geht hervor, daß diese Politik die aus der Gesellschaftsstrategie der Arbeiterklasse für die Industrie erwachsenden Forderungen fixiert und die Möglichkeiten, die zu ihrer Realisierung in der Gesellschaft und in der Industrie selbst gegeben waren, aufzeigte. Der Rang, den die Industrie im politischen Konzept der Arbeiterklasse einnahm, resultierte aus der Tatsache, daß sie der führende Bereich der Volkswirtschaft ist, dessen Produktion nicht nur den größten Teil der Konsumgüter erbringt und den eigenen Bedarf an Produktionsinstrumenten und Arbeitsgegenständen deckt, sondern auch andere volkswirtschaftliche Bereiche mit Produktions- und Konsumtionsmitteln versorgt.

Die marxistisch-leninistische Industriepolitik berücksichtigte ferner die Bedeutung der Industrie als objektive Grundlage für das qualitative und quantitative Wachstum der Arbeiterklasse, der führenden Kraft in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung.

In den historischen Arbeiten, die Aussagen zur marxistisch-leninistischen Industriepolitik treffen, wurden vor allem die Programme, in denen die Richtung der Industrieentwicklung in der sowjetischen Besatzungszone vorgezeichnet war, gewertet. Besondere Aufmerksamkeit schenkten die Autoren bisher dem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, den Grundsätzen und Zielen der SED, den Beschlüssen des II. Parteitages der SED, dem Beschluß über den Zweijahrplan, den Beschlüssen der 1. Parteikonferenz und den die Industrie betreffenden Befehlen der SMAD. In diesem Zusammenhang verfolgten sie, wie in der Partei der Arbeiterklasse Ideen und Theorien zur industriellen Entwicklung ausgearbeitet und vervollkommen wurden, und sie schilderten das Wirken der Parteiführung und der Parteiorganisationen in den wirtschaftslenkenden und -leitenden Organen sowie in den Betrieben bei der praktischen Umsetzung der marxistisch-leninistischen Industriepolitik.

Zu den gründlichen Kenntnissen über die marxistisch-leninistische Industriepolitik trugen sowohl die Arbeiten zur SED-Geschichte als auch die nationalgeschichtlichen Darstellungen bei. Besonderen Anteil am Zusammentragen eines detaillierten Wissens über diesen Gegenstand haben die Forschungen, die speziell der Wirtschaftspolitik der SED in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung gewidmet waren.⁵

⁵ Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriss, Berlin 1978; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6: Vom Mai 1945 bis 1949, Berlin 1966; Zur Vereinigung von KPD und SPD, Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der SED in den Jahren 1945 - 1949, Berlin o. J. = Vorlesungen des Lehrstuhls Geschichte der SED an der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED; Klassenkampf - Tradition - Sozialismus, Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Grundriß, 2. Aufl. Berlin 1979; DDR - Werden und Wachsen, Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1975; Heitzer, Heinz, DDR. Geschichtlicher Überblick, Berlin 1979; Doernberg, Stefan, Die Geburt eines neuen Deutschland, 1945 - 1949, Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin 1959; Müller, Hans/Reißig, Karl,

Nicht so positiv kann das Urteil über die Kenntnisse ausfallen, die bisher über das industriepolitische Wirken anderer Elemente des Systems der politischen Organisation, das in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zu wirken begann, vorliegen. Zuwenig ist noch bekannt über die Tätigkeit der Gewerkschaften auf industriepolitischem Gebiet, über die Rolle der Kammer der Technik, über die Industrie- und Handelskammern; der Einfluß, den die marxistisch-leninistische Industriepolitik auf die nichtproletarischen Parteien ausübte, ist ebenfalls noch nicht für den gesamten Zeitraum erforscht.⁶

Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968; Laschitzka, Horst, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die propagandistische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin 1969; Kirste, Peter, Zur Ausarbeitung der wirtschaftspolitischen Konzeption der KPD 1944 - 1945. Die ersten Schritte der Arbeiterklasse zur Verwirklichung der Wirtschaftspolitik der KPD bei der Einleitung der antifaschistischen, antiimperialistisch-demokratischen Umwälzung vom Mai bis Dezember 1945, Diss. A Berlin 1975; derselbe, Wirtschaftspolitik und antiimperialistische Umwälzung. Zur Erarbeitung wesentlicher Grundsätze der wirtschaftspolitischen Konzeption der KPD für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung (Februar 1944 bis April 1945), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 14, Berlin 1976, S. 235 ff.; Kanzig, Helga, Die Wirtschaftspolitik der SED zur Entwicklung der Industrie im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (Mitte 1946 - zum Frühjahr 1948), Diss. B Berlin 1979; dieselbe, Die Politik der SED zur Herausbildung und Festigung ökonomischer Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung im zweiten Halbjahr 1946, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 27. Jg, 1979, S. 805 ff.; Füchsel, Heidrun, Der II. Parteitag der SED. Der Befehl Nr. 234 der SMAD vom 9. Oktober 1947, seine Vorbereitung und Durchführung sowie sein Platz in der Geschichte der antifaschistisch-demokratischen, antiimperialistischen Umwälzung in der Sowjetischen Besatzungszone. Die Zusammenarbeit der deutschen demokratischen Kräfte mit der SMAD, Diss. A Berlin 1976; Kühne, Lutz, Die Politik der SED zur Schaffung von Voraussetzungen für den Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung und zur Durchsetzung des Zweijahrplanes 1949/1950 als Programm für die weitere gesellschaftliche Entwicklung (Anfang bis Ende 1948), Diss. A Berlin 1976; derselbe, Die Wirtschaftspolitik der SED zur Vorbereitung der zentralen Wirtschaftsplanung (Anfang bis Mitte 1948), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 3, S. 9 ff.; Hartmann, Horst, Die Strategie der 1. Parteikonferenz der SED. Der Kampf des FDGB unter Führung der SED für die Realisierung der wirtschaftspolitischen Konzeption der 1. Parteikonferenz, dargestellt insbesondere an der Entwicklung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung (Januar bis Herbst 1949), Diss. A Berlin 1978; Dittrich, Gottfried, Zur Bedeutung der Verhandlungen zwischen dem Parteivorstand der SED und der SMAD im Januar 1947 für den Ausbau der wirtschaftlichen Machtpositionen der Arbeiterklasse in der ersten Hälfte des Jahres 1947, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 20/1, 1976, S. 189 ff.

⁶ Krubke, Erwin, Wirtschaftspolitik zwischen gestern und morgen, o. O. 1977 = CDU, Beiträge zur Geschichte, hg. v. Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU; Agsten, Rudolf/ Bogisch, Manfred, LDPD auf dem Weg in die DDR. Zur Geschichte der LDPD in den Jahren 1946 - 1949, Berlin 1974.

Die Industriepolitik der SMAD, die eine außerordentliche Bedeutung für das Wiederingangsetzen der Industrieproduktion, für die Veränderung der sozialökonomischen Verhältnisse in der Industrie und für den Ausbau des Industriepotentials hatte, fand immer wieder das Interesse der Historiker.⁷

Die Arbeitsergebnisse, die über die Geschichte der Industriepolitik erzielt werden konnten, bildeten die Grundlage für Forschungen über die einzelnen Etappen der Industriegeschichte in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung.

3. Die Etappen der industriellen Entwicklung in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung

3.1. Die Etappe vom April/Mai 1945 bis zum Sommer 1946

Die Lage der Industrie und die sie bestimmenden Prozesse sind für die erste Etappe der Industriegeschichte in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, die mit der Befreiung vom Hitlerfaschismus begann und im Sommer 1946 mit dem Entstehen des staatlichen Eigentums an industriellen Produktionsmitteln abschloß, im allgemeinen eingehend untersucht worden. Das betrifft vor allem die Bemühungen der fortgeschrittenen Teile der Betriebsbelegschaften um das Wiederingangsetzen der Produktion, das Säubern des Wirtschaftsapparates und der Betriebsleitungen von aktiven Faschisten, die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter in den Betrieben und in den wirtschaftslenkenden Organen, das Zurückdrängen des monopolkapitalistischen Einflusses auf die Industrie und das industriepolitische Wirken der SMAD. Darüber gibt es Gesamtdarstellungen und betriebshistorische Untersuchungen.⁸

Bei einer Durchsicht der historischen Arbeiten werden aber auch Lücken erkennbar: Der Aufbau bzw. die Umgestaltung der wirtschaftslenkenden Organe in den Ländern und Provinzen unter dem Gesichtspunkt der industriellen Entwicklung wurde bisher kaum dargestellt. Aber gerade diese Organe entschieden maßgeblich Tempo und Tiefe der antifaschistisch-demokratischen Veränderungen in der Industrie. Wenngleich viel über die Aktivitäten der demokratischen Machtorgane bei der Sequestrierung des Eigentums der Kriegs- und Naziverbrecher in der Industrie gearbeitet wurde, ist über die Bestrebungen des wirtschaftslenkenden Apparates in den Ländern und Provinzen, die unter Treuhand stehenden Industriebetriebe zu leiten und zu organisieren, außerordentlich wenig bekannt. Wenngleich in jüngster Zeit die Kenntnisse über die Entwicklung der für die Industrie

⁷ Die umfangreiche Literatur zur Wirtschafts- und Industriepolitik der SMAD wird zitiert bei Koppelman, Gerhard, Die Bedeutung der SAG-Betriebe für die Formierung und das Wachstum der Arbeiterklasse der DDR in den ersten Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: Der Rote Oktober und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, Leipzig 1977, S. 362; Barthel, Horst, a. a. O., S. 115; siehe auch Mühlfriedel, Wolfgang/Wiegand, Klaus, a. a. O.

⁸ Geschichte der SED, a. a. O.; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O.; Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1, 1. Halbbd. : Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Berlin 1955; Barthel, Horst, a. a. O.; Kirste, Peter, Zur Ausarbeitung der wirtschaftspolitischen Konzeption der KPD 1944 - 1945, a. a. O.; Doernberg, Stefan, a. a. O.; Müller, Hans/Reißig, Karl, a. a. O.; Mühlfriedel, Wolfgang/Wiegand, Klaus, a. a. O.; Baar, Lothar, a. a. O.

zuständigen Deutschen Zentralverwaltungen Bereicherung erfuhren⁹, bleiben doch noch erhebliche Lücken im Wissen um die Tätigkeit dieser Verwaltungen bestehen,

Sehr ausführlich wurde der Höhepunkt dieses industriegeschichtlichen Entwicklungsabschnittes, die Veränderung des Eigentums an industriellen Produktionsmitteln dargestellt. Die politischen Ursachen, die sozialen Triebkräfte und der Verlauf der Enteignungsaktion fanden in der Literatur eine gründliche Würdigung,¹⁰ Allerdings werden die Akzente dabei sehr stark von der revolutionstheoretischen Bewertung des Wesens der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung durch die jeweiligen Verfasser diktiert. Das betrifft ganz besonders das Gesamturteil über die Ergebnisse der Eigentumsveränderungen. Auffällig ist dabei, daß manche Autoren den Prozeß der Eigentumsveränderung im Jahre 1946 zu stark aus der Sicht des Jahres 1948 beurteilen. Man muß den Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung aber auch bei der Wertung der Eigentumsverhältnisse im staatlichen Sektor der Industrie gebührend berücksichtigen.

Im Sommer 1946 war das Ziel, den Monopolkapitalismus in der Industrie politisch und ökonomisch vollständig zu liquidieren und der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung eine ökonomische Grundlage zu geben, erreicht worden. An die Stelle des Eigentums privater Monopolunternehmen, des staatskapitalistischen Eigentums und des Eigentums des mit dem Faschismus eng liierten Teils der nichtmonopolistischen Bourgeoisie trat gesellschaftliches Eigentum an industriellen Produktionsmitteln. Mit dieser Eigentumsveränderung war das Entscheidende zur Lösung des Widerspruchs zwischen dem Monopolkapital und dem Volk getan worden.

Die Lösung dieses Widerspruchs muß in seinen Anfängen gleichzeitig noch als Gestaltung materieller Vorbedingungen für die sozialistische Produktionsweise in der Industrie gewertet werden. Die Wiedereingangsetzung der Industrieproduktion, die unter der Hegemonie der Arbeiterklasse entstehenden wirtschaftslenkenden Organe, die Reorganisation der unter Treuhand stehenden Industriebetriebe und die Bildung des staatlichen Sektors in der Industrie bildeten derartige materielle Vorbedingungen. Mit der Vertiefung des antifaschistisch-demokratischen Umwälzungsprozesses verwandelten sich diese Vorbedingungen in Bedingungen für das Entstehen einer Produktionsweise von sozialistischem Charakter. Mit

9 Merker, Wolfgang, Die Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 - 1947, Diss. A Berlin 1980.

10 Geschichte der SED, a. a. O.; Mussler, Werner, Die volkseigenen Betriebe, Entstehung, Organisation, Aufgaben, Berlin 1948; Krause, Werner, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin 1958; Doernberg, Stefan, a. a. O.; Schröder, Otto, Die Vorbereitung des Volksentscheides in Sachsen gegen die Kriegs- und Naziverbrecher, in: Beiträge zur Geschichte der SED, Berlin 1961, S. 250 ff.; Falk, Waltraud, Die politische, organisatorische und ökonomische Konstituierung des volkseigenen Sektors der Wirtschaft und seine Entwicklung in der ersten Etappe der volksdemokratischen Revolution in der DDR 1945 bis 1950, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 1/1967, S. 19 ff.; Müller, Hans/Reißig, Karl, a. a. O.; Heitzer, Heinz, Allgemeines und Besonderes der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 11, Berlin 1974, S. 30 ff.; Badstübner, Rolf, Antifaschistisch-demokratische Umwälzung - Übergangsperiode - sozialistische Revolution, Theoretisch-methodologische Probleme der Bestimmung des Wesens und des historischen Platzes der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: Die DDR in der Übergangsperiode, Berlin 1979, S. 54 ff., insbesondere S. 63 ff., 72 f.; Zur Vereinigung von KPD und SPD, a. a. O.; Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 176 f.

diesem Wandel, der in der folgenden industriegeschichtlichen Etappe vor sich ging, begann auf dem Territorium der späteren DDR die Aufhebung des seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in der deutschen Industrie bestehenden und sich verschärfenden Widerspruchs zwischen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und dem Charakter der Produktivkräfte,

3. 2. Die Etappe vom Sommer 1946 bis zum Sommer 1948

In der sowjetischen Besatzungszone trat die industrielle Entwicklung im Sommer 1946 in einen neuen Abschnitt ein, der durch die Konstituierung des staatlichen Sektors geprägt wurde,

In der Industrie formierte er sich vorerst in zwei Abteilungen, den landeseigenen Unternehmen und den Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG). Das Entstehen von zwei Abteilungen wurde durch die unterschiedlichen Existenzbedingungen der landeseigenen Unternehmen und der SAG verursacht, deren Konstituierungsprozeß - im Grunde durch gleichartige Faktoren bewirkt - sich daher zunächst relativ unabhängig voneinander vollzog.

Bisher wurde das Wesen dieses Konstituierungsprozesses in der Literatur vor allem in der landeseigenen bzw. volkseigenen Industrie untersucht;¹¹ die ihn bewirkenden einzelnen Faktoren fanden in der Geschichtsliteratur in sehr unterschiedlichem Maße Beachtung, und ihre Analyse erfolgte zumeist nicht unter dem Gesichtspunkt der Konstituierung des staatlichen Industriesektors. Darum besteht die Aufgabe darin, die Lücken zu schließen, die unser Wissen über die bei der Konstituierung des staatlichen Sektors mitwirkenden Umstände noch aufweist, und das Zusammenspiel der Konstituierungsfaktoren noch gründlicher zu verfolgen.

Ungenügend ist bisher das Landeseigentum an industriellen Produktionsmitteln charakterisiert worden, das häufig dem Volkseigentum absolut gleichgestellt wird. Um den Prozeß der Konstituierung eines staatlichen Industriesektors richtig zu verstehen, müssen aber sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Unterschiede zwischen beiden Eigentumsarten herausgestellt werden, aus denen sich Konsequenzen für die Leitung und Organisation der landeseigenen Industrie ergaben, denen im einzelnen jedoch bisher noch nicht nachgegangen worden ist. Die Leitung und Organisation der landeseigenen Unternehmungen ist noch nicht für die gesamte sowjetische Besatzungszone geschlossen dargestellt worden. Die vorhandene Literatur behandelt die Verhältnisse in den einzelnen Ländern,¹²

11 Kanzig, Helga, Die Wirtschaftspolitik der SED zur Entwicklung der Industrie..., a. a. O., S. 1 ff., insbesondere S. 13 ff.; Falk, Waltraud, a. a. O.

12 Krause, Werner, a. a. O.; Sell, Dieter, Die Herausbildung der staatlichen Leitung und Planung in der volkseigenen Industrie beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der Grundlagen des Sozialismus in der DDR (1945 - 1955), Diss. A Berlin 1976; Fally-Sell, Dieter, Die Entstehung des volkseigenen Sektors der Industrie und die sich gesetzmäßig damit herausbildende staatliche Leitung und Planung in den ersten Jahren des antifaschistisch-demokratischen Umwälzungsprozesses auf dem Gebiet der DDR (Mai 1945 bis Herbst 1946), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 2/1978, S. 147; Stasiak, Rudi, Der Kampf der Werktätigen im Land Sachsen unter Führung der SED um die Festigung der volkseigenen Industrie und die Hilfe der Sowjetunion in der Periode vom Ende 1946 bis Mitte 1948, Ein Beitrag zur Darstellung der antifaschistisch-demokratischen Revolution, Diss. A

Zufriedenstellend wurden sowohl in zeitgenössischen Publikationen als auch in historischen Arbeiten die Vorgänge gewürdigt, die 1948 zum Entstehen des Volkseigentums in der Industrie und zur gesamtzonalen Leitung und Organisation der volkseigenen Industrie führten.¹³

Die Tätigkeit der beiden Deutschen Zentralverwaltungen, die sich mit der Industrie zu befassen hatten, ist - wie schon betont - noch nicht allseitig erforscht. Auch das Wirken der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) auf industriepolitischen Gebiet wurde nur sehr cursorisch in der Literatur abgehandelt.¹⁴

Neben dem Eigentum an industriellen Produktionsmitteln sowie der Leitung und Organisation der landeseigenen Industrie bildeten die Planung, das Planungssystem und das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung einen entscheidenden Konstituierungsfaktor. In den darüber vorliegenden Arbeiten wird über die Planung in der landeseigenen Industrie für die Zeit 1946 bis 1948 noch sehr pauschal geurteilt. Die Autoren lassen sich dabei in der Regel von der Form leiten, in der die Produktion geplant wurde.¹⁵ Diese Form veränderte sich tatsächlich nicht, wenn man davon absieht, daß 1947 zur Produktionsplanung noch andere Planungsbereiche hinzukamen. Aber das mit dem Entstehen des Landeseigentums sich ändernde Wesen der Planung blieb bisher weitgehend unbeachtet, obwohl doch innerhalb der landeseigenen Industrie der Übergang von der Wirtschaftsplanung zur Planwirtschaft begann. Wenig ist auch noch über die Art der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den landeseigenen Unternehmen bekannt. Dagegen liegen über die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den landeseigenen Betrieben, einem weiteren Moment der Konsolidierung, detailliertere Informationen vor. Das dazu verfügbare Material, das in der Hauptsache durch Betriebsgeschichten geboten wird, wurde aber noch kaum unter dem hier behandelten Gesichtspunkt bearbeitet. Das betrifft insbesondere die Probleme der Neuge-

Dresden 1971; Voß, Eberhard, Bemerkungen zur Struktur und ökonomischen Funktion staatlicher und wirtschaftsleitender Organe in Mecklenburg und ihr Zusammenwirken mit den landeseigenen Betrieben 1946 - 1948 (Ms.); Gold, Hans-Sigismund, Die Organisation der volkseigenen Wirtschaft auf Landesebene in der Mark Brandenburg 1945 - 1952, Abschlußarbeit, Berlin 1962.

- 13 Volksbetriebe im Aufbau, Berlin 1948; Selbmann, Max /u. a. /, Volksbetriebe im Wirtschaftsplan, Berlin 1948; Mussler, Werner, a. a. O.; Krause, Werner, a. a. O.; Kühne, Lutz, Die Politik der SED ..., a. a. O.; Kanzig, Helga, Die Wirtschaftspolitik der SED zur Entwicklung der Industrie ..., a. a. O.
- 14 Sell, Dieter, a. a. O.; Benedix, Elfriede, Die Tätigkeit der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) und ihre Bedeutung für die Festigung und Weiterentwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung (Juni 1947 bis zur Gründung der DDR), Diss., Berlin 1961; Weißleder, Wolfgang, Wesen und Funktion der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), Diss. A Berlin 1976; Wiegand, Klaus, Zur Geschichte der Wirtschaftsplanung in der Kohlenindustrie, in: Energietechnik, 27. Jg. 1977, S. 500 ff.
- 15 Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1978 = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Jürgen Kuczynski u. Hans Mottek, Bd. 11; derselbe, Wiederherstellungsperiode und Wirtschaftspläne (1945 - 1949/50), in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 21/1, Berlin 1977, S. 103 ff.; Barthel, Horst, a. a. O.

staltung der Arbeitsleistungsbewertung und der Einführung des Leistungsprinzips in der Entlohnung. Sehr umfassend wurde über die Arbeits- und Lebensbedingungen im Zusammenhang mit dem Befehl Nr. 234 der SMAD vom Oktober 1947 geschrieben.¹⁶

Leider sind die Kenntnisse darüber, was an Formen und Ergebnissen der Arbeitsleistungsbewertung aus der kapitalistischen Zeit qualitativ und quantitativ erhalten geblieben ist, welche Auswirkungen die Nachkriegsverhältnisse in dieser Hinsicht hatten und auf welche Weise die neuen politischen und ökonomischen Verhältnisse in der landeseigenen Industrie auf die Arbeitsleistungsbewertung wirkten, noch gering. Sich sorgfältig mit diesem Konstituierungsfaktor zu beschäftigen stellt eine wichtige Voraussetzung dar, um die neue Einstellung zu den in Landeseigentum übergegangenen Produktionsmitteln und zur Arbeit sowie die neuen Beziehungen kameradschaftlicher Unterstützung und gegenseitiger Hilfe unter den Belegschaften der landeseigenen Betriebe zu erforschen. Die Erscheinungsformen, in denen sich die neue Arbeitseinstellung und die neuen Beziehungen abzeichnen begannen, wurden in der Literatur bereits hinreichend dargestellt.¹⁷ Allerdings befriedigt die Materialerschließung für die Zeit zwischen dem Sommer 1946 und Oktober 1947 noch nicht. Bisher wurde das Problem des Charakters der Arbeit, der sich vor allem mit dem Landeseigentum an industriellen Produktionsmitteln und mit dem Ausreifen der demokratischen Macht in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone in den landeseigenen Betrieben zu verändern begann, nicht bearbeitet.

Den Konstituierungsprozeß in der landeseigenen Industrie bestimmte auch die Herausbildung eines Produktionsprogramms der landeseigenen Unternehmen. Über seine Genesis gibt es keine Untersuchungen. Die Literatur enthält allgemeine Zahlenangaben über einzelne Kennziffern des Produktionsprogramms der landeseigenen Industrie sowie einzelner Betriebe.¹⁸ Es ist aber noch nicht möglich, über alle Kennziffern etwas auszusagen, die das entstehende Produktionsprogramm dieser Zeit auszeichneten. Um den Konstituierungsprozeß zu beurteilen, ist es besonders wichtig, das Entstehen der Grundstruktur des Produktionsassortiments herauszuarbeiten.

In engem Zusammenhang mit dem Produktionsprogramm stehen Entwicklungsstand und -richtung der materiell-technischen Basis der landeseigenen Industrie.

16 Füchsel, Heidrun, a. a. O.; Kanzig, Helga, Die Wirtschaftspolitik der SED zur Entwicklung der Industrie ..., a. a. O.; Stasiak, Rudi, a. a. O.

17 Falk, Waltraud, unter Mitarbeit von Barthel, Horst, Kleine Geschichte einer großen Bewegung. Zur Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der Industrie der DDR, Berlin 1966; Barthel, Horst, Die Herausbildung der Jungaktivistenbewegung in der Industrie bis zur Gründung der DDR, Diss. Berlin 1961; Dittrich, Gottfried, Die Wettbewerbsbewegung in der DDR beim Übergang zur sozialistischen Revolution. Der Kampf der SED in den Jahren 1948 bis 1950 und die Schaffung der wichtigsten Voraussetzungen für das volle Ausreifen des sozialistischen Charakters des Wettbewerbs, Diss. Leipzig 1968; derselbe, Zur Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der DDR während der Übergangsperiode, in: Die DDR in der Übergangsperiode, Berlin 1979, S. 116 ff.; Füchsel, Heidrun, a. a. O.; Stasiak, Rudi, a. a. O.

18 Krause, Werner, a. a. O.; Barthel, Horst, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, a. a. O.

Obwohl die Betriebsgeschichtsforschung über den Zustand des Produktionsapparates und über die Beschaffenheit der Rohstoffressourcen einzelner landeseigener Betriebe gut informiert, reichen die Kenntnisse über die materiell-technische Basis der landeseigenen Industrie als Ganzes noch nicht aus.¹⁹

Schließlich wurde für den hier behandelten Zeitraum bisher noch wenig über die Organisierung des vorhandenen wissenschaftlich-technischen Potentials in den landeseigenen Betrieben und über die Wiederaufnahme der wissenschaftlich-technischen Arbeit ausgesagt.²⁰

Die Konstituierung der SAG in der sowjetischen Besatzungszone wurde vom Verfasser dieses Berichtes in einem Vortrag skizziert.²¹ Eingehende Forschungen sind aber unbedingt notwendig.

Mit der Konstituierung des staatlichen Sektors in Gestalt seiner beiden Abteilungen begann ein Prozeß, den Lenin den der tatsächlichen oder wirklichen Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit nannte, der der Nationalisierung der Produktionsmittel durch die Arbeiterklasse folgen müsse.²² Die Faktoren, die zu seiner Konstituierung geführt hatten, waren zugleich jene, die den Vergesellschaftungsprozeß charakterisieren.²³ Unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung leitete der Konstituierungsprozeß des staatlichen Sektors der Industrie also gleichzeitig die tatsächliche Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit ein. Mit ihr entstand in der Industrie der sowjetischen Besatzungszone eine neue Produktionsweise.

19 Industrie und Technik in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1955. Beiträge zur Entwicklung des Bergbaus, der Metallurgie und des Maschinenbaus, hg. v. Alfons Kauffeldt u. a., Berlin 1960.

20 Mühlfriedel, Wolfgang, Zur Rolle der sowjetischen Technischen Büros für den Neubeginn des wissenschaftlichen Lebens an der Bergakademie Freiberg und in der Grundstoffindustrie der DDR, in: Verbündete in der Forschung. Internationale Reihe des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1976, S. 321 ff.; Wächtler, Eberhard/Mühlfriedel, Wolfgang/Michel, Wolfgang, Erich Rammler, Leipzig 1976 = Biographien hervorragender Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner, Bd. 25; Mühlfriedel, Wolfgang, Karl Kegel. Notizen zur Biographie, in: Karl Kegel, 1876 - 1959, Festschrift aus Anlaß seines 100. Geburtstages, Leipzig 1976.

21 Mühlfriedel, Wolfgang, SAG-Betriebe - Schulen des Sozialismus. Eine Skizze der historischen Entwicklung des staatlichen sowjetischen Eigentums an industriellen Produktionsmitteln in der sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1980, T. 4. - Eine Literaturübersicht über die SAG-Betriebe enthält Koppelman, Gerhard, a. a. O., S. 363. - Zur Planung in den SAG und ihren Betrieben schreibt Roesler, Jörg, Der Beitrag der Betriebe sowjetischen bzw. gemischten Eigentums bei der Herausbildung und Festigung der sowjetischen Planwirtschaft in der volksdemokratischen Revolution, in: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der revolutionäre Weltprozeß, XXVI. Konferenz der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, Bd. 2, Berlin 1978, S. 522 ff.

22 Lenin, W. I., Über "linke" Kindereien und Kleinbürgerlichkeit, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 325 f.

23 Mühlfriedel, Wolfgang, Zur Geschichte der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit, Notizen zu Jörg Roesler, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979, T. 3, S. 123.

Gegen Ende des Konstituierungsprozesses hatte die Umgestaltung der Produktionsweise, die durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in der industriellen Großproduktion eingeleitet worden war, einen Reifegrad erreicht, der den in der neuen Produktionsweise angelegten sozialistischen Charakter erkennen ließ. Er trat gegen Ende der Konstituierungsphase zutage. Sozialistische Züge offenbarten sich besonders im Verhalten der unter dem Einfluß der SED stehenden fortgeschrittenen Teile der Industriearbeiterschaft zu den vergesellschafteten Produktionsmitteln und zur Arbeit sowie in den Beziehungen der kameradschaftlichen Unterstützung und gegenseitigen Hilfe, die sie ausgebildet hatten. Dabei hatte sich der Vergesellschaftungsprozeß in den SAG und ihren Betrieben aufgrund der besonderen Bedingungen, die durch das sowjetische staatliche Eigentum und durch das reifere Leitungs- und Planungssystem gegeben waren, rascher und tiefer vollzogen.²⁴

Die skizzierten Zusammenhänge zwischen der Konstituierung des staatlichen Sektors und der tatsächlichen Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit in diesem Sektor sind noch näher zu untersuchen.

3.3. Die Etappe vom Sommer 1948 bis zum Oktober 1949

Die im Sommer 1948 im Zuge der Vertiefung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung spürbar werdenden Veränderungen der inneren und äußeren Bedingungen für die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone leiteten die letzte der hier behandelten Industriegeschichtsetappen ein. In ihr trat das sozialistische Wesen der neuen Produktionsweise immer deutlicher hervor. Die Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit in der staatlichen Industrie, die nun in der volkseigenen Industrie planmäßiger erfolgte, machte sowohl dort als auch in den SAG beachtliche Fortschritte. Die Unterschiede, die bisher im Vergesellschaftungsprozeß der beiden Abteilungen des staatlichen Sektors existierten, verringerten sich zusehends.

In der historischen Literatur ist der Vergesellschaftungsprozeß in seiner Gesamtheit noch nicht untersucht worden. Vieles haben die Historiker über einzelne Momente dieses Prozesses veröffentlicht. Über die gesamtgesellschaftliche Leitung der staatlichen Industrie bietet die Literatur - nimmt man die Darstellung der Mitte 1948 erfolgten Strukturveränderungen aus - nur wenig detaillierte Untersuchungen. Das betrifft die Leitungstätigkeit der einschlägigen Hauptabteilungen in der DWK ebenso wie die der Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB). Forschungen aus der Sicht der Industriegeschichte sind darüber unbedingt notwendig.

Vom zweiten Halbjahr 1948 an folgte die volkseigene Industrie einem zwei Quartale umfassenden Plan, dessen Erfüllung die Voraussetzung für die Inangriffnahme eines auf zwei Jahre ausgelegten Perspektivplanes war. Der Zweijahrplan - 1948 erarbeitet und zum Gesetz erhoben - erhielt eine Konkretisierung durch

²⁴ Derselbe, SAG-Betriebe - Schulen des Sozialismus, a. a. O.

die Volkswirtschaftspläne 1949 und 1950. Die Wertung der verschiedenen Pläne ist in politischer und ökonomischer Hinsicht durch die Historiker mit großer Ausführlichkeit vorgenommen worden.²⁵

Auch das Entstehen des Planungssystems in der volkseigenen Industrie, seine verschiedenen Elemente und Prinzipien, das Einbeziehen der Werktätigen in das Planungsgeschehen ist in den Grundzügen bereits verfolgt worden. Die Funktionstüchtigkeit des Planungssystems und den Grad der tatsächlichen Mitwirkung der Werktätigen bei der Planung unterzogen die Historiker bisher noch keiner eingehenden Prüfung. Die wirtschaftliche Rechnungsführung, für die 1948 in der volkseigenen Industrie neue Grundlagen geschaffen worden waren, verlangt ebenfalls ein eingehendes Studium.²⁶

In der Zeit zwischen Sommer 1948 und Herbst 1949 verbesserten sich im Sinne des Befehls Nr. 234 in den Betrieben des staatlichen Sektors die Arbeits- und Lebensbedingungen weiter. Den Schwerpunkt bildete nach wie vor die Arbeit an den technisch begründeten Arbeitsnormen und die sich darauf gründende Entlohnung nach der Arbeitsleistung. Die historischen Studien, die sich dazu äußerten, beschränkten sich - wie auch über den vorangegangenen Zeitabschnitt - auf die wirtschaftspolitischen Aspekte des Problems. Eine Analyse der genauen Situation in der Arbeitsleistungsbewertung fehlt noch.

Eingehender hat die historische Literatur die Reaktion in der Industriearbeiterschaft auf das Normenproblem untersucht. Dabei lassen sich zwei Tendenzen erkennen. Einmal gehen die Autoren ausführlich auf die mannigfaltigen Ursachen für die Arbeitszurückhaltung in der Arbeiterschaft der staatlichen Industrie ein. Zum zweiten stellen sie den Wandel in der Einstellung zur Arbeit und die qualitative und quantitative Erweiterung der Beziehungen kameradschaftlicher Unterstützung und gegenseitiger Hilfe dar.²⁷

25 Geschichte der SED, a. a. O.; Müller, Hans/Reißeig, Karl, a. a. O.; Roesler, Jörg, Allgemeines und Besonderes bei der Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft der DDR (1945 - 1950), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 12., Berlin 1974, S. 281 ff.; Sell, Dieter, a. a. O.; Kühne, Lutz, Die Politik der SED ..., a. a. O.; Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft ..., a. a. O.; Wiegand, Klaus/Vetter, Reinhard, Probleme der Entwicklung der Volkswirtschaftsplanung in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus - dargestellt am Beispiel der Herausbildung und Entwicklung der Wirtschaftsplanung in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, Diss. A Freiberg 1975; Wiegand, Klaus, Über die Herausbildung der Volkswirtschaftsplanung in der Sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1945 - 1948, in: Freiberger Forschungshefte, D 109, Leipzig 1977, S. 45 ff.

26 Bachmann, Gerda, Zur Herausbildung und historischen Entwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Industriebetrieben der DDR, Diss. A Berlin 1978.

27 Geschichte der SED, a. a. O.; Barthel, Horst, Die Herausbildung der Jungaktivistenbewegung, a. a. O.; Falk, Waltraud, unter Mitwirkung von Barthel, Horst, Kleine Geschichte einer großen Bewegung, a. a. O.; Dittrich, Gottfried, Die Wettbewerbsbewegung in der DDR, a. a. O.; Stütznern, Heinz, Sächsische Bergarbeiter im Kampf um Kohle und für ein demokratisches Deutschland von 1945 bis 1948, in: Freiberger Forschungshefte, D 49, Leipzig 1966; Müller, Heinz/Reißeig, Karl, a. a. O.; Wächtler, Eberhard/Mühlfriedel, Wolfgang, Probleme der Entwicklung der Produktivkräfte im Sozialismus. Zur historischen Bedeutung der Stachanow- und der Hennecke-Bewe-

Die Arbeitsleistung Adolf Henneckes im Oktober 1948 und die in der staatlichen Industrie unter nunmehr günstigeren objektiven und subjektiven Bedingungen erfolgende rasche Ausbreitung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung fand in der historischen Literatur große Beachtung. Einschränkend muß aber festgehalten werden, daß das Ensemble der Bedingungen, die die Entwicklung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung zur Massenbewegung werden ließ, noch weiterer Forschungen bedarf. Das trifft ganz besonders auf die Spezifik in den einzelnen Industriezweigen zu.

Eine der Bedingungen, über die noch nicht zusammenfassend geschrieben wurde, ist die materiell-technische Basis der staatlichen Industrie. Die Literatur gibt über den Wiederaufbau und die beginnende Rekonstruktion der materiell-technischen Basis einzelner Industriezweige und Produktionsstätten Auskunft. Eine Gesamtschau über den Zustand der materiell-technischen Basis zur Zeit der DDR-Gründung liegt noch nicht vor.²⁸

Der Zusammenhang zwischen dem Produktionsprogramm, das nun in der gesamten staatlichen Industrie planmäßig festgelegt wird, und dem an Bedeutung gewinnenden Außenhandel der sowjetischen Besatzungszone ist in seiner Gesamtheit nicht ermittelt. Die Auswirkungen, die der beginnende "kalte Krieg" auf die Industrie der DDR hatte, sind bekannt, aber darüber, wie sie kompensiert wurden, reichen die Kenntnisse im einzelnen noch nicht für eine Industriegeschichte aus.²⁹

gung, in: Neue Bergbautechnik, 3. Jg. 1973, S. 49 ff.; Wächtler, Eberhard, Zu einigen Problemen der Methodik der Erforschung und Darstellung der Arbeiterklasse als Hauptproduktivkraft im Sozialismus, in: Freiberger Forschungshefte, D 75, Leipzig 1974; Wächtler, Eberhard, Probleme des Kampfes der SED um die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Monaten Oktober, November und Dezember des Jahres 1948, in: Freiberger Forschungshefte, D 91, Leipzig 1976, S. 7 ff.; Stützner, Heinz, Von den Leistungen der Aktivisten der ersten Stunde bis zur Tat Adolf Henneckes. Die Herausbildung der Aktivistenbewegung im sächsischen Steinkohlenbergbau, Karl-Marx-Stadt 1973; Wächtler, Eberhard/Stützner, Heinz, Die historische Bedeutung der Leistung Adolf Henneckes, in: Seiner Tat folgten Millionen, Karl-Marx-Stadt o. J., S. 5 ff.; Wächtler, Eberhard, Der 13. Oktober 1948, in: Neue Bergbautechnik, 8. Jg. 1978, S. 483 f.; Hartmann, Horst, a. a. O.; Barthel, Horst, Adolf Hennecke. Beispiel und Vorbild, Berlin 1979 = Illustrierte historische Hefte, Nr. 16.

28 Müller, Hans/Reißig, Karl, a. a. O.; Kühne, Lutz, Die Politik der SED ..., a. a. O.; Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft ..., a. a. O.; Barthel, Horst, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, a. a. O.; Industrie und Technik, a. a. O.

29 Teller, Hans, Der Kalte Krieg gegen die DDR. Von seinen Anfängen bis 1961, Berlin 1979; Hofmann, Leopold, Die Entwicklung des Außenhandels der Sowjetischen Besatzungszone und die Probleme der Herausbildung des sozialistischen Außenhandelsmonopols als wirtschaftliche Kommandohöhe der Arbeiterklasse, Diss. A Berlin 1973; Hegemann, Margot/Möschner, Günter, Die DDR als Wirtschaftspartner der sozialistischen Staaten in den ersten Jahren des RGW, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 12, Berlin 1974, S. 245; Neumann, Gerd, Neue Momente in den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen der volksdemokratischen Länder und der UdSSR nach dem zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 1, S. 13 ff.; derselbe, Der Marshallplan und die Ost-West-Beziehungen, in: ebenda, T. 2, S. 53 ff.; derselbe, Die Entwicklung des Ost-West-Handels (1947 bis 1949), in: ebenda, T. 3, S. 11 ff.

In der Zeit zwischen Sommer 1948 und Herbst 1949 gab es wesentliche Veränderungen, was die Organisierung der wissenschaftlich-technischen Arbeit in der volkseigenen Industrie betrifft. Sie finden in der Literatur nur geringe Widerspiegelung. Lediglich das Entstehen eines Organs zur Leitung und Planung von Forschung und Entwicklung bei der DWK wird behandelt.³⁰

Welche Bedeutung die Auflösung sowjetischer Dienststellen in der sowjetischen Besatzungszone, die im Rahmen der Reparationsleistungen wissenschaftlich-technische Aufgaben gelöst hatten, und die dadurch für die Arbeit in der volkseigenen Industrie freigesetzten deutschen Mitarbeiter besaßen, ist bisher noch nicht dargestellt worden. Etwas mehr an Information liegt über die Hinwendung der technischen Hochschulen zur Industrieforschung vor.³¹

Unbefriedigend ist der Kenntnisstand über die Anfänge der wissenschaftlich-technischen Arbeit in den staatlichen Betrieben. Darüber geben nur Betriebsgeschichten vereinzelt Auskunft.

Durch die Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit wurde die staatliche Industrie in die Lage versetzt, ihren Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone sowie zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zu leisten. Gleichzeitig führte der Vergesellschaftungsprozeß dazu, daß die staatliche Industrie zu einem Element des Sozialismus in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung werden konnte.

Die Entwicklung der privatkapitalistischen Industrie in den behandelten drei Etappen der Industriegeschichte ist, nimmt man die Darstellungen über das 1949 eingeführte Vertragssystem aus³², noch kaum erforscht.

Die Aussagen zur Privatindustrie erschöpfen sich in allgemeinen Feststellungen über die Förderung der Unternehmerinitiative. Es ist nicht bekannt, welche Haltung die privatkapitalistischen Unternehmer tatsächlich zu den Befehlen der SMAD, die die Wiederbelebung der Industrieproduktion verfügten, und zur Wirtschaftspolitik der Partei der Arbeiterklasse einnahmen. Ebenso liegen keine detaillierten Untersuchungen darüber vor, wie und in welchem Umfang die privatkapitalistische Industrieunternehmenschaft auf die nichtproletarischen Parteien Einfluß nahm. Auch die Formen und Methoden der demokratischen Machtorgane zur Wahrung gesamtgesellschaftlicher Interessen gegenüber den industriellen Kapitalisten und zur Einschränkung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in den

30 Weißleder, Wolfgang, a. a. O.

31 Bergakademie Freiberg, Festschrift zu ihrer Zweihundertjahrfeier am 13. November 1965, hg. v. Rektor und Senat der Bergakademie Freiberg, Bd. 2, Leipzig 1965; Kraus/Lohse/Scheffel, unter Leitung v. Ludloff, Vorgeschichte und Anfänge der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, Karl-Marx-Stadt 1963; Geschichte der Technischen Universität Dresden 1828 - 1978, Berlin 1978; Albert, Helga, Günter Sobotta, Lebensbild eines Kommunisten, Bergarbeiters und Staatsfunktionärs, Diss. B Berlin 1978.

32 Abraham, Horst, Die Bündnispolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit den Handwerkern, Gewerbetreibenden und mittleren Unternehmern in der Zeit des Übergangs von der antifaschistisch-demokratischen zur sozialistischen Revolution (Juni 1948 bis Juli 1952), Diss. Berlin 1966; Schott, Andrea, Die Entwicklung der Privatindustrie Thüringens in der Zeit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945 - 1949, Diplomarbeit, Jena 1980.

privatkapitalistischen Unternehmen sind noch nicht zufriedenstellend erforscht.³³ Auf das staatskapitalistische Wesen dieser Formen und Methoden wurde in der Literatur wohl hingewiesen, aber eine tiefere Analyse dazu steht noch aus.³⁴ Die Versuche der Privatkapitalisten, die staatlichen Einschränkungen für die Profitmacherei zu umgehen, wurden in Einzelbeispielen nachgewiesen. Wenig war bislang über die vielfältigen Bestrebungen des industriellen Privatkapitals, eigene Interessenvertretungen zu formieren, zu erfahren. Die Auseinandersetzungen zwischen den demokratischen Kräften und dem Unternehmertum um die Industrie- und Handelskammern in den Ländern und Provinzen müssen eingehender erforscht werden. Ungenügend ist auch geklärt, wie sich die Entwicklung des staatlichen Sektors auf die privatkapitalistischen Unternehmen auswirkte.

Die eingehende Beschäftigung mit der Industriegeschichte wirft sogar die Frage auf, ob man so ohne weiteres von einem privatkapitalistischen Sektor in der Industrie sprechen kann. Bei der Berichterstattung über den staatlichen Sektor ist deutlich geworden, daß der Begriff "Sektor" einen erweiterten Inhalt bekommen hat.

Allgemein wird unter einem Sektor der Volkswirtschaft das Zusammenfassen von Betrieben gleicher Eigentumsverhältnisse verstanden. So gesehen kann von einem privatkapitalistischen Sektor der Industrie gesprochen werden. Nun betrachtet die jüngere Literatur den Sektor nicht nur als die Summe der ihm zugehörigen Betriebe. In den Sektorenbegriff geht auch die Art ihrer Leitung, Organisation usw. ein. Der staatliche Sektor wird als ein strukturierter Wirtschaftsorganismus verstanden, der sich ständig qualifiziert. Von einem solchen Organismus kann aber beim privatkapitalistischen Sektor nicht gesprochen werden. Er verfügt zum Beispiel nicht über eine eigene Leitung.

4. Über einige weitere Probleme der Industriegeschichte

Das bisher Dargelegte berührte die wichtigsten Probleme einer Industriegeschichte in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Aber darin erschöpft sich noch nicht alles, was beachtet und geklärt werden muß, wenn eine geschlossene Geschichte der Industrie entstehen soll. Darum soll der Erkenntnisstand über eine Reihe anderer industriegeschichtlicher Probleme ebenfalls geprüft werden.

An erster Stelle steht dabei die Industriearbeiterschaft, deren Geschichte noch nicht geschrieben wurde. Ihre allgemeine Entwicklung wurde in den Untersuchungen zur Geschichte der politischen Organisation der gesamten Arbeiterklasse mit erfaßt.³⁵ In den verschiedenen Darstellungen über die antifaschistisch-demokra-

33 Engelberger, Wolfgang, Politökonomische Probleme der industriellen Entwicklung der Sowjetischen Besatzungszone in der Zeit von 1945 - 1947, Diss. A Freiberg 1971.

34 Mühlfriedel, Wolfgang/Wiegand, Klaus, a. a. O.

35 Geschichte der SED, a. a. O.; Bensing, Manfred, Grundzüge des Wachstums der Arbeiterklasse der DDR in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Thesen zur Promotion B, Leipzig 1974; derselbe, Die Entwicklung der Arbeiterklasse der DDR beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als Gegenstand historischer Forschung, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 11, Berlin 1974, S. 123 ff.; Keller, Dieter, Lebendige Demokratie, Der Übergang von der antifaschistischen zur sozialistischen Demokratie in der volkseigenen Industrie der DDR 1948 bis 1952, Berlin 1971; Koppelman, Gerhard, a. a. O.; Dittrich, Gottfried, Arbeiterklasse und sowjetische Besatzungspolitik im Osten Deutschlands, in: Einheit im Kampfe geboren, Leipzig 1975, S. 106 ff.

tische Umwälzung werden die Existenzbedingungen, die in den einzelnen Entwicklungsabschnitten dieser Umwälzung für die Industriearbeiterschaft gegeben waren, reflektiert. Das trifft besonders auf die Unterschiede zu, die durch die sozialökonomischen Veränderungen in der Lage der Industriearbeiterschaft entstanden. Mehr wurde über die Gruppe der Industriearbeiter in der staatlichen Industrie gearbeitet; die Gruppe von Industriearbeitern, die in den privatkapitalistischen Betrieben tätig blieb, war kaum Gegenstand der historischen Betrachtung.

Strukturanalysen liegen für Teile der Industriearbeiterschaft vor. Sie haben allerdings noch einen recht allgemeinen Zuschnitt und befassen sich mit den Quellen, aus denen sich die Industriearbeiterschaft jener Zeit rekrutierte,³⁶ der Alterszusammensetzung und der Stellung der Frau in der Industriearbeiterschaft.³⁷ Weniger ist über die Qualifikationsstruktur der Industriearbeiterschaft bekannt.

Systematische Arbeiten wurden zur Industriearbeiterschaft einzelner Zweige der Industrie geboten.³⁸

Die wissenschaftlich-technische Intelligenz in der Industrie fand ebenfalls noch keine zusammenfassende Behandlung. Es gibt dazu nur erste Versuche.³⁹ Die

36 Derselbe, Die Wettbewerbsbewegung in der DDR ..., a. a. O.

37 Eichfeld, Rosemarie, Zu Problemen der Teilnahme der Frau am gesellschaftlichen Produktionsprozeß im Land Sachsen in den Jahren 1945 - 1949, in: Freiberger Forschungshefte, D 120: Studien zur Rolle der Frau im Arbeitsprozeß im Sozialismus, Leipzig 1979, S. 7 ff.

38 Lang, Günter, Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die Entwicklung des Werkzeugmaschinenbaus in der DDR (vom III. Parteitag bis zur 2. Parteikonferenz), Diss. Berlin 1963; Pellmann, Dietmar, Die Einwirkung der Arbeiterklasse unter Führung der SED auf die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft durch den Aufbau eines leistungsfähigen Landmaschinen- und Traktorenbaus in der DDR, 1949 - 1960, Diss. A Leipzig 1977; Labahn, Karin, Die Herausbildung der Zweiggruppe der Arbeiterklasse in den Ostseewerften auf dem Territorium der späteren Deutschen Demokratischen Republik 1945 - 1952, Diss. A Leipzig 1979; Meinhard, Volkmar, Zur Entstehung der Zweiggruppe der Arbeiterklasse im Industriezweig Wismut in den Jahren 1949/50 bis 1954, Diss. A Leipzig 1979; Handke, Horst, Beschäftigtenstrukturen und Entwicklungstendenzen in der chemischen Industrie Deutschlands von der Mitte der zwanziger bis Anfang der sechziger Jahre unter Berücksichtigung der Entwicklung in den beiden deutschen Staaten nach 1945, Habil.-Schr. Berlin 1965.

39 Schwertner, Edwin/Kempke, Arwed, Zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik der SED (1945/1946 bis 1966), Berlin 1967; Mühlfriedel, Wolfgang/Wächter, Eberhard, Zur Geschichte der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in der DDR in den Jahren 1945 bis 1962, in: Neue Bergbautechnik, 5. Jg. 1975, S. 56 ff.

Herausbildung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz aus der Arbeiterklasse wurde untersucht.⁴⁰ In diesem Zusammenhang muß auch vermerkt werden, daß historisch-soziologische Analysen über die privatkapitalistische Industrieunternehmenschaft fehlen.

Ein zweites Problem der Industriegeschichtsschreibung, das hervorgehoben werden soll, sind biographische Darstellungen.

Um ein vollständiges und lebendiges Bild von der industriellen Entwicklung in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zeichnen zu können, ist es nicht nur erforderlich, das schöpferische Wirken der Industriearbeiterschaft und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz sowie die führende Tätigkeit der Partei der Arbeiterklasse auf industriepolitischem Gebiet im allgemeinen darzustellen, sondern es ist auch unbedingt notwendig, Arbeiterpersönlichkeiten, einzelne Ingenieure und Wissenschaftler, hervorragende Wirtschaftsfunktionäre und Parteiarbeiter, die sich um den industriellen Fortschritt verdient gemacht haben, besonders zu würdigen. Ihren Beitrag zur Leitung der Industrie, zu deren sozialökonomischer Umgestaltung, zur Herausbildung einer neuen Arbeitseinstellung, zur Organisierung der wissenschaftlich-technischen Arbeit in und für die Industrie, zu den ersten Ergebnissen des technischen Fortschritts zu schildern muß wichtiger Bestandteil einer Industriegeschichte sein. In den vorhandenen historischen Darstellungen werden wohl Namen von Produktionsaktivisten und in einzelnen Fällen auch ihre Leistungen genannt, aber eine eingehende Analyse dieser Leistungen, der konkreten Triebkräfte, die sie auslösten, der weitere Lebensweg solcher Persönlichkeiten finden sich fast nur in Betriebsgeschichten. Nur über wenige Produktionsaktivisten wurden biographische Darstellungen geschrieben.⁴¹ Gleiches muß über Ingenieure und Wissenschaftler gesagt werden.⁴²

Besonders unbefriedigend sind die vorhandenen Kenntnisse über die aus der Arbeiterklasse kommenden Wirtschaftsfunktionäre, die in den Jahren 1945 bis 1949 mit der Aufgabe betraut worden waren, als Treuhänder sequestrierte Betriebe zu leiten, als Betriebsdirektoren in den landes- und volkseigenen Betrieben zu arbeiten, als führende Mitarbeiter im wirtschaftslenkenden Apparat der Landes- und Provinzialverwaltungen und in den Deutschen Zentralverwaltungen oder der DWK zu wirken. Der persönliche Anteil führender Funktionäre der SED am Aufbau der Industrie in der sowjetischen Besatzungszone ist in einer systematischen Form noch nicht untersucht worden. Bisher liegt erst eine ausführliche Biographie vor, und zwar über Gustav Sobotka, der die Deutsche Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie leitete und auf diesem Gebiet in der DWK tätig war.⁴³

40 Wächtler, Eberhard, Zur Geschichte der Arbeiter-und-Bauernfakultät "Wilhelm Pieck" an der Bergakademie Freiberg, Freiberg 1974; Kasper, Hans-Hendrik, Der Kampf der SED um die Herausbildung einer Intelligenz aus der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft über die Vorstudienanstalten an den Universitäten und Hochschulen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945/46 bis 1949), Diss. A Freiberg 1979; Geschichte der Technischen Universität Dresden, a. a. O.; Grabs, Ursula, Der Kampf und die Leistungen der SED-Landesparteiorganisation Sachsen zur Herausbildung einer neuen wissenschaftlich-technischen Intelligenz aus den Reihen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes mit der Durchsetzung des Arbeitsstudiums im Land Sachsen 1945 - 1949, Diss. A Dresden 1974.

41 Siehe die in Anm. 27 zu Wettbewerbskampagnen genannten Arbeiten.

42 Wächtler, Eberhard/Mühlfriedel, Wolfgang, Erich Rammler, a. a. O.; Mühlfriedel, Wolfgang, Karl Kegel, Notizen zur Biographie, a. a. O.

43 Albert, Helga, a. a. O.

Besondere Bedeutung für die Forschungen zur Industriegeschichte kommt auch der Erfassung dessen zu, was einzelne Mitarbeiter der SMAD und der sowjetischen Leitung der SAG zum industriellen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone beigetragen haben. Das Wissen über diese Männer ist gleichfalls noch lückenhaft.

Schließlich sei hier noch die Entwicklung einzelner Industriebereiche, -zweige und -gruppen als Problem der Industriegeschichtsschreibung genannt. Eine Geschichte der Industrie wird sich in der Hauptsache mit der Gesamtheit der inneren und äußeren Entwicklungsbedingungen und deren Korrespondenz befassen. Das Allgemeine wird im Mittelpunkt stehen. Damit ist aber noch nicht die Spezifik erfaßt, die den Reproduktionsbedingungen der verschiedenen Industriebereiche, -zweige und -gruppen innewohnt und deren historische Entwicklung maßgeblich bestimmt. Sie verlangt nach einer eigenen Darstellung. Nur so kann ein abgerundetes Bild der gesamten Industriegeschichte entstehen.

Prüft man nun, was in dieser Hinsicht vorhanden ist, dann muß festgestellt werden, daß noch keine historische Darstellung über einen Bereich oder Zweig der Industrie vorliegt, die den an sie zu stellenden Anforderungen gerecht würde. Am meisten ist über den Bergbau und den Maschinenbau in der sowjetischen Besatzungszone bekannt.⁴⁴

Aber die ökonomische und historische Literatur enthält mannigfaltige Abhandlungen, in denen Aussagen und Material über einzelne Industriezweige enthalten sind. Verallgemeinerndes findet sich in volkswirtschaftlich angelegten Darstellungen über die Industrie.⁴⁵ Aufschlußreich sind in dieser Beziehung die historischen Passagen, die in den an der Wende der fünfziger zu den sechziger Jahren verfaßten Industriezweigökonomiken enthalten sind. Auch in anderen zweigökonomisch angelegten Publikationen findet der Historiker Angaben über die Geschichte einzelner Zweige.⁴⁶ Industriezweighistorisches wird in größerem Umfang in den

- 44 Stützner, Heinz, Sächsische Bergarbeiter im Kampf um Kohle, a. a. O.; Meister, Bernd, Einige Probleme der Entwicklung der Produktivkräfte in den Grubenbetrieben der Kaliindustrie der DDR von 1945 bis zum VIII. Parteitag der SED, Diss. A Freiberg 1976; 20 Jahre Braunkohlenbergbau in der Deutschen Demokratischen Republik, Festschrift zum zwanzigjährigen Bestehen des volkseigenen Braunkohlenbergbaus in der Deutschen Demokratischen Republik und zum zehnjährigen Bestehen des Deutschen Brennstoffinstituts, Freiberg (Sachsen), hg. v. Deutschen Brennstoffinstitut, Freiberg (Sachsen), Leipzig 1966; Zeising, Kurt, Kampf und Sieg der Mansfeld-Kumpel, Geschichte des VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm Pieck (Ms.); Heyne, Werner, Zur planmäßigen Entwicklung des Maschinenbaus durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten in der ersten Phase der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR (1945 - 1955), Diss. B Freiberg 1980.
- 45 Zehn Jahre Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1959; Die Volkswirtschaft der DDR, Berlin 1979; Der Maschinenbau, Berlin 1951 = Der Fünfjahrplan, Nr. 7; Die Leichtindustrie, Berlin 1951 = Der Fünfjahrplan, Nr. 8; Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Berlin 1951 = Der Fünfjahrplan, Nr. 9.
- 46 Von den Industriezweigökonomiken sollen besonders hervorgehoben werden: Bollerey, Werner/Sabisch, Helmut/Tannhäuser, Siegfried, Ökonomie der sozialistischen chemischen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1963; Ökonomik der Energiewirtschaft, Leipzig 1972; Ökonomik des Bergbaus (Tagebau), Leipzig 1963; Ökonomik sozialistischer Chemiebetriebe, Berlin 1961; Hildebrand, Hans-Joachim, Wirtschaftliche Energieversorgung, Bd. 1, Leipzig 1968; Schurig, Helmut, Die Entwicklung der Textilindustrie in Westdeutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Beiträge zu Fragen der Textilindustrie, Nr. 1, Berlin 1959.

der Entwicklung der Industriearbeiterschaft einzelner Zweige gewidmeten Forschungen vorgetragen,⁴⁷ Aufschlußreiches Material über einzelne Industriezweige enthalten auch Veröffentlichungen, in denen sich Ingenieure und Wissenschaftler zu einzelnen technischen Problemen dieser Zweige äußern.⁴⁸

Auch Betriebsgeschichten, besonders solche über Betriebe, die einen Industriezweig repräsentieren, geben Aufschluß über die Entwicklung einzelner Industriezweige. Gleiches kann über die historischen Untersuchungen zu verschiedenen Zweigen in einzelnen Regionen der sowjetischen Besatzungszone gesagt werden.

Damit zeigt sich ein weiteres Problem, das hier als letztes genannt sei: Die Industriegeschichte verlangt auch, die regionale Industrieentwicklung zu beachten. Das ist besonders für den hier besprochenen Zeitraum wichtig, weil die Wiederherstellung der Industrieproduktion nach der Zerschlagung des Faschismus, bedingt durch die politischen und ökonomischen Gegebenheiten, zunächst in den einzelnen Regionen unabhängig von anderen territorialen Gebieten begonnen wurde und längere Zeit im Rahmen der Länder der sowjetischen Besatzungszone erfolgte. Die Eigenart der deutschen Nachkriegsgeschichte brachte es mit sich, daß die Länder (bis Sommer 1948) in bestimmtem Ausmaß veranlaßt waren, eine relativ abgeschlossene Struktur der Industrie des jeweiligen Landes anzustreben.

Für die Zeit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung wurde die regionale Industrieentwicklung Thüringens systematisch erforscht.⁴⁹

47 Siehe Anm. 36.

48 Als Beispiele seien genannt Industrie und Technik, a. a. O.; Lüdemann, Karl-Friedrich, Grundsätzliche Probleme der Eisen- und Stahlerzeugung in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Bergakademie, Nr. 9/1961, S. 539 ff.

49 Denner, Eberhard, Die wesentlichen Merkmale des regionalen Strukturwandels der thüringischen Industrie 1939 - 1951, Diss. Jena 1956; Hoefter, Bettina, Die Entwicklung der Textilindustrie in Thüringen in dem Zeitraum von Mai 1945 bis Juli 1948, Diplomarbeit, Jena 1978; Goedecke, Monika, Die Entwicklung der Bekleidungsindustrie von 1945 bis 1949, Diplomarbeit, Jena 1980; Neumann, Verena, Die Entwicklung der feinkeramischen Industrie Thüringens in dem Zeitraum von Mai 1945 bis Juli 1948, Diplomarbeit, Jena 1978; Stefan, Regina, Die Entwicklung der Maschinenbauindustrie Thüringens in den Jahren 1945 bis 1948, Diplomarbeit, Jena 1978; Knorr, Angela, Die Entwicklung der Thüringer Holzindustrie im Zeitraum von 1945 bis 1948, Diplomarbeit 1978; Blöttner, Carola, Die Entwicklung der elektrotechnischen Industrie in Thüringen von 1945 bis Mitte 1948, Diplomarbeit 1978; Lentschig, Ulla, Die Entwicklung der thüringischen Glasindustrie in den Jahren 1945 - 1947, Diplomarbeit, Jena 1978; Ganz, Peter, Die Entwicklung der Kaliindustrie in Thüringen in den Jahren 1945 - 1948, Diplomarbeit, Jena 1980; Müller, Monika, Die Entwicklung der Nahrungsmittelindustrie in Thüringen in den Jahren 1945 - 1949, Diplomarbeit, Jena 1980.

Regionalhistorische Auskünfte bieten auch die ökonomische Geographie⁵⁰ und in bestimmtem Umfang die Stadtgeschichtsschreibung.⁵¹

Der Bericht über den Forschungsstand auf dem Gebiet der Industriegeschichte während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung offenbart die Fortschritte, die die marxistisch-leninistische Historiographie in der DDR besonders im vergangenen Jahrzehnt auf dem untersuchten Gebiet erzielt hat. Gleichzeitig läßt er die noch vorhandenen Lücken erkennen, macht die Hauptrichtungen deutlich, die in der Forschung einzuschlagen sind und die in erster Linie im folgenden bestehen:

1. Vertiefung der theoretischen Einsichten in die industrielle Entwicklung in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung;
2. Schließen der noch erheblichen Materiallücken;
3. Aufarbeiten einer Reihe von Problemen der industriellen Entwicklung, denen die historische Forschung bisher noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt hat;
4. Zusammenfügen der Gesamterkenntnisse zu einer geschlossenen Monographie über die Geschichte der Industrie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung.

- 50 Ökonomische Geographie der DDR, Gotha/Leipzig 1969; Kohl, H., Ökonomische Geographie der Montanindustrie in der DDR, Gotha 1966.
- 51 Keiderling, Gerhard/Stulz, Percy, Berlin 1945 - 1968, Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970; Leipzig, Geschichte der Stadt in Wort und Bild, Berlin 1978; Geschichte der Stadt Weimar, Im Auftrag v. Gitta Günther u. Lothar Wallraf, Weimar 1975; Gotha, Zur Geschichte der Stadt, hg. v. Helmut Leuthold, Gotha 1973; Beiträge zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung in der Stadt Schmalkalden, hg. v. Rat der Stadt Schmalkalden, Heiligenstadt 1974.

BETRIEBSGESCHICHTE

Gedanken zur Disziplin Betriebsgeschichte anhand der Entwicklung in der DDR⁺

von Hans Radandt

Die Betriebsgeschichte hat sich in der DDR stetig entwickelt: zunächst getrennt voneinander in Betrieben und in der Wissenschaft, dann in immer enger werdender Zusammenarbeit; zunächst als Projekt einzelner, dann als Kollektivarbeit. Besonders im letzten Jahrzehnt, in dem die Betriebsgeschichtsarbeit intensiver wurde, wurden die Ergebnisse betriebsgeschichtlicher Forschung neben Buch- und Broschüren-Veröffentlichungen umfassender für die Agitation und Propaganda vor allem in Traditionskabinetten genutzt.

Die vorhandenen Ergebnisse beweisen, daß die Betriebsgeschichte in der DDR einen guten Stand erreicht hat.¹

Mit den "Richtlinien zur Erforschung und Propagierung der Betriebsgeschichte", die das Sekretariat des Zentralkomitees der SED am 7. Juni 1977 beschlossen hat, besteht eine einheitliche Orientierung für die betriebsgeschichtliche Forschungsarbeit.² Einerseits wird auf wesentliche inhaltliche Schwerpunkte, vor allem auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung, hingewiesen und andererseits werden organisatorische Maßnahmen vor allem für Betriebe und Parteileitungen getroffen, Genossen im Staatsapparat und die Gewerkschaften zur Unterstützung verpflichtet und das IML beim ZK der SED für die inhaltliche Leitung und Koordinierung verantwortlich gemacht. Bei allen genannten Stellen wirken diese "Richtlinien" belebend auf die Betriebsgeschichtsarbeit. Tatsache aber ist, daß das vorhandene wissenschaftliche Kräfte-reservoir für die nach den "Richtlinien" gestiegenen Anforderungen nicht mehr ausreicht. In der DDR sind insgesamt etwa 1500 betriebsgeschichtliche Veröffentlichungen erschienen, aber zur Zeit wird in keinem Institut der Versuch unternommen, über die gesamte Breite des Gegenstandes der Betriebsgeschichte systematische Untersuchungen am Beispiel eines Betriebes vorzunehmen. Es wurde in den Betrieben eine breite Bewegung von betriebsgeschichtlichen Laienforschern ins Leben gerufen, aber zu wenige Wissenschaftler treten selbst forschend und anleitend auf. Mit großem Zeiteinsatz wird in den Betrieben kollektiv gearbeitet, aber aufgrund zu geringer wissenschaftlicher Anleitung entsprechen viele Veröffentlichungen nicht den Anfor-

+ Redaktionell geringfügig gekürztes Referat, gehalten auf der Internationalen Konferenz für Betriebsgeschichte 1979 in Moskau.

1 Vgl. Moritz, Heinz/Radandt, Hans, Betriebsgeschichtliche Forschungen, in: Historische Forschungen der DDR 1970 - 1980 = Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderband 1980.

2 Vgl. Richtlinien zur Erforschung und Propagierung der Betriebsgeschichte, Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 7. Juni 1977, in: Neuer Weg, Nr. 14/1977.

derungen der wissenschaftlichen Akribie. Viele Quellen sind für die Betriebsgeschichte vorhanden, aber nur wenige werden genutzt, weil es viel zu wenige die Quellen nachweisende und erschließende Hilfsmittel gibt. Von interdisziplinärer Arbeit ist schon viel gesprochen worden, auf dem Gebiet der Betriebsgeschichte wurde sie noch nicht praktiziert.

Im folgenden wenden wir uns, ausgehend von der Frage des Gegenstandes der Betriebsgeschichte, den einzelnen Problemen zu.

Der Betrieb ist die Stätte der schöpferischen Tätigkeit der werktätigen Menschen. Er ist in der Regel der Ort, an dem die meisten Werktätigen die vielfältigsten Beziehungen zueinander eingehen, an dem die meisten Menschen den größten zusammenhängenden Teil ihres Lebens bewußt zubringen. Hier werden ihre beruflichen Fertigkeiten, ihre Befähigung für die Lösung bestimmter Aufgaben und ihre politische Reife, ihr Bewußtsein entwickelt, bilden sich aus ihren Reihen Persönlichkeiten heraus.

Sie lernen die Eigenschaften der Roh-, Hilfs- und Werkstoffe sowie deren Be- und Verarbeitung bzw. deren Funktion nach bestimmten Technologien kennen. Ebenso lernen sie Möglichkeiten, Handhabung, Bedienung und Beherrschung von Werkzeugen, technischen Geräten, Apparaturen und Maschinen bis zur Meisterrung des modernen Gefäß- und Behältersystems, der Mikroelektronik und der Automaten. Hier verwirklichen sie Ideen und Schöpferkraft in der Anwendung der Naturgesetze zur Entwicklung und Verbesserung von Produktivkräften und Konsumgütern, nutzen neueste wissenschaftlich-technische Erkenntnisse. Sie eignen sich Kenntnisse in der Buchführung, im Einkauf und Verkauf, in der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation, im Analysieren, Planen, Leiten und in der Entscheidungsfindung an.

Im kapitalistischen Betrieb lernen die Werktätigen vielfältige Formen der Ausbeutung und den Unternehmer, seine Manager und Handlanger kennen, welche die Ausbeutung teils verschleiern, teils verkörpern. Hier empfinden und begreifen sie sich als Klassengenossen, üben Solidarität, organisieren sich und kämpfen zunächst für ökonomische, später auch für politische Interessen. Hier werden sie von der revolutionären Partei der Arbeiterklasse zum Kampf gegen Imperialismus, Faschismus, Militarismus und Krieg, um den sozialen Fortschritt und den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus mobilisiert.

Im sozialistischen Betrieb lernen sie unter Führung der Partei und in der Gewerkschaft Plan und Gegenplan, Masseninitiative und Wettbewerb, Rationalisierung und Intensivierung als Eigentümer der Betriebe zur Erhöhung von Arbeitsproduktivität und Effektivität und damit zur Verbesserung ihrer materiellen und geistig-kulturellen Lebensverhältnisse in einem schwierigen und widerspruchreichen Prozeß der Aneignung des Mitarbeitens, Mitplanens und Mitregierens kennen und meistern.

Im kapitalistischen Betrieb wurde durch die Arbeiterklasse und ihre revolutionären Parteien, durch die Betriebszellen der KPD und ihre Betriebszeitungen in der politischen Agitation und Propaganda unter den Werktätigen Großes geleistet. Trotzdem blieb die parteipolitische Interessierung und Organisation des einzelnen weitgehend dem Zufall überlassen, und an eine politische Schulung war meist nur für Funktionäre zu denken.

Im sozialistischen Betrieb haben die Partei der Arbeiterklasse, die Gewerkschaft und andere Massenorganisationen die planmäßige politische Schulung, die Verbreitung des Marxismus-Leninismus und die regelmäßige Agitation und Propaganda für die sozialistische Arbeits- und Lebensweise im Parteilehrjahr, FDJ-Studienjahr, in Schulen der Sozialistischen Arbeit, Betriebszeitungen, im Betriebsfunk, in Wandzeitungen, Traditionskabinetten, betriebsgeschichtlichen Veröffentlichungen und anderen Formen organisiert.

Über all das sprechen die Werktätigen auch mit den Kollegen in den Pausen und am Feierabend. Der Tenor der Gespräche hat sich geändert. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung waren sie vielfach den Sorgen um die Erhaltung von Arbeitsstelle, Arbeitskraft, Lohn und Reallohn zugewandt. Im Sozialismus traten an diese Stelle zunehmend Gedanken um die quantitative und qualitative Verbesserung der Produkte durch sozialistischen Wettbewerb und Neuererwesen, um die Verbesserung des Arbeitsplatzes durch Qualifizierung und die Verbesserung der Lebensverhältnisse durch Autokauf, Hausbau, Reisen und Anschaffungen größerer Art.

Durch die erheblich höhere Bildung und die größeren geistig-kulturellen Möglichkeiten der Werktätigen im Sozialismus gibt es eine bedeutende Entwicklung der Gespräche auf geistig-kulturellem Gebiet. Aus dem Austausch von Erzählungen und Meinungen, anfangs noch über meist zufällig Gesehenes, Gelesenes, Gehörtes, wurde mehr und mehr für einen immer größeren Teil der Werktätigen durch die bewußte Beschäftigung mit bestimmten geistig-kulturellen Gebieten die vergleichende Unterhaltung und Diskussion über deren Probleme. All dies wird gefördert durch Volkskunstzirkel, Zirkel schreibender Arbeiter, Urania-Vorträge, Arbeiterfestspiele, Schriftstellerlesungen, Gemäldeausstellungen, Theater- und Konzertbesuche, Gewerkschaftsbibliotheken und Bildungsexkursionen.

Vielfältig sind die weiteren Gebiete des Lebens im Betriebskollektiv, die hier nicht alle ausgeführt werden können. Nur einige seien noch namentlich genannt: Gesellschaft für Sport und Technik, Kampfgruppen, Zivilverteidigung, Deutsches Rotes Kreuz, Kammer der Technik, Betriebssportgemeinschaft, Betriebssportfeste, Brigadeabende, die gesundheitliche und soziale Betreuung durch Betriebspolikliniken und -sanatorien, Kinderkrippen und -ferienlager, Ferienheime und Kuren, Betriebsküche und Betriebsverkaufsstelle.

Diese notwendigerweise plakative und unvollständige Aufzählung dessen, was die Werktätigen in den Betrieben leisten und erleben, war erforderlich, um in die Vielfältigkeit des Gegenstandes der Betriebsgeschichte einzuführen.

Je ausführlicher wir den Gegenstand der Betriebsgeschichte zu beschreiben versuchen, desto mehr wird uns die Vielfältigkeit und Breite der alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens umfassenden Betriebsgeschichte bewußt. Darauf hat bereits Maxim Gorki in seinen Aufrufen zur Schreibung der Geschichte der Fabriken und Werke in der Sowjetunion hingewiesen.³

Eine Definition der Betriebsgeschichte könnte lauten: Die Betriebsgeschichte ist der Prozeß der Entstehung und Entwicklung des Betriebes, die Geschichte der Leistungen, des Kampfes und des Lebens der Werktätigen, besonders der Arbeiter und ihrer revolutionären Partei. Sie ist die Geschichte der Eigentumsverhältnisse, der Produktion, der Technik und Technologie, der Ökonomie und Betriebsorganisation und der fachlichen Qualifizierung der politisch-ideologischen Arbeit, des Bewußtseinsstandes, der Sozialstruktur und der sozialen Verhältnisse sowie der geistig-kulturellen, sportlichen und wehrkampfsportlichen Betätigung, der Freizeitgestaltung und des geselligen Lebens im Betrieb und in seinen Einrichtungen.

Die Geschichtswissenschaft hat die Aufgabe, durch die Vertretung ihrer Ergebnisse in Agitation und Massenpropaganda beizutragen, das sozialistische Bewußtsein zu entwickeln und sozialistische Persönlichkeiten herauszubilden. Dieser Aufgabe widmet sich die Betriebsgeschichtsarbeit in den Betrieben seit Jahrzehnten in vielfältigen Formen. Es hat sich bewährt, breite Kreise der Werktätigen in die betriebsgeschichtliche Forschungsarbeit einzubeziehen. An der Erfor-

³ Vgl. A. M. Gorki und die Geschichte der Fabriken und Werke, Berlin 1964.

schung der Geschichte des VEB Braunkohlenwerk "Erich Weinert" Deuben waren rund 5000 Werktätige beteiligt.⁴ Je größer der Kreis der Beteiligten ist, desto reger der Gedankenaustausch, desto mehr Arbeitskollektive nehmen bereits in dieser Phase der Betriebsgeschichtsarbeit an der Aussprache über sie teil. Je mehr Arbeitskollektive, Volkskunstgruppen, Zirkel schreibender Arbeiter, Grundorganisationen gesellschaftlicher Klassenorganisationen an der Betriebsgeschichtsforschung mitwirken, um so größer ist aber auch das Spektrum des geschichtlichen Interesses und dementsprechend die Möglichkeit, die Betriebsgeschichte wirklich allseitig zu erforschen. So wurden zum Beispiel im VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat in den letzten 20 Jahren mehr als 40 Hefte der Reihe "Aus der Geschichte der Filmfabrik" - jedes mehr als 3 Druckbogen stark - zu jeweils einem einzelnen Thema veröffentlicht. Unter anderem wurde die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, die Geschichte der Beteiligung des Betriebes an der Messe der Meister von morgen, die Geschichte der Rolle der Frau im Betrieb, die Geschichte der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft in der Filmfabrik, die Geschichte der Zusammenarbeit der Filmfabrik mit dem sowjetischen Kombinat Assofoto geschrieben. Eines dieser gut gestalteten, vielfach mit Bildern versehenen Hefte behandelt die Geschichte der Lage der Arbeiter und Angestellten des kapitalistischen Vorgängerbetriebes während der Zeit des ersten Weltkrieges und der Inflation.⁵ Hier wurde erfolgreich eines der zahlreichen Freizeitforschungsergebnisse auf einem speziellen Gebiet, der Numismatik, für die Betriebsgeschichtsschreibung genutzt. Die Notgeldausgaben des kapitalistischen Vorgängerbetriebes - von den variablen Werten 1914 über feste Werte, Inflationsgeld bis zum "wertbeständigen Notgeld" Ende 1923 - wurden hier in enger Verbindung mit Löhnen und Reallöhnen der Wolfener Filmarbeiter untersucht. Das Ergebnis ist in seiner Darstellung ebenso bedeutungsvoll für den Betriebshistoriker wie für den Numismatiker. Einerseits wird der Werk-tätige in Wolfen auf einem speziellen Gebiet mit der Geschichte des Betriebes vertraut gemacht. Andererseits werden den Sammlern von deutschem Notgeld in aller Welt die Beziehungen zwischen den Wertzeichenausgaben und der kapitalistischen Ausbeutung in einem der Stammbetriebe der IG Farbenindustrie AG erklärt.

Die Vielfalt der Betriebsgeschichte gestattet es also, wie bei ihrer Erforschung auch bei der propagandistischen Verbreitung der Forschungsergebnisse an die verschiedensten Interessen der Menschen anzuknüpfen. In dem hier gegebenen Beispiel waren es die Wertzeichensammler, deren Interesse besonders geweckt wurde, in anderen Fällen können es Briefmarkensammler, Modellbauer, volkskünstlerisch oder sportlich tätige oder interessierte Menschen sein. Darüber hinaus wird an diesen Beispielen deutlich, daß die Verbreitung betriebsgeschichtlicher Forschungsergebnisse weit über die Grenzen des Betriebes hinaus Bedeutung erlangen kann. Viel Anklang und vor allem politisch-ideologische Wirkung fände eine reich bebilderte Geschichte eines Automobilwerkes, wenn man sie in den Welt-sprachen verbreiten würde, bei allen automobilgeschichtlich Interessierten. Nicht allen Produkten wird von vornherein ein so großes historisches Interesse entgegengebracht. In der DDR ist noch nicht versucht worden, auf den Gebieten des Automobil-, Schiff- oder Flugzeugbaus die Betriebsgeschichte auf diese

4 Vgl. Buch unserer Tage, Beiträge zur Betriebsgeschichte des VEB Braunkohlenwerk "Erich Weinert" Deuben 1956 - 1968, Berlin 1970, S. 8.

5 Vgl. Kahnert, Reinhard/ Gill, Manfred, Die ökonomisch-soziale Lage der Wolfener Filmarbeiter 1914 - 1923, dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Notgeldausgaben der Agfa, Wolfen 1977 = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, H. 37.

Weise weltweit zur Verbreitung sozialistischer Grundüberzeugungen zu nutzen. Relativ viele Menschen, auch in kapitalistischen Ländern, würden aufgrund ihrer speziellen Interessen eine solche Betriebsgeschichte lesen. Auch dieses weit über den Bereich eines Betriebes hinausreichende Interesse an dessen Geschichte stellt an uns die Frage nach der Wissenschaftlichkeit ihrer Erarbeitung. Ungarische Historiker sprachen bereits 1968 und 1972 von der Betriebsgeschichte als einer neuen Disziplin der Geschichtswissenschaft.⁶ Wie richtig diese Feststellung ist, geht daraus hervor, daß der Gegenstand der Betriebsgeschichte von keiner der herkömmlichen historischen Disziplinen in seiner Komplexität untersucht und dargestellt wird.

Das in den letzten Jahren beschleunigte Tempo der Entwicklung der Betriebsgeschichtsarbeit erfordert, diese neue Disziplin an Universitäten einzuführen und zu entwickeln. Wir wissen, daß die Betriebsgeschichte sowohl in den Betrieben besonders für die Massenpropaganda als auch in der Wissenschaft vor allem als Erkenntnisgrundlage zur Erfassung und Analyse von Einzelprozessen der Arbeit, des Kampfes und des Lebens der Werktätigen entwickelt worden ist. Besonders in den letzten Jahrzehnten wurde in Erkenntnis der gesellschaftlichen Notwendigkeit der Betriebsgeschichte die Zusammenarbeit von Betriebsgeschichtskollektiven mit Wissenschaftlern bewußt entwickelt. Die Betriebsgeschichtskollektive lernten dabei, sich mehr und besser wissenschaftlicher Arbeitsmethoden zu bedienen. Die Wissenschaftler lernten, die Ergebnisse ihrer Arbeit stärker in die Massenpropaganda einfließen zu lassen und Laienhistoriker in der geschichtswissenschaftlichen Forschungsarbeit anzuleiten. Dabei wurden in immer mehr Betrieben Betriebsgeschichtskollektive gebildet. Dieser Prozeß wurde in der DDR durch den Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 6. Juni 1977 so forciert, daß sich jetzt über 10 000 Arbeiter und andere Werktätige als Mitglieder der Betriebsgeschichtskommissionen ständig der Betriebsgeschichtsarbeit widmen. Das ist eine begrüßenswerte Entwicklung. Der Laienforscher hat, wie schon lange in der Heimatgeschichte, so auch in der Betriebsgeschichte, einen festen, nicht mehr wegzudenkenden Platz in der Geschichtswissenschaft gefunden. Im Unterschied zu den Heimatgeschichtsforschern befinden sich unter den Betriebsgeschichtsforschern weniger Hoch- und Fachschulkader. Dagegen beteiligen sich an der Betriebsgeschichtsforschung mehr Arbeiter als an der Heimatgeschichtsforschung. Der Gegenstand der Betriebsgeschichte erfordert keineswegs weniger Qualifikation als der der Heimatgeschichte, er ist eher vielseitiger, komplizierter zu erfassen, was zum Teil auf fehlende oder unzugängliche Quellen zurückzuführen ist. Den Heimatgeschichtsforschern steht eine große Anzahl Archäologen und qualifizierter Historiker, deren Arbeitsgebiet zum Teil die Regional- oder Stadtgeschichtsforschung ist, anleitend zur Seite. Über Themen zu Teilgebieten der Geschichte einzelner Betriebe wurden in der DDR in den letzten 25 Jahren etwa 150 Dissertationen geschrieben, die meisten davon von Historikern. Nur etwa 5 Historiker von diesen und noch etwa 15 weitere sind heute nebenberuflich auf dem Gebiet der Betriebsgeschichte, in erster Linie anleitend, kaum selbst auf diesem Gebiet forschend, tätig. Dazu kommen etwa 10 nichtpromovierte Historiker, die in den letzten Jahren von Großbetrieben als Leiter von Traditionskabinetten oder als Beauftragte für Betriebsgeschichte hauptamtlich eingestellt wurden. Es leuchtet ein, daß etwa 30 Historiker nicht ausreichen zur An-

⁶ Vgl. Hanak, P., Probleme der Betriebsgeschichtsforschung, in: Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae, Nr. 14/1968, S. 340 ff.; Henrik Vass und Gyözö Ember in Gekürztes Protokoll der vom 7. bis zum 10. Juni 1972 veranstalteten zweiten Internationalen Konferenz für Betriebsgeschichte, Budapest 1974, S. 1, 3.

leitung von rund 1000 Kommissionen für Betriebsgeschichte, von denen 500 bereits ein ständig auf dem neuesten Stand zu haltendes Traditionskabinett betreuen müssen.

Völlig falsch wäre es, daraus zu folgern, die Betriebsgeschichtsarbeit müsse eingeschränkt werden. Andererseits sollten wir zunächst nichts dazu tun, in noch weiteren Betrieben die Betriebsgeschichtsschreibung bewußt anzuregen. Dagegen muß alles getan werden, die Disziplin Betriebsgeschichte an Universitäten und Hochschulen der DDR einzuführen und auszubauen. Das ist ein Prozeß, der viele Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird, aber die ersten Ergebnisse müssen noch im nächsten Fünfjahrplan forschungswirksam werden. Zunächst gilt es, an einer Universität den Aufbau eines Lehrstuhls für Betriebsgeschichte in Angriff zu nehmen. Hier sollten im Direktstudium und in der Aspirantur jene Wissenschaftler ausgebildet werden, die später Forschungs- und Lehraufgaben in der Betriebsgeschichte wahrnehmen. Gleichzeitig müssen Kräfte ausgebildet werden, welche in Partei und Gewerkschaften, in Kombinat und Großbetrieben neben eigenen Forschungen die Anleitung der Betriebsgeschichtsarbeit übernehmen. Daneben müssen für die, die bereits in den Betrieben betriebsgeschichtlich arbeiten, Qualifizierungslehrgänge eingerichtet werden: ein Zusatzstudium für Hochschulkader, Weiterbildungskurse für andere. Gleichzeitig sollten die Leiter der Bereiche für Geschichte an den Universitäten und Hochschulen ermuntert werden, mehr betriebsgeschichtliche Themen für Dissertationen auszuwählen. An dem einzurichtenden Lehrstuhl und späteren Bereich für Betriebsgeschichte sollte die Forschung sowohl erkenntnisorientiert als auch praxisorientiert betrieben werden. Viel Forschungskapazität - und daran könnten auch wieder Dissertationen der Bereiche für Geschichte beteiligt sein - sollte in den nächsten Jahrzehnten darauf verwendet werden, allgemeine Grundlagen für die Betriebsgeschichtsarbeit zu schaffen. Dazu gehört die Erarbeitung von methodologischen Grundlagen, von Musterbetriebsgeschichten und die Nachweise von Material in außerbetrieblichen Quellen. Zur Zeit werden noch oft außerbetriebliche Quellen teils aus Unkenntnis, teils wegen des für ihre Auswertung erforderlichen Zeitaufwandes für die betriebsgeschichtliche Forschung unbeachtet gelassen. Zudem ist es unverantwortlich, die Betriebsgeschichtsforscher hunderter oder tausender Betriebe die gleichen Aktenbestände durcharbeiten zu lassen, ohne ihnen vorher zeitsparende Hinweise zu geben.

Daher wäre es sehr nützlich, Spezialinventare von jenen Beständen der Staatsarchive, von Beständen der Archive der SED und der Gewerkschaften zu erarbeiten, die Material zur Geschichte vieler Betriebe beinhalten, sofern dafür nicht schon Auswertungskarteien bestehen, die ein schnelles Auffinden des Materials für jeden einzelnen Betrieb möglich machen. Ein Vorbild hierfür ist das Spezialinventar des Bestandes "Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe", das in 4 Bänden einen Zeitraum von rund 125 Jahren erfaßt.⁷ Die dort gegebenen Informationen reichen vom Inhalt einzelner Aktenstücke bis zum Inhalt bedeutungsvollen Schriftwechsels unter Angabe der jeweiligen Firmen, die durch Namen und Ortsregister erschlossen sind.

Weiterhin sind Spezialinventare von Tageszeitungen bzw. Wirtschaftszeitungen und -zeitschriften zu erarbeiten. Darin sind alle erwähnten Firmen bzw. Betriebe mit Kurzangabe des Anlasses ihrer Erwähnung unter dem jeweiligen Datum

⁷ Vgl. Zur Geschichte der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in Preußen 1910 - 1933, Bd. 1, T. 1, Berlin 1966; Bd. 1, T. 2, Berlin 1968; Bd. 2, Berlin 1960; Bd. 3, Weimar 1970.

der Zeitung oder Zeitschrift zu verzeichnen. Die Spezialinventare sind durch Register der Betriebs- bzw. Firmennamen zu erschließen.

Über die Zeit vor 1945 gibt es viele Handbücher über kapitalistische Vorgängerbetriebe der heutigen volkseigenen Betriebe. Zudem gibt es eine Reihe von biographischen Handbüchern, die über Kapitalisten und Manager Auskunft geben. Viele dieser Handbücher sind unbekannt und werden deshalb nicht benutzt. Andere sind zwar bekannt, sind aber nicht leicht zu benutzen, weil ihre über viele Jahrzehnte reichenden Jahrgänge in keiner Bibliothek geschlossen vorhanden sind. Um das Auffinden aller Jahrgänge zu erleichtern, wurde im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" bereits in den sechziger Jahren begonnen, Spezialverzeichnisse über solche Handbuchbestände in Bibliotheken zu veröffentlichen.⁸

Diese Arbeit muß systematisch fortgesetzt werden. Schließlich sind ausführliche Chroniken von Industrie- und Wirtschaftszweigen zu schaffen, welche alle wichtigen Daten verzeichnen und quellenmäßig belegen. Ein ausgezeichnetes Beispiel hierfür wurde in der DDR in der bereits zweibändigen Chronik des Bauwesens vorgelegt, die für die Betriebsgeschichtsforschung in der Bau-, Baumaschinen- und Baumaterialienindustrie eine wichtige Hilfestellung gibt.⁹

Die wissenschaftliche Erarbeitung solcher Werke wird eine gründlichere und in ihrer Akribie verbesserte Forschung in der Betriebsgeschichte ermöglichen.

Auf der II. Internationalen Konferenz für Betriebsgeschichte betonte A. W. Mitrofanowa: "Das Studium der Geschichte der sowjetischen Betriebe und Fabriken bietet die Möglichkeit, die hauptsächlichsten Etappen der Entwicklung der sozialistischen Industrie zu überblicken. Zugleich auch Mittel und Wege, den geschichtlichen Weg der sowjetischen Gesellschaft umfassend zu analysieren, gewisse grundlegende, allgemeine Folgerungen zu ziehen."¹⁰ In ähnlicher Weise äußerte sich Antonin Faltys, "daß ohne Kenntnis der komplizierten geschichtlichen Entwicklung zumindest der wichtigsten, eine Schlüsselposition einnehmenden Betriebe wir die weiteren Zusammenhänge des Aufbaus des Sozialismus nicht kennen und nicht verstehen, kein volles Bild dieser Epoche zeichnen können."¹¹ Hier wird deutlich, daß in der Betriebsgeschichte, um solche wichtigen Aufgaben wahrnehmen zu können, "die Zusammenarbeit ... vieler Gesellschaftswissenschaften notwendig ist"¹², wie es Karoly Jenei im Schlußwort ausdrückte.

8 Vgl. Spezialverzeichnis(se) ausgewählter Nachschlagewerke für die wirtschaftshistorische Forschung aus den Beständen Berliner Bibliotheken, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, T. 2, S. 257 - 261 (zusammengestellt von Hans Radandt: Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften; Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte; Wer ist's? Zeitgenossenlexikon); ebenda 1963, T. 4, S. 313 - 321 (zusammengestellt von Renate Günther: Compass, Jahrbuch für Handel, Industrie und Verkehr, Kapital und Grundbesitz); ebenda 1965, T. 4, S. 301 - 303 (zusammengestellt von Helmut Zschocke: Niekammers Güter-Adreßbücher); ebenda 1967, T. 1, S. 409 - 420 (zusammengestellt von Renate Günther: Salings Börsen-Papiere; Salings Börsen-Jahrbuch; Der Rentenführer; Der Aktienführer; Jahrbuch der Berliner Börse; Die Berliner Börse).

9 Vgl. Chronik Bauwesen Deutsche Demokratische Republik, /T. 1/. 1945 - 1971, Berlin 1974; T. 2: 1971 - 1976, Berlin 1979.

10 Gekürztes Protokoll ..., a. a. O., S. 3 f.

11 Ebenda, S. 9.

12 Ebenda, S. 71.

Die betriebsgeschichtlichen Forschungen der DDR haben, wie R. Kołodziejczyk das ebenso für Polen feststellte, "nicht nur die Aufmerksamkeit der Wirtschaftshistoriker erweckt, sondern auch das der Volkswirtschaftler, Soziologen und Geographen."¹³ Aber die Aufmerksamkeit geweckt zu haben, bedeutet noch nicht, einen Mitarbeiter zu gewinnen, und ist von interdisziplinärer Forschung noch sehr weit entfernt. Und so müssen wir für die DDR noch heute, wie seinerzeit W. Wassilew für Bulgarien sagen: "Einstweilen bleibt die Einbeziehung von Ethnologen, Soziologen und Arbeitspsychologen in die schaffenden Gruppen bloß ein Wunsch"¹⁴, wenn auch Wassilews Einschränkung, daß "noch sehr wenige die erwähnten Wissenschaftszweige" pflegen, für die DDR kaum zutrifft. Viele von den 150 in der DDR vorliegenden Dissertationen zu betriebsgeschichtlichen Themen liefern eine gründliche Analyse nur jeweils zu Problemen der Entwicklung der technischen Rekonstruktion, der betriebswirtschaftlichen Effektivität, der Gesundheitsverhältnisse, der sozialen Zusammensetzung, der Standortentwicklung, der Dynamik der Produktivkräfte oder nur zu Problemen der Wirtschaftsgeschichte bzw. der Geschichte der Arbeiterbewegung eines Betriebes für eine bestimmte Periode. Eine interdisziplinäre Zusammenarbeit, von deren Notwendigkeit wir schon viel gesprochen haben, gab es noch nicht. Sie ist wohl praktisch erst dann möglich, wenn die Disziplin Betriebsgeschichte an der Universität etabliert ist. Man muß aber jetzt schon feststellen, was andere Disziplinen von der Betriebsgeschichte erwarten bzw. was sie zu ihrer Erforschung beitragen können. Jürgen Kuczynski wies auf die Notwendigkeit hin, in der Betriebsgeschichte künftig die betriebswirtschaftliche Seite stärker herauszuarbeiten¹⁵, andere Wissenschaftler möchten die Technikgeschichte oder die Geschichte der Produktivkräfte stärker berücksichtigt wissen.

Weiterhin ist es erforderlich, bei den anderen Wissenschaften die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß sie im eigensten Interesse den Forschungsgegenstand der Betriebsgeschichte für Detailforschungen nutzen. Schließlich muß bei den anderen Wissenschaften der Wunsch geweckt werden, durch Teilnahme an der komplexen Erforschung bestimmter Betriebe mit den spezifischen Mitteln ihrer Wissenschaft beizutragen zu einem umfassenderen Gesamtbild der Geschichte dieser Betriebe, aber auch der Geschichte der sozialistischen Gesellschaft in der DDR.

13 Ebenda, S. 12.

14 Ebenda, S. 20.

15 Kuczynski, Jürgen, Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 8: Zur Geschichte der Wirtschaftsgeschichtsschreibung, Berlin 1978, S. 176.

QUELLEN UND MATERIALIEN

Ein unbekannter Brief Turgots

Erstmalig veröffentlicht anlässlich der
200. Wiederkehr seines Todestages am 18. März 1981

von Marguerite Kuczynski

Der Brief entstammt der Zeit, als Turgot Intendant der Generalität Limoges war - ein Amt, das er im Sommer 1761 ungern antrat, das er mit größter Gewissenhaftigkeit ausübte und aus dem ihn die einfachen Menschen, insbesondere die Bauern der ärmlichen Gegend, ungern scheiden sahen, "Der König hat gut daran getan, ihn zu holen", sagten sie, als er im Sommer 1774 zum Minister berufen wurde, "für uns ist es aber arg traurig, ihn nicht mehr zu haben."¹

In dem Brief ist nicht die Rede von Turgots Bemühungen, die Last der schwerbesteuerten Taillablen zu mindern, die Bauern von der Fron zu befreien, Neuerungen zum Wohle der Menschen und der Wirtschaft einzuführen. Es ist auch nicht die Rede von den theoretischen Pionierarbeiten auf dem Gebiete der Politischen Ökonomie oder von den von dieser Wissenschaft durchtränkten Memoranda an übergeordnete Behörden. Hier spricht, im Hauptteil des Briefes, einer, der nur zu gut weiß, wie es um die hohe Politik seiner Zeit bestellt ist, daß sie nicht aus hohen Prinzipien heraus betrieben wird; einer, der dieses Wissen mit aller gebotenen Vorsicht einem Schützling vermittelt, der seine ersten Schritte in der Welt der Diplomatie macht.

Der Brief, den Jürgen Kuczynski zur Verfügung gestellt hat, kann dem Leser leider nicht in einer Ablichtung des handschriftlichen Originals vorgelegt werden; dazu ist die Tinte schon zu schwach geworden. Der Text des Originals² wird

1 So erzählt es Say, Léon, Turgot, Paris 1887, S. 64.

2 Er steht auf drei Seiten eines einmal gefalteten, 23 x 37 cm großen Bogens, der längs der Faltstelle das Wasserzeichen der holländischen Papierfabrik "C. & J. Honig" trägt. Die erste und dritte Seite des Bogens sind unten rechts mit einer in relief eingepreßten Prägemarke geschmückt, die offenbar aus einem leicht stilisierten T für Turgot und A für seinen Adelstitel, Baron de l' Aulne, besteht. Unterzeichnet ist der Brief mit einem stilisierten T.

Da die zahlreichen Briefe Turgots an Du Pont de Nemours, deren Reiseroute die Grenzen Frankreichs meistens nicht überschritt, laut Auskunft der den Nachlaß Du Ponts verwahrenden Eleutherian Mills Historical Library, Greenville (USA), keine solche Prägemarke aufweisen, so ist es denkbar, daß Turgot, der, wie es der vorliegende Brief zeigt, bei Auslandspost der Zensur wegen sein persönliches Siegel vermied, die Bogen mit dem Prägezeichen bei solcher Post verwendete. Laut Auskunft von Herrn Dr. Schlieder vom Deutschen Buch- und Schriftmuseum bei der Deutschen Bücherei, Leipzig, ist ein Schmuck dieser Art erst von der zweiten Hälfte des 18. Jh. an auf Privatpapieren angebracht worden.

aber ohne jede Änderung wiedergegeben, das heißt, die Abweichungen von der heutigen Orthographie sind respektiert, desgleichen die Großschreibung, die sich in diesem Brief auf die Anfangsbuchstaben eines jeden Absatzes und auf die von Namen und Titeln beschränkt. Die recht zahlreichen, größtenteils in Fußnoten erläuterten Verbesserungen lassen die Eile des vielbeschäftigten Briefschreibers erkennen.

Wie so viele Briefe Turgots befaßt sich auch dieser neben einem Hauptproblem mit einer ganzen Reihe nur ganz flüchtig berührten Fragen - so flüchtig, wie dies nur möglich ist, wenn der Adressat weiß, welche Dinge den Briefpartner beschäftigen, welche ihn interessieren. Und so genügt, im zweiten Teil des Briefes, oft ein Wort, um Caillard ins Bild zu setzen über einen ganzen Komplex (der in Fußnoten zu erläutern sein wird). War doch Antoine-Bernard Caillard während der Intendanz Turgots in Limoges fast zehn Jahre lang dessen vertrauter Sekretär gewesen und auch, nachdem er mit Turgots Hilfe eine neue Karriere, die diplomatische, eingeschlagen hatte, in stetem Kontakt mit Turgot geblieben. Das tat er auch vom Ausland aus - so von Parma, wohin er im August 1770 den französischen Botschafter v. Boisgelin³ begleitete, so in der Folge aus anderen europäischen Hauptstädten, auch als er schließlich selber das Amt des Botschafters Frankreichs, zunächst in Holland, übernahm.

Caillard sollte nur etwa ein Jahr in Parma bleiben. Das war ein schwieriges Pflaster, und die Schwierigkeiten, über die sich Turgot nicht im einzelnen ausläßt, mehrten sich. Sie ergaben sich zum Teil aus den vergangenen rund zwanzig Jahren der Geschichte Parmas, zum Teil aus den Zielen der Großmächte Frankreich, Österreich und Spanien, zum Teil aus dem Charakter einzelner Personen.

Auf Parma waren große Veränderungen zugekommen, als Maria Theresia, nachdem sie es durch den Spanischen Erbfolgekrieg zurückerobert hatte, es 1748 an Spanien abtrat. Herzog von Parma wurde Don Philipp, als Enkel des spanischen Königs Philipp V. der jüngeren Bourbonenlinie entstammend, und durch die Mutter, die als Tochter Ludwigs XV. eine "Fille de France" war, mit der älteren Bourbonenlinie, mit der Entwicklung und den Interessen Frankreichs eng liiert. Dem Herzog hatte die spanische Krone als Intendanten, und späteren Premierminister, den in Frankreich erzogenen Sohn eines Kammerherrn am spanischen Hofe beigegeben - Guillaume-Léon Du Tillot. Der die Interessen Spaniens, und auch Frankreichs, rastlos vertretende tüchtige Administrator wurde 1759 von Don Philipp reich beschenkt und zum Marquis v. Felino erhoben. Er begünstigte den Einfluß aufgeklärter französischer Ideen und förderte moderne Einrichtungen, um das recht rückständige kleine Land nicht nur auf ideologischem und künstle-

3 Der im Brief zunächst zweimal "M. De B.", auch "M. D. B.", sodann mit Namen genannte Louis Bruno Cussé, Graf v. Boisgelin, Bruder des mit Turgot befreundeten Erzbischofs von Lavaur, wurde 1769 zum Botschafter Frankreichs am Hofe von Parma ernannt, bekam im Juni 1770 seine Instruktionen und trat am 18. August 1770 seinen Posten an.

rischem Gebiet, sondern zum Beispiel auch auf dem der Manufaktur⁴ voranzubringen, und mit straffster Hand war er bemüht, "Ordnung" im Staate zu schaffen. Bei alledem schaltete er alteingesessene Interessenkreise in Adel und Kirche und auch unter breiteren Schichten der Bevölkerung aus - so, indem er unter anderem die Stadt Parma anstelle von Placenza, wo sich die Opposition konzentrierte, zur Residenz machte. Auch seine Versuche, Parma einen Zugang zum Meere zu verschaffen, betrieb er nicht nur im Interesse Parmas, sondern auch Frankreichs: Damit könne man "die Bewegungen der westlichen Mächte im Mittelmeer beobachten"⁵.

1765 nun trat der Infant Don Ferdinand (von dem in unserem Briefe die Rede ist), erst vierzehnjährig, nach dem Tode Don Philipps die Thronfolge an.

Zunächst ändert sich wenig: Felino bleibt Premierminister; so wünschen es die Könige von Spanien und Frankreich. Felino ist der eigentliche Herrscher im Lande.

1769 aber kommt die Heirat Ferdinands, eine aus rein machtpolitischen Erwägungen Frankreichs, Österreichs und Spaniens beschlossene Sache, zustande, durch Prokuration am 27. Juni 1769, sodann in persona am 19. Juli in Colorno, wo sich das junge Paar zum erstenmal überhaupt sieht, wo auch die Brautmutter den Infanten zum ersten Male vor Augen hat. Dieser erweist sich, obwohl seine Erziehung sechs Jahre in den Händen (gemäßigter) Vertreter der französischen Aufklärung gelegen hatte, in den Händen des Abbé Etienne Bonnot de Condillac und dessen Bruder, Gabriel Bonnot de Mably, als "abgestumpft gegen die höheren Interessen, ... ebenso eigensinnig als roh, gleichzeitig ausschweifend und bigott"⁶.

4 Zu dessen Handelspolitik äußert sich Turgot in einem Brief vom 1. Januar 1771 an Caillard wie folgt: "Ich sehe, daß Herr v. Felino sich in der klarsten der politischen Fragen weiterhin in Unsicherheit befindet ... er braucht sich nur zu fragen, welche Stellung man bezüglich der Freiheit des Getreidehandels in einem Lande beziehen muß, das nur Wein und Wiesen produziert ... der Fehler aller Argumente für Prohibition ... liegt in der stillschweigenden Annahme, daß es darum geht, das Korn, das man hat, zu behalten, während es im Gegenteil darum geht, was man nicht hat, kommen zu lassen. Die Prohibition kann das erste Ziel erfüllen - einverstanden; die Freiheit allein wird das zweite erfüllen" (übersetzt nach Oeuvres de Turgot et documents le concernant, Avec introduction et notes par Gustave Schelle /im folgenden: Schelle/, 5 Bde., Paris 1913 - 1923, Bd. 3, Paris 1919, S. 92 f.). - Der Brief fällt in die Zeit gleich nach den "Briefen über den Getreidehandel" gegen die Getreidepolitik des Generalkontrollieurs, des Abbé Joseph-Marie Terray, die Turgot unter schwierigsten Umständen während einer Inspektionsreise schrieb. Datiert vom Oktober bis Dezember 1770, sind die vier erhalten gebliebenen abgedruckt in Schelle, a. a. O., Bd. 3, S. 256 - 354.

5 So in Bédarida, Henri, Parme et la France de 1748 à 1789, Paris 1928, S. 501.

6 Vgl. Arneth, Alfred Ritter v., Maria Theresias letzte Regierungszeit, 1763 - 1780, Bd. 1, Wien 1876, S. 383. - Im 18. Kap., Amalie von Parma (S. 370 - 416), belegen Archivmaterialien die Tatsache, daß auch die Infantin den Infanten für einen unreifen, ungebildeten, jede Verantwortung scheuenden Menschen hält. Auch die Meinung Maria Theresias über ihn ist belegt. Unsere weiteren Darlegungen stammen, wenn nicht ausdrücklich auf das in der Anm. 5 zitierte Werk Bédaridas verwiesen wird, diesem Werk Arneths, Auszugsweise zitiert Arneth aus der "Instruktion" Maria Theresias an die künftige Infantin. Der Brief ist ungekürzt enthalten in der ebenfalls von Arneth besorgten Sammlung Briefe der Kaiserin Maria Theresia an ihre Kinder und Freunde, Bd. 3, Wien 1881, S. (3) - 16.

Aber auch die Herzogin, der man die Ehe ihrer Wahl, wiederum aus machtpolitischen Gründen, zugunsten des ihr aufgezungenen, mehr als fünf Jahre jüngeren "Knaben" verweigert hatte, zeigte sich, nachdem sie dem gestrengen Auge der kaiserlichen Mutter, ihrer strikten Erzieherin und der rigorosen Wiener Hof-etiquette entwichen war, ganz anders, als man sie bislang gekannt. Trotz ausführlichster und strengster, auch keineswegs feinfühligter "Instruktion" (Brief Maria Theresias an die Braut, Ende Juni 1769) läßt sich die Infantin, getrieben von dem ihr offenbar eigenen Hang zum Intrigieren und zur Kolportage, getrieben von der nun frei hervorbrechenden Herrschsucht und auch von dem Verlangen nach Bewunderung, von der im Herzogtum schon schwelenden Opposition (gegen Felino) auf flagranteste Weise mißbrauchen. Schon am 15. August äußert sich Maria Theresia, die seit einiger Zeit bemüht ist, ihre jüngste Tochter Antonie - in die Geschichte wird sie als Marie-Antoinette eingehen - mit dem Dauphin Frankreichs, mit dem künftigen Ludwig XVI., zu vermählen, besorgt über den Weg, den die Infantin allen mütterlichen Befehlen zum Trotz eingeschlagen hat. Auch der Repräsentant Frankreichs am parmesanischen Hofe, de La Houze, berichtet bald nach der Ankunft Amalies an seinen Außenminister, den Herzog Etienne-François de Choiseul, wie sehr er, zusammen mit Felino, bemüht sei, den Infanten zu lenken und die Infantin zu "zügeln".

Maria Theresia schickt ihren Kammerherrn, den Freiherrn Philipp Franz v. Knebel, nach Parma; er soll dort residieren, die Infantin beraten, nach Wien berichten. Sie selbst mahnt wiederholt, und in kurzen Abständen schickt sie weitere Beobachter auf eine "Durchreise" nach Parma. Es gibt gelegentliche Erfolge, aber sie sind von kurzer Dauer. Etwas nachhaltiger war die Wirkung eines Briefes des spanischen Königs an Don Ferdinand, seinen Neffen: die aus der spanischen und auch der französischen Staatskasse gezahlten Subsidien, ohne die die verschwenderische parmesanische Hofhaltung gar nicht aufrechterhalten bleiben kann, sollen gesperrt werden, wenn nicht wieder Ordnung hergestellt, wenn Felino nicht respektiert wird, Sieben Widersacher Felinos werden daraufhin entlassen, aber im Frühjahr 1770 ist alles wieder beim alten und v. Knebel bittet, mutlos geworden, im Herbst um seine Entlassung.

Das sind die Zustände, die de Boisgelin bei seinem Amtsantritt in Parma vorfindet. Selber offenbar zur Intrigue neigend, außerdem nicht gewillt, sich der Diktatur Felinos zu beugen, schlägt er sich auf die Seite des herzoglichen Paares, drängt es, endlich "Herr im eigenen Hause" zu werden, berichtet eher milde nach Paris, geißelt die ungünstigen Umstände. Er wird verwarnt, unter anderem in einem Schreiben vom 22. Juni 1771, sich nicht zu den Gegnern Felinos, den man in Frankreich schätze, zu gesellen, Sein Verhalten widerläuft den Interessen Frankreichs.

Die Ereignisse entwickeln sich schließlich so rasch, daß es bereits im Juli, laut Bédarida unter Führung der Infantin⁷, zu einer Palastrevolution kommt, in deren Verlauf der mächtige, so vielen verhaßte Felino gestürzt wird. Zu der Reise nach Frankreich, über die Turgot in unserem Brief Überlegungen anstellt, war es offenbar nicht mehr gekommen.

7 Bédarida faßt zusammen: Die Palastrevolution "verdankte ihren raschen Erfolg dem unterschiedlichen Einfluß verschiedener Ursachen: Apathie eines den Neuerungen immer noch feindlich gesinnten Volkes; Breite eines Reformprogrammes, das sich zu vielen Vorurteilen auf einmal entgegenstellte; Revolte gegen die zahlreichen Franzosen, die als Verbündete und Stütze des Ministers galten; Rivalität einer alten Hauptstadt ..." (Bédarida, Henri, a. a. O., S. 566).

Bei der weiteren Entwicklung der Dinge in Parma werden wir uns nicht aufhalten. Es ändern sich, zeitweilig, einige Namen - so der Name des Ministerpräsidenten. Die Dinge selbst ändern sich nicht, Maria Theresia bricht schließlich jeden brieflichen Verkehr mit der unbotmäßigen Tochter ab, und 1772 verweigert sie ihr die Erlaubnis, zu Besuch nach Wien zu kommen.

Worum handelte es sich im Kern? Um den Kampf zwischen einer Reformpartei, deren führender Kopf Felino war, und lokalen, der Überfremdung feindlichen⁸ Interessen, gepaart mit gewichtigen kirchlichen (1768 waren die Jesuiten des Landes verwiesen worden), Und eingebettet war dieser Kampf in den Bemühungen dreier mächtiger Staaten um die Festigung ihrer Position in Italien.

Über dem Wirrwarr in Parma selbst dürfen wir die Wirren in Frankreich nicht vergessen. Dort war es Mitte Dezember 1770, also wenige Monate nach Boisgelins Ankunft, zu einem Staatsstreich gekommen: Choiseul, der de Boisgelin nach Parma geschickt hatte, wurde gestürzt, die *parlements* wurden aufgelöst; ein Triumvirat - Maupeou, Terray, d' Aiguillon - hatte die Regierungsgewalt übernommen.

Turgot betrachtete diese Entwicklung, bei all seiner Ablehnung der Selbstherrlichkeit und Willkür der *parlements*, als einen "wirklich furchtbaren Rückschlag"; "Spitzbuben" wie die Triumvirn, und auch andere, würden die Welt regieren, und man würde vom Regen in die Traufe kommen, bis man zur Herrschaft der Vernunft gelange.⁹

Die Folgen der "großen Umwälzung" werden natürlich auch in den Botschaften Frankreichs zu spüren sein, insbesondere wenn d' Aiguillon das Amt des Außenministers übernehmen sollte.¹⁰ Und so fordert Turgot, dem inzwischen auch Gerüchte über Schwierigkeiten zwischen Boisgelin und de Felino zu Ohren gekommen sind, am 5. Februar einen Bericht von Caillard an: "Der Wechsel (die große Umwälzung in unserer Regierung) ist unangenehm für Herrn v. Boisgelin. Es geht die Rede von Scherereien, die er mit Herrn v. Felino gehabt hat, wobei man die Schuld Herrn v. Boisgelin gibt. Es würde mich interessieren zu wissen, was es damit auf sich hat. Es täte mir leid, wenn er sich mit Herrn v. Felino überworfen hätte, den man hier schätzt. Im übrigen muß Herr v. Boisgelin damit rechnen, sich ihm übelgesinnten Richtern gegenüber zu sehen. Seine Verbindung mit dem früheren Minister¹¹ wird ein ihnen gemeinsamer Faktor sein, durch den alle seine Vergehen, gleich welcher Art, vervielfältigt werden."¹²

8 Bédarida zitiert einen ironischen zeitgenössischen Brief: "Armes Parma, das noch nicht einen Untertanen hat, der fähig wäre, den Kapaunen ihr Mastfutter zu geben" (ebenda, S. 565 Fußn. 23).

9 Vgl. hierzu Turgots Brief vom 15. Januar 1771 an Du Pont de Nemours, in: Schelle, a. a. O., Bd. 3, S. 470.

10 In der wohl bekanntesten kollektiv erarbeiteten allgemeinen Geschichte Frankreichs heißt es zur Rolle d' Aiguillons; Er "betrieb eine subjektive Politik, die er vor seinen Botschaftern verbarg. Andere Minister mischten sich kreuz und quer in die Diplomatie ein. Es herrschte ein Zustand der reinen Anarchie" (vgl. Lavissee, Ernest, Histoire de la France, Bd. 8, Paris 1908, S. 406 f.). Vgl. auch Anm. 31.

11 René Nicolas de Choiseul. In seiner Funktion als Außenminister hatte er Boisgelin nach Parma geschickt. Den bekannten "Familienpakt", der die Beziehungen zwischen den französischen und spanischen Bourbonen regelte, hatte er 1761 zustande gebracht.

12 Übersetzt nach Schelle, a. a. O., Bd. 3, S. 503 f.

Caillards Bericht - Turgot nennt ihn nach diplomatischem Brauch eine "Depeche" - ist nicht bekannt geworden. Der nunmehr folgende Brief ist die Antwort auf diesen Bericht.

A Limoges le 26 Avril 1771

J'ay reçu, mon cher Caillard, le paquet de M^r. De Boisse et j'ay lu avec plaisir et intérêt les details ou vous etes entré pour me mettre au fait de la position de M^r. D. B. d'abord je vous diray que j'ay vu avec plaisir que cette espece de depeche est fort bien faite et ecrite d'un ton très convenable, ce qui me fait voir que M^r. De B. pourra tirer de vous un parti très utile et que vous pourrés réussir dans la carriere que vous avés prise, quant au fond de l'affaire je ne vois rien de plus delicat, avec¹³ les preventions qui existent dans les deux cours, certainement on doit s'attendre a tout en ce genre si le nouveau ministre comme il y a cent à parier contre un n'est pas favorable a M^r. D. B. Le parti de l'inaction et de la circonspection paroît forcé, il a pourtant aussi ses inconveniens, il me semble qu'un premier pas à faire et qui est essentiel a tous egards c'est de se rendre independant pour l'envoy des lettres et qu'il faut prendre a quelque prix que ce soit des arrangements pour qu'elles ne passent jamais dans les mains de M^r. De Felino, il n'en coutera que de l'argent a M^r. De Boisgelin, mais il faut qu'il envoie tous les ordinaires un exprès a Genes porter et prendre ses lettres, cet argent sera très¹⁴ bien employé,

Je ne vois qu'un moyen de detruire radicalement les preventions si elles sont aussi mal fondées que je le crois d'après votre relation, ce seroit que l'idée vint a l'Infant de venir avec sa femme a Versailles, en voyant le Roy, il luy seroit aisé de faire juger s'il est imbecile et sa femme folle, mais ce moyen est delicat 1^o, a cause des obstacles qu'on y apportera 2^o, a cause des dangers de l'imputation de l'avoir conseillé s'il ne reussit pas. 3^o a cause des dangers meme du¹⁵ sejour a Versailles resultans des circonstances, de la facilité d'y faire des fautes lourdes, envenimées avec aigreur, de la tentation d'y faire des bassesses et de s'avilir aux yeux de la nation et de l'Europe, de la difficulté de remplir l'objet de son voyage si l'on n'en fait pas, la permission sera refusé si l'on demande de l'argent a la cour de France: Felino¹⁶ fera naitre mille obstacles si le voyage doit se faire aux depens du voyageur, il faudroit probablement plus de tete qu'il n'y en a dans ce menage et plus d'adresse pour se¹⁷ tirer de tout cela, et il¹⁸ est dangereux de se charger ouvertement d'etre le conseiller, l'instigateur et le¹⁹ suggereur²⁰ du plan de conduite, si les circonstances etoient telles qu'il y a cinq²¹ mois, je n'hesiterois pas a donner le conseil, a present je dis qu'il faut y penser et y penser beaucoup, vous pourrés en causer avant votre depart avec les personnes interessées, je ne leur en écris pas, parce que leurs lettres peuvent aisement etre ouvertes a la poste, et j'espere que la mienne etant cachetée d'un cachet inconnu²² ne le sera pas.

13 Vor "avec" durchgestrichenes unleserliches Wort.

14 Zunächst ein unleserlich gewordenes Wort, da "très" darüberschrieben.

15 Anstelle von "du" zunächst "des"; "des" gestrichen.

16 Vor "Felino" zunächst "c'est"; "c'est" gestrichen.

17 Zunächst "le"; sodann "s" über das "l" geschrieben.

18 Nach "il" zunächst das (durchgestrichene) Wort "faudra".

19 Zunächst "de"; sodann ein "l" über dem "d".

20 Zunächst "d" als Anfangsbuchstabe; "s" darüberschrieben.

21 Zunächst "quatre"; "quatre" durchgestrichen und ersetzt durch "cinq".

22 Zunächst "indifferent"; "indifferent" durchgestrichen und ersetzt durch "inconnu".

Je vous remercie bien de la copie de mes discours et je suis honteux de l'ennuy qu'elle vous a causé, j'attendois quelques observations utiles sur Didon; mais vous étiez apparemment trop occupé, je crois que cet ouvrage va dormir, car je ne suis nullement en humeur versifiante, et il y a des endroits decourageans.

J'ay lu le commencement²³ de l'ouvrage du P. Venini pour les enfans et je suis enchanté 1^o du projet de commencer ainsi l'éducation par de vrais elemens de philosophie, et de commencer ces elemens de Philosophie en avertissant seulement les enfans de faire attention a ce qu'ils font tous les jours 2^o de la netteté²⁴ et²⁵ de l'interêt qu'y a mis le P. Venini par la simplicité et la bonhomie de son ton, je vois que ce P. Venini²⁶ est un homme qui sait commencer par le commencement, et marcher lentement pour arriver vite, je fais un cas infini de ce tour d'esprit; je vais lire le reste le plutot que je pourroi, je n'ai pas reçu le beccaria, mais M^r Des Marets l'aura gardé.

L'abbé Cesarotti n'a pas eu l'édition complete d'Ossian, c'est dommage, mais il aura le tems de reparer ses²⁷ omissions involontaires, et de traduire le reste, il seroit je crois impossible de traduire cet²⁸ ouvrage en vers françois, les idées en sont trop peu analogues a²⁹ notre maniere et il faudroit paraphraser.

Avés vous écrit a Ferney, et prevenu le directeur de la poste de Genes, vous devriez bien m'en instruire ou de Paris ou de Lyon.

Adieu, je vous souhaite toutes sortes de satisfaction, vous connoissés toute mon amitié pour vous.

T.

23 Unter den Anfangsbuchstaben "co" zunächst andere, unleserlich gewordene.

24 Vor "de la netteté", durchgestrichen: "de la bonhomie".

25 Zunächst unleserlich gewordenes Wort, da "et" darüberschrieben.

26 Beschädigter Briefrand; die letzte Silbe "ni" fehlt.

27 Anstelle von "ses" zunächst, durchgestrichen, "cette".

28 Anstelle von "cet ouvrage" zunächst "de cette façon"; teilweise - "de te façon" - sodann gestrichen.

29 Zunächst "avec"; "vec" sodann gestrichen.

Ich habe, mein lieber Caillard, das Paket von Herrn v. Boisse³⁰ erhalten, und ich habe mit Vergnügen und Interesse die Einzelheiten gelesen, auf die Sie eingegangen sind, um mich über die Lage von Herrn v. Boisgelin/ ins Bild zu setzen. Zunächst muß ich Ihnen sagen, daß diese, ihrer Art nach, Depesche sehr gut aufgebaut und in einem sehr ordentlichen Ton geschrieben ist, was mir zeigt, daß Herr v. Boisgelin/ großen Nutzen aus Ihnen herausholen können wird und daß Sie in der Karriere, die Sie eingeschlagen haben, erfolgreich sein können. Was den eigentlichen Kern der Affäre betrifft, so kann ich mir nichts Delikatere vorstellen in Anbetracht der Voreingenommenheiten, die an beiden Höfen bestehen. Man muß in dieser Hinsicht mit allem und jedem rechnen, wenn der neue Minister³¹, wie man hundert zu eins wetten kann, Herrn v. Boisgelin/ nicht günstig gesinnt ist. Eine Position der Passivität und Vorsicht scheint unbedingt angezeigt zu sein, obwohl sie auch ihre Nachteile hat. Es scheint mir, daß der erste und in jeder Hinsicht wesentliche Schritt, den man machen muß, darin besteht, daß man sich bezüglich der Expedition von Briefen unabhängig macht und daß man, koste es, was es wolle, Vorkehrungen treffen muß, damit sie niemals in die Hände von Herrn v. Felino gelangen. Das wird Herrn v. Boisgelin lediglich Geld kosten, aber es ist notwendig, daß er an allen regulären Posttagen³² einen Expresßboten nach Genua schickt, der seine Briefe hinbringt und abholt. Dieses Geld wird sehr gut angewendet sein.

Ich sehe nur ein Mittel, um die Voreingenommenheiten von Grund auf zu zerstören, wenn sie so schlecht fundiert sind, wie ich es nach Ihrer Darstellung glaube. Es bestünde darin, daß der Infant auf die Idee käme, mit seiner Frau nach Versailles zu kommen./ Dadurch, daß er den König sähe, würde er mit Leichtigkeit ein Urteil herbeiführen, ob er ein Trottel ist und seine Frau eine Verrückte. Aber dieses Mittel will sehr behutsam gehandhabt sein 1. wegen der Hindernisse, die man ihm entgegensetzen wird; 2. wegen der Gefahren, die sich, falls es mißlingt, aus einer Anschuldigung ergeben, man habe dazu geraten; 3. wegen der Gefahren, die gerade aus dem Aufenthalt in Versailles, aus den Umständen resultieren, aus der Tatsache, daß es so leicht ist, dort schwerwiegende, durch Erbitterung vergiftete Fehler zu machen; aus der Versuchung, dort Niederträchtigkeiten zu begehen und sich in den Augen der Nation und Europas zu erniedrigen, aus der Schwierigkeit, das Ziel seiner Reise zu erreichen, wenn man deren keine begehrt. Die Erlaubnis wird verweigert werden, wenn man vom französischen Hofe Geld anfordert: Felino wird tausend Hindernisse zuwege bringen, wenn die Reise auf Kosten der Reisenden vor sich gehen soll. Es wäre wahrscheinlich mehr Verstand vonnöten und mehr Geschick, als es in jenem Haushalt gibt, um mit alledem fertig zu werden; und es ist gefährlich, sich offen damit zu belasten, der Berater bei der Planung des Vorgehens zu sein, dazu aufgehetzt, ihn angeregt zu haben. Wenn die Umstände so wären wie vor fünf Monaten³³, würde ich nicht zögern, den Rat zu geben. Heute sage ich, man muß darüber nachdenken, ausgiebig

30 Über Herrn v. Boisse hat sich nichts feststellen lassen.

31 Emmanuel-Armand de Vignerot du Plessis de Richelieu, duc d'Aiguillon, war zwar anlässlich des Staatsstreichs im Dezember 1770 Mitglied des führenden Triumvirats geworden, aber angesichts des gegenseitigen Mißtrauens und des Streits um die Ministerposten wurde d'Aiguillon erst Anfang Juni 1771 zum Außenminister ernannt. Eine der Folgen war die Abberufung Boisgelins, bevor noch zwei Monate vergangen waren.

32 Im Gegensatz zur direkten Kurierpost.

33 Also vor dem Sturze Choiseuls am 13. Dezember 1770.

nachdenken. Sie werden sich vor Ihrer Abreise³⁴ mit den interessierten Personen darüber unterhalten können. Ich schreibe ihnen nicht darüber, weil ihre Briefe bei der Post leicht geöffnet werden können, und ich hoffe, daß das mit dem meinigen nicht geschieht, da er mit einem unbekanntem Siegel zugesiegelt ist.

Ich danke Ihnen sehr für die Abschrift meiner Diskurse³⁵, und ich bin beschämt über die Langeweile, die sie ihnen eingebracht hat. Ich erwartete einige nützliche Bemerkungen über Dido³⁶; aber Sie waren wohl zu sehr beschäftigt. Ich glaube, diese Arbeit wird ruhen, denn nach Verseschmieden steht mir der Sinn keineswegs, und es gibt da entmutigende Stellen.

34 Keine Angaben in späteren Briefen über diese Reise.

35 Gemeint sind die als "Sorboniques" bekannten Diskurse, die Turgot, der sich zunächst auf eine kirchliche Laufbahn vorbereitet hatte, in seiner Funktion als Prior der "Maison de Sorbonne" zweimal zu halten hatte (vgl. Schelle, a. a. O., Bd. 1, S. 194 - 235). Turgot hatte Caillard am 16. Oktober 1770 brieflich um die Diskurse gebeten, weil die einzigen vollständigen Exemplare diejenigen waren, die Caillard in Händen habe (vgl. ebenda, Bd. 3, S. 417).

36 Turgot, der Vergil ganz besonders verehrte, arbeitete in seinen kargen Mußestunden mehrere Jahre lang an der Übersetzung eines Teiles der Äneis. Eine erste briefliche Äußerung liegt in einem Brief vom 16. März 1770 vor (Schelle, Bd. 3, a. a. O., S. 407). Es sind acht weitere Briefe bekannt, in denen er immer wieder auf diese Arbeit zu sprechen kommt, sieben an Caillard, einer an die Herzogin d'Enville - der letztere in Lettres de Turgot à la duchesse d'Enville (1764 - 74 et 1777 - 80), Louvain / Leiden 1976. - Am 12. März 1774 teilt er Caillard mit, er habe noch 86 Verse der "Didon" zu übersetzen (Schelle, a. a. O., Bd. 3, S. 674). Nach seinem Sturze arbeitet er wieder an "Didon", und am 13. Februar 1778 meldet er, er habe die Arbeit nunmehr beendet (ebenda, Bd. 5, S. 581). Sie wird noch im selben Jahre veröffentlicht: Turgot, A. R. J., Didon, Poème en vers métriques hexamètres, divisé en trois chants, traduits du 4ième livre de L'Énéide, avec le commencement de L'Énéide et les 2ième, 8ième et 10ième élogues du même auteur, le tout accompagné du texte latin, s. l. 1778. Schelle erwähnt eine frühere ähnliche Ausgabe, die 1774 anonym veröffentlicht worden sei (Schelle, a. a. O., Bd. 3, S. 686); der Buchkatalog der Bibliothèque nationale, Paris, enthält hierüber keinen Nachweis. Weil nicht lohnend, hat Schelle, im Gegensatz zu Du Pont, keine der Übersetzungen aus Vergil reproduziert.

Im Zusammenhang mit anderen literarischen Arbeiten, wie der Analyse der metrischen Prosa von Salomon Geßner, beschäftigt sich Turgot schon 1760 intensiv mit Vergil und zieht ihn zu Vergleichen heran (vgl. Schelle, a. a. O., Bd. 1, S. 631 - 665). Turgot war der Ansicht, daß man Vergil nicht, wie damals üblich, in einfacher Prosa wiedergeben könne; er empfand, nach Du Pont, für solche "Ermordungen" einen "unüberwindlichen Ekel" (so in Oeuvres de M^r Turgot, hg. v. Pierre-Samuel Dupont de Nemours, 9 Bde., Paris 1808 - 1811, Bd. 9, S. 110). Er plante einen "Traité de la prosodie", in dem er zeigen wollte, daß es nötig ist, in einer Übersetzung von Versen auch das Silbenmaß des Originals treu wiederzugeben. Zwar meinte er, diese Analyse müsse, um des besseren Verständnisses willen, vor seiner Übersetzung veröffentlicht werden (so im Brief vom 20. April 1773 an Caillard, in Schelle, a. a. O., Bd. 3, S. 636); sie scheint jedoch nicht fertig geworden zu sein.

Ich habe den Anfang des Werks des P/aters/ Venini für Kinder gelesen, und ich bin entzückt 1, von dem Projekt, die Erziehung auf diese Weise mittels wirklicher Elemente der Philosophie zu beginnen und mit diesen philosophischen Elementen dadurch anzufangen, daß man die Kinder einfach dazu anregt, darauf zu achten, was sie tagtäglich tun /;/ 2, von der Klarheit und Interessantheit, die ihm der P. Venini durch seinen einfachen und geraden Ton³⁷ vermittelt hat. Ich sehe, daß dieser P. Veni/ni/ ein Mann ist, der sich darauf versteht, mit dem Anfang anzufangen und langsam voranzuschreiten, um rasch zum Ziele zu kommen. Ich schätze diese Geisteshaltung ganz ungemein hoch; ich werde den Rest lesen, sobald ich nur kann,³⁸ Den Beccaria³⁹ habe ich nicht erhalten; Herr Des Marets⁴⁰ wird ihn hingegen behalten haben,

37 Es handelt sich um /Venini, Francesco, Principi delle cognizioni umane ad uso dei fanciulli, Parma /1767/. - 1761 als Professor an die herzogliche Pagenschule berufen, die sich in Schwierigkeiten gegenüber dem von den Jesuiten beherrschten "Collegio dei Nobili" befand (vgl. Bédarida, Henri, a. a. O., S. 421), schrieb Venini diese Einführung in die Erkenntnistheorie offenbar für seine Schüler. - Das Buch ist unter der Nr. 2631 aufgeführt in Catalogue des livres de la bibliothèque de Turgot, d'après le catalogue manuscrit conservé dans la Bibliothèque nationale à Paris, publié par Takumi Tsuda, im folgenden: Inventarium Tsuda, Bd. 1 - 3, Tokio 1974.

38 Die anfängliche Begeisterung Turgots für dieses Lehrbuch Veninis hielt sich in der Folge nicht; er fand, laut Brief vom 9. Juli 1771 an Caillard (in Schelle, a. a. O., Bd. 3, S. 509 f.), den Gang der Ideen stellenweise zu willkürlich und die Frage-Antwort-Form der Darlegungen nicht ganz gelungen. Aber er regte doch an, daß Caillard dem Pater ein Exemplar der "Réflexions sur la formation et la distribution des richesses" zukommen lasse, vermutlich ein Exemplar des im Frühjahr 1770 fertiggestellten und von den redaktionellen Verfälschungen im Erstdruck in "Ephémérides du citoyen" bereinigten, anonym erschienenen und privatim verteilten Separatdruckes (vgl. die Briefe vom 13. März u. 5. April 1771, in Schelle, a. a. O., Bd. 3, S. 506 f.).

Zu einer engeren Beziehung ist es zwischen Turgot und Venini nicht gekommen. Aus Turgots Bemerkungen (Brief vom 9. Juli 1771 an Caillard, in: ebenda, S. 509 f.) über Veninis (Dank?)brief und über seine eigene Antwort geht hervor, daß beide Briefe nur Politessen enthielten. Laut Prof. Maurizio Maniani vom Institut für Philosophie der Universität Parma ist weder Veninis Exemplar der "Richesses" noch Turgots Brief an ihn in den Bibliotheken Parmas vorhanden.

Bekannt ist auch Turgots Interesse für die Wissenschaft der Mathematik; und so ist es nicht verwunderlich, daß er an Caillard schrieb (Brief vom 5. Februar 1771, in: Schelle, a. a. O., Bd. 3, S. 502), wie begierig er sei, Veninis "Elementi di matematica" kennenzulernen. Seine Überlegungen erinnern an das, was er zur Methodik Veninis in unserem Brief vom 26. April schrieb: "Die wahre philosophische Analyse besteht in der Tat darin, auf die für die Entwicklung des Geistes geeignetste Weise vorzugehen, indem man ihn zwingt, jeden seiner Schritte wahrzunehmen. Die algebraische Methode scheint einen, im Gegenteil, durch eine Art Mechanik zum Resultat gelangen zu lassen, die es einem nicht erlaubt zu erkennen, wie man dahin gelangt ist: Sie führt zur Gewißheit ohne Evidenz."

Auch 1773 interessiert sich Turgot noch für die mathematische Arbeit Veninis. Condorcet, sein Hauptpartner bei Diskussionen über naturwissenschaftliche Probleme, antwortet ihm am 23. Oktober 1773: "Was Sie mir über die Beweisführung des Abbé Venini sagen, scheint mir recht zutreffend zu sein"

Der Abbé Cesarotti hat nicht die vollständige Edition der Werke Ossians zur Verfügung gehabt. Das ist schade, aber er wird Zeit haben, seine ungewollten Auslassungen gutzumachen und den Rest zu übersetzen. Es wäre, glaube ich, unmöglich, dieses Werk in französische Verse zu übertragen. Die Ideen darin sind unserer Denkart zu wenig analog, und man müßte zu Umschreibungen greifen. 41

(vgl. Correspondance inédite de Condorcet et de Turgot, 1771 - 1779, publiée avec des notes et une introduction par Charles Henry, Paris /1883/, S. 144. Über die Anfrage Turgots liegt nichts vor. - Im Inventarium Tsuda, a. a. O., sind die Elementi di matematica ad uso delle regie scuole di Parma, Parma 1770, unter der Nr. 3188 aufgeführt.

39 Condorcet schreibt am 27. November 1770 an Turgot, er habe aus Genf nur "l'Electricitas vindex" besorgen können, und er habe Desmarets, der sich dafür interessierte, das Buch geborgt. Desmarets habe es übernommen, es an Turgot zu schicken (vgl. Correspondance ..., a. a. O., S. 20.) Zum Auftrage Turgots an Condorcet vgl. auch Turgots Brief vom 21. September 1770 an Caillard in Schelle, a. a. O., Bd. 3, S. 416. - Beccaria, /Giovanni Battista/, Experimenta atque observationes quibus electricitas vindex late constituitur atque explicatur, o. O. o. J., ist unter der Nr. 2860 im Inventarium Tsuda, a. a. O., aufgeführt.

40 Nicolas Desmarets, französischer Physiker und Geologe.

41 Melchior Cesarottis Übersetzung Poesia di Ossian, figlio di Fingal, antico poeta Celtico ultimamente scoperte e tradotte in prosa Inglese di Jacobo Macpherson, e de quella trasportate in verso Italiano dell' Ab. Melchior Cesarotti, con varie annotazione de' due traduttori, Padua ... 1773 ..., 2 Bde., ist hier aufgeführt nach der Nr. 4362 im Inventarium Tsuda, a. a. O., - Mit der "vollständigen Edition der Werke Ossians" meinte Turgot wohl die (ebenfalls im Inventarium Tsuda, a. a. O., Nr. 4361, aufgeführte) Ausgabe The works of Ossian, the son of Fingal, ... translated from the Celtic language, by James Macpherson, The third edition, London ... 1765 ..., 2 Bde.

In die Zeit recht intensiver literarischer Tätigkeit, die u. a. Übersetzungen aus Geßner und eine methodische Analyse seiner Dichtung brachten (vgl. weiter oben Anm. 38) fiel auch eine anonym gehaltene Zuschrift Turgots an das "Journal étranger", wohl im Sommer 1760, über die Dichtung der schottischen Barden; Turgot fügte der Zuschrift zwei von ihm nach der englischen Wiedergabe ins Französische übertragene Gedichte bei (vgl. Schelle, a. a. O., Bd. 1, S. 624 - 627, Nach Schelle (ebenda, S. 624 Fußn. a) war Turgots Artikel der erste, der diese Barden in Frankreich bekannt machte; er wurde acht Jahre später in "Variétés littéraires" reproduziert. Auch damals schon vertrat Turgot die Ansicht, daß die gälischen Gesänge nicht in Versform übersetzt werden können, und er begründete diese Ansicht damals ausführlicher.

Haben Sie nach Ferney⁴² geschrieben und den Direktor der genesischen Post avisiert/? / Sie sollten mich doch darüber informieren, entweder von Paris aus oder von Lyon.

Adieu, ich wünsche Ihnen Befriedigung jeglicher Art. Meine ganze Freundschaft für Sie ist Ihnen ja bekannt.

T.

42 Schon seit dem 28. Februar 1770 hatte sich Turgot bemüht, Voltaire zu einem eingehenden Urteil über seine Übersetzung "Didon" zu bewegen. Unter dem Namen Abbé de l' Age de Bournais hatte er die Arbeit, zusammen mit einem sehr ausführlichen Begleitbrief, durch Caillard nach Ferney geschickt (vgl. Schelle, a. a. O., Bd. 3, S. 400 - 406). Ein zweiter Brief (ebenda, S. 412 f.) kreuzte sich mit der ersten Antwort Voltaires vom 19. Juni (ebenda, S. 414), auf die Turgot mit größter Ungeduld gewartet hatte, die aber nur leere Komplimente enthielt. Gänzlich unbefriedigt, schrieb der "Abbé", der auf ein fundiertes Urteil, auf das "superbe Ohr" Voltaires nicht verzichten will, ein drittes und viertes Mal (Juli 1770 u. April 1771, in: ebenda, S. 414 f., 507 f.). Voltaire wird sehr wohl vermutet haben, wer Caillards "Abbé" ist, und da er Turgot als integren, gewissenhaften, mutigen Staatsmann aufs tiefste bewundert, da er Vergil nach anderen Gesichtspunkten übersetzt hat als Turgot - Turgot hat seine Übersetzung kritisiert (Brief vom 5. Februar 1771 an Caillard, in: ebenda, S. 503) -, so weicht er der Auseinandersetzung mit Hinweis auf Altersbeschwerden aus (Absage vom 22. Mai 1771, in: ebenda, S. 509). Ein letzter Plan des sonst so stolzen Turgot - daß Caillard die Eigenart der "vers métriques" Voltaire zu Gehör bringen, sie ihm, seiner schlechten Augen wegen, vorlesen solle (Brief vom 24. September 1771 an Caillard, in: ebenda, S. 511) - scheint unterblieben zu sein.

Ein Wort noch zur Anonymität, die Turgot bei literarischen Arbeiten, die in den Druck gelangten, wahrte, solange er staatliche Ämter bekleidete: "... ich möchte nicht allzu gerne vor den Augen des Publikums in dieser Art Verkleidung erscheinen. Ich schulde ihm andere Dinge, und ich bin sehr darauf aus, diese Schuld zu zahlen" (Brief vom 20. April 1773 an Caillard, in: ebenda, S. 646).

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Die revolutionär-demokratische Umgestaltung und Wiederherstellung der Volkswirtschaft in den sozialistischen Ländern Europas (1944/45 bis 1948/49) (12. bis 15. Mai 1980 in Berlin)

Die vergleichende Wirtschaftsgeschichte ist in der DDR noch verhältnismäßig jung. Die Bedeutung dieses Gebietes geht aber - insbesondere wegen der ihm innewohnenden Tendenz zur theoretischen Verallgemeinerung¹ - über den eigentlichen Forschungsgegenstand hinaus, es befruchtet die ganze Wissenschaftsdisziplin. Da das Betreiben der vergleichenden Wirtschaftsgeschichte früher oder später die Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern anderer sozialistischer Länder erfordert, wird somit die internationale Kooperation der Wirtschaftshistoriker zugleich gefördert.

Es ist sehr erfreulich, daß alle drei wirtschaftshistorischen Forschungsinstitutionen der Hauptstadt der DDR² in den letzten Jahren durch internationale wissenschaftliche Veranstaltungen über die vergleichende Wirtschaftsgeschichte zur Entwicklung dieses Forschungsgebietes beigetragen haben.³

Die jüngste Veranstaltung dieser Art wurde im Mai 1980 an der Hochschule für Ökonomie in Form eines internationalen Symposiums durchgeführt. Gemessen an der Zahl der teilnehmenden ausländischen Wissenschaftler und der durch sie vertretenen sozialistischen Länder, handelte es sich um die umfassendste der bisherigen Veranstaltungen zur vergleichenden Wirtschaftsgeschichte in der DDR. Im Unterschied zu seinen beiden Vorgängern beschränkte sich das Symposium thematisch auf einen zeitlich streng abgegrenzten Abschnitt der Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder Europas - auf die Nachkriegszeit. Insgesamt erhielten die Teilnehmer mit einem einleitenden Vortrag sowie siebzehn für die

- 1 Vgl. Nussbaum, Helga, Was heißt und zu welchem Ende betreibt man vergleichende Wirtschaftsgeschichte?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 2, S. 143 - 155.
- 2 Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bereich Wirtschaftsgeschichte an der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und Bereich Wirtschaftsgeschichte an der Sektion Marxismus-Leninismus der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.
- 3 Vgl. dazu folgende Tagungsberichte: Baudis, Dieter/Sonntag, Siegfried, Methodologische Probleme der Wirtschaftsgeschichtsschreibung, IV. Kolloquium der Wirtschaftshistoriker der DDR und der UVR vom 5. bis 9. September 1977 in Rostock, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 2, S. 115 - 129; Elle, Michael, Inhaltliche und methodologische Probleme einer vergleichenden Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus (20. bis 24. November 1978 in Frankfurt/Oder), in: ebenda 1979, T. 3, S. 221 - 226.

Konferenz vorbereiteten Diskussionsbeiträgen (davon sieben von Wirtschaftshistorikern aus der ČSSR, der VR Polen, der Ungarischen VR und der VR Bulgarien) ein reichhaltiges Angebot an fast ausnahmslos sehr informativen Vorträgen. Deren Wirksamkeit hätte sich allerdings noch erheblich vergrößern lassen, wenn in Vorbereitung der Konferenz an die Teilnehmer Kurzfassungen der Beiträge verschickt oder zu Konferenzbeginn die Diskussionsbeiträge verteilt worden wären, wie das bei den beiden anderen Veranstaltungen zur vergleichenden Wirtschaftsgeschichte der Fall gewesen war. So gingen dem interessierten Zuhörer manch wichtige Details verloren, was die Diskussion über die Beiträge, für die sowieso nicht immer genügend Zeit zur Verfügung stand, etwas erschwerte.

In seinem einleitenden Referat setzte Lothar Baar (Berlin) die drei Schwerpunkte des Symposiums: sozialökonomische Umgestaltung der Industrie, Bodenreform und Wiederherstellung der Volkswirtschaft in der Sowjetunion und den europäischen Volksdemokratien zwischen 1944/45 und 1948/49. Bei der Mehrzahl der angemeldeten Diskussionsbeiträge ging es um Ländervergleiche zu einem oder mehreren dieser Schwerpunkte.

Über die agraren Umwälzungen nach dem zweiten Weltkrieg berichteten M. Kostov (Sofia) und G. Hoell (Berlin), I. Kalinski (Warschau) und Sándor Szakács (Budapest) stellten Vergleiche über die Nationalisierung der Industrie in verschiedenen volksdemokratischen Ländern an. M. Čutkova (Prag) und Ingetraud Melzer (Berlin) gaben einen alle volksdemokratischen Staaten Europas umfassenden Überblick über die Veränderung der Eigentumsverhältnisse während der Nachkriegsjahre bzw. ihre rechtliche Fixierung in den Verfassungen dieser Länder. Jörg Roesler, Dieter Fally-Sell, Peter Schmidt und Herwart Pittack (alle Berlin) behandelten Entwicklungsprobleme des entstehenden Leitungs- und Planungssystems der sich auf den Sozialismus orientierenden Länder Mittel- und Südosteuropas in der Wiederherstellungsperiode. Einige Diskussionsredner sprachen zur Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der Tschechoslowakischen Republik (Józef Faltus, Bratislava) und zu den Auswirkungen des einsetzenden Wirtschaftskrieges des Imperialismus auf den europäischen Ost-West-Handel (Rudolf Olšovský, Prag). In einem Diskussionsbeitrag wurden methodologische Probleme des Vergleichs aufgegriffen (Peter Leisering, Berlin). In einem anderen wurde eine Auseinandersetzung mit der Art und Weise der Darstellung der revolutionär-demokratischen Veränderungen in bürgerlichen und revisionistischen Publikationen der BRD geführt (G. Kabov, Sofia). Drei Beiträge waren wirtschaftshistorischen Problemen der Nachkriegszeit am Beispiel einzelner Länder gewidmet: Leopoldine Auerswald und Christen (beide Berlin) bezogen sich auf die DDR, Gerd Neumann (Berlin) referierte über die revolutionär-demokratischen Veränderungen in der VR Angola seit 1973. Der interdisziplinäre Charakter des Symposiums wurde durch die aktive Teilnahme von Wirtschaftshistorikern, Wirtschaftswissenschaftlern, Rechtshistorikern und Vertretern der Allgemeinen Geschichte unterstrichen.

Von der Thematik her waren die beiden im Eröffnungsvortrag gesetzten Schwerpunkte nicht neu. Sie knüpften vielmehr an frühere internationale Konferenzen zur Nationalisierung bzw. über die Rolle des Auslandskapitals in den Ländern Mittel- und Südosteuropas an, die im Dezember 1976 bzw. im Dezember 1977 in Warschau abgehalten worden waren.⁴ Fragen der Leitung und Planung der Volks-

4 Vgl. die Tagungsberichte: Tomaszewski, Jerzy, Die Nationalisierung der Industrie (7. bis 9. Dezember 1976 in Warschau), in: ebenda 1977, T. 4, S. 259 - 263; Maŕecka, Teresa, Die Rolle des Auslandskapitals in den Ländern Mittel- und Südosteuropas in den Zwischenkriegsjahren 1918 bis 1939, (1. bis 4. Dezember 1977 in Warschau), in: ebenda 1979, T. 1, S. 257 - 260.

wirtschaft in den Nachkriegsjahren hatten auf der internationalen Wirtschafts-
historikertagung in Frankfurt (Oder) im November 1978 bereits eine Rolle ge-
spielt.⁵ Es ist unseres Erachtens deshalb am zweckmäßigsten, im folgenden auf
die in den Diskussionsbeiträgen und insbesondere in der freien Diskussion ge-
äußerten Auffassungen insoweit einzugehen, wie sie Ausdruck neuester Entwick-
lungstendenzen, umstrittener Probleme und neuer Fragestellungen in der Erfor-
schung der Nachkriegswirtschaft der sozialistischen Länder Mittel- und Südost-
europas sind. Wir halten dieses Verfahren deshalb für günstig, weil das Auftre-
ten von Wirtschaftshistorikern aus fünf sozialistischen Ländern zu der Annahme
berechtigt, daß sich in den Diskussionen der erreichte internationale Forschungs-
stand auf dem Gebiet der vergleichenden Wirtschaftsgeschichte im mittel- und
südosteuropäischen Raum während der Nachkriegszeit widerspiegelte.⁶

Zum Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem bei den sozial-
ökonomischen Umwälzungen und ökonomischen Entwicklungen in der Wiederher-
stellungsperiode nahm fast jeder Diskussionsredner Stellung. Bei der Mehrzahl
der Teilnehmer ließ sich die Tendenz erkennen, die Gemeinsamkeiten als bereits
ausreichend geklärt zu betrachten und stärker die Besonderheiten hervorzuheben,
so auch bei Baar, der in seinem Einführungsvortrag die nunmehr schon "klassi-
sche" Dreiteilung der mittel- und südosteuropäischen Volksdemokratien nach
ihrem Ausgangsniveau⁷ als zu undifferenziert in Frage stellte. Für eine stärkere
Beachtung der Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sprach sich ebenso
Fuchs (Leipzig) aus. Melzer, Fally-Sell und Roesler rückten in ihren Beiträ-
gen demgegenüber die Gemeinsamkeiten in der Entwicklung der Wirtschaftsorga-
nisation der einzelnen Staaten in den Vordergrund.

Wiederholt wurde im Verlauf der Konferenz das Verhältnis von Politik
und Ökonomie berührt. So postulierte Baar in seinem Einführungsreferat,
daß bei der Bestimmung des Umfangs der Nationalisierungen in der Industrie ne-
ben der Rolle des Auslandskapitals, der durchschnittlichen Größe der Industrie-
betriebe und anderer ökonomischer Faktoren auch das konkrete politische Kräf-
teverhältnis zwischen der Partei der Arbeiterklasse und den bürgerlichen und
kleinbürgerlichen Gruppierungen eine wesentliche Rolle gespielt hat. Kalinski
bestätigte dies eindrucksvoll für Polen, indem er nachwies, daß die Nationalisie-
rungsklausel in den 1942 bis 1944 ausgearbeiteten Programmen der Polnischen
Arbeiterpartei je nach der Breite des möglicherweise zu realisierenden Bündnis-
ses unterschiedlich war - bis zum Verzicht auf den Begriff "Nationalisierung"
im Manifest des Polnischen Komitees für nationale Befreiung, der ersten Nach-
kriegsregierung Polens.

Darüber hinaus wiesen mehrere Diskussionsredner daraufhin, daß sich die kom-
munistischen Parteien in den ehemals mit Nazideutschland verbündeten Ländern
(Ungarn, Bulgarien, Rumänien) bei der Forcierung des Nationalisierungspro-
gramms solange Schranken auferlegen mußten, bis im Jahre 1947 die Friedens-
verträge mit den in der Antihitlerkoalition vereinigten Großmächten abgeschlos-
sen waren und die Westmächte, die aufgrund der Waffenstillstandsabkommen
1944 den beaufsichtigenden Alliierten Kontrollkommissionen angehörten, nicht
mehr intervenieren konnten. Wie es den Kommunisten gelang, ungeachtet aller

5 Elle, Michael, a. a. O., S. 223 ff.

6 Es ist vorgesehen, die wichtigsten Diskussionsbeiträge in der Wissenschaftli-
chen Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie zu veröffentlichen.

7 Die erste Gruppe der entwickelten Länder umfaßt danach die DDR und die ČSSR;
die dritte, unter dem Kapitalismus am wenigsten entwickelt, die SR Rumänien
und die VR Bulgarien; die VR Polen und die Ungarische VR nehmen demzufol-
ge eine mittlere Stellung ein.

Beschränkungen bei der Überführung von Banken und Betrieben in Staatseigentum bereits wenige Monate nach dem Krieg eine feste Kontrolle über die Wirtschaft zu gewinnen, schilderten sehr überzeugend für Ungarn Szakács und Schmidt.

Jerzy Tomaszewski (Warschau) betonte in seinem Diskussionsbeitrag, daß Umfang und Tempo der Bodenreform bzw. der Errichtung der ersten Genossenschaften nicht nur ökonomische, sondern auch politische Ursachen gehabt hatten. So mußte die Partei der Arbeiterklasse neben der jeweiligen Besitzstruktur auf dem Lande auch den Landhunger der armen Bauern ins Kalkül ziehen. Erst seine Befriedigung habe das notwendige breite Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern gesichert. Mit diesem Argument lasse sich Durchführung bzw. Ausmaß der Bodenreform auch dort erklären, wo es keinen Großgrundbesitz mehr gab (Bulgarien) bzw. wo die Großgrundbesitzer nicht mit den Faschisten zusammengearbeitet hatten (zum Beispiel in den 1939 bis 1944 zum "Reich" geschlagenen polnischen Gebieten). Auf Kostov eingehend, der die Etappen der Entwicklung des genossenschaftlichen Sektors in Bulgarien nur vom Standpunkt ökonomischer Erfordernisse bzw. der Entwicklung der Leitungsorganisation des genossenschaftlichen Sektors interpretierte, sprach sich Tomaszewski generell für die stärkere Berücksichtigung des politischen Faktors in wirtschaftshistorischen Untersuchungen aus. Zu dieser Schlußfolgerung mußte man ebenfalls nach dem Beitrag von Auerswald über die politische Vorbereitung der sozialökonomischen Umwälzungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands durch die KPD gelangen.

Wie notwendig und fruchtbar es ist, Ressortschranken - selbst innerhalb einer Fachdisziplin - zu überwinden, bewiesen unter anderem Szakács und Neumann. Beide behandelten die Nationalisierung nicht nur unter dem Aspekt der Produktionsverhältnisse, sondern berücksichtigten auch ihren Einfluß auf die Produktivkräfteentwicklung.

Das von Szakács aufgeworfene Problem der "Grenzen rationaler Nationalisierung" beinhaltete die Fragen nach der ökonomisch effektivsten Art und Weise der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse. Das ist eine Frage, der sich die Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus bald zuwenden muß, will sie ihren Beitrag zur Übermittlung des Erfahrungsschatzes der europäischen sozialistischen Länder an die Staaten mit sozialistischer Orientierung in Asien und Afrika leisten.

Im Verlauf des Symposiums spiegelte sich die Zunahme der Forschungen zur "zweiten Phase" des Vergesellschaftungsprozesses wider, das heißt zur Sicherung der durch Industrie- und Bodenreform geschaffenen neuen Eigentumsverhältnisse. Am deutlichsten sprach Hoell diese Frage an, als er für die DDR zwei Phasen der Bodenreform unterschied: Enteignung des Großgrundbesitzes (1945 bis 1946) und ökonomische Stabilisierung der Neubauernwirtschaften (1946 bis 1950/52). Melzer und Sell untersuchten in ihren Beiträgen die institutionelle und verfassungsrechtliche Absicherung des gesellschaftlichen Eigentums. Um die Frage, wie der neugeschaffene zentrale Wirtschaftsleitungsapparat die Vergesellschaftung in der Industrie weiter vorantreiben konnte, obwohl die Mehrzahl der Fachleute zunächst aus den Kreisen der bürgerlichen Intelligenz kamen, ging es Roesler, der dieses Problem am Beispiel der Sowjetunion 1918 bis 1928 und der DDR 1945 bis 1948 behandelte.

Einen interessanten Einblick in die Probleme der außenwirtschaftlichen Absicherung der neuen Macht- und Produktionsverhältnisse ermöglichten die informativen Beiträge von Faltus und Olšovský. Im Anschluß flammte der schon oftmals geführte Meinungsstreit um die angebliche oder tatsächliche Autarkie der nationalen Wirtschaften der sozialistischen Länder Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre wieder auf. Während Nietzsche (Berlin) die Autarkie als dem internationalistischen Wesen des Sozialismus widersprechend charakterisierte

und deren Bestehen zu irgendeinem Zeitpunkt verneinte, gingen die übrigen Diskussionsteilnehmer an das Autarkie-Phänomen differenzierter heran.

Václav Průcha (Prag) gab zu bedenken, daß zwischen der Autarkie einer Gruppe von Ländern (zum Beispiel der sozialistischen Gemeinschaft auf das Embargo des Westens) und der Autarkie eines einzelnen sozialistischen Landes unterschieden werden müsse. Während in Ländern wie der Tschechoslowakei und Polen, die relativ hochentwickelt waren und vor dem Krieg bedeutende Handelsbeziehungen mit Westeuropa aufwiesen, nach 1948 ein Abbau der Außenhandelsverflechtung zu beobachten gewesen sei - nachweisbar durch das schnellere Wachstum der Produktion gegenüber dem Außenhandel -, hätten die weniger entwickelten volksdemokratischen Staaten, zum Beispiel Bulgarien und Rumänien, auch in diesen Jahren eine rasche Steigerung des Außenhandels aufzuweisen gehabt. Michael Laschke (Berlin) glaubte in der Außenwirtschaftspolitik der Volksdemokratien durchaus Autarkiebestrebungen zu erkennen. Jedoch zweifelte er daran, daß sie in stärkerem Maße in die Tat umgesetzt wurden.

Ebenfalls unterschiedliche Auffassungen gab es zum zeitlichen Abschluß der Wiederherstellungsperiode. Baar hatte die Diskussion zu dieser Frage bereits mit seinem einleitenden Referat begonnen, indem er die Stichhaltigkeit der bisher oft vertretenen Auffassung vom Abschluß der Wiederherstellungsperiode in den europäischen sozialistischen Ländern bis spätestens 1950 anzweifelte. Der Mangel dieser Auffassung, erklärte Baar, liegt darin, daß sie die Wiedererreichung des Vorkriegsstandes in der Industrie zum alleinigen Kriterium der Dauer der Wiederherstellungsperiode macht. Aber erstens sei die Industrie auch noch während des Krieges (bis 1943/44) gewachsen, und zweitens habe es sich bei den mittel- und südosteuropäischen Ländern überwiegend um Agrarstaaten gehandelt. Die Wiedererreichung des Vorkriegsstandes in der Agrarproduktion (und damit auch beim Nationaleinkommen) liege jedoch generell später, in den fünfziger Jahren. Roesler gab in der Diskussion zu bedenken, daß das Erreichen des Vorkriegsstandes in der Agrarproduktion nicht nur ein Problem des Tempos der Wiederherstellung sei, sondern für viele Länder auch bereits in die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft hineinspiele. Da beide Einwirkungen nicht mehr getrennt errechnet werden können, sei die Wiedererreichung des Vorkriegsstandes in der Landwirtschaft als zeitliches Meßkriterium auf diese Länder nicht anwendbar. Szakács schlug vor, die Wiederherstellungsperiode in eine engere (Wiederherstellung der Industrieproduktion) und eine weitere (Abschluß der Wiederherstellung in allen wesentlichen Bereichen der Volkswirtschaft) zu unterteilen.

Der von Roesler aufgeworfenen Frage, ob es bezüglich der Industrie nicht angebrachter sei, statt des Produktionsniveaus der Vorkriegszeit das Jahr der höchsten Produktion während des Krieges zum Ausgangsjahr zur Messung der Dauer der Wiederherstellungsperiode in der Industrie zu nehmen, wurde wegen der im Krieg eingetretenen Deformierung der Wirtschaft nicht zugestimmt (Baar und Hoell). Frank Hoffmann (Berlin) gab demgegenüber zu bedenken, daß die neuerrichteten Anlagen zwar während des Krieges der unproduktiven (Rüstungs-) Konsumtion dienten, ihre Kapazitäten aber - er bezog sich besonders auf Kraftwerke - real existierten und nach dem Kriege für einen beschleunigten Wiederaufbau nutzbar gemacht werden konnten.

In ihrem Schlußwort ging Irena Kostrowicka (Warschau) noch einmal auf das Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem ein. Sie stellte resümierend fest, daß in der Nachkriegsentwicklung der europäischen Volksdemokratien neben ähnlichen Tendenzen gewisse Unterschiede auftraten, die vom Wirtschaftsniveau, von der politischen Situation und von den Traditionen eines jeden Landes abhängig waren.

Als nicht oder nur wenig auf dem Symposium diskutierte Probleme nannte sie den Einfluß der Bodenreform auf die Entwicklung der Warenproduktion, die Rolle der Landwirtschaft für die volkswirtschaftliche Akkumulation, als weiter intensiv zu diskutierendes Problem eine durch ökonomische Kennziffern untermauerte Einschätzung des Abschlusses der Wiederherstellungsperiode. Sie bezeichnete es abschließend als Aufgabe der versammelten Wirtschaftshistoriker, auf der Grundlage exakter Untersuchungen der historischen Situation und des Trends die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Vergangenheit zu analysieren. Dadurch würde die Wirtschaftsgeschichte wesentlich die politische Erziehung des wissenschaftlichen Nachwuchses, insbesondere der Studenten, fördern und zugleich einen Beitrag zur Lösung der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Probleme leisten,

Jörg Roesler

Thüringer Industrie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung
(5. Juni 1980 in Jena)

Innerhalb einer wissenschaftlichen Veranstaltungsreihe zur Wirtschaftsgeschichte hatte die Sektion Wirtschaftswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena unter Leitung von Werner Mägdefrau, Wolfgang Mühlfriedel und Siegfried Schmidt zum zweiten Male zu einem Seminar eingeladen, an dem unter anderem Vertreter von Thüringer Betrieben, Kombinat und Institutionen und interessierte Partei-, Betriebs- und Wirtschaftshistoriker teilnahmen.

Wiederum legten von Mühlfriedel in einem Oberseminar betreute Diplomanden ihre Forschungsergebnisse im Rahmen der Diplomverteidigung vor einem breiteren Gremium dar.

Das Seminar befaßte sich, ebenso wie das im Jahre 1978 erstmalig veranstaltete, thematisch mit Problemen der industriellen Entwicklung Thüringens in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung.¹

In seinem Einleitungsreferat machte Wolfgang Mühlfriedel (Jena) methodologische und historische Fragen zum Ausgangspunkt seiner Darlegungen und erreichte damit bei den Teilnehmern sowohl ein besseres Verständnis für die wesentlichen Entwicklungsprozesse bei der Herausbildung erster Anfänge der sozialistischen Produktionsverhältnisse und Produktionsweise als auch für die von den Diplomanden in ihren Diskussionsbeiträgen aufgeworfenen Probleme. Aufbauend auf der bereits im vorangegangenen Seminar vorgenommenen Periodisierung der sozialistischen Umgestaltung der Industrie², beschäftigte er sich mit den grundlegenden Prozessen jeder Entwicklungsetappe. Als die den Umschwung der Produktionsverhältnisse einleitenden und den staatlichen Sektor der Industrie konstituierenden Faktoren im Zeitraum der 2. Etappe (1946 bis 1948) nannte er die folgenden:

- Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln,
- Ausbildung des Leitungssystems,
- Ausbildung des Planungssystems mit wirtschaftlicher Rechnungsführung,
- Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen und
- Wandlungen in den Beziehungen zwischen den Werktätigen.

Unter besonderer Berücksichtigung des Landes Thüringen arbeitete Mühlfriedel zwei wichtige Schwerpunkte dieses Zeitraums heraus, die Probleme der Vergesellschaftung berührten. Der erste Problemkomplex bezog sich auf die Anfänge

1 Schwärzel, Renate, Thüringer Industrie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (4. Juli 1978 in Jena), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979, T. 2, S. 275 - 277.

2 Vgl. ebenda.

des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln. Der Referent wies darauf hin, daß in den ersten Jahren nach der Befreiung vom Faschismus zwar die Besitzverhältnisse (SAG-Betriebe und unter Länderverwaltung stehende Betriebe), aber nicht die Eigentumsverhältnisse geklärt waren. Dies habe sich erst mit den Befehlen der SMAD Nr. 154 und 181 geändert. Aus den unterschiedlichen Besitzverhältnissen hätten sich unterschiedliche Entwicklungsbedingungen bei den von der SMAD und den Ländern verwalteten Betrieben sowie bei den Betrieben der verschiedenen Länder ergeben. Mühlfriedel hob hervor, daß die SMAD in der sowjetischen Besatzungszone in dieser Zeit eine nicht zu unterschätzende Lenkungsfunktion hinsichtlich gesamtgesellschaftlicher Prozesse ausübte, auf der dann die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) aufbauen konnte. Er wies aber zugleich darauf hin, daß die Herausbildung der sozialistischen Industrie erst nach Bildung der DWK und der Neuorganisation der Industrie in Verbindung mit der Übergabe der SAG-Betriebe beschleunigt werden konnte.

Im zweiten Komplex behandelte Mühlfriedel Probleme, die bei der Herausbildung des sozialistischen Charakters der Arbeit auftraten. Sowohl in den SAG-Betrieben als auch in den unter Länderverwaltung stehenden Betrieben, so erläuterte er, wirkten sich gemeinsame Schwierigkeiten hemmend auf die Herausbildung einer neuen Einstellung zur Arbeit aus. Diese ergaben sich aus dem Fortbestehen von Elementen der kapitalistischen Produktionsweise, zum Beispiel den Fertigungstechnologien, und einer Reihe weiterer Faktoren, wie beispielsweise dem großen Zustrom neuer Arbeitskräfte, die noch keine Erfahrungen in der kapitalistischen Großproduktion gesammelt hatten (junge Menschen, Umsiedler) und deshalb nur schwer Zugang zum veränderten Charakter der Arbeit fanden. Die sowjetischen Wirtschaftsfunktionäre, die reich an Erfahrungen waren und genaue Vorstellungen vom sozialistischen Charakter der Arbeit besaßen, hätten jedoch in den SAG-Betrieben dazu beigetragen (zum Beispiel mittels Einführung der Arbeitsnormung, eines neuen Entlohnungssystems), daß sich in diesen Betrieben früher als in anderen bei den Beschäftigten eine neue Arbeitseinstellung entwickelte. Begünstigend auf diesen Prozeß habe sich in den SAG-Betrieben auch ausgewirkt, daß den Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, der Zunahme körperlich schwerer Arbeit aufgrund von Kriegszerstörungen, und der Beeinträchtigung der Arbeitsmoral durch die fehlende Kontinuität der Produktion infolge Material- und Rohstoffmangels besser begegnet werden konnte als in den landeseigenen Betrieben.

Da die Förderung einer neuen Einstellung zur Arbeit in den landeseigenen Betrieben aber ein wesentlicher Faktor bei der Herausbildung der sozialistischen Industrie war, hätten auf dem II. Parteitag der SED im September 1947 auch Fragen des Charakters der Arbeit zur Diskussion gestanden. Entsprechend dem Reifegrad der Produktionsverhältnisse habe danach unter anderem die Notwendigkeit der materiellen und moralischen Anerkennung stärkere Beachtung gefunden.

Ein bedeutender Durchbruch sei mit dem Befehl Nr. 234 der SMAD erreicht worden, der durch die umfassende Förderung des Aktivistentums bis zum Frühjahr 1948 zu einem wahrnehmbaren Umschlag in die Aktivistinnenbewegung führte und damit die Entfaltung des schöpferischen Charakters der Arbeit für eine größere Zahl von Werktätigen anzeigte.

Zusammenfassend wies Mühlfriedel darauf hin, daß diese Prozesse nicht isoliert, sondern in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Planwirtschaft und entstehender sozialistischer Prozesse im Überbau gesehen werden müssen. Auch hätten alle progressiven Prozesse in den folgenden Jahren der weiteren Vervollkommnung bedurft. Insbesondere die Jahre 1948/49 brachten wichtige Ergebnisse.

Anschließend sprach Rosemarie Collet (Erfurt) über die Erfolge in der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung nach der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 im Raum Thüringen.

Alle Diskussionsbeiträge der Diplomanden waren Fragen der Industrieentwicklung Thüringens von 1945 bis 1949/50 gewidmet, Innerhalb dieser Gesamthematik wurden jedoch sehr unterschiedliche Probleme in den Vordergrund gestellt.

Mit einzelnen Industriezweigen bzw. -branchen beschäftigten sich drei Diplomanden. Während in dem einen Beitrag ein Industriezweig behandelt wurde, der nahezu vollständig vergesellschaftet worden war (die Kaliindustrie), ging es in den beiden anderen um Zweige (Bekleidungs- und Lebensmittelindustrie), in denen neben wenigen verstaatlichten großen Werken Privatbetriebe vorherrschten.

Allerdings wurde nicht spezifisch darauf, sondern auf wichtige Fragen der Produktionssicherung in diesen Jahren eingegangen. Im Diskussionsbeitrag von Peter Ganz (Jena) "Die Entwicklung der Kaliindustrie Thüringens" standen Probleme der Arbeitskräftebeschaffung und ihres Einsatzes (vorrangig Kräfte aus bergbaufremden Berufen) im Mittelpunkt. Monika Goedecke (Jena) versuchte in ihrem Beitrag zum Thema "Die Entwicklung der Bekleidungsindustrie Thüringens" Fragen des Neuaufbaus des Industriezweiges im Zusammenhang mit der Herausbildung des volkseigenen Sektors nachzugehen. Mit einem gleichgerichteten Thema untersuchte Monika Müller (Jena) "Die Entwicklung der Lebensmittelindustrie im Land Thüringen" vor allem hinsichtlich der Thüringer Rohstofflage und der Möglichkeiten der Deckung des Lebensmittelbedarfes.

Viola Schonauer (Jena) arbeitete in ihrem Beitrag "Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera (StWPA) und seine Rolle bei der Entwicklung der Industrie in Thüringen bis zur Gründung der DDR" Fragen der Sicherung einer - zumindest minimalen - Erzeugnisqualität in den ersten Nachkriegsjahren in Thüringen heraus.

In ihren Ausführungen zum Thema "Die Entwicklung der Privatindustrie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" kam es Andrea Schott (Jena) dagegen darauf an, den Übergang von der Beauflagung der Betriebe zum Vertragssystem aufzuzeigen.

Die Teilnehmer des 2. Jenaer Seminars waren übereinstimmend der Ansicht, daß diese Seminarform den Diplomanden die Möglichkeit bietet, ihr Wissen unter Beweis zu stellen, und zugleich eine nachahmenswerte Plattform darstellt, um neueste Erkenntnisse der Wirtschaftsgeschichte einem breiteren Kreis historisch Tätiger nahezubringen. In der Diskussion zeigte es sich zudem, daß alle Seiten Anregungen für ihre weitere Arbeit erhielten.

Veronika Siedt

Zu den Beziehungen zwischen Stadt und Land
im Alten Orient und in der Antike
(17. bis 19. März 1980 in Sellin/Rügen)

Auf der von der Fachkommission Alte Geschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR unter dem Leitmotiv "Das Stadt-Land-Verhältnis in der altorientalischen Klassengesellschaft und in der antiken Sklavereigesellschaft" veranstalteten Konferenz erinnerte Rigobert Günther (Leipzig) in Anlehnung an frühere Ausführungen zur Dorfgemeinde im Alten Orient¹ einleitend daran, daß die Stellung der ländlichen Gemeinde untrennbar vom Verhältnis Stadt - Land insgesamt abhängig sei. Als wesentliche Kriterien zu dessen Bestimmung nannte er

- die Analyse der bestehenden Grundeigentumsverhältnisse;
- die Form, in der das Mehrprodukt den unmittelbaren Produzenten abgenommen wurde;
- die Frage der Leitung, zum Beispiel unter dem Aspekt, wie die Staatsgewalt die Bodennutzung kontrollierte, die eng mit der der großen Kooperation verbunden war.

Gelte es als gesichert, daß in der antiken Produktionsweise die größere Dynamik von der Stadt ausging, führte Günther seine Gedanken weiter, so sei das Verhältnis von Stadt und Land im Alten Orient wesentlich schwerer zu beurteilen. Man müßte auch stärker regional differenzieren. Unbestreitbar sei zwar, daß von den altorientalischen Dorfgemeinden das Leben in den Städten abhing: Das in den Dorfgemeinden produzierte Mehrprodukt war wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung von Handel und Gewerbe. Doch mit der Arbeitsteilung Stadt - Land hatten die Dorfgemeinden keinen unmittelbaren Anteil mehr daran; die Städte wurden mehr und mehr zu ökonomischen Zentren. In dem Maße, wie die Verfügungsgewalt der Dorfgemeinden über ihr Mehrprodukt an die Stadt überging, wurden sie vom weiteren Entwicklungsprozeß ausgeschlossen,² Gerade diese letzte Folgerung müsse aber modifiziert werden. Das gelte auch für den Grad der Trennung zwischen Stadt und Land. Generell könne gesagt werden, daß der Staat in der Frühphase der altorientalischen Klassengesellschaft zweifellos eine überwiegend progressive Funktion ausübte. Man denke nur an die Realisierung der großen Kooperation unter einem einheitlichen Kommando. Für ein dynamisches Stadt - Land-Verhältnis wirkten in der Folge verschiedenste Faktoren. Davon leite sich auch ab, in welchem Grad die Städte über das agrarische Mehrprodukt verfügen konnten. Je nachdem, wie es den Städten gelang, dieses an sich zu reißen, verminderte sich die Möglichkeit für die Dorfgemeinden, am Fortschritt der Entwicklung teilhaben zu können.

1 Vgl. Fischer, Hagen, Die historische Bedeutung der Dorfgemeinde-Organisation, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1980, T. 3.

2 Vgl. das Referat von Sellnow, Irmgard, vom Verfasser referiert in: ebenda. (Das Referat erscheint demnächst in: Klio.)

Im Hellenismus sei das antike Stadtelement zweifellos ein neues Element gewesen. Als es in den Alten Orient gebracht wurde³, nahm aber der abhängige, nichtversklavte Bauer (laoi) als Produzent weiterhin eine beherrschende Stellung ein.⁴ Das für die antike Produktionsweise typische Sklavereisystem setzte sich nicht durch. Die Dorfgemeinden blieben erhalten; noch in römischer Zeit spielten die Sklavereiverhältnisse eine untergeordnete Rolle. Daraus könne man schlußfolgern, so konstatierte Günther, daß sich das Stadt - Land-Verhältnis im Hellenismus in den altorientalischen Gebieten nicht wesentlich qualitativ weiterentwickelte, zumal der Charakter der Städte außerordentlich unterschiedlich war.

In der anschließenden Diskussion wurde zunächst darauf hingewiesen, daß zumindest in Blütezeiten der altorientalischen Produktionsweise die größere Dynamik (wenn auch nicht in gleichem Maße) wie in der Antike von der Stadt ausging, da hier Sitz von Verwaltung, Wissenschaft und Gewerbe war. Es wurde die Meinung vertreten, daß dies aber weder ein gesamtes Reichsterritorium noch größere geographische Einheiten betraf, zum Beispiel nicht den gesamten indischen Kontinent und auch keine langen Zeiträume. Für Ägypten beispielsweise konnte eine echte Scheidung zwischen Stadt und Land belegt werden: In den Städten konzentrierten sich die ökonomischen Potenzen sowie die Fachleute, welche den Dörfern entzogen wurden, was letztere benachteiligte. Dies war zum Beispiel in der 3./4. Dynastie typisch und auch dort, wo es keinen großen Markt für den Austausch gab.

Danach wurde die Frage erörtert, welche Kriterien für die Bezeichnung "Stadt" im Alten Orient zutreffen. Man einigte sich dahingehend, daß sie als Exponent ihrer ländlichen Umgebung zu fassen ist, als Kultzentrum, Verwaltungssitz und Handwerkszentrum, in welchem Artikel für den Luxus- und Fernhandel hergestellt wurden; letzterer ermöglichte den Import bestimmter, zur Produktion notwendiger Artikel, zum Beispiel Bauholz. Die Stadt war also auch ein politisches Gebilde mit gewissem Eigenleben. In ihr entwickelten sich sporadisch neue Abhängigkeitsformen, die ökonomisch auf das sie umgebende ländliche Gebiet zurückwirkten, das vorher, wie schon erwähnt, nur ausgesaugt wurde. Das Land benötigte die im städtischen Zentrum weiterentwickelten Produktionsinstrumente. Demzufolge nahm die Stadt im Rahmen des Stadt - Land-Verhältnisses nicht generell eine schmarotzende Stellung ein, sondern sie wirkte ihrerseits auf die Produktion im Agrarbereich befruchtend. Man kann ihr also (wenigstens in Aufstiegsperioden) eine progressive Rolle zusprechen.

In der Diskussion wurde auf Quellen verwiesen, aus denen hervorgeht, daß altorientalische Städte kein privilegiertes Gemeinwesen darstellten. Es gab beispielsweise keine Produzenten, die allein, weil sie in der Stadt wohnten, nicht der zentralen Befehlsgewalt unterstanden. Folglich konnten sie sich auch mit bloßem Hinweis auf ihre Stadtzugehörigkeit nicht von gemeinnützigen Arbeiten ausschließen. Ausnahmen bildeten nur jene, die aufgrund privater Beziehungen zur herrschenden Klasse bevorrechtet wurden. Doch das war nicht Gegenstand der Erörterung.

3 Zur Rolle der Städte im Hellenismus bezog sich Günther speziell auf Jähne, Armin, Alexandria in Ägypten, Diss. B, Humboldt-Universität zu Berlin 1980, Thesen, S. 5 f. (Erscheint demnächst in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift.)

4 Zur Stellung der laoi basilikoi vgl. u. a. Kreißig, Heinz, Fragen der sozialökonomischen Basis im Hellenismus des Ostens, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 2, S. 119 ff.

Speziell zu Stadt - Land-Verhältnissen im Alten China sprach Gerhard Schmitt (Berlin). Er führte aus, daß man erst ab etwa 500 v. u. Z. von Städten im oben behandelten Sinne sprechen könne. Doch habe es bereits früher Vorformen gegeben. Deren Kern sei das rituelle Zentrum mit dem Ahnentempel, der Königshof und die Wohnsitze des Hofadels gewesen. Um diesen Kern herum lebten die freien Bürger. Außerhalb des die Siedlungen umgebenden Walles befanden sich Produktionsstätten und Siedlungen, die Vorstadt-Charakter hatten. Hier lagen die Werkstätten der Bewohner des Stadtkerns. Schlußfolgernd meinte Schmitt, daß diese Vorformen "städtischer" Siedlungen nicht durch Wälle abgegrenzt waren, sondern als Mittelpunkt in einem Besiedlungsnetz anzusehen sind. Im Neolithikum hatten sich offenbar in Dörfern einige Sippen auf bestimmte Gewerbe spezialisiert, wie das anhand "sprechender Namen" später in den Städten rückgeschlossen werden kann. Insofern sei für die Herausbildung der neolithischen Dörfer zur Stadt des 6. Jahrhunderts v. u. Z. kein "Sprung" anzunehmen. Auch seien für die frühe "Autarkie" von Anfang an nicht ein einzelnes Dorf, sondern größere Flächeneinheiten anzunehmen. Die eigentlichen Städte entwickelten sich dann an jenen Stellen, an denen der "Stammeskern" konzentriert war. Sie wurden zum Sitz jener Gewerbe, die Artikel herstellten, welche im Dorf nicht produziert wurden. In diesem Zusammenhang verwies Schmitt ergänzend auf ähnliche, hochentwickelte "Dorfkulturen" im Alten Orient, so auf el-Obeid oder Tell-Halaff.

Walter F. Reineke (Berlin) äußerte sich zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Stadt und Land im Alten Ägypten (3500 bis 2500 v. u. Z.). Mitte des 4. Jahrhunderts habe in den fortgeschrittensten Dorfgemeinden Oberägyptens eine soziale Differenzierung eingesetzt, nachweisbar unter anderem anhand der Gräberausstattungen. Die Siedlungen befanden sich im Stadium der zerfallenden Gentilgesellschaft. In den Dörfern wurden Deichbauten (Anlage besonders von Querdämmen) in Kooperation durchgeführt. Dies habe die Bildung größerer Einheiten, der "Urgaue" (Zusammenschluß mehrerer Dörfer), gefördert, wo der "Oberhäuptling" mit beauftragten Priestern regierte, wo sich militärischer Schutz bot und das Mehrprodukt eingezogen wurde. Die entstandenen Zentren wurden mit Wällen umgeben, an deren Rand sich häufig Herrschergräber und Friedhöfe befanden. Den Dorfgemeinden, die noch intakt waren, verblieb bis in das Neue Reich die Gerichtsbarkeit.

Mit einer großflächigen Expansion in Oberägypten sei dann ein einheitlicher Staat entstanden; die "Urgaue" wurden teils friedlich, teils mit Gewalt vereinigt. Man verfügte jetzt über bessere Möglichkeiten zur Eindeichung und demzufolge über höhere ökonomische Potenzen, wodurch man Nomadeneinfälle erfolgreicher abwehren konnte. Nun wurde, so führte Reineke weiter aus, eine rasche Entwicklung von Städten möglich. Ein erheblicher Teil des Mehrproduktes sei durch die Städte abgezogen worden, unter anderem für Luxusbedürfnisse der herrschenden Schichten, für Deichbauten und auch für kriegerische Zwecke, so für Unternehmungen gegen befestigte Siedlungen in Unterägypten. Über den Boden verfügten, wie oben erwähnt, weiterhin noch die Dorfgemeinden, auch nachdem Unter- und Oberägypten vereint worden waren. Es kam eine zahlreiche Verwaltungsschicht in den Städten auf, die mit verschiedenen Dienstleistungs- und Verwaltungsaufgaben betraut wurde. Eine wichtige Rolle spielten jetzt die Domänenwirtschaften, die schließlich den Dorfgemeinden überlegen waren: Die Domänen wurden die örtlichen Verwaltungszentren. Bisher brachliegende Flächen bezog man in die Kultivierung ein; das Land wurde mit der Durchsetzung der Domänen zu Ungunsten der Organe der Dorfgemeinden auch in Ägypten in erster Linie Ausbeutungsobjekt der Städte.

Zusammenfassend legte Reineke dar, daß, gestützt auf ein großes Mehrprodukt, in der Frühzeit die ökonomisch stärksten Gemeinden expandierten. Größere Gebiete

seien vereint worden, wobei sich, überwiegend aus politischen und militärischen Gründen, Zentren (Städte) bildeten. Für die spätere Zeit könne man beobachten, daß größere politische Einheiten immer an wirtschaftlichen Knotenpunkten lagen. Bei der Herausbildung von Städten sei also eine Verschmelzung ökonomischer und politisch-militärischer Momente als Ursache anzunehmen (zum Beispiel Elephantine, das Tor zu Straßen, auf denen Kupfer, Hölzer und vieles andere mehr sowie Luxusartikel transportiert wurden, oder Hierakonpolis, der Kreuzungspunkt wichtiger Oasenwege).

Marlene Njammasch (Berlin) sprach zu den Stadt - Land-Beziehungen vom 1. bis 4. Jahrhundert in Indien. Sie verwies auf die Intensivierung des indischen Handels nach Westen (bis in das Römische Reich) bzw. nach China, die bereits für das 1. Jahrhundert u. Z. belegt werden kann, und äußerte die Vermutung, daß in indischen Bereichen Äquivalente existierten, die für fernliegende Märkte von Interesse waren. In unmittelbarem Zusammenhang mit der Ausweitung des indischen Handels müsse man den Ausbau des Städtewesens in dieser Zeit sehen, gestützt auf eine stärkere Ausweitung des agrarischen Sektors. Hier in den Städten konzentrierten sich das zum Teil hochspezialisierte Handwerk und der Handel, womit die Voraussetzung für einen intensiven Binnenhandel mit anderen Zentren zum Erwerb bestimmter Produkte gegeben war. Die Intensivierung der Ware-Geld-Beziehungen sei auch anhand der Prägertätigkeit zur Zeit der Kuschan (besonders bei Kupfermünzen) nachweisbar. Dabei bildeten Stadt und umliegende Dörfer offenbar eine ökonomische Einheit. Die Stadt wurde zum Knotenpunkt des Landes, die Städte konnten Eigentümer von Land aus dem Fond der Dorfgemeinden werden und dann Mitspracherechte in deren Organen erwerben. Allerdings dürfe man die Möglichkeit städtischer Schichten, auf die Tätigkeit der Dorfgemeinden Einfluß zu nehmen, nicht überbewerten, gravierender sei die Macht der Zentralgewalt und des staatlichen Wirtschaftskomplexes gewesen.

Armin Jähne (Berlin) behandelte Funktion, Struktur und Entwicklung der chora in Alexandria im Hellenismus. Er führte aus, es werde bei der Charakterisierung Alexandrias oft nicht genügend berücksichtigt, daß sie zur Zeit seiner Gründung lediglich eine städtische Siedlung war, teils Wohnsitz, teils militärische Niederlassung, die sich weitestgehend selbst versorgen mußte (Nutzung des zugehörigen Landes), ehe sich das Verhältnis zwischen Stadt und Land zugunsten der Stadt, verschob. Bevor man für den Markt produzierte, wurde nur mit dem erzeugten Produktenüberschuß gehandelt, und auch dann gab es noch viele Bürger, die allein von den Erträgen der Landwirtschaft lebten.

Jähne erläuterte, daß der Kern der Stadt, die achaiage, das ursprünglich den Bürgern zugeteilte Land war, das auf absehbare Zeit auszureichen schien. Doch schon Mitte des 3. Jahrhunderts v. u. Z. wurde weiteres umliegendes Land an Neubürger verteilt. Danach fielen territoriale Erweiterungen auf Kosten der umliegenden Gauen nicht mehr ins Gewicht. Auffallend sei, daß sich im 2. Jahrhundert v. u. Z. das Eigentumsrecht des Königs lockerte und das Land folglich immer mehr zum Privateigentum des Bürgers wurde, er nicht mehr nur (formal) das bloße Nutzungsrecht hatte.⁵

Hiermit ist eines der umstrittensten Probleme in der alten Geschichte überhaupt berührt worden. Vielleicht sollte noch stärker als bisher auf der Grundlage neuer, vorurteilsfreier Quellenforschung versucht werden, zu allgemeingültigen Aussagen über Formen und Möglichkeiten des Erwerbs von Land und Besitzrechten zu gelangen. Die Frage, inwieweit es gerechtfertigt ist, von einem - wie immer realisierbaren - Obereigentumsrecht an Grund und Boden durch eine höhere Einheit

⁵ Ausführlicher Jähne, Armin, a. a. O., S. 8.

in den altorientalischen Staaten zu sprechen, ist noch weit davon entfernt, geklärt zu sein. Theoretische Hinweise gab Marx bei der Charakterisierung der "asiatischen Produktionsweise".⁶

Vielleicht ist der sogenannte "Obereigentumsanspruch" des altorientalischen Herrschers, der, wie Jähne zeigte, unter veränderten Bedingungen auch in hellenistischer Zeit fortbestehen blieb, darauf zu reduzieren, daß es dem Staat in den frühen Klassengesellschaften immer möglich war, das Eigentumsrecht des einzelnen am Boden zugunsten "übergeordneter" Interessen einzuschränken. Dies gilt auch für die Antike, unbeschadet der Tatsache, daß das Stadt - Land-Verhältnis dort eine prinzipiell andere Qualität besaß. Njammach hat für den Alten-Orient, zum Beispiel in Indien nach der Zeitwende, lediglich als Möglichkeit angedeutet, daß der Bürger einer Stadt an dem umliegenden Land Eigentumsrechte erwerben konnte - eine Entwicklung, die sich niemals konsequent durchsetzen konnte. Erst in der Antike sind die Bedingungen gegeben, sagte Marx, daß "der Einzelne Privateigentümer von Grund und Boden ... wird, deren besondere Bearbeitung ihm und seiner Familie anheimfällt. Die Gemeinde - als Staat - ist einerseits die Beziehung dieser freien und gleichen Privateigentümer aufeinander, ... und ist zugleich ihre Garantie ... Voraussetzung bleibt hier für die Aneignung des Grund und Bodens Mitglied der Gemeinde zu sein, aber als Gemeindemitglied ist der Einzelne Privateigentümer".⁷ Das heißt: Als Bürger der Stadt konnte er Eigentumsrecht an dem im Umkreis der Stadt gelegenen Land erwerben. Demzufolge hatte - wie in der Diskussion anhand von Quellen aus römischer Zeit nachgewiesen wurde - die Gemeinde der Bürger immer das Recht der Konfiskation von Privateigentum. Wenn der Eigentümer beispielsweise seinen Boden über mehrere Jahre hindurch nicht nutzte, konnte er ihm entzogen und einem anderen zur Bebauung übergeben werden. Ferner ist aus Texten belegbar, daß in Gebieten mit antiker Produktionsweise gute, fruchtbare, landwirtschaftlich genutzte Flächen unter die Städte aufgeteilt waren.

Hagen Fischer (Berlin) ging einigen Faktoren nach, die zu ersten Höhepunkten der antiken Städte zur Zeit der römischen Republik (2./1. Jahrhundert v. u. Z.), speziell im italischen Raum, führten. Wenn diese Zeit gewählt wurde, so sollte damit nicht gesagt werden, daß die Apenninenhalbinsel vorher ökonomisch bedeutungslos oder von Handelswegen unberührt und ohne städtische Entwicklung geblieben war. Doch erst mit den politischen Veränderungen im Mittelmeerraum während des 3. und 2. Jahrhunderts v. u. Z. kam es zu einem merklichen ökonomischen Aufschwung, der sich vornehmlich in den italischen Städten nachweisen läßt. Rom wurde zunächst zur stärksten Macht Italiens und dann des Mittelmeerraumes. Es übernahm dadurch Handelsverbindungen der ehemals griechischen und etruskischen Städte Italiens und schließlich des gesamten Mittelmeerbeckens. Dank der Stellung Roms mit seinem Hafen Ostia als Umschlagsplatz von Waren, die in die verschiedensten Richtungen gingen, wuchs die Zahl der Städte beträchtlich, die als Zentren von Verkehrsknotenpunkten oder wichtiger Zulieferprodukte zur Hauptstadt wesentliche Stimuli empfingen.

Der als Folge siegreicher Kriege nahezu unbegrenzt mögliche Import von Arbeitskräften in Gestalt von überaus billigen Sklaven ermöglichte den Einsatz von Unfreien in vielen Bereichen der Wirtschaft, der Sklave wurde zur Hauptproduktivkraft. Auch die ungeheueren materiellen Schätze, die den römischen Eroberern zuflossen, erwiesen sich für Handel und Gewerbe als wichtige fördernde Faktoren.

6 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 183.

7 Ebenda, S. 378 f.

In diesem Zusammenhang war die Durchsetzung der römischen Währung im Mittelmeerraum nach der entscheidenden Niederlage Karthagos zu erwähnen.

Nachweisbare Impulse für die italische Stadtentwicklung gingen von den Koloniegründungen aus - anfangs häufig nur militärische Stützen Roms in noch nicht völlig unterworfenen Territorien, später oft Mittel zur Ausschaltung begüterter italischer Schichten, die in Opposition zum ökonomischen und politischen Vormachtstreben Roms standen (zum Beispiel Capua). Soziale Spannungen in der Hauptstadt konnten abgebaut werden, indem man zugezogene landlose Bürger in Kolonien brachte und mit Grund und Boden ausstattete. Schließlich war als fördernder Faktor für städtische Entwicklung die Anlage des Straßennetzes zu nennen, welches zunächst Italien, später auch die Provinzen mit nahezu allen bedeutenden Städten verband. Die in diesem Ausmaß vorher nicht gekannte Zahl von Bauten im 1. Jahrhundert v. u. Z. besonders in italischen Städten und nicht nur in Rom, dürfte mehr als alles andere beweisen, wie außerordentlich groß die Zahl der verschiedenen städtischen Handwerke und Werkstätten gewesen sein muß. Das häufig dagegeengehaltene Argument, städtische Entwicklung sei durch die Folgen von Kriegen und Bürgerkriegen stark gebremst worden, läßt sich, wie archäologische Zeugnisse allenthalben zeigen, kaum aufrechterhalten.

Auf Veränderungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Stadt und Land in der Spätantike wies Günther hin. Die munizipalen Oberschichten, so legte er dar, hätten ihre geachtete, führende Stellung eingebüßt und nicht mehr zur herrschenden Klasse gehört. Die entlassenen Soldaten, die Veteranen, die früher zum Teil die municipales ergänzten, wurden kaum noch auf dem zur Stadt gehörenden Land angesiedelt. Das Land, soweit es noch verwaltungsmäßig zur Stadt gehörte, war häufig verödet und verlassen, wogegen Zahl und Bedeutung der exemten, also von der Stadt unabhängigen, Grundbesitzungen, ständig wuchsen. Dadurch übte - in Umkehrung antiker Verhältnisse - das Land allmählich die Gewalt über die Städte aus.

Ursache dieser Entwicklung, die allerdings so weitgehend nur für bestimmte westliche Provinzen des Römischen Reiches zutreffen dürfte, war nach Günther die Krise der antiken Produktionsweise seit dem 3. Jahrhundert. Die städtische Produktion ging seit dieser Zeit stark zurück, damit auch die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land, so daß die Marktbeziehungen, die vordem im wesentlichen in den Städten realisiert wurden, nur noch wenig Bedeutung besaßen. Durch die weitgehende Autarkie auf den großen Gütern wurde die Rolle der Stadt nahezu überflüssig. Auch die Armee war kein stimulierender Faktor mehr für die Gewerbe der Stadt, da die von ihr benötigten Artikel häufig in canabae bzw. Militärvici hergestellt wurden.

So überrasche es nicht, wenn von archäologischer Seite schon im 3. Jahrhundert eine Auflösung antiker Stadtgrundrisse nachgewiesen wird, in den Quellen colones bedeutungsmäßig vor cives genannt werden. Dazu passe die Tatsache, daß es seit etwa dem Jahre 420 Gütern erlaubt wurde, sich zu befestigen, und seit ungefähr dieser Zeit auch verarmte Städte in ein patrocinium treten konnten. Aus all diesen Beobachtungen müsse man schließen, daß städtische Kontinuität zwischen Antike und Mittelalter oft nur durch Ruinen gewahrt wurde. Mitunter haben Bischofsitze die Kontinuität gerettet. Doch insgesamt könne kaum ein echter Übergang für spätere westeuropäische Städte aus der Antike abgeleitet werden. Die antike Entwicklung basiere wesentlich auf den Städten. Nach dem 3. Jahrhundert, besonders aber mit Durchsetzung der feudalen Produktionsweise, seien sie nicht mehr notwendig gewesen und häufig verlassen oder zerstört worden.

Auf den Niedergang der Stadtentwicklung kam auch Sigrid Weber (Leipzig) zu sprechen, welche die Aussagen der leges Barbarorum zum Stadt - Land-Verhältnis untersuchte. Sie meinte, die Tatsache, daß bei den Germanen nur die

westgotische und langobardische Gesetzgebung noch den Begriff der civitas oder einen für "Stadt" entsprechenden Terminus kennen, unterstreiche das von Günther aufgezeigte Bild vom ökonomischen Verfall der Städte.

Interessante, ergänzende Referate wurden von Jürgen Dummer (Berlin) zur Stadt-Land-Problematik in der frühen Kirchengeschichte (bis etwa 4. Jahrhundert) und Gottfried Härtel (Leipzig) zur Diskussion um den Inhalt des ius italicum gehalten.

Insgesamt ist zu sagen: Die Tagung hat zu manchen neuen Denkanstößen geführt, die sich zweifellos in der weiteren Forschungsarbeit niederschlagen werden. Erwähnt seien die Stellung des Handels, die inhaltliche Bestimmung des Terminus "Stadt" und die Einschätzung ihrer Rolle als Ausbeutungsobjekt ländlicher Gebiete für die Geschichte des Alten Orients. Hinsichtlich der Antike sollte stärker als bisher die Spezifik des Stadt - Land-Verhältnisses in der Spätphase differenziert werden, was auch für die Auseinandersetzung um Kontinuität bzw. Diskontinuität der Stadt im Übergang von Antike zu Feudalismus gilt. Hier wird es in erster Linie darum gehen, verallgemeinerungswürdige Kriterien zu erarbeiten. Im Unterschied zu bürgerlichen Darstellungen, die oft von kulturgeschichtlichen Momenten ausgehen, müssen hier ökonomische Kriterien angewendet werden, deren Bedeutung bzw. Nichtbedeutung in der fraglichen Zeit kritisch herauszuarbeiten sind, um zu brauchbaren Aussagen zu kommen. Das kann nur durch die Auswertung von schriftlichem und archäologischem Material geschehen.

Hinzugefügt werden soll aber auch, daß durch das Fehlen von Spezialisten kaum Aussagen zum Stadt - Land-Verhältnis in Mesopotamien und Syrien oder im antiken Griechenland getroffen werden konnten. Die Diskussionen zu den übrigen Fragen waren nicht grundlegend genug, um weitere Ergebnisse zu diesem Thema zu erzielen.

Zukünftig sollte es möglich gemacht werden, auf wissenschaftlichen Konferenzen gewonnene Erkenntnisse schneller als bisher in die Lehre zu tragen, sofern sie für das Verständnis der frühen Klassengesellschaften von Bedeutung sind. Die erfreulich große Teilnahme von Lehrern an dieser Konferenz kann auf dem Wege zu einer größeren Breitenwirkung eine Hilfe sein.

Hagen Fischer

BIBLIOGRAPHIE

Hochschulschriften
zur Wirtschaftsgeschichte

von Renate Günther

Ulrich Börner

Auswirkungen des Bergbaus auf die Landschaftsentwicklung innerhalb des Senftenberger Braunkohlenreviers

Dissertation A (27. 7. 1978)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Problemstellung, Ziel und Aufgabe
2. Charakterisierung des Untersuchungsgebietes, natürliche Grundlagen
3. Grundzüge der Gebietsentwicklung: Landeskultureller Zustand des Senftenberger Gebiets um 1850. Wesentliche Einflüsse auf den landeskulturellen Zustand bis zur Jahrhundertwende; Regulierung der Schwarzen Elster; Einflüsse durch Land- und Forstwirtschaft; Bergbau (Ursachen und Bedingungen zur Entstehung des Bergbaus, Anfänge des Bergbaus auf den Hochflächen); Verkehrs- und Siedlungsentwicklung. Landeskultureller Zustand des Untersuchungsgebietes um die Jahrhundertwende. Territoriale Ausdehnung des Bergbaus; Bedeutung und Einführung der Tagebautechnologie in der Niederung des ehemaligen Urstromtals; Weitere Entwicklung des Senftenberger Braunkohlenreviers bis zum Aufschluß des Tagebaus Niemtsch; Landeskultureller Zustand des Untersuchungsgebietes vor Aufschluß des Tagebaus Niemtsch
4. Der Tagebau Niemtsch und seine Bedeutung für die Entwicklung des landeskulturellen Zustands im Untersuchungsgebiet: Entwicklungsetappen und wirtschaftliche Bedeutung des Tagebaus. Auswirkungen des Tagebaus Niemtsch im Untersuchungsgebiet (Veränderungen in den geomorphologischen Verhältnissen, im Grundwasserspiegel, Beeinflussung des Bodenwasserhaushalts, Flächennutzungsveränderungen außerhalb des unmittelbaren Tagebaubereichs). Landeskultureller Zustand des Untersuchungsgebietes um 1960
5. Geoökologische Untersuchungen
6. Einfluß von Bergbau und Grundwasserdynamik auf Zustand und Nutzung der Flächen im Untersuchungsgebiet
7. Die Gliederung des Untersuchungsgebietes nach naturräumlichen und landeskulturellen Aspekten
8. Einige geographische Grundzüge der weiteren Entwicklung der Bergbaufolgelandschaft im Raum Senftenberg

Kurt Ducke

Beruf und Berufsverbundenheit, ihre Bedeutung in der sozialistischen Gesellschaft unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, Eine soziologische Untersuchung im VEB Kombinat Luft- und Kältetechnik, Betrieb Maschinenfabrik Halle

Dissertation A (10, 12, 1971)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Gesellschaft und Beruf
2. Die Arbeit - Hauptinhalt des Lebens der Menschen
3. Zur Entwicklung des Berufsbegriffs unter den Bedingungen antagonistischer Klassenverhältnisse
4. Einige Aspekte der bürgerlichen Berufssoziologie
5. Zusammenfassende Gedanken über die soziale Funktion des Berufes im Kapitalismus
6. Die Entwicklung des Berufsbegriffs in der marxistisch-leninistischen Soziologie
7. Sozialismus, wissenschaftlich-technische Revolution und Beruf
8. Einige Aspekte der Berufsprofilierung in der DDR
9. Zusammenfassende Gedanken über die soziale Funktion des Berufes in der sozialistischen Gesellschaft
10. Zum Wesen des sozialistischen Berufsethos'
11. Spezielle Probleme der Berufsverbundenheit im Sozialismus, dargestellt anhand der Ergebnisse einer soziologischen Untersuchung im VEB Kombinat Luft- und Kältetechnik, Betrieb Maschinenfabrik Halle

Susanna Kosmale

Die Veränderung der Flora und der Vegetation in der Umgebung von Zwickau, hervorgerufen durch Industrialisierung und Intensivierung von Land- und Forstwirtschaft

Dissertation A (10, 11, 1976)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Aufgabenstellung
2. Übersicht über das Untersuchungsgebiet: Lage und Begrenzung. Geologische Verhältnisse, Geographische Stellung, Morphologie, Bodenverhältnisse und Nutzungsmöglichkeiten, Klimatische Verhältnisse
3. Entwicklung weiterer Außenfaktoren, die Einfluß auf das Artenspektrum und die Vitalität des Pflanzenwuchses haben: Siedlungsgeschichte und Bevölkerungsdichte, Verkehrswege, Oberflächenveränderungen durch Nutzung der Bodenschätze (Steinkohlenbergbau, Erzbergbau, Nutzung anderer Rohstoffe), Industrialisierung
4. Umwelteinflüsse als Folge der Industrialisierung: Luftbelastung, Abwasserbelastung, Weitere Folgeerscheinungen der Industrialisierung mit direktem Einfluß auf die Flora
5. Floristische und vegetationskundliche Durchforschung
6. Flora und Vegetation als Spiegel der jeweiligen Nutzungsverhältnisse: Die Wälder, Die Äcker, Das Grünland, Sonderformen des Grünlandes (Wegränder, Straßenränder, Bahndämme)
7. Die Teiche, Uferregionen, Verlandungszonen, Moore und nicht nutzbare Quellfluren
8. Die Halden
9. Die Obstanlagen

10. Die Ruderalstellen
11. Übersicht über die Pflanzenarten des Untersuchungsgebietes, die im Laufe der letzten 100 Jahre auffälliges Verhalten zeigten (die verschwanden, starken Rückgang hatten oder sich ausbreiteten)
12. Hinweise für Pflegemaßnahmen und die landeskulturelle Gestaltung gefährdeter Teilbereiche des Untersuchungsgebietes

Lothar Langguth

Die Entwicklung des politökonomischen Erkenntnisprozesses zum Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft von den Klassikern des Marxismus-Leninismus bis zur Gegenwart

Dissertation B (14. 11. 1978)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die von den Klassikern des Marxismus-Leninismus gewonnenen Erkenntnisse zur planmäßigen proportionalen Entwicklung im Sozialismus: Die Aussagen von Karl Marx und Friedrich Engels zur Planmäßigkeit und Proportionalität im Reproduktionsprozeß der kommunistischen Gesellschaftsformation. Die Erkenntnisse W. I. Lenins zur Planmäßigkeit und Proportionalität vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Die von Marx, Engels und Lenin vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution fixierten Grundpositionen zur planmäßigen proportionalen Entwicklung im Sozialismus und ihre Bedeutung für die Politische Ökonomie des Sozialismus
2. Die weitere Entwicklung der Theorie über die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution: Die schöpferische Weiterentwicklung der Erkenntnisse von Marx und Engels und die Ausarbeitung der theoretischen Grundlagen der sozialistischen Planung durch W. I. Lenin. Die Diskussion in der UdSSR zum "Regulator" in der sozialistischen Wirtschaft (20er und 30er Jahre); Die politökonomische Bedeutung der Auffassung über das "Gesetz des Arbeitsaufwandes" und der Konzeption von den "zwei Regulatoren"; Zur Auffassung vom "Plan als allgemeines Bewegungsgesetz und Regulator" der Volkswirtschaft; Zur Auffassung über den Regulator der sozialistischen Wirtschaft in Gestalt der "Diktatur des Proletariats"; Die Bedeutung der "Regulatordiskussion" in den 20er und 30er Jahren in der UdSSR für die Weiterentwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus
3. Der theoretische Erkenntnisprozeß zum Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft nach dem Sieg des Sozialismus in der UdSSR bis zur Gegenwart: Probleme der politökonomischen Theorieentwicklung und der Leitung und Planung der Volkswirtschaft während der Kriegswirtschaft in der UdSSR. Die Formulierung des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft als ein spezifisches ökonomisches Gesetz des Sozialismus (Stalins Schrift "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Das Lehrbuch der Politischen Ökonomie" 1954). Die Diskussion zum objektiven Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und ihre Bedeutung für den Prozeß der weiteren Erkenntnis des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. Die politökonomische Widerspiegelung des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft von den fünfziger Jahren bis zur Gegenwart (Theoretische Fragestellungen zur Definition, politökonomische Aussagen über die Wirkungsbedingungen und Wirkungsweise, Die Diskussion zur "Regulatorfunktion" des Gesetzes
4. Zu einigen wissenschaftstheoretischen und methodologischen Aspekten der Erkenntnis des Gesetzes (Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse):

Die Hauptlinien der Aufdeckung des Gesetzes im Lichte der Gesamtentwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus. Einige Haupttendenzen der politökonomischen Forschungsarbeit zum Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Geschichte seiner Erkenntnis

Le-Dinh-Thang

Zur Gestaltung und Entwicklung der Kooperation in der Pflanzenproduktion der Deutschen Demokratischen Republik und einige Schlußfolgerungen für die Entwicklung der Kooperation in der Landwirtschaft der Sozialistischen Republik Vietnam

Dissertation A (7. 2. 1978)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Gesetzmäßigkeiten und einige Bedingungen für die Entwicklung der Landwirtschaft: Erfordernisse der ökonomischen Gesetze des Sozialismus bei der Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft. Die Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft der DDR. Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion. Formen der gesellschaftlichen Organisation der Produktion und der Arbeit. Grundsätze des Leninschen Genossenschaftsplanes - seine Anwendung durch die Agrarpolitik der SED bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft der DDR
2. Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft mit der Gestaltung und Entwicklung der Kooperation in der Pflanzenproduktion der DDR: Einige Bemerkungen zur industriellen Produktion auf dem Wege der Kooperation in der Pflanzenproduktion der DDR. Zusammenarbeit der LPG, GPG, VEG und kooperativen Einrichtungen in einfachen Formen der Kooperation in der Pflanzenproduktion (Komplexeinsatz der Technik, Zusammenarbeit bei der Produktion eines oder mehrerer pflanzlicher Erzeugnisse). Die schrittweise Herausbildung spezialisierter Betriebe in der Landwirtschaft. Kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion (KAP) (Leitung, Planung, Schaffung der materiell-technischen Grundlagen und Bildung der Fonds, Vergütung der Arbeit). Die Agrochemischen Zentren (ACZ). Die Kreisbetriebe für Landtechnik. Die Meliorationsgenossenschaften
3. Schrittweise Herausbildung von LPG bzw. VEG Pflanzenproduktion: Merkmale einer LPG Pflanzenproduktion, Beziehungen der LPG bzw. VEG Pflanzenproduktion zu den Kooperationspartnern. Einige Bemerkungen zur Kooperation mit Betrieben der Tierproduktion
4. Einige Schlußfolgerungen und Vorschläge für die Entwicklung der Kooperation in der SRV

Bernhard Marquardt

Darstellung und marxistische Kritik bürgerlich-soziologischer Theorien zum Industriebetrieb als soziale Organisation

Dissertation A (3. 11. 1977)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Problemstellung
2. Anfänge einer sozialwissenschaftlichen Analyse des kapitalistischen Industriebetriebes als "soziales Gebilde"
3. Die Herausbildung der Human Relations-Bewegung und die Entwicklung der "neoklassischen Schule" bürgerlicher Organisationssoziologie
4. Die systemtheoretischen Ansätze der "modernen" bürgerlichen Organisationssoziologie zum kapitalistischen Industriebetrieb

Harald W. Mechelk

Zur Frühgeschichte der Stadt Dresden und der Herausbildung einer Keramikmanufaktur im sächsischen Elbgebiet aufgrund archäologischer Befunde

Dissertation A (23, 11, 1977)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Stadtkernforschung in Dresden bis 1976
2. Reliefkonstruktion auf dem rechten Elbufer: Altsiedelkern am Fährzugang, Siedlungsentwicklung bis zur Stadtwerdung um 1403
3. Zur Herausbildung eines entwickelten Töpferhandwerkes im städtischen Bereich: Technologische Auswertung der Töpfereiabfälle der Fundstellen 84 und 91; Analyse der Fundzusammensetzung; Fehlbrandprodukte; Temperaturschäden am Kochgeschirr durch Gebrauch; Brennhilfsmittel; Ofenbaumaterial; Gewölbeverglasung in Töpferöfen; Zur Konstruktion der Töpferöfen und Brenntechnik der Handwerker in Altendresden; Glasurkeramik - technologisch bedingter Ausweg, Datierung der Fundkomplexe 84 und 91, Töpfereiabfälle in Dresden-Altstadt - Fundstelle 64 - Atriumkomplex (Analyse und Datierung des Fundes), Bemerkungen zu den Standorten der Töpferwerkstätten in Dresden im späten Mittelalter
4. Archivalien zu den Dresdener Töpfern des späten Mittelalters, Zur ältesten Erwähnung von Töpfern in Dresden, Zum Innungswesen der Töpfer in Dresden
5. Überprüfung der Dresdener Ergebnisse durch Vergleiche im Elbgebiet zwischen Pirna und Strehla: Ein Vergleich mit 16 Städten, Orts- und Flurnamen mit Bezug auf Lehm-, Ton-, Topf- und Töpfer-. Die Technologie und Chronologie der Keramik im Bearbeitungsgebiet (Die münzdatierte Keramik, Die übrige erfaßte Keramik aus den Städten des Vergleichsgebietes)
6. Zusammenfassende Ergebnisse: Zur Entwicklung der Keramiktechnologie (Entwicklung von Drehscheibe und Brennofen und die Steinzeugtechnologie, Standbodengefäße und Kugelbodengefäße, Zur unterschiedlichen Entwicklung der Töpfereien in Dresden und in den Städten im nördlichen Bearbeitungsgebiet), Zum Stand der gesellschaftlichen Entwicklung der Töpfer im späten Mittelalter aus archäologischer Sicht

Außerdem eine Mappe mit 6 Publikationen über Keramikfunde aus Dresden und Zwickau

Emilio Mújica y Montoya

La participación del Estado en la economía de Mexico

Dissertation A (13, 10, 1977)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Antecedentes: La formación del Estado mexicano, Las características de la sociedad mexicana durante el siglo XIX, La formación del Estado nacional y sus etapas: 1821 - 1854, 1854 - 1867, 1867 - 1914, el nuevo Estado (1917 a la fecha)
2. Hacia el desarrollo capitalista dependiente o el desarrollo del subdesarrollo, La formación de la sociedad capitalista dependiente, La acción del imperialismo, La intervención del Estado a partir de 1920, La infraestructura económica, La reforma agraria, La nacionalización del petróleo, La formación de las empresas estatales, Las inversiones extranjeras, La dirección hacia el capitalismo dependiente, El apoyo y estímulo a la inversión privada, El proteccionismo, La internacionalización del mercado nacional, La desigualdad económica y social, Control del movimiento, obrero y campesino, El Estado y la oligarquía

3. Aspectos específicos de la participación del Estado en la economía. La estructura administrativa del sector público federal. Las principales dependencias, organismos descentralizados y empresas estatales. Su acción. El gasto público. Monto, estructura y financiamiento. El sistema tributario. La insuficiente absorción del excedente económico privado. Destino de la inversión pública. El endeudamiento
4. La situación general y las perspectivas inmediatas. Desigualdad en la distribución del ingreso. El desempleo y subempleo. Las presiones inflacionarias. La influencia de la burguesía. El robustecimiento del sector estatal. La coyuntura internacional

Hans Nau

Herausbildung, Stand und Entwicklung der Betriebe der Tierproduktion im Hinblick auf die fortschreitende Konzentration und Spezialisierung der Produktion

Dissertation B (21. 10. 1977)

Humboldt-Universität zu Berlin

2. Problemstellung, Ziel und Lösungsweg
3. Literaturlauswertung
4. Dialektische Wechselbeziehungen zwischen der Wirkung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Entwicklung des Betriebes: Erfordernisse und Charakteristik der industriemäßigen Tierproduktion in Auswirkung auf die LPG und VEG. Zur Genesis des abgerundeten Betriebes und seine Überführung in spezialisierte LPG und VEG. Die fortschreitende Vergesellschaftung von Produktion und Eigentum in den LPG und VEG bei zunehmender Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Klasse der Genossenschaftsbauern
5. Die relative Selbständigkeit sozialistischer Betriebe der Tierproduktion: Sozialistisches Eigentum an den Produktionsmitteln und ökonomische Selbständigkeit, Betriebliche Selbständigkeit und fortschreitende gesellschaftliche Arbeitsteilung
6. Die Betriebe der Tierproduktion
7. Die Herausbildung einer LPG Milchproduktion (Modellvorstellungen)

Janis Schmelzer

Konkurrenz - Monopol

dargestellt an ausgewählten Beispielen aus der Geschichte der IG-Farben AG

Dissertation B (29. 11. 1978)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Teil A:

Die Klassiker zu den Kategorien Konkurrenz und Monopol

1. Methodologie und Konzeption
2. Marx und Engels zur Kategorie Konkurrenz. Innere Gesetze der kapitalistischen Produktion. Die Konkurrenz hinsichtlich ihrer Wirkungen (Durchsetzung der neuen Produktionsweise, Akkumulation und Zentralisation des Kapitals, Herstellung der allgemeinen Profitrate bzw. Ausgleich verschiedener Profitraten). Die Konkurrenz unter dem Gesichtspunkt der daran Beteiligten (Konkurrenz zwischen Kapital und Arbeit, unter den Arbeitern, unter den übrigen Beteiligten). Ausgewählte Probleme der Konkurrenz (Tendenzieller Fall der Profitrate, Weltmarkt, Brachlegung von Kapital)
3. Marx und Engels zur Kategorie Monopol: Zur Dialektik Konkurrenz/Monopol

in den Engels' schen Frühschriften. Zur Marx'schen Analyse der Aktiengesellschaften. Zur Engels' schen Analyse der Veränderungen des modernen Kapitalismus in seinen Spätschriften

4. Lenin zur Dialektik Konkurrenz/Monopol: Leninsche Methodologie und Methoden der Imperialismusanalyse. Die monopolistische Konkurrenz im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Teil B:

Die Lösung nichtantagonistischer und antagonistischer Widersprüche durch Konkurrenz und Monopol aus historischer Sicht am Beispiel der IG-Farben

1. Konkurrenz und Monopol auf nationaler Ebene: Organisation der IG-Farben, Kampf der IG-Farben gegen kleine und mittlere Unternehmer; Profaschistische und faschistische Orientierung; Politische und rüstungswirtschaftliche Lösungen wirtschaftlicher Widersprüche. Sonderverträge, Staatliche Investitionspolitik, Einbeziehung der Wissenschaft
2. Konkurrenz und Monopol auf internationaler Ebene: Außenhandelspolitik im Zusammenspiel von Staat und Monopol (1933 - 1935). Der kriegsorientierte Exportförderungsplan als Mittel zur Monopolisierung des Außenhandels (1936 - 1937). Internationale Vereinbarungen als Ausdruck des Widerspruchs Kampf und Zusammenarbeit. Tarnung, Stellung zu "Feinden", Geschäfte mit dem "Feind". "Neuordnung Europas" durch Ausschalten der westeuropäischen Konkurrenz
3. Scheitern des Versuchs, antagonistische Widersprüche durch Konkurrenz und Monopol zu lösen

Kurt H. Teßmann

Produktivkraft der Arbeit

Die Ausarbeitung der dialektisch-materialistischen Produktivkraftkonzeption durch Karl Marx in der Periode der Entstehung des Werkes "Das Kapital"

Ein Beitrag zur wissenschaftlichen Geschichtsauffassung und zur Methodik aktueller Gesellschaftsanalyse

Dissertation B (20. 4. 1977)

Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Die Ebenen der Problementwicklung - eine Übersicht: Das wissenschaftliche Problem. Die historischen Prozesse der Herausbildung des Problems. Die gesellschaftswissenschaftlichen Ebenen der Problemlösung. Die wesentliche praktische Bedeutung einer wissenschaftlichen Analyse der Produktivkraft der Arbeit. Die gesellschaftlichen Partner der Problemdiskussionen. Die internationale Marx-Diskussion
2. Die wesentlichen Züge der theoretischen Problemsituation: Zur historisch-materialistischen Konzeption in den Kapitalismus-Analysen von 1857/59. Historisch-materialistische Momente der Forschungen von 1857/58. Konzeptionelle historisch-materialistische Erwägungen im Forschungsprozeß von Marx. Die aktuelle Bedeutung genauerer Differenzierung von allgemeiner historisch-materialistischer Bestimmung und besonderer formationsspezifischer Gesetzesaussage im Werk von Marx für die Analyse der sozialistischen Gesellschaft. Zur theoriebildenden Funktion der Mehrproduktbildung. Die Funktion der Arbeitsmengentheorie in der Marx' schen Produktivkraftkonzeption. Zur Quantifizierbarkeit der ökonomischen Prozesse in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft - aktuelle Bedingungen der Analyse des Werkes von Marx, Zur Methode
3. Die Entstehung der Schrift "Das Kapital" und die Entwicklung der theoretischen Momente der Produktivkraftanalyse: Der Inhalt des ökonomischen Pro-

- zesses und die Einheit von qualitativer und quantitativer Analyse. Die Arbeitshypothese zur Produktivkraftanalyse im Werk von Marx. Historische Etappen der Forschungen von Marx zum späteren "Kapital". Die konzeptionelle Entwicklung des ökonomischen Werkes von Marx und ihre Bedeutung für den Werdegang der Produktivkrafttheorie. Zur entstehungsgeschichtlichen Struktur der "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Eine vertiefte Analyse des philosophischen Gehalts der ökonomischen Forschungen von Marx. Die Herausbildung der Produktivkraftkonzeption im Forschungsprozeß von Marx
4. Produktivkraft der Arbeit - das theoretische Anliegen von Karl Marx: Quantität und Qualität der Arbeit. Der philosophische Materialismus als Voraussetzung der Produktivkraftanalyse. Die revolutionäre Zielsetzung und die theoretische Analyse der Produktivkräfte
 5. Historisch-materialistische Grundzüge des marxistischen Grundmodells vom gesellschaftlichen Gesamtorganismus: Eigentum und Gesellschaftsorganismus. Produktion im allgemeinen. Die zwei Pole des Gesellschaftsganzen. Produktivkräfte und Produktionsweise. Gesellschaftliche Maße. Gesellschaftliche Notwendigkeiten. Die historische Negation fixer und variabler Größen. Der historische Charakter der gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeit
 6. Die Grundzüge der Produktivkraftkonzeption: Was vom "Wert" in der kommunistischen Gesellschaft übrig bleibt. Produktivkraftbestimmende gesamtgesellschaftliche Relationen. Zur Differenzierung von Produktivität und Produktivkraft der Arbeit. Die reziproke Relation zwischen dem Wachstum der Produktivität der Arbeit und dem Wachstum des Surplusproduktes. Zur Produktivität und Produktivkraft der Produktionsmittel. Das entgegengesetzte Wesen von Produktivität und Produktivkraft der Arbeit im Kapitalismus und Sozialismus. Zur quantitativen und qualitativen Charakteristik der Produktivkraft der Arbeit
 7. Die Grundzüge der Produktivkraftkonzeption des Marxismus-Leninismus und ihre weitere Verallgemeinerung: Die Produktivkräfte und die Produktivkraft der Arbeit. Karl Marx' Aufzählung von Produktivkräften. Anforderungen an die weitere Ausarbeitung der Produktivkrafttheorie. Zu den Gesetzmäßigkeiten der Produktivkraft der Arbeit. Gesetzmäßigkeiten der Mehrarbeit schöpfenden Funktion der lebendigen Arbeit. Gesetzmäßigkeiten der Erhaltung gesellschaftlich notwendiger, vergegenständlichter Arbeitsmengen. Gesetzmäßigkeiten der Produktivität der Arbeit und ihres Umschlages in Produktivkraft der Arbeit
 8. Produktivkrafttheorie und Historischer Materialismus: Die bestimmende Rolle der Produktivkräfte und der Mechanismus ihrer Einflußnahme auf die Produktionsweise. Die Gesellschaftlichkeit der Produktivkraft der Arbeit. Einheitlicher Produktivkraftbegriff des Marxismus-Leninismus. Zusammenfassung der Vereinfachungen zur Produktivkraft-Konzeption des Marxismus-Leninismus. Historische Ursachen der theoretischen Verselbständigung einzelner "Produktivkräfte" und der Vernachlässigung der Produktivkraft der Arbeit. Zur historischen Bedeutung der Produktivkraft-Konzeption von Marx. Kriterien der Produktivkraft der Arbeit. Produktive Arbeit. Das "Arbeitsvermögen" als eine zentrale Kategorie der Produktivkraft-Konzeption in der sozialistischen Gesellschaft

Günter Wetzell

Entwicklungstendenzen der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik der BRD in den 70er Jahren

Dissertation B (3. 3. 1978)

Technische Universität Dresden

1. Die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus als Grundlage einer Neuorientierung der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik der BRD
2. Die wichtigsten neuen Entwicklungstendenzen der Forschungs- und Technologiepolitik in der BRD: Die quantitative Entwicklung der Wissenschaftsaufwendungen in der BRD seit Beginn der 60er Jahre, Die Verschiebung der forschungspolitischen Prioritäten; Die Entwicklung der staatsmonopolistischen Fachprogramme (Kernforschung und Kerntechnik, Weltraumforschung und Weltraumtechnik, Datenverarbeitung, Rüstungsforschung und -entwicklung, Technologische Forschung und Entwicklung - "Neue Technologien"); Neue strategische Zielstellungen der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik (Maßnahmen zur langfristigen Rohstoff- und Energiesicherung, Forschungspolitische Aktivitäten auf dem Gebiet der Infrastruktur, Die Förderung der industriellen Schlüsseltechnologien, Die Ausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik auf sozialökonomische Problembereiche, Die Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung, Die neokolonialen Zielstellungen der Forschungs- und Technologiepolitik; Die Diversifizierung der Tätigkeitsgebiete der Großforschungseinrichtungen, Die Ausweitung der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik zu einer Innovationspolitik, Die Weiterentwicklung der staatsmonopolistischen Forschungsprogrammierung, Die Maßnahmen zur Erhöhung der Effektivität des staatsmonopolistischen Forschungspotentials, Folgen, Widersprüche und Grenzen der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik

Autorenverzeichnis

- Bentzien, Ulrich, Dr. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Wissenschaftsbereich Kulturgeschichte/Volkskunde, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Bouvier, Jean, Prof. Dr., Universitätsprofessor, Universität Paris - Sorbonne -, Frankreich.
- Braun, Manfred, Dr. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Fischer, Hagen, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Hell, Jürgen, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent, Wissenschaftsbereich Allgemeine Geschichte, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczynski, Marguerite, Berlin.
- Lacina, Vlastislav, PhDr., CSc., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für tschechoslowakische und allgemeine Geschichte, Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften, Prag.
- Lehmann, Joachim, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent, Sektion Geschichte, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.
- Lewin, Günter, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent, Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften, Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Mühlfriedel, Wolfgang, Prof. Dr. phil. habil., Ordentlicher Professor, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Radandt, Hans, Prof. Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Roesler, Jörg, Dr. sc. rer. oec., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Siedt, Veronika, Dipl.-Wirtschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Wolski, Józef, Prof. Dr., Leiter des Lehrstuhls für alte Geschichte, Jagielloński-Universytet, Kraków.

СОДЕРЖАНИЕ

- Юрген Кучинский, Демоны науки и техники
- Манфред Браун, О развитии теории товарно-денежных отношений при социализме в пятидесятих годах
- Йорг Рёслер, Станкостроение и социалистическая индустриализация в ГДР. Занятые и динамика заработной платы
- Йоахим Леманн, Проблемы снабжения сельского хозяйства Германии сельскохозяйственными машинами и оборудованием в период 2-ой мировой войны
- Жан Бувье, Замечания по поводу отношений между банками и промышленностью в процессе капиталистической внешней экспансии Франции в период с 1880 по 1914 год
- Гюнтер Левин, Китайские рабочие в золотых рудниках Трансвааля с 1904 по 1910 год
- Юрген Хелл, Рабство на бразильском рудничном комплексе (с 1700 по 1808 г.)
- Вольфганг Мильффридель, Промышленность в процессе антифашистско-демократических преобразований. Отчет о состоянии и проблемах исследований по истории промышленности
- Ульрих Бентцин, Научные исследования проведенные по инициативе этнографов на Магдебургской равнине
- Властислав Ладина, Сахарная промышленность Богемских земель в эпоху промышленной революции
- Йозеф Вольский, О эллинистической эпохе на Ближнем и Среднем Востоке
- Ханс Радандт, Размышления о дисциплине история предприятий на примере её развития в ГДР
- Маргуерите Кучинская, Неизвестное письмо Тюрго. Впервые опубликованное по случаю 200-летия со дня смерти, 18-ого марта 1981 года
- Йорг Рёслер, Революционно-демократическое преобразование и восстановление народного хозяйства в социалистических странах Европы (с 1944/45 по 1948/49 г.) (с 12-ого по 15-ое мая 1980 г. в Берлине)
- Вероника Зидт, Тюрингская промышленность в процессе антифашистско-демократического преобразования (5-ого июня 1980 г. в Йене)
- Хаген Фишер, Об отношениях между городом и деревней на древнем Востоке и в античном мире (с 17-ого по 19-ое марта 1980 г. в Зелдине)
- Работы высших школ по экономической истории (Ренате Гюнтер)

CONTENTS

- Jürgen Kuczynski, The Daemons Science and Technology
- Manfred Braun, On the Development of the Theory of Commodity-Money-Relations under Socialism in the 1950s
- Jörg Roesler, Machine-Tool Building and Socialist Industrialisation in the G. D. R.
Labour and Wage Development
- Joachim Lehmann, Some Problems of the Supply of Germany's Agriculture with Agricultural Machinery during the Second World War
- Jean Bouvier, Some Remarks on the Relations between Banking and Industry during the External Capitalist Expansion of France between 1880 and 1914
- Günter Lewin, Chinese Workers in the Gold Mines of Transvaal, 1904 to 1910
- Jürgen Hell, Slavery in the Brazilian Mining Complex, 1700 to 1808
- Wolfgang Mühlfriedel, Industry during the Antifascist-Democratic Transformation, Report on the State and the Problems of Research into Industrial History
- Ulrich Bentzien, Research Work Carried out in the Plain of Magdeburg (Magdeburger Börde) and Initiated by Ethnographers
- Vlastislav Lacina, The Sugar Industry in Bohemia during the Industrial Revolution
- Józef Wolski, On the Hellenistic Epoch in the Orient
- Hans Radandt, Some Thoughts about the Discipline "Factory History" in the Light of its Development in the G. D. R.
- Marguerite Kuczynski, An Unknown Letter of Turgot, First Published on Occasion of the 200th Anniversary of his Death, on March 18, 1981
- Jörg Roesler, The Revolutionary-Democratic Transformation and Restoration of the National Economies of the European Socialist Countries (Between 1944/45 and 1948/49) (May 12 to 15, 1980 in Berlin)
- Veronika Siedt, The Industry of Thuringia during the Antifascist-Democratic Transformation (June 5, 1980 in Jena)
- Hagen Fischer, On the Relations between Town and Country in the Ancient Orient and in Ancient Greece and Rome (March 17 to 19, 1980 in Sellin/Isle of Ruegen)
- University Publications on Economic History (Renate Günther)

- Jürgen Kuczynski, Les démons science et technique
- Manfred Braun, Sur le développement de la théorie des rapports de marchandise-argent au socialisme dans les années cinquante
- Jörg Roesler, La construction de machines-outils et l'industrialisation socialiste en R. D. A.
Employés et développement du salaire
- Joachim Lehmann, Problèmes de l'approvisionnement de l'agriculture allemande en machines agricoles et outils pendant la deuxième guerre mondiale
- Jean Bouvier, Notes sur les rapports entre banque et industrie dans l'expansion capitaliste française au dehors, des années 1880 à 1914
- Günter Lewin, Ouvriers chinois dans les mines d'or au Transvaal de 1904 à 1910
- Jürgen Hell, L'esclavage dans le complexe minier brésilien (de 1700 à 1808)
- Ulrich Bentzien, Recherches dans la "Magdeburger Börde", mises en oeuvre par des folkloristes
- Vlastislav Lacina, L'industrie sucrière dans les pays bohémiens dans l'époque de la révolution industrielle
- Józef Wolski, Sur l'époque hellénistique à l'Orient
- Wolfgang Mühlfriedel, L'industrie dans la transformation antifasciste-démocratique. Un rapport sur l'état et les problèmes des recherches sur l'histoire industrielle
- Hans Radandt, Réflexions sur la discipline d'histoire d'entreprise sur la base du développement en R. D. A.
- Marguerite Kuczynski, Une lettre inconnue de Turgot, publiée pour la première fois à l'occasion du 200^{ième} anniversaire de sa mort le 18 mars 1981
- Jörg Roesler, La transformation révolutionnaire démocratique et le rétablissement de l'économie nationale dans les pays socialistes d'Europe (de 1944/1945 à 1948/49), (du 12 au 15 mai 1980 à Berlin)
- Veronika Siedt, L'industrie en Thuringe dans la transformation antifasciste-démocratique (5 juin 1980 à Iéna)
- Hagen Fischer, Sur les rapports entre ville et campagne à l'Ancien Orient et à l'Antiquité (du 17 au 19 mars 1980 à Sellin/Rügen)
- Traité universitaire sur l'histoire économique (Renate Günther)

SUMARIO

- Jürgen Kuczynski, Los demonios ciencia y técnica
- Manfred Braun, Acerca del desarrollo de la teoría sobre las relaciones mercancía - dinero en el socialismo durante los años de la cincuenta
- Jörg Roesler, Construcción de máquinas-herramientas e industrialización socialista en la R. D. A.
- Manos de obra y desarrollo del salario
- Joachim Lehmann, Problemas del abasto de la agricultura alemana de máquinas agrícolas y herramientas durante la Segunda Guerra Mundial
- Jean Bouvier, Observaciones acerca de las relaciones entre bancos e industria durante la expansión capitalista de Francia en los años de 1880 hasta 1914 hacia afuera
- Günter Lewin, Trabajadores chinos en las minas de oro de Transvaal desde 1904 hasta 1910
- Jürgen Hell, La esclavitud en el complejo de minas brasileño (desde 1700 hasta 1808)
- Ulrich Bentzien, Investigaciones en la vega de Magdeburgo, iniciadas por folkloristas
- Vlastislav Lacina, La industria del azúcar en los Países Bohemios durante la época de la Revolución Industrial
- Józef Wolski, Acerca de la época helenista en el Oriente
- Wolfgang Mühlfriedel, La industria durante la transformación antifascista-democrática. Un relato sobre la situación y los problemas de las investigaciones acerca de la historia industrial
- Anuncios
- Hans Radandt, Pensamientos acerca de la asignatura historia de fábricas demostrados mediante del desarrollo en la R. D. A.
- Marguerite Kuczynski, Una carta desconocida de Turgot. Publicada por primera vez a ocasión del ducentésimo aniversario de su muerte en el 18 de marzo de 1981
- Jörg Roesler, La transformación revolucionario-democrática y la reparación de la economía nacional en los países socialistas de Europa (desde 1944/45 hasta 1948/49) (el 12 hasta el 15 de mayo de 1980 en Berlín)
- Veronika Siedt, Industria turingense durante la transformación antifascista-democrática (el 5 de junio de 1980 en Iena)
- Hagen Fischer, Acerca de las relaciones entre la ciudad y el campo en el Oriente antiguo y en la antigüedad (el 17 hasta el 19 de marzo de 1980 en Sellin/Rügen)
- Tratados universitarios acerca de historia económica (Renate Günther)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Beiträge zur Geschichte der Sozialstruktur im 19. und 20. Jahrhundert

- | | |
|--------------------|---|
| Helga Schultz | Landhandwerk und ländliche Sozialstruktur um 1800 |
| Traute Scholz | Produktivkraftentwicklung, Arbeitskräftestruktur und betriebliche Lohnarbeitsverhältnisse in der Porzellanmanufaktur Meißen im 18. und 19. Jh |
| Helga Berndt | Die höheren Beamten des Ministeriums für Handel und Gewerbe in Preußen 1871 bis 1932. Eine Analyse und Dokumentation zu ihrer sozialen Zusammensetzung und Verflechtung |
| Roland Melke | Das Verhältnis von Arbeiterklasse und einem Teil der Klasse am Beispiel der proletarischen Industriearbeiter in der BRD |
| Gottfried Dittrich | Zu den Reproduktionsquellen und einigen Veränderungen in der sozialen Struktur der Arbeiterklasse der DDR während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus (1945 bis 1961) |
| Hansgünter Meyer | Eine Retrospektive auf soziologische Untersuchungen zur Entwicklung der Struktur der Arbeiterklasse in der DDR 1970 bis 1973 |
| Horst Handke | Forschungen zur Geschichte der Sozialstruktur in der DDR 1970 bis 1979. Eine Literaturübersicht |

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 18. Lieferung

Planungs- und Prognosemodelle

Erfahrungen, Probleme, Entwicklungstendenzen

Von einem Autorenkollektiv

(Schriften des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften)

1981. Etwa 290 Seiten — 8° — Leinen etwa 18.— M

Bestell-Nr. 753 5977 (2158/19)

Das Buch vermittelt Erfahrungen und Erkenntnisse von Autoren aus vier sozialistischen Ländern auf dem Gebiet der Entwicklung und Anwendung ökonomisch-mathematischer und statistischer Methoden und Modelle vorwiegend im Rahmen der volkswirtschaftlichen Planung und Prognose. Der erste Teil enthält Arbeiten, in denen Erfahrungen und Probleme aus der Nutzung von Optimierungsmodellen und ökonometrischen Modellen vorgestellt werden.

Im zweiten Teil sind Aufsätze zusammengefaßt, in denen die Verfasser Richtungen der Vervollkommnung und Weiterentwicklung ökonomisch-mathematischer Modelle darstellen.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



Politische Ökonomie des Sozialismus in der DDR gestern und heute

Studien zur Geschichte einer jungen Wissenschaft

Von einem Autorenkollektiv
unter Leitung von Gertraud Wittenburg

(Schriften des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften)

1981. Etwa 260 Seiten — 8° — etwa 18,— M
Bestell-Nr. 753 721 9 (2158/20)

Anhand ausgewählter politökonomischer Probleme zeigen die Autoren, wie sich die Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus in ihren engen Zusammenhängen mit den jeweils zu lösenden sozialen und ökonomischen, politischen und ideologischen Aufgaben, die vor der Arbeiterklasse und ihrer marxistischen Partei in den konkret historischen Entwicklungsetappen standen, vollzog.

Zugleich verdeutlichen sie die untrennbare Einheit in der Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus und der Erschließung des theoretischen und methodologischen Erbes von Marx, Engels und Lenin.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten

